Bismarck 1888-1898

E. von Redern

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

F. v. Lenbach, pinx.

Bismarck

Digitized by Google

OC

Bismarck

1888—1898

Nach authentischen Quellen

von

E. von Redern pseud. of Robolsky, Hermann

Mit dem Porträt des Fürsten

nach

Fr. von Lenbach

Berlin
Hermann Eichblatt, Verlagsbuchhandlung
1899.

Digitized by Google

NEW YORK PUBLIC LIBRARY
107910
ASTOR, LENOX AND TILDEN FOUNDATIONS.
1899.

Das Recht der Ueberſetzung
wird vorbehalten.

NEW YORK PUBLIC LIBRARY

Digitized by Google

Dem Andenken

des

Fürsten Otto von Bismarck

Digitized by Google

Vorwort.

Daß unsere so stark angeschwollene Bismarck-Literatur eine empfindliche Lücke aufweist, sofern uns noch eine gründliche und umfassende Geschichte der Entlassung Bismarcks und der sich daran knüpfenden Gestaltung der Beziehungen zwischen Berlin und Friedrichsruh fehlt, dürfte allseitig zugestanden werden, wenn auch nicht von gewissen Leuten, deren Gewinnsucht den schriftstellerischen Bismarck-Kultus für sich monopolisieren möchte. Es ist traurig, es konstatieren zu müssen und gereicht unserer Nation nicht zur Ehre, daß das Gebiet der Verehrung unseres großen nationalen Heros in den letzten Jahren zu einem Tummelfeld niedriger Leidenschaften geworden ist. Brotneid, Habsucht, bewußte Lüge, gehässiges Ehrabschneiden, Verleumdung, das sind alltägliche Erscheinungen bei einer Handvoll Individuen geworden, deren um so größere Macht über die Presse das ersetzt, was ihnen an Ehrgefühl abgeht, und die weil sie einmal persönliche Beziehungen zu dem Verstorbenen gehabt haben, in ihrer dünkelhaften Exklusivität über Wehrlose herfallen, um jede Konkurrenz im Keime zu ersticken. Sie warnen vor „sogenannten Bismarck-Veröffentlichungen, die nicht besonders beglaubigt oder auf amtlichen Aktenstücken basiert sind". Sie wollen damit sagen: Wer über Bismarck etwas lesen will, der komme zu uns. Sie warnen vor Büchern, deren Inhalt sie so wenig kennen als ihre Verfasser. Sie warnen davor, weil Bismarck Legenden nicht mehr korrigieren könne. Welche niedrige Gesinnung in solcher Verdächtigung von Büchern, die noch gar nicht erschienen sind, sich verrät, dafür haben die Monopolisten keine Empfindung . . .

Digitized by Google

Der Verfaſſer des vorliegenden Buches hat es unternommen, an der Hand des von ihm während der Zeit der Entlaſſung und Verbannung Bismarcks geſammelten Materials ein Geſchichtswerk zu liefern, das der Beglaubigung durch die Abſtempelung gewiſſer alten Tiſchgäſte Bismarcks nicht bedarf. Der Verfaſſer nimmt ſeine Legitimation her von ſeinem gründlichen Studium und von dem Verkehr mit Männern, deren Stellung im Staate für die Korrektheit ihrer freundlichen Mitteilungen bürgt. Er würde gern ſeine Dankbarkeit durch die Nennung von Namen bezeugen, wenn ſeine Ehre ihm nicht geböte, ein Verſprechen zu halten, ohne welches ihm wertvolle Beiträge zu ſeinem Buche nicht ausgeliefert worden wären. Der Leſer wird in demſelben eine Reihe von noch nicht bekannten, aber deſto intereſſanteren Vorgängen in der Geſchichte der Entlaſſung und Verbannung Bismarcks finden, im übrigen den Forſchungen, auf denen das Buch beruht, die Gründlichkeit nicht abſprechen wollen. Nur Eins ſei noch erwähnt: der Verfaſſer iſt von kompetenter Seite darauf aufmerkſam gemacht worden, daß die Seite 22 ff. abgedruckte diplomatiſche Denkſchrift bereits im Mai 1890 von der „Neuen Preußiſchen Zeitung“ gebracht worden iſt.

Berlin, 1. April 1899.

Der Verfaſſer.

Digitized by Google

Inhalt.

I. Neujahrs- und Geburtstagswünsche 1
II. Bismarck über den Kaiser 10
III. Ein diplomatisches Aktenstück 21
IV. Die Vorbilder des Kaisers 33
V. Stöckers Scheiterhaufen-Brief 54
VI. Ultramontane Intriguen 68
VII. Bismarck und Waldersee 82
VIII. Bismarck und Bötticher 99
IX. Unverantwortliche Ratgeber 125
X. Das Sozialistengesetz 140
XI. Die Februar-Erlasse 151
XII. Windthorst bei Bismarck 161
XIII. Die Entlassung 186
XIV. Der Abschied von Berlin 203
XV. Caprivi und Bismarck 228
XVI. Berlin und Friedrichsruh 255
XVII. Bismarck in Wien 273
XVIII. Bismarck in Berlin 293
XIX. Der Kaiser in Friedrichsruh 312
XX. Ein Nachruf 330

Digitized by Google

I.

Neujahrs- und Geburtstagswünsche.

Der 20. März 1890 wird in Deutschlands Geschichte ewig unvergeßlich bleiben. Es war das der unselige Tag, an welchem Deutschland sich der schöpferischen Kraft eines Bismarck selbst beraubte. Der erste Kanzler des von ihm geschaffenen Deutschen Reiches trat von der Bühne ab, die er fast achtundzwanzig Jahre als Leiter der Geschicke Preußens und Deutschlands inne gehabt. Ein Zuschauer nun — er, der so lange auf dieser Bühne in unermüdlicher und ergebnisreicher Thätigkeit gewirkt und der die Blicke der ganzen zivilisierten Welt unausgesetzt auf seine Unternehmungen und Entscheidungen gelenkt hatte. Leer war für uns die Stätte, die er so lange eingenommen hatte, leer erschien sie uns, nachdem ein Bismarck sie eingenommen. Sie war der Mittelpunkt der europäischen Staatenwelt geworden, dort liefen die Fäden der Gesamtpolitik unseres Weltteils zusammen. Mit Zuversicht sahen wir die Leitung unseres Staates in der Hand des deutschen Staatsmannes und mit Stolz erfüllte es uns, wie großartig die Stellung des Deutschen Reiches sich gestaltet hatte, das der Hort des Friedens, man durfte sagen, für die ganze Welt geworden war. Die Ruhe und Stetigkeit dieser Politik, die dem Brausen der Stürme, unter denen das Deutsche Reich geboren wurde, folgte, die Vorsicht, mit der jede Provokation vermieden wurde, die Haltung, welche die bittersten Feinde

Digitized by Google

versöhnte, oder doch ihnen einen Waffenstillstand aufzwang, die Klarheit der Ziele, die verfolgt wurden, und im ganzen und großen auch der Mittel, mit denen es geschah, alles das ließ uns, wie unverwandten Auges, so stets auch guten Mutes nach der Stelle blicken, die jetzt verlassen war. Daß bei großen diplomatischen Verwickelungen in irgend einem Teile Europas die Initiative der Lösung von einem anderen Punkte ausgehen könnte als von Berlin, von diesem Gedanken waren wir und die fremden Nationen des Kontinents fast entwöhnt. Das war der schönste und großartigste Erfolg, welchen die auswärtige Politik Deutschlands zu verzeichnen hatte: die Ueberwindung des europäischen Mißtrauens gegen das so rasch als eine Macht ersten Ranges ins Leben getretene Deutsche Reich. In Wahrheit ist es fast zu wenig gesagt, wenn man nur von einer Beseitigung des Mißtrauens redet, allenthalben, namentlich auch in den kleineren und schwächeren Staaten, welche fremden Ehrgeiz und fremde Eifersucht am meisten zu fürchten haben, galt das Gedeihen des Deutschen Reiches, seine ruhige, innere Entwicklung und seine Konsolidierung nach außen geradezu als die sicherste Bürgschaft des Weltfriedens. Wenn von Zeit zu Zeit Besorgnisse über die Tendenzen Deutschlands, namentlich in Frankreich und Rußland, auftauchten, so war das nur Heuchelei, uns war die Ueberzeugung von dem Willen und der Kraft der deutschen Staatsleitung, den Frieden zu erhalten, in Fleisch und Blut übergegangen.

Die Louis XIII. und Louis XIV. haben ihre Berather, einen Richelieu, einen Mazarin bis zu deren letztem Atemzuge an ihrer Seite erhalten. In England unterlag Robert Walpole, dessen Ministerlaufbahn unter Georg I. und Georg II. die Jahre 1714—1742 umfaßte, echt konstitutionell einem Votum des Unterhauses. Bei der Abschiedsaudienz bat ihn der König wiederholt, zu bleiben, aber Walpole blieb fest und soll nicht weniger als zehnmal das Amtssiegel zurückgegeben haben, das der König ebenso oft in die Hand des Widerstrebenden legte, der endlich mit nassen Augen das Gemach verließ. Robert Walpole war kein großer Mann, kein Staatsmann, der seinem

Digitized by Google

Lande für längere Zeit die Richtung giebt. Kein Gesetz und keine Regierungshandlung von eingreifender Bedeutung ist von ihm ausgegangen oder mit seinem Namen verbunden. Er hat nie Bewunderung oder Enthusiasmus erregt, er ist nie populär gewesen, und eigentlich auch nie vom Volke gehaßt worden, denn der Ausbruch des Volksunwillens bei Gelegenheit der Accisebill war zum Teil künstlich erregt und verlor sich bald, da der Minister, als der Klügere, nachgab. Es schwankt auch nicht sein Charakterbild in der Geschichte, denn wenn es auch bei seinen Lebzeiten „von der Parteien Gunst und Haß verwirrt" wurde, so hat die Nachwelt sich nicht viel mit ihm beschäftigt. Man kennt auf dem Kontinent die Namen von Wolsey, Strafford, Hampden, Chatham und Pitt unvergleichlich besser als den Walpoles, und in England, sagt Lord Mahon, hat nie jemand nach seiner Grabstätte gefragt. Mit Walpoles Ministerlaufbahn kann diejenige Bismarcks unter dem Gesichtspunkte der Dauer zusammengestellt werden, aber auch nur unter diesem. Die Länge der ministeriellen Thätigkeit ist der einzige Vergleichungspunkt; abgesehen von der vollständigen Verschiedenheit der beiden Staatsmänner, der ihnen gestellten Aufgaben und ihrer Leistungen, war es offenbar sehr viel bequemer, Premierminister in dem England der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu sein als in Preußen-Deutschland von 1862 bis 1890. Es mag wenige Staatsmänner gegeben haben, die eine solche Summe körperlicher und geistiger Anstrengung im Dienste ihres Vaterlandes Jahre lang ununterbrochen haben aufwenden und die im gleichen Maße von dem Gewichte der Verantwortlichkeit haben erfüllt sein müssen wie Fürst Bismarck, daß von ihrem Rate, ihren Entschließungen Wohl und Wehe eines Volkes abhing. Wie die Dinge sich bei uns entwickelt haben, mußte Fürst Bismarck auf das Privileg der großen englischen Staatsmänner verzichten, von Zeit zu Zeit dem Führer der Opposition die Regierung zu übergeben und sich eine Weile auszuruhen. Er hat Tag für Tag die aufreibende Thätigkeit ertragen und die Zeit, welche er auf Urlaub fern von der Wilhelmstraße zu Varzin zubrachte, ist wohl nicht mit Unrecht von seinen

Digitized by Google

Gegnern als die Brutzeit großer Entwürfe beargwöhnt worden. Aber so gerecht der Anspruch auf Ruhe erschien, niemand, der nicht auf die Vernichtung des Deutschen Reiches hoffte, hatte sich mit dem Gedanken vertraut machen wollen, daß Fürst Bismarck von dem Kampfplatze scheiden könne, ehe die Natur ihn abrief, daß er ein Zuschauer sein würde, wo er der Held gewesen. Deshalb wurde die Kunde von seinem Rücktritte erst nur mit halbem Glauben und, als an der Gewißheit nicht mehr gerüttelt werden konnte, mit so viel Trauer aufgenommen. Deshalb drängte es Tausende und Tausende, dem Fürsten Bismarck Zeugnis davon zu geben, daß sie hofften und wünschten, er werde, wenn es not thäte, noch einmal an das Staatsruder zurücktreten und uns wiederum ein Führer auf den Bahnen sein, die er im Dienste seines Königs und Vaterlandes dem deutschen Volke eröffnet hatte. Man gedachte unwillkürlich des Wortes, durch welches der Kaiser Wilhelm I. seine unwandelbare Stellung zum Fürsten Bismarck gestempelt, mit dem er im Jahre 1877 das Demissionsgesuch des Reichskanzlers beantwortet hatte. An der geschichtlichen Wahrheit dieses „Niemals" rütteln die Verkleinerer des gestorbenen Staatsmannes vergeblich. Der alte Kaiser Wilhelm I. soll das letzte Entlassungsgesuch Bismarcks, das von 1880, mit den Worten abgelehnt haben: „Ich verbitte mir jede weitere Kanzlerkrisis." Das ist eine Erfindung. Das letzte Abschiedsgesuch des Kanzlers war von Kaiser Wilhelm I. allerdings sehr kühl und einfach erledigt worden und zwar aus dem Grunde, weil sowohl die Einreichung des Gesuches wie seine Erledigung vorher zwischen beiden verabredet worden war. Das Gesuch bildete in diesem Falle die Form, in welcher der Kaiser einem Bundesratsbeschluß widersprach, mit dem Se. Majestät nicht einverstanden war. Der Kaiser hat bekanntlich in der Reichsverfassung kein ausgesprochenes Veto; er kann aber ein solches bis zu einem gewissen Grade faktisch üben, wenn er erklärt, keinen Kanzler zu finden, der zur Kontrasignatur der Publikation bereit sei. Dieser Fall lag vor, und der betreffende Bundesratsbeschluß blieb ohne amtliche Folgen. Es fällt damit die Bezugnahme auf die zwischen Fürst Bismarck

Digitized by Google

einerseits, v. Schleinitz und Stosch andererseits angedeutete Feindschaft, welche bei dieser Angelegenheit mitgespielt haben soll, in sich zusammen. Das Ganze war ein politischer Schachzug vom Kaiser und Kanzler, die dabei in völliger Uebereinstimmung einem beiden unwillkommenen Bundesratsbeschluß erfolgreich entgegentraten.

Kaiser Friedrich hat als Kronprinz dasselbe Wort „Niemals" gesprochen, nur etwas anders: „Fürst Bismarck muß im Amte bleiben, so lange er nur noch athmen kann." Bekanntlich erkrankte der Kronprinz im Jahre 1873 auf einer Reise nach Karlsruhe plötzlich so schwer, daß er sich genötigt sah, im Schlosse zu Wiesbaden, wohin auch seine Familie schleunigst berufen wurde, einen mehrmonatlichen Urlaub zu nehmen. „Die Aerzte sagen," so erwähnte der Patient gegen seine Gemahlin, „meine Krankheit sei nicht ohne Gefahr; mein Vater ist alt und der Prinz Wilhelm noch minderjährig. Es wäre daher nicht unmöglich, daß Du eine Zeit lang zur Regentin berufen würdest, Du mußt mir versprechen, nie etwas ohne den Fürsten Bismarck zu thun, dessen Ratschläge unserem Hause zu ungeahnter Größe und Macht verholfen haben." Es ist auch bekannt, daß zwischen dem Kronprinzen und dem Fürsten-Reichskanzler im Jahre 1878, als der Erstere nach dem Attentat Nobilings die Regierungsgeschäfte für seinen verwundeten Herrn Vater übernahm, eine feste Vereinbarung getroffen worden war, wonach der Fürst Bismarck die Zusage erteilte, das Amt des Reichskanzlers auch im Falle eines Regierungswechsels unter allen Umständen weiter zu führen.

Als im Jahre 1885 Kaiser Wilhelm I. erkrankte, verpflichtete sich auf das Verlangen des Kronprinzen, im Falle eines Thronwechsels der Kanzler, im Dienst zu bleiben, aber unter zwei Bedingungen: keine Parlamentsregierung und keine englischen Einflüsse in der Politik. „Kein Gedanke daran," erwiderte der Kronprinz mit einer entsprechenden Handbewegung. Man weiß auch, daß der nach der Thronbesteigung des Kaisers Friedrich III. veröffentlichte Erlaß an den Reichskanzler nebst dem gleichzeitig erlassenen Aufruf: „An mein

Digitized by Google

Volk", schon Jahre voraus von dem Professor v. Geffcken verfaßt worden war und das Verharren Bismarcks unter allen Umständen zur Voraussetzung hatte. Der Erlaß weiland Sr. Maj. des Kaisers Friedrich vom 12. März 1888 lautet im Eingange:

„Mein lieber Fürst!

Bei dem Antritt Meiner Regierung ist es Mir ein Bedürfnis, Mich an Sie, den langjährigen, vielbewährten ersten Diener Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters zu wenden. Sie sind der treue und mutvolle Ratgeber gewesen, der den Zielen seiner Politik die Form gegeben, und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat.

Ihnen bin Ich und bleibt Mein Haus zu warmem Dank verpflichtet.

Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung Meiner Regierung maßgebend sein sollen."

Die Liberalen hatten den Kaiser Friedrich wiederholt als den Ihrigen reklamiert. Sie machten jetzt gute Miene zum bösen Spiele. Sie trösteten sich mit den Worten: „Es ist unser herzlichstes Verlangen, daß dem Kaiser die Lasten der Regierung so viel wie möglich erleichtert werden, und es liegt auf der Hand, daß ihm diese Lasten auf das äußerste erschwert werden, wenn er gezwungen würde, sich nach einem noch nicht erprobten Nachfolger des Reichskanzlers umzusehen, erprobte giebt es ja zur Zeit nicht."

Als Wilhelm II. zur Regierung gelangte, schien auf allen Gebieten der Politik, trotz des großen Unterschiedes des Alters, die ungetrübteste Harmonie zwischen dem Herrscher und seinem Kanzler und Minister zu herrschen. Man wußte, daß schon Prinz Wilhelm sich seit Jahren mit vollster Ueberzeugung in den Dienst der vom Fürsten Bismarck vertretenen Politik seines kaiserlichen Großvaters gestellt hatte, daß daher, als Kaiser Wilhelm II. den Thron bestieg, zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck kein neues Verhältnis aufzurichten war. Man sagte sich, daß, wenngleich der Kaiser verhältnismäßig jung an Jahren, immerhin etwas älter als

Digitized by Google

Friedrich der Große und Friedrich Wilhelm III. zur Regierung gelangt war und ein Unterschied der Jahre nur in Betracht kommen konnte, wenn nicht einerseits der Kaiser an den Grundanschauungen der Bismarck'schen Politik aus vollster Ueberzeugung festhielte, andererseits Fürst Bismarck nicht der ergebene Lehnsmann des Hauses Hohenzollern wäre, als welcher er sich nun bald dreißig Jahre hindurch im höchsten Staatsamt erwiesen hatte.

Fürst Bismarck und dessen Politik hatten kaum irgendwo einen lebhafteren Bewunderer und Verehrer als den jungen Prinzen von Preußen. Vor jeder bedeutenderen Reise, überhaupt vor jedem bedeutenderen Akte finden wir den Prinzen in den letzteren Jahren vor seiner Thronbesteigung beim Reichskanzler zu längerer Besprechung, so 1887, als der Prinz nach London zur Feier des Regierungsjubiläums der Königin Victoria reiste. Dann nach der Rückkehr von dort. In Friedrichsruh beglückwünschte er mit seinem Bruder Heinrich den Reichskanzler zur Feier seines 25jährigen Ministerjubiläums. Als Bismarck von Friedrichsruh nach Berlin zurückkehrte, erwartete der Prinz, der den Tag zuvor von San Remo, wo er den schwer erkrankten Vater besucht hatte, zurückgekommen war, den Fürsten in dessen Wohnung und hatte, als derselbe abermals Friedrichsruh aufsuchte, wieder eine lange Unterredung mit ihm.

Seine Verehrung für Bismarck bezeugte der Prinz in einem Trinkspruch, den er bei dem vom Oberpräsidenten, Staatsminister Dr. Achenbach dem Brandenburgischen Provinziallandtage am 8. Februar 1888 gegebenen Festmahle als Erwiderung auf einen Toast des Ministers ausbrachte, in dem er sagte: „Lassen Sie mich mit dem Worte schließen, welches am 6. Februar unser großer Kanzler dem Reichstage zurief, der an jenem Tage das großartige Bild der geschlossen Hand in Hand mit der Regierung gehenden Volksvertretung uns zeigte, indem ich den Ausspruch auf die Mark Brandenburg spezialisiere:

Wir Brandenburger fürchten Gott und sonst Nichts auf der Welt!"

Digitized by Google

Hier folgt der Toast, den der Kronprinz bei der Geburtstagsfeier des Fürsten Bismarck auf diesen am 1. April 1888 ausbrachte: „Eure Durchlaucht! Unter den 40 Jahren, welche Sie soeben erwähnten, ist wohl keines so ernst und schwerwiegend gewesen als das jetzige. Der Kaiser Wilhelm ist heimgegangen, dem Sie 27 Jahre lang treu gedient. Mit Begeisterung jubelt das Volk unserem jetzigen hohen Herrn zu, der Mitbegründer der Größe des jetzigen Vaterlandes ist, Ew. Durchlaucht werden ihm, wie wir Alle mit derselben altdeutschen Mannestreue dienen, wie dem Dahingeschiedenen. Um mich eines militärischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsere jetzige Lage an, wie ein Regiment, das zum Sturm schreitet. Der Regimentskommandeur ist gefallen, der nächste im Kommando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwingt. So halten Ew. Durchlaucht das Reichspanier empor. Möge es, das ist unser innigster Herzenswunsch, Ihnen noch lange vergönnt sein, in Gemeinschaft mit unserem geliebten und verehrten Kaiser, das Reichsbanner hoch zu halten. Gott segne nnd schütze denselben und Ew. Durchlaucht!"

Am 1. Januar 1890 erhielt Fürst Bismarck in Friedrichsruh vom Kaiser Wilhelm folgende Gratulation:

„Voll innigen Dankes gegen Gott blicke Ich zurück auf das zu Ende gehende Jahr, in welchem es uns beschieden war, nicht nur unserem teueren Vaterlande den äußeren Frieden zu erhalten, sondern auch die Bürgschaften für die Aufrechthaltung des Friedens zu verstärken. Mit hoher Befriedigung hat es Mich auch erfüllt, daß es unter der vertrauensvollen Mitwirkung der Vertreter des Reiches gelungen ist, das Gesetz über Alters- und Invaliditätsversicherung zu Stande zu bringen und dadurch einen wesentlichen Schritt auf dem Mir am Herzen liegenden Gebiete der Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung vorwärts zu thun. Ich weiß sehr wohl, welch' reicher Anteil an diesen Erfolgen Ihrer aufopfernden, schaffensfreudigen Thatkraft gebührt, und bitte Gott, er möge Mir in Meinem schweren, verantwortungsvollen

Digitized by Google

Herrscherberufe Ihren treuen, erprobten Rat noch viele Jahre erhalten."

Diese Worte riefen allenthalben im Lande große Genugthuung hervor und fanden über die Grenzen des Vaterlandes hinaus allgemeine Beachtung. Die Kundgebung war nach drei Seiten hin bedeutsam; sie verstärkte die Wirkungen der friedlichen Aeußerungen der anderen Fürsten und Staatsleiter, sie betonte die warme Fürsorge des Kaisers für die arbeitende Bevölkerung und sie enthielt einen Beweis rückhaltlosen Vertrauens des Kaisers zu dem Manne, der seit mehr als einem Vierteljahrhundert der preußischen und deutschen Politik ihre Wege vorzeichnete. Es mußte scheinen, daß eine stärkere und autoritativere Widerlegung aller Gerüchte über eine allmählich eintretende Veränderung des Verhältnisses zwischen Kaiser und Kanzler nicht wohl denkbar war. Aber das Sozialistengesetz lief ab; die Arbeitererlasse wurden veröffentlicht. Schon am 14. Februar meldete ein Blatt, Fürst Bismarck gedenke sich aus dem preußischen Staatsdienste zurückzuziehen und nur die Stellung als Reichskanzler beizubehalten. Kurz zuvor war Herr v. Berlepsch zum Handelsminister ernannt worden. Auf dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages hatte der Kaiser gesagt, wer immer ihm in der Politik entgegentrete, den werde er zerschmettern.

Digitized by Google

II.

Bismarck über den Kaiser.

Am 15. Juni 1888 war Kaiser Friedrich gestorben. Am 21. wurde eine Bundesratssitzung abgehalten, in der Fürst Bismarck die folgende Erklärung abgab: „Nachdem Se. Maj. der Kaiser und König von Preußen Friedrich am 15. d. Mts. aus diesem Leben abberufen worden, hat Se. Maj. der Kaiser Wilhelm als Allerhöchst dessen Nachfolger in der Regierung des Königreichs Preußen die Kaiserwürde mit allen damit verfassungsmäßig verbundenen Rechten und Pflichten übernommen. In tiefem Schmerze über den doppelten Verlust, den das Königliche Haus und die Nation innerhalb weniger Monate erlitten haben, hat Se. Maj. der Kaiser mir den Auftrag zu erteilen geruht, dem Bundesrat hiervon Kenntnis zu geben. Se. Maj. der Kaiser, durchdrungen von der Größe der auf Allerhöchst dessen Schultern gelegten Verantwortung, übernimmt dieselbe in dem Pflichtgefühl des von Gott berufenen Nachfolgers Seines hochseligen Großvaters und Vaters und in dem Vertrauen auf den Beistand, den er in der Erfüllung der Kaiserlichen Pflichten bei Allerhöchst seinen hohen Bundesgenossen zu finden sicher ist. Se. Maj. rechnet bei der Erfüllung der ihm durch die Reichsverfassung gestellten Aufgaben mit Zuversicht auf die stets bewährte bundesfreundliche Gesinnung und bereitwillige Mitwirkung der verbündeten Fürsten und freien Städte. Als die oberste dieser Aufgaben betrachtet der Kaiser die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung und den Schutz des Reichsgebietes, wie eines jeden innerhalb desselben

Digitized by Google

geltenden Rechts. Dieser verfassungsmäßige Schutz deckt die vertragsmäßigen Rechte der einzelnen Bundesstaaten nach der gleichen Wirkung wie die der Gesamtheit, und Se. Maj. der Kaiser erblickt in der gewissenhaften Handhabung desselben eine Vertragspflicht Preußens und eine der Ehrenpflichten, die dem Kaiser obliegen. Das bundesfeste Vertrauen der deutschen Fürsten und freien Städte zu einander und ihre im Bundesrat bethätigte Einigkeit haben das Reich befestigt und die gemeinsamen Bestrebungen aller Bundesglieder für die Wohlfahrt Deutschlands fruchtbar gemacht. Se. Maj. der Kaiser werden dieses Vertrauen und diese Einigkeit unter den verbündeten Regierungen mit der gleichen Sorgfalt zu pflegen bemüht sein, wie dies seinen in Gott ruhenden Vorgängern gelungen ist. In der inneren wie in der auswärtigen Politik will Se. Maj. sich an die Wege halten, auf denen Seine verewigten Vorgänger in der Kaiserwürde neben der Liebe Ihrer Reichsgenossen das Vertrauen der auswärtigen Mächte dahin gewonnen haben, daß dieselben in der Stärke des Deutschen Reiches eine Bürgschaft des europäischen Friedens erblicken. Se. Maj. hat, um diese seine Absichten zu verkünden, und um allen darüber verbreiteten Zweifeln persönlich entgegenzutreten, den Reichstag auf den 25. d. Mts. berufen und mich beauftragt, der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Se. Maj. für die weitere Durchführung der Absichten, von denen Seine verewigten Väter seit der Herstellung des Reiches geleitet wurden, auf die bundesfreundliche Unterstützung des Bundesrates werde rechnen dürfen."

Es erfolgte sodann die mit dem ganzen Pompe, der ähnlich bei der Eröffnung des ersten deutschen Reichstages im März 1871 durch Kaiser Wilhelm I. entfaltet war, in Scene gesetzte Eröffung des ersten deutschen Reichstages, den Kaiser Wilhelm II. vollzog, um den Thronwechsel feierlich zu konstatieren und eine Botschaft an den Reichstag zu richten. Zwei Punkte traten in der Thronrede mit nachdrücklichem Gewichte hervor. Die Verkündigung des Beharrens bei der Politik, durch welche unter Wilhelm I. das Reich begründet und befestigt wurde, und die Versicherung der Absicht, den

Digitized by Google

Frieden zu wahren, auf deren Erfüllung bestimmtere Hoffnungen ausgesprochen wurden, als das seit Jahren in den deutschen und preußischen Thronreden geschehen war. Die deutsche Presse fast aller politischen Schattierungen war darüber einig, daß mit dem Tode Kaiser Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs die Probe begonnen habe, welche nach weit verbreiteter Ansicht das Reich nach dem Ausscheiden der großen Persönlichkeiten, welche bei der Gründung des Reiches die Führer waren, zu bestehen haben würde. „Die Gewähr dafür, daß sie bestanden wird, liegt in der von Allen empfundenen Thatsache, daß die wichtigste Vorbedingung der nationalen Einheit geblieben ist und bleibt: der Wille dieses Volkes von 46 Millionen, durch seinen Nationalstaat Herr seiner Geschichte zu sein." Das Erscheinen der deutschen Bundesfürsten bei der Eröffnungsfeier durfte als Bestätigung dessen betrachtet werden. Sie waren vollzählig aus freien Stücken nach Berlin geeilt; diejenigen, welche durch zwingende Gründe verhindert waren, persönlich zu erscheinen, hatten sich vertreten lassen. Die hohe Bedeutung dieses Vorganges lag auf der Hand. Die Verfassung des Deutschen Reiches kennt keine Bekräftigung durch einen Eid; weder der Kaiser noch die Fürsten, noch die Abgeordneten legen ein Gelübde auf die Verfassung ab. Indem die deutschen Fürsten unaufgefordert nach Berlin gekommen waren, um schweigend den Thron zu umstehen, während der neue Kaiser zum ersten Male zu den Vertretern des Volkes sprach, gaben sie in der ihnen zugänglichen Form symbolisch zu erkennen, daß sie auch in Zukunft sich gebunden erachten, treu zum Reiche und seiner Verfassung zu halten. Kaiser Wilhelm I. war der Begründer des Reiches; Kaiser Friedrich war als Kronprinz sein thätiger Gehilfe gewesen, auf dem Schlachtfeld wie im Rate; so lange einer dieser beiden Männer lebte, hatte der Fortbestand des Reiches keine Not. Dagegen war im Auslande wenigstens vielfach die Ansicht vertreten, daß das Reich eine schwere Krise zu bestehen haben werde, wenn der gegenwärtige Kaiser, der, als das Reich entstand, noch ein Knabe war und der an der Begründung desselben keinen Anteil nehmen konnte, zur Regierung gelangen würde. Indem die deutschen Fürsten

Digitized by Google

nach Berlin kamen, um dem ersten deutschen Regierungsakte des jungen Kaisers beizuwohnen, haben sie mit stummer Beredtsamkeit die Erklärung abgegeben, daß sie nicht allein dem Wortlaut der Reichsverfassung auch in Zukunft folgen, sondern auch mit dem Herzen bei der Sache bleiben wollten.

Ihrer Haltung entsprach die der Stämme. Vor dem Throne des jungen Herrschers verstummte der Parteihader im Reichstage wie im Landtage, welcher noch am Schlusse der letzten Landtagssession so giftige Blüten getrieben hatte. Die Eintracht, zu welcher der Kaiser und Landesherr die Volksvertretung in Reich und Land aufgerufen, wurde durch keinen Mißklang in der Beratung der Adressen gestört. Die Persönlichkeit und das Auftreten des jungen Kaisers, der Patriotismus der deutschen Fürsten, die Staatskunst des leitenden Staatsmannes, und vor allem der feste und unbesiegbare Entschluß des deutschen Volkes an seiner nationalen Einheit festzuhalten: das waren die Elemente, welche zusammenwirkten, um die schwere Probe, der das Deutsche Reich ausgesetzt war, mit einer Sicherheit und Selbstverständlichkeit des Erfolges zu überwinden, auf die selbst die optimistischsten Gemüter nicht zu rechnen gewagt hatten.

Die selbstverständliche Voraussetzung dabei war stillschweigend das Verharren Bismarcks im Amte. Derselbe sprach sich privatim gegenüber einigen Mitgliedern des Herrenhauses mit großer Anerkennung über die Begabung und Tiefe der Auffassung des Kaisers in Betreff der ihm gewordenen Aufgabe und über den Eifer, die Bereitwilligkeit und Hingebung, sowie die Festigkeit des Willens, mit welcher der junge Kaiser sich der übernommenen Leitung der Regierungsgeschäfte widme, aus und wußte kaum genug die Reife und das Verständnis hervorzuheben, welche Kaiser Wilhelm in allen Punkten der mannigfachen Vorkommnisse in der inneren wie äußeren Politik, wie auch in den vielfachsten Angelegenheiten der Verwaltung zu erkennen gebe, und die einem erfahrenen Verwaltungsbeamten alle Ehre machen würden.

Der Fürst hob sodann ganz besonders hervor, daß Kaiser

Digitized by Google

Wilhelm bei jeder Gelegenheit und zu wiederholten Malen seine Friedensliebe nach allen Seiten hin zu erkennen gegeben habe, daß der Kaiser ihm auf das entschiedenste und eingehendste versichert habe, wie er die Aufrechthaltung des Friedens, soweit es sich irgend mit der Ehre, Würde und den Interessen des Reiches und seiner Angehörigen vereinbaren lasse, als das wichtigste und schwerwiegendste Vermächtnis seines Großvaters und Vaters übernommen habe und zur Durchführung zu bringen bestrebt sein werde. Dies erachte er als seine erhabenste Mission nach außen hin, wie er die Fortsetzung der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Ausgleichung der religiösen Differenzen und die Hebung der Produktivität des Landes durch Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Industrie und des Handels in gleichem Maße und nach gleicher und gerechter Verteilung der Kräfte als ein gleich wertvolles und erhabenes Vermächtnis seiner beiden großen Vorfahren erachte und dasselbe allezeit vor Augen habe und zur Ausführung bringen wolle. Ihm in diesem Bestreben, wie bisher seinem Großvater und seinem Vater in gleicher Weise treu zur Seite zu stehen und ihn unterstützen zu wollen, darum habe ihn Kaiser Wilhelm recht aufrichtig und innig gebeten, und er (der Kanzler) habe ihm (dem Kaiser) auch die feste Versicherung gegeben, daß er, so lange ihm dies Leben und Gesundheit gestatten, nicht von seiner Seite weichen werde. Und dies Versprechen werde er (der Kanzler) auch bis zu seinem letzten Atemzuge halten.

Diese Zusicherung gab der Kanzler voller Begeisterung und mit Thränen im Auge, und sie wurde auch von den Mitgliedern in derselben Weise aufgenommen und allseitig mit warmem Händedruck bekräftigt.

Der Kanzler fügte sodann hinzu, daß er die feste Ueberzeugung habe, daß unter den jetzt bestehenden Verhältnissen der Weltfriede nicht gestört werde, wenn nicht in anderen Staaten die Veranlassung hierzu gegeben würde. Auf Befragen äußerte der Kanzler den Herren, daß er eine derartige Befürchtung für Rußland nicht hege und die feste Ueberzeugung habe, daß die Differenzen, die früher zwischen Berlin

Digitized by Google

und St. Petersburg schwebten, jetzt vollkommen beigelegt seien. Allerdings wünsche er wohl, daß er die gleiche Zuversicht in Betreff des westlichen Nachbars auch hegen könne; dies sei ja möglich, so lange es den jetzigen Machthabern in Frankreich gelinge, den verschiedenen dort bestehenden Parteien gegenüber die Hand oben zu behalten. Allein bei dem reichen Zündstoff, welchen Frankreich biete, und bei der leichten Erregbarkeit seiner Bevölkerung sei es schwer, eine Garantie zu übernehmen, daß dieser Zustand auf die Dauer erhalten werde. Der Tropfen, welcher ein volles Gefäß überlaufen mache, schwebe in jenem Lande ständig in der Luft und könne zu einem Zeitpunkt und von einer Stelle aus herabfallen, wo man dies am allerwenigsten erwarte, und was dann geschehen werde, lasse sich schwerlich jetzt voraussagen. Vorläufig aber glaube er, daß auch hier sobald nicht andere Zustände eintreten werden.

Von den Ereignissen und Anstrengungen der letzten Monate aufs äußerste angegriffen, zog sich Fürst Bismarck nach seinem Landsitz Friedrichsruh zurück. Dort besuchte ihn erst Crispi, dann Kalnoky. In der Unterredung des Fürsten Bismarck mit dem letzteren wurden wichtige Themata berührt. Man sprach von der in Berlin im Februar desselben Jahres gemachten Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Allianzvertrages von 1879 und kam dann auf den im Jahre 1887 zwischen Deutschland und Rußland geschlossenen Neutralitätsvertrag, der im Jahre 1896 soviel Streit und Lärm aufgerührt hat, zu sprechen. Bismarck hätte am liebsten diesen Vertrag auch veröffentlicht, aber Rußland war dagegen. Kalnoky gegenüber sprach sich Bismarck offen aus. Seinen Darstellungen der Sache entsprach die hier folgende Ausführung. Das Protonpseudos der falschen Auffassung des Vertrages liegt in der Verkennung des Zweckes des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages. Dieser Zweck bestand in nichts anderem, als in der verstärkten Sicherung Deutschlands gegen die Eventualität, daß Frankreich, wenn es zur Verwirklichung seiner Revanche-Ideen einen neuen Krieg gegen Deutschland begänne, die Unterstützung Rußlands finden könne. Laut Artikel 2 des deutsch-

Digitized by Google

österreichischen Bündnisvertrages wäre zwar Oesterreich für den Fall, daß Rußland in Form einer aktiven Kooperation oder durch sonstige militärische Maßnahmen, welche Deutschland bedroht hätten, den französischen Angriff auf Deutschland unterstützte, verpflichtet gewesen, Deutschland mit seiner gesamten Kriegsmacht beizustehen, aber es lag begreiflicherweise sowohl im Interesse Deutschlands wie im Interesse des Friedens, dem das Bündnis dienen sollte, daß diese Eventualität vermieden blieb. Dies wurde erreicht durch den Abschluß des deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrages. Derselbe hatte, kurz ausgedrückt, den Zweck, Rußland zu verhindern, seine Armee in den Dienst der französischen Revanche-Idee zu stellen; er wollte dadurch die Gefahr eines europäischen Koalitionskrieges vermindern. Er war namentlich mit Rücksicht auf die Eventualität geschlossen worden, daß in Rußland polnische, panslavistische und französische Einflüsse ein Schwergewicht erlangten, welches im kritischen Momente auf die russische Politik in dem Maße gedrückt haben würde, daß Rußland, ohne durch eigene Lebensinteressen zwingend dazu genötigt zu sein, sich dazu hergegeben hätte, den Franzosen zu Elsaß-Lothringen mit der Rheingrenze und der Reaktivierung der 1870 verloren gegangenen „prépondérance légitime" zu verhelfen.

Dieser Zweck des deutsch-russischen Vertrages lag nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern ebenso gut in dem Oesterreich-Ungarns, welches dadurch der Verpflichtung überhoben war, seine Soldaten gegen Frankreich marschieren zu lassen, wenn dieses Deutschland angriff und dabei von Rußland unterstützt wurde. Der deutsch-russische Vertrag war mithin eine Friedensgarantie im eminentesten Sinne des Wortes, und er hat, wie wir zu wissen glauben, die Zustimmung der österreichisch-ungarischen Staatsmänner nicht nur verdient, sondern auch gefunden.

Die Reise des Kaisers Wilhelm II. nach Petersburg hatte eben ihr Ende erreicht, als Kalnoky in Friedrichsruh war. Sie wurde dort gründlich beleuchtet. Bismarck sprach von den Antrittsvisiten des Kaisers überhaupt. Er äußerte darüber sich ähnlich, wie später über den Besuch in Konstantinopel, nämlich

Digitized by Google

mit den Worten: „Was ist Wunderbares daran, daß ein junger, schäumender Thätigkeit voller Souverain, indem er reist, seine Zeit angenehm zu verbringen und etwas die Welt zu sehen wünscht?“ Bismarck hatte volles Vertrauen zum Kaiser, auch wenn er Kalnoky gegenüber darauf hinwies, daß es der autoritativen Natur des Herrschers entspreche, seiner Vorliebe für persönliche Initiative, alle Vorkommnisse, welche irgendwie einen Einfluß haben können auf den Gang der Ereignisse, selbst mit den fremden Staatsoberhäuptern zu besprechen. Fürst Bismarck war kein Freund solcher Fürstenreisen, wie sie mehr und mehr stereotyp geworden sind. Er hegte größeres Vertrauen zu der stillen Arbeit der Diplomatie als zu der Wirkung rauschender Feste. Er war gewohnt, um so vorsichtiger den Kern zu prüfen. Auch sprach er einmal den Gedanken aus: „Ein Fürst als Gast eines andern hat das natürliche Bestreben, sich so angenehm als möglich zu machen und aus bloßer Höflichkeit gegen das Ausland dem „Kultus des Fremden“, wenn auch nur äußerlich, Konzessionen zu machen, die in der Heimat leicht übel vermerkt werden können.“ Auch in Bezug auf England gab Fürst Bismarck dem österreichischen Staatsmanne einige Erklärungen. Die Reichstagthronrede hatte Englands nicht Erwähnung gethan. Es war das des Kaisers Wille. Es bestand damals ein Zwist zwischen dem Kaiser und seiner Großmutter wegen der in England befindlichen Papiere aus der Hinterlassenschaft Kaiser Friedrichs. „Man konnte dem Kaiser das Schweigen über England concedieren, es war das ein Familienzwist, mit dem die Diplomatie nichts zu thun hat. Die Beziehungen der beiderseitigen Regierungen zu einander lassen nichts zu wünschen übrig, eine Entfremdung zwischen Deutschland und England zur Zeit der Thronbesteigung des Kaisers hat so wenig bestanden, und besteht heute so wenig, daß selbst die Behandlung des Generals von Winterfeld, der die Meldung von der Thronbesteigung Kaiser Wilhelm II. am englischen Hofe überbringen sollte, politisch ein ganz gleichgültiges Ereignis ist. Das sind Familienangelegenheiten, die uns nichts angehen. Man mag, wie zur Zeit Mackenzies, an einer gewissen Stelle im groß-

Digitized by Google

britannischen Königreiche Schloß Friedrichskron für eine Art von Dependenz von London ansehen, diese Stelle ist nicht in Downing-Street zu suchen. Nach der Entlassung des Fürsten Bismarck bestätigte Lord Salisbury, verleumderischen Behauptungen der Kreuzzeitung gegenüber, die Aeußerungen Bismarcks in Bezug auf die Beziehungen zwischen England und Deutschland. Diese gediehen erst nach Bismarck bis zu jener deutsch-englischen Intimität, die sich am politischen Horizont mit voller Schärfe abzeichnete und in Petersburg und Paris schnell den Gedanken an das Gegengewicht aufkommen ließen.

Auch von der persönlichen Führung der Politik seitens des Kaisers war in Friedrichsruh die Rede. „Das persönliche Hervortreten des Kaisers kann und darf einer Kritik nicht unterzogen werden", sagte Fürst Bismarck, „man muß die Wirkungen abwarten, die dasselbe im Gefolge haben wird." Bismarck hat, als er noch an die vollste Uebereinstimmung seiner Meinung mit dem Prinzen Wilhelm glaubte, prophetisch gesagt: der Kaiser werde sein eigener Kanzler sein. In der That hat Kaiser Wilhelm II. sehr früh die persönliche Führung der Politik in stärkerem Grade übernommen, wie seine Vorgänger an der Krone; in Preußen wie im Reiche wirkt das erhöhte Schwergewicht der letzteren bestimmend auf den Gang der öffentlichen und Staatsangelegenheiten ein; die konstitutionelle Theorie von der Ministerverantwortlichkeit ist in den Hintergrund getreten. Nach der Verfassung ist dies durchaus berechtigt, da diese dem König, nicht den Ministern alle Regierungsrechte zuweist, und es folglich im Belieben des Monarchen steht, in wie weit er dieselben persönlich wahrnehmen will oder nicht; der Kaiser kann sein eigener Ministerpräsident sein und sein eigener Kanzler, wenn auch nicht in formell staatsrechtlichem, so in politisch-materiellem Sinne. Es ist natürlich, daß sich, entsprechend diesem gesteigerten Einflusse des Monarchen auf die Politik des Landes, die Hoffnungen der Bevölkerung mit um so größerer Intensität auf die Person des Staatsoberhauptes richten.

Fürst Bismarck hat also nicht mißbilligend das Wort

Digitized by Google

von der Kanzlerschaft des Kaisers gesprochen. Aber erst nach seiner Entlassung konnte diese sich frei entfalten und ihre natürlichen Folgen offenbar werden lassen.

Kalnoky fragte, ob denn, da dem Kaiser eine feste, durch die Größe der Erfolge mächtig gewordene Persönlichkeit zur Seite stände wie sein Reichskanzler, ein Herrscher, der sein eigener Reichskanzler sein wolle, nicht am Ende, um seine eigene Persönlichkeit, beziehungsweise das Erreichen seiner eigenen, ihm klar vor Augen stehenden Ziele zur Geltung zu bringen, es unternehmen könnte, den eigenen Flug zu wagen und sich vom Fürsten Bismarck zu trennen. Dieser antwortete positiv: „Das ist, wie ich den jungen Herrn kenne, nicht zu erwarten."

Gleich nach der Abreise Kalnokys aus Friedrichsruh ging der Immediatbericht in der Geffcken-Angelegenheit an den Kaiser Wilhelm II. ab, der die Worte enthielt: „Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs, über die intimeren Fragen unserer Politik mit Sr. Königlichen Hoheit zu sprechen, weil Se. Maj. einerseits Indiskretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchteten, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Sr. Königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren." Der Immediatbericht wurde im „Reichsanzeiger" veröffentlicht, was selbstverständlich nicht durch den Minister, sondern nur durch den König befohlen werden konnte, um so mehr, wenn es sich, wie im vorliegenden Falle, um die Person seines Vaters und Vorgängers handelte. Wenn Kaiser Wilhelm II. sich zu diesem, ihm gewiß sehr schweren Schritte entschloß, so müssen schwerwiegende Gründe dafür vorhanden gewesen sein. Diese Gründe finden sich in dem Umstande, daß die Geffckensche Publikation — ob berechnet oder nicht, bleibe dahingestellt — gerade in dem Augenblick erfolgte, in welchem der Kaiser seine erste Reise an die süddeutschen Höfe anzutreten beabsichtigte. Dem peinlichen Eindrucke gegenüber, welchen die unglaubliche Taktlosigkeit jener Publikation an den süddeutschen Höfen —

Digitized by Google

und nicht nur an diesen — notgedrungen hervorrufen mußte, war unabweislich durch einen entschlossenen Akt der preußischen Krone festzustellen, daß die zum Teil obenein thatsächlich unrichtigen Aufzeichnungen jenes Tagebuches nicht die Anschauungen darstellten, von denen die Politik Kaiser Wilhelms I. und ebensowenig die Kaiser Wilhelms II. den deutschen Bundesgenossen gegenüber geleitet worden sei oder in Zukunft geleitet werden solle. Vor dieser höchsten Staatsnotwendigkeit mußten alle anderen Rücksichten zurücktreten, vor dieser allein entschloß sich der Kaiser zu dem für ihn sehr schmerzlichen Schritt. Es ist um die Publikationen der „Freunde" des hochseligen Kaisers ein eigen Ding.

Auch Gustav Freytags durch die Geffckensche Veröffentlichung hervorgerufene Schrift: „Der Kronprinz und die Kaiserkrone" hat seinerzeit in den Kreisen der Königlichen Familie und insbesondere bei der Kaiserin Friedrich das schmerzlichste Bedauern hervorgerufen. — Was die Stellung des Fürsten Bismarck zu der Veröffentlichung des Immediatberichtes anbelangt, so ist selbstverständlich, daß auch für ihn die Notwendigkeit, dem jungen Monarchen das unerschütterte Vertrauen der deutschen Fürsten und damit die Basis des Reiches zu erhalten, über jeder anderen Rücksicht stehen mußte. Jedenfalls bewies dieser Vorgang zwischen dem Kaiser und dem Kanzler ein Verhältnis, das auf vollständigen Einklang beider schließen lassen konnte.

Aber es gab einen Kreis, in welchem der Immediatbericht bitterböses Blut gemacht hatte. Es waren drei hohe Damen, die verwitwete Gemahlin des Kaisers Friedrich, die Mutter desselben, Kaiserin Augusta, und die Schwiegermutter in London, Königin Victoria.

Als am 29. März, Nachmittag, wenige Minuten nach 5 Uhr, Fürst Bismarck die Linden passirte, um nach dem Hamburger Bahnhof zu fahren und Berlin für immer zu verlassen, da blickte auf das Menschengewoge, das den Wagen des Verbannten umgab, ein Frauenauge aus den Fenstern der englischen Botschaft herab. Es mag sich da wohl die Empfindung geregt haben: Kaiser Friedrich gerächt! . . . .

Digitized by Google

III.

Ein diplomatisches Aktenstück.

Es ist bemerkenswert, daß die innere Trennung des Kaisers von seinem Reichskanzler zuerst auf dem Gebiete des Aeußeren hervortrat, wenn auch unausgesprochen, also gerade auf demjenigen Gebiete, auf dem Fürst Bismarck seine größten Erfolge hatte. Kaiser Wilhelm hielt es im Jahre 1888, als er kaum einige Wochen zur Regierung gelangt war, für seine Aufgabe, den ersten Besuch, den er als Kaiser machte, dem russischen Zar in ganz feierlicher Form und in Begleitung des Prinzen Heinrich in der russischen Residenz abzustatten. Er reiste mit einer Kriegsflotte nach Kronstadt, wo 40 russische Kriegsschiffe in Paradestellung und festlich geschmückt ihn erwarteten. Von dort begab er sich nach erfolgter Begrüßung mit dem Zaren auf der russischen Kaiser-Yacht nach St. Petersburg, wo er an der Landungsbrücke von der Kaiserin willkommen geheißen wurde. Tags darauf besuchte er das Grab Alexanders II., abends das Lager von Krasnoje-Selo. Am folgenden Tage wohnte er einer Parade über 60 Bataillone, 50 Eskadrons und 170 Geschütze bei. Bei dem Festmahle am Hofe wurden von den beiden Monarchen die Trinksprüche auf das gegenseitige Wohl ausgebracht und, nachdem Kaiser Wilhelm den Zaren nebst Gemahlin auf der „Hohenzollern" bewirtet, sowie mit ihnen eine Umfahrt um das deutsche Geschwader gemacht hatte, verabschiedete er sich und dampfte unter dem Salut der russischen Flotte und aller Forts wieder ab. Was diese Reise sollte, wurde erst nach der Entlassung Bismarcks durch ein diplomatisches Aktenstück aus der Caprivischen

Digitized by Google

Schule offenbar. Dieses Schriftstück aus dem Monat Mai des Jahres 1890, bestimmt, die äußere Politik des „Neuen Kurses" zu begründen, hat den folgenden Wortlaut:

„Als Fürst Bismarck die Berichterstatter des französischen und des russischen Blattes zu sich nach Friedrichsruh einlud, um diesen in einigen kurzen Zügen die Politik vorzuführen, welche er als Kanzler des Deutschen Reiches Frankreich und Rußland gegenüber beobachtet hatte, war er unserm Dafürhalten nach davon überzeugt, daß eine Rückkehr auf seinen früheren Posten zu den Unmöglichkeiten gehöre. Eine derartige Rechtfertigung der Bismarck'schen Politik vor den beiden erklärten Gegnern derselben, wie sie nach den Angaben jener Berichterstatter, die, weil bisher unwidersprochen, nunmehr als authentisch angesehen werden müssen, in Friedrichsruh gegeben wurde, war nur möglich, als daß diese Politik, wenigstens bezüglich der Person ihres Leiters, bereits als abgeschlossen angesehen werden mußte. Und in der That, wer die Vorgänge der letzten Monate genauer verfolgte und in ihren inneren Beziehungen zu erkennen versuchte, der wird die Wahrnehmung gemacht haben, daß sich heute schon in dem gesamten politischen Leben Europas so tiefgehende Wandlungen vollzogen haben, daß ein Wiedereingreifen Bismarcks die größten Schwierigkeiten hervorrufen würde. Wir deuteln darum nicht an dem Kaiserlichen Versprechen, daß der Kurs der alte bleiben werde; die Richtung ist sicherlich dieselbe geblieben, aber darum ist doch der Steuermann gewechselt, neue Hilfskräfte, neue Begleiter und ein unverändertes Maß von treibender Kraft sind in den Dienst desselben Staatsschiffes gestellt worden. Dies weiß Fürst Bismarck wohl am besten selbst, und daher mag er sich denn auch zum Empfang seiner Interviewer entschlossen haben. Ueber die Folgen dieses Schrittes kann man heute bereits urteilen; der russischen Presse, die aus den ganzen Darlegungen natürlich nur die ihr äußerst angenehmen Worte vom „russischen Sekretär" herausgreift, ist neuer Stoff für ihre herausfordernde und beleidigende Haltung gegenüber Deutschland zugeführt worden, und ob dem Fürsten Bismarck mit den auf seine Person bezüglichen, halb Mitleid, halb Bedauern aussprechenden Bemerkungen der panslavistischen Presse wirklich gedient ist, bezweifeln wir sehr. In Frankreich aber haben die Mitteilungen des „Matin" und

Digitized by Google

des „Figaro“ aus Friedrichsruh noch mehr ihren Zweck verfehlt. Man wird sich erinnern, daß der „Temps“ den Rücktritt des Fürsten Bismarck in einem Artikel besprach, dessen Stichwort lautete: „Ein Riese ist gefallen“, und die übrige Presse der französischen Hauptstadt urteilte mit wenigen Ausnahmen in der gleichen Weise. Dieser Nimbus, welcher die Bismarck'sche Politik auch bei ihren Gegnern umgab, beginnt — wir müssen es zu unserm tiefsten Bedauern konstatieren — schon jetzt zu verschwinden in Folge der jüngsten Vorgänge in der Presse.

Ein weiteres und für die Stellung des Reiches weit wichtigeres Ergebnis dieser Erörterungen ist die Thatsache, daß durch sie naturgemäß die Politik des vormaligen Reichskanzlers als eine in sich abgeschlossene, und nach festen, unerschütterlichen Grundsätzen geleitete dargestellt wird, während sich die heutige Politik des Reiches noch jeder Berechnung entziehe. Daß Fürst Bismarck selbst diese Anschauung im Auslande wachrufen will, nehmen wir nicht an; daß diese Absicht aber gewissen übereifrigen Freunden desselben nicht fern liegt, wird sich wohl kaum bestreiten lassen. Dieser Umstand aber nötigt uns, den Darlegungen über die Periode Bismarcks gegenüber eine, wenn auch nur in schwachen Umrissen skizzierte Darstellung der Politik des Kaisers zu geben, welche denn doch heute schon auf thatsächliche Erfolge zurückblicken kann, die einen Vergleich mit der Politik Bismarcks nicht zu scheuen brauchen und welche auch den Schatten eines Vorwurfs der Zielloſigkeit und Unberechenbarkeit weit von sich weisen.

Die erste Zeit der Regierung Kaiser Wilhelms II. war durch die großen Reisen in Anspruch genommen; es ist aber eine wenig erhebende Unterstellung zu behaupten, das Leitmotiv dieser Periode sei wesentlich die Reiselust des jugendlichen Herrschers gewesen. Die Gründe waren völlig anderer Natur. In erster Linie hatte sich der Kaiser, wie es in seiner geraden und offenen Natur liegt, entschlossen, allen Mächten Europas gegenüber eine Politik der Ehrlichkeit und des gegenseitigen Vertrauens zu versuchen. Diese aber konnte sich am besten auf persönliche Besprechungen und einen klaren Meinungsaustausch mit den Herrschern der benachbarten Staaten selbst aufbauen lassen. Ferner aber erkannte der Kaiser mit sicherem Blick, daß heute die meisten Staaten und besonders die Monarchieen Europas in sehr wesentlichen

Digitized by Google

Lebensfragen völlig gleichartige Interessen besitzen, deren gemeinsame Wahrung die Wucht der entgegenstehenden Interessen der einzelnen Staaten um ein Beträchtliches herabzumindern im Stande sei. Endlich überzeugte sich der Kaiser davon, daß selbst diesem übrigbleibenden, nicht zu beseitigenden Interessengegensatz durch die Anknüpfung persönlicher, freundschaftlicher Beziehungen völlig seine beunruhigende Schärfe genommen werden könne. Allerdings mußten schon die Reisen die Stellung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler merklich verändern. Ohne diese Besuche wäre der Monarch bei der Beurteilung von Fragen der europäischen Diplomatie im allgemeinen auf die Darlegungen des Reichskanzlers angewiesen geblieben; da er nun aber selbst die fremden Höfe besuchte und die leitenden Kreise der maßgebenden Staaten persönlich kennen lernte, gewann er sofort ein eigenes und selbständiges Urteil. Und daß sich dieses nicht in allen Punkten mit den Ansichten des Kanzlers decken konnte, liegt in der Natur der Sache. Fürst Bismarck wurde in der Leitung der Politik, wie sich dies auch in den Berichten der ausländischen Interviewer zeigt, von den Erinnerungen und Erlebnissen der vergangenen Dezennien beeinflußt, die auch auf die Entscheidungen des Augenblicks bestimmend wirken mußten. Ebenso aber ist es begreiflich, daß für den jugendfrischen und von den Aufgaben der Gegenwart durchdrungenen Monarchen die etwas weitschweifigen Reminiszenzen aus einer vorübergegangenen diplomatischen Periode nur einen geringeren Wert haben konnten, als für den in dem Amte längst ergrauten Kanzler. Sodann entsprach es der Kaiserlichen Auffassung des Herrscherberufes wenig, die Politik von einer gewissen steilen und unnahbaren Höhe herab zu leiten, wofür die düstere Abgeschlossenheit des Herrschers an der Newa ein so wenig nachahmenswertes Beispiel bot, das aber doch Fürst Bismarck nach dem unverdächtigen Zeugnis eines Berliner nationalliberalen Organs, das ihn sonst stets bewunderte, während der letzten Jahre seiner Kanzlerschaft bis zu einem gewissen Grade nachzuahmen schien.

War somit schon in den Motiven zu den Reisen ein trennender Punkt zwischen Kaiser und Kanzler gegeben, so trat in den Ergebnissen derselben dieser Gegensatz noch schärfer hervor. Schon die erste Reise, welche den Kaiser an den Hof des Zaren führte, war für die

Digitized by Google

weitere Entwicklung der Politik entscheidend. Dem Kaiser entging es nicht, daß die eisige Höflichkeit, mit der er vom Zaren empfangen wurde, wohlberechnet war, und daß die gesamte Pracht und der militärische Glanz, welcher vor den Augen des Deutschen Kaisers entfaltet wurde, einzig und allein den Zweck hatte, die Macht des russischen Herrschers zu zeigen. Kaiser Wilhelm fühlte die von ihm in so aufrichtiger Weise entgegengestreckte Freundeshand nur kalt berührt und erkannte, daß an der Newa nicht eine Freundschaft zwischen Gleichberechtigten, sondern eine Unterordnung gewünscht wurde. Und wenn erst jetzt wieder Fürst Bismarck offen dargelegt hat, in welcher Weise die bis zur Selbstverleugnung getriebene Rücksichtnahme der deutschen Politik auf die Wünsche Rußlands von diesem belohnt wurde, so müssen wir wahrlich den mannhaften Entschluß unseres Kaisers, mit diesem System, das ein bismarckfreundliches Organ, die „Köln. Ztg.", in einem unbewachten Augenblick einmal mit der Bezeichnung des „Wettkriechens vor Rußland" belegte, endgültig zu brechen, als den Beginn der neuen Aera bezeichnen. Von diesen Gedanken ausgehend, gewinnen die herzlichen und begeisterten Worte, mit denen der Kaiser bald darauf in Wien und in Rom die Waffenbrüderschaft und die enge Interessengemeinschaft der verbündeten Zentralmächte feierte, eine erhöhte Bedeutung. Nach der vom Fürsten Bismarck gegebenen Erklärung müßte der Dreibund bis zum Hinscheiden Kaiser Wilhelms I. als ein Pakt erscheinen, der nicht auf bleibenden Interessen der drei Staaten aufgebaut war, noch als eine politische Notwendigkeit auf Generationen hinaus angesehen werden konnte, sondern der von Deutschland zu dessen äußerer Sicherstellung nur solange gewünscht wurde, als Rußland in Verkennung der ehrlichen Absichten der deutschen Politik seine feindselige Haltung Deutschland gegenüber bewahren werde. Wir sagen nicht, daß dieses die Tendenzen des Dreibundes in Wahrheit gewesen sind, sondern wir behaupten nur, daß eine solche Auffassung zeitweilig an gewissen Stellen hätte Platz greifen können. Nachdem freilich Kaiser Wilhelm II. selbst in der unzweideutigsten Form erklärt, daß er als die unerschütterliche Grundlage des Dreibundes die inneren gemeinschaftlichen Interessen betrachte, die Oesterreich und Italien mit Deutschland verknüpfen, so kann wohl jede Befürchtung, es möchte ein Stimmungswechsel in

Digitized by Google

Rußland diesen Bund in Frage stellen, als endgültig beseitigt angesehen werden.

Ein zweites in die Augen fallendes Ergebnis dieser vom Kaiser eingeschlagenen Richtung der Politik ist die Reise des Monarchen nach Konstantinopel. Daß dieselbe in Petersburg nicht gern gesehen wurde, stand von vornherein fest; ebenso blieb es damals kein Geheimnis, daß Fürst Bismarck den Vorsatz des Kaisers in Rücksicht auf Rußland nicht billigte. Der Oeffentlichkeit gegenüber kam dieser Umstand insofern zur Geltung, als die offiziösen Organe, obgleich der Kaiser schon Anfang Juni dem außerordentlichen türkischen Gesandten Ali Nizami den Besuch in Konstantinopel zugesagt hatte, noch bis Mitte September das Bestehen des Planes in Abrede stellen mußten. Wenn aber irgend eine Reise des Kaisers einer ganz bestimmten und klar erkenntlichen politischen Berechnung entsprungen war, so ist es diese gewesen; der Versuch, derselben den Charakter einer Vergnügungsreise zu geben, mochte aus diplomatischen Rücksichten berechtigt sein, eine kritische Würdigung dieser hochpolitischen Vorgänge wird sich dadurch nicht täuschen lassen.

Zur Zeit der Berliner Konferenz stellte Fürst Bismarck den Grundsatz auf, daß die orientalische Frage für Deutschland nicht den Wert eines einzigen deutschen Soldaten besitze. Damals existierte diese Frage allerdings auch nur als Streitobjekt zwischen Rußland, Oesterreich und England; ein selbständiger Machtfaktor, der in der politischen Konstellation der europäischen Mächte Beachtung verdient hätte, war auf der Balkanhalbinsel nicht vorhanden. Heute freilich ist die Sachlage eine andere; die Türkei nimmt gegenwärtig als Militärstaat eine Stellung ein, mit welcher jede Großmacht im Kriegsfalle zu rechnen haben würde, und in zweiter Linie repräsentieren heute Bulgarien und Rumänien eine Macht, deren Entwicklung vor zwölf Jahren noch nicht vorauszusehen war. Es ist zu begreifen, daß sich mit der zunehmenden militärischen Erstarkung der Türkei, die für die deutschen Militär-Fachkreise doch am wenigsten verborgen blieb, auch die Ansichten vieler in Deutschland gegenüber der sogenannten orientalischen Frage nach und nach änderten. Der Reichskanzler freilich, der im übrigen die äußere und innere Entwicklung der Türkei neidlos begünstigte, hielt mit großer Zähigkeit an jener einmal eingenommenen Stellung Deutschlands den Balkanfragen gegenüber fest. Auch

Digitized by Google

hierbei hat offenbar die Rücksichtnahme auf Rußland mitgesprochen, andererseits erfahren wir jetzt, daß nach der Ansicht des Fürsten Bismarck eine Politik, welche den Sultan direkt begünstige, in Deutschland niemals populär werden könne. Letztere Ansicht dürfte wohl bereits durch die Thatsachen etwas überholt sein. Und sollte man nicht auch nachempfinden können, welche Gedanken unsern Königlichen Herrn, der gewiß von dem ihm durch das Christentum auferlegten Herrscherpflichten durchdrungen ist, dazu bestimmten, dem ersten Herrscher der muhammedanischen Welt in einer so rückhaltlosen Weise die Freundeshand zu reichen. Nun, heute besteht für das christliche Europa eine Türkengefahr nicht mehr, und kein christliches Volk hat heute noch unter dem türkischen Joch zu seufzen. Die Bevölkerung von Rumelien, Macedonien und Albanien, die gegenwärtig noch unter dem Szepter des Sultans steht, ist ein Gemisch von fünf Nationalitäten, die sich schon seit einem Jahrzehnt in der grimmigsten Weise befehden und die sofort das Schwert zum gegenseitigen Vernichtungskriege ergreifen würden, sobald hier die türkische Oberherrschaft fiele. Jedenfalls ist für das gesamte Europa, einschließlich der Balkanstaaten, unter den gegebenen politischen Verhältnissen der jetzige Stand der „macedonischen Frage" der empfehlenswertere. Auch von den Bewohnern Kretas ist mehr als ein Drittel muhammedanisch, und durch die Berliner Konferenz war der Insel eine konstitutionelle Verfassung verliehen, welche den Kretern unter türkischer Herrschaft fast mehr Rechte einräumte, als die Insel Cypern unter englischer Oberhoheit genießt. Auch hegen wir jetzt noch die Hoffnung, daß bei einem ferneren ruhigen Verhalten der Kreter der Sultan ihnen die frühere autonome Stellung abermals bewilligen werde. Und bedenkt man endlich, in welch' offenkundiger Weise der Sultan bestrebt ist, der europäischen Kultur Eingang in seine Lande zu verschaffen, wie er bereits durch die Genehmigung von etwa einem Dutzend neuer Eisenbahnstrecken dem abendländischen Zeitgeist Rechnung zu tragen sucht und durch den neuerdings erfolgten Abschluß der Handelsverträge den ausländischen und besonders den deutschen Unternehmern entgegenzukommen bereit ist, so wissen wir thatsächlich nicht, welche moralischen oder kulturellen Bedenken ein Freundschaftsverhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei nicht populär werden lassen könnten.

Digitized by Google

Nun aber die politische Seite. Ein Ueberblick über die politischen Kräfte des osmanischen Reiches, von deren vorzüglicher Beschaffenheit der Kaiser sich allerdings erst bei seiner Anwesenheit in Konstantinopel völlig überzeugen konnte, mußte zu dem klaren und einfachen Ergebnis führen, daß durch eine enge Annäherung der Türkei an den Dreibund die Kräfte desselben gegenüber einer russisch-französischen Koalition bedeutend verstärkt erscheinen würden. Hierzu aber war es erforderlich, das so oft beklagte Mißtrauen des Sultans zu beseitigen. Nun, daß der Sultan allen Grund hatte, sich den freundschaftlichen Versicherungen Frankreichs, Englands und Rußlands gegenüber „mißtrauisch" zu zeigen, beweist doch die Geschichte der Türkei während der letzten fünfzehn Jahre im Uebermaß. Gleichwohl aber treten aus allen übrigen Erwägungen für den Sultan zwei Punkte mit um so schärferer Klarheit hervor. Es war die Ueberzeugung, daß Rußland der stärkste und unversöhnlichste Feind der Türkei ist, dessen drohende Haltung nur durch eins, nämlich die enge Freundschaft zu Deutschland paralysiert werden kann. Dies sind politische Erwägungen, deren Folgerichtigkeit unabweisbar ist. Und die Entscheidung des Kaisers konnte, nachdem er einmal mit der übertriebenen Rücksichtnahme auf die russischen Wünsche gebrochen, nicht lange zweifelhaft sein.

Doch diese Entschließung des Kaisers hatte auch noch eine weitere Folge von hoher Bedeutung. Sofort mit der Anbahnung der deutsch-türkischen Freundschaft war das Verhältnis Englands zu dem Dreibund ein anderes geworden. Das britische Reich, welches vorher durch keine Anerbietungen zu einer unzweideutigen, freundlichen Stellung dem Bündnis der Zentralmächte gegenüber veranlaßt werden konnte, wurde zu derselben genötigt, als sich die Freundschaft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Sultan Abdul Hamid befestigte. England braucht die Türkei im mittleren Asien, um ein Gegengewicht gegen das Vordringen Rußlands zu besitzen. England ist aber auch auf die Freundschaft des Sultans angewiesen, um seine Stellung in Egypten zu behaupten. Steht deshalb der Sultan auf Seiten des Dreibundes, so muß dieses England gleichfalls thun. Somit war also bereits im Juni vorigen Jahres, nachdem die Mission Ali Nizami Paschas am Berliner Hofe einen vollen Erfolg erzielt hatte, die Interessengemeinschaft Englands mit der

Digitized by Google

deutschen Politik gegeben. Und da zugleich Kaiser Wilhelm von dem aufrichtigen Wunsche beseelt war, auch in persönlicher Hinsicht die bestmöglichen Beziehungen zu dem englischen Hofe anzuknüpfen, so dürfte hiermit wohl der vollgültigste Beweis erbracht sein, daß eine wesentliche Aenderung in der Stellung der beiden Staaten zu einander seit dem Sommer 1888 gerade durch die vom deutschen Kaiser persönlich inaugurierte Politik thatsächlich herbeigeführt worden ist.

Dieser Erfolg aber konnte ferner auch auf die deutsche Kolonialpolitik nicht ohne Einfluß bleiben. Die gegenwärtige Konstellation, welche unter der Mitwirkung Deutschlands den Engländern die Garantie bietet, daß die Franzosen vom Suezkanal und die Russen von dem Landwege, vom Bosporus aus nach dem Indus zurückgehalten werden, legte der englischen Regierung die Verpflichtung auf, die Gleichberechtigung Deutschlands in Ostafrika anzuerkennen. Während daher vor zwei Jahren die deutsche Regierung den Grundsatz vertrat, man dürfe sich England einiger ostafrikanischer Landesstrecken wegen nicht verfeinden, sieht sich heute Lord Salisbury genötigt, die übermäßigen Ansprüche der englischen Kolonialpartei zurückzuweisen, weil die Gesamtpolitik Englands im gegenwärtigen Augenblick des guten Einvernehmens mit Deutschland benötigt ist."

Dies ist der Wortlaut einer Denkschrift, die, wie bemerkt, bald nach der Entlassung Bismarcks erschien und bestimmt war, die Politik des „Neuen Kurses" zu rechtfertigen. Als Kaiser Wilhelm II. nach seiner Thronbesteigung Rußland aufsuchte, stand dieses in einem schon erwähnten Vertragsverhältnis zum Deutschen Reiche, das dem deutschen Volke, wie wohl der Mehrzahl der Mächte, noch ganz unbekannt war und das uns durch einen Zufall im Jahre 1896 von Hamburg aus enthüllt worden ist. Wir meinen den sogenannten Assekuranz- oder Neutralitätsvertrag. Zwischen beiden Mächten herrschte volles Einverständnis darüber, wenn eine von ihnen angegriffen würde, die andere wohlwollend neutral bleiben sollte, daß also, wenn beispielsweise Deutschland von Frankreich angegriffen würde, die wohlwollende Neutralität Rußlands zu gewärtigen gewesen wäre, und diejenige Deutschlands, wenn Rußland unprovoziert angegriffen würde. Dieses Abkommen

Digitized by Google

hat schriftlich bestanden und ist 1887 von den beiderseitigen Ministern namens ihrer Monarchen vollzogen. Die wohlwollende Neutralität Deutschlands war darin auch für den Fall verabredet, wenn Rußland von Oesterreich angegriffen würde. Dies war eben der oft erwähnte „zweite russische Strang" auf dem deutschen Bogen, der Deutschland in die Lage brachte, nach der österreichischen wie nach der russischen Seite hin Deckung in Gestalt einer Zwickmühle zu haben, die ihm nach außerhalb die vollständigste Sicherheit vor Frankreich gewährte. Es wird erzählt, die Vorbereitungen zur Erneuerung dieses Abkommens auf weitere sechs Jahre seien 1890 soweit gediehen gewesen, daß nur noch die Unterschriften vorzunehmen waren, da sei nach Eintritt der Kanzlerkrisis eines Tages Graf Schuwalow beim Fürsten Bismarck mit der Erklärung erschienen, der Zar trage Bedenken, das Geschäft abzuschließen, wenn in Deutschland ein anderer Staatsmann als der Fürst die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erhalten sollte; sodann habe v. Caprivi Schuwalows neue Annäherung mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß Deutschland diese komplizierte Politik nach zwei Seiten nicht fortsetzen, sondern sich einfach auf sein Dreibundverhältnis beschränken wolle.

Der Vorwurf, der im Jahre 1896 dem Fürsten Bismarck gemacht worden ist, eine Politik mit doppeltem Boden getrieben zu haben, indem er durch den erst jetzt bekannt gewordenen deutsch-russischen Neutralitätsvertrag von 1887 zum Verräter an unseren Alliierten von 1879 geworden sei, enthält zugleich eine schwere Beleidigung Kaiser Wilhelms I., ohne dessen Genehmigung das Abkommen mit Rußland nicht möglich war und der seinem Kanzler dafür vielen Dank wußte. Kaiser Wilhelm I. hatte den Friedensbund von 1879 nicht ohne Bedenken unterzeichnet, weil derselbe leicht den Schein einer anti-russischen Tendenz erwecken konnte. Um so willkommener war ihm das Abkommen mit Rußland, das den Frieden Europas vollkommen befestigte, für den Fall eines Auseinandergehens der Tripelallianz die traditionelle Allianz Preußens und Deutschlands mit dem Zarenreiche thunlichst

Digitized by Google

sicherte und das erneuerte Festhalten Rußlands an Frankreich verhütete. Kaiser Wilhelm II. war nach dem Antritt der Regierung sofort entschlossen, den Neutralitätsvertrag zu lösen. Er war ihm, wie Caprivi sich später ausdrückte, zu kompliziert. Der Kaiser wollte den Vertrag durch rein persönliche Beziehungen zum Zaren ersetzen. Den Entschluß zu dem zweiten Besuche Rußlands hatte er nach der Abreise des Zaren von Berlin im Oktober 1889 gefaßt.

Bismarck war mit dieser zweiten Reise nicht zufrieden. Er kannte die Folgen der ersten Reise besser als der Monarch. Als dieser die Gründe des Kanzlers gegen seine Absicht hören wollte, bezeichnete dieser als Gegengründe die persönliche Gesinnung des Kaisers Alexander gegen unsern kaiserlichen Herrn, die nicht der Art sei, um ein solches Entgegenkommen von Seiten Kaiser Wilhelms zweckdienlich erscheinen zu lassen. Seine Majestät verlangte zu wissen, woraus Fürst Bismarck das schließe. „Ich weiß das aus Briefen", war die Antwort des Kanzlers, „die ich neben meinen offiziösen Berichten aus St. Petersburg vertraulicher Weise zu erhalten pflege." Da der Kaiser diese Briefe zu sehen verlangte, suchte der Kanzler diesem Verlangen auszuweichen, mit der Begründung, daß die Briefe vertraulich seien, folgte aber dann doch dem Befehl, sie Se. Majestät vorzulegen. Der Kaiser las sie, und ging später doch nach Rußland. Der Erfolg zeigte, wie richtig der Fürst geurteilt hatte; die Aufnahme entsprach den Erwartungen nicht. Die Truppenschau dort war eine nichtssagende Parade, und verstimmt und unbefriedigt kehrten die preußischen Herrschaften nach Berlin zurück. Ein neuer, feierlicher Besuch in England sollte nun die Scharte auswetzen; England, das seinen Vorteil versteht, versäumte nicht, die deutschen Gäste mit unerhörtem Jubel, mit nie dagewesener Pracht zu empfangen. Vertiefte man doch so den Gegensatz zwischen Berlin und Petersburg und gewann eine Deckung gegen den Moskowiter, Englands verhaßtesten Rivalen. Die Antwort auf diesen demonstrativen Empfang blieb nicht aus. Die französische Flotte erschien in Kronstadt und bewies, daß ein Zusammenwirken Rußlands und Frankreichs gegen die deutsche Ostsee-

Digitized by Google

küste eine strategische Möglichkeit ist. — Der Zar hörte stehend die Marseillaise an, Bruderküsse wurden ausgetauscht, anzügliche Reden in Menge gehalten.

Was schon auf der ersten Reise unseres Kaisers nach Rußland zwischen ihm und dem Zaren vorgegangen ist, läßt sich aus dem folgenden schließen: Als der Zar Alexander III. im Oktober 1889 in Berlin war, hatte er eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck, in der er ihm sagte: „Ja, Ihnen glaube ich, und in Sie setze ich Vertrauen, aber sind Sie auch sicher, daß Sie im Amte bleiben?" Bismarck erwiderte: „Gewiß, Majestät, ich bin dessen ganz sicher, ich werde mein Lebenlang Minister bleiben." Vom Zaren nach dem Grunde seiner Zuversicht gefragt, antwortete Bismarck: „Weil Se. Majestät bei meiner langjährigen Erfahrung im Dienst und bei dem Vertrauen, das ich mir in Deutschland sowohl wie bei den auswärtigen Höfen erworben habe, in meiner Person einen schwer zu ersetzenden Diener besitzt."

Der Zweifel des Zaren war ein böses Omen, er war besser orientiert als der Fürst. Man hat leidenschaftlich die Vorgänge bei seiner Entlassung besprochen. Der Fürst ging zögernd, er wurde gezwungen, er hat sich bis zum letzten Augenblicke gewehrt. Er hat nie am Amte geklebt. Was mochte ihn bewegen? Der Fürst hat in geheimnisvoller Weise mehrfach gebeten, man möge doch sein Entlassungsgesuch veröffentlichen. Das Geheimnis ist heute enthüllt. Der Fürst wußte, daß nach seinem Rücktritt der Vertrag mit Rußland fiel; seine Nichterneuerung galt ihm beinahe gleichbedeutend mit Krieg. Er bat den Kaiser, ihn wenigstens als Minister des Auswärtigen zu belassen, bis der Vertrag erneuert wäre. Vergebens.

Digitized by Google

IV.

Die Vorbilder des Kaisers.

„Gewiß Majestät, ich werde mein Leben lang Minister bleiben". Bismarck hat diese Versicherung auch später noch gegen Andere als den Zaren wiederholt. Er glaubte an die Unmöglichkeit einer Trennung vom Kaiser. Wenn er sich darin geirrt hat, so ist der Keim des Zwiespalts, der bald vor aller Augen offenbar werden sollte, sehr früh eingesenkt gewesen und war in Verhältnissen zu suchen, die stärker waren als menschliches Wollen. Vergegenwärtigen wir uns die Situation in der Mitte der Achtziger Jahre. Der Deutsche Kaiser stand an der Schwelle der Neunzig. Er blickte zurück auf Erfolge ohnegleichen. Das Pflichtgefühl, das ihn in allen Stadien seines Herrscheramts geleitet und gestärkt hatte, hielt den fürstlichen Greis aufrecht. Zu seinem ersten Ratgeber, dem Reichskanzler, besaß er das unerschütterlichste Vertrauen. Die Weisheit seines Kanzlers gewährleistete ihm den Frieden während der letzten Jahre, die ihm das Schicksal noch gönnen mochte. Nach menschlicher Berechnung war er am Ende seiner ruhmreichen Tage angelangt.

Sein Erbe, in Manneskraft strotzend, von ritterlicher Schönheit, stand in blühendstem Mannesalter. Bei der Langlebigkeit des Hohenzollerngeschlechts war ihm voraussichtlich noch eine lange und glückliche Regierung beschieden. Bismarck thronte auf der Höhe seiner Macht. Er war der einflußreichste Staatsmann der Welt, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sogar von seinen unerbittlichen Gegnern bewundert;

Digitized by Google

getragen von der volkstümlichen Verehrung, vergöttert von seinen Freunden, in höchstem Ansehen bei den Machthabern, gefürchtet von seinen Feinden. Wenn der Reichskanzler auch mitunter mit seiner Demission drohte und im Gefühle seiner Unentbehrlichkeit auch mehrfach seine Entlassung formell beantragte, so glaubte doch niemand an die Möglichkeit, daß, so lange Bismarck athmete, ein politisches Deutschland ohne Bismarck sein könne. Seine Verbindung mit dem alten Kaiser hatte gewissermaßen den sakramentalen Charakter der unlösbaren Ehe der römischen Kirche. Beide hatten sich gelobt, zusammen zu leben, zu kämpfen und zu schaffen, bis der Tod dies Band, wie es wohl einzig zwischen Herrscher und Minister in der Weltgeschichte gewoben worden ist, zerschneiden würde. Aber auch der Tod des alten Kaisers, mit dem man immerhin als mit einer unabweislichen Notwendigkeit zu rechnen hatte, konnte nach der allgemeinen Auffassung nicht dahin führen, Bismarck von der Leitung der Staatsgeschäfte zu verdrängen. Es stand vielmehr fest, wie ein Glaubensartikel: so lange Bismarck lebt, wird er das Ruder des Staatsschiffes in seiner festen Faust behalten. Es war auch seine eigene Ueberzeugung. Als weitsichtiger Staatsmann mußte er sich die natürliche Frage vorlegen, wie sich dereinst nach Kaiser Wilhelms Tode seine Stellung zum Nachfolger seines jetzigen Herrn wohl gestalten würde. Die Individualität des Thronfolgers flößte ihm Besorgnisse ein. Der Kronprinz war ein herzensguter, leutseliger, vornehmer, edler Mann, aber nach der Auffassung des leitenden Staatsmannes vielleicht zu gutmütig, zu nachgiebig. Bismarck hegte ein möglicherweise nicht gerechtfertigtes Mißtrauen gegen die Gemahlin des künftigen Kaisers, gegen die kluge, klare, geistig bedeutende Frau Kronprinzessin, die ohne Zweifel die genügenden Eigenschaften besaß, um in wichtigen und entscheidenden Fragen ein ernstes Wort mitzusprechen. Zu jener Zeit wurde denn auch schon mancherlei nicht recht Verständliches und Deutliches über geheimnisvolle Versuche, „englische Einflüsse“ zur Geltung zu bringen, gemunkelt. Daß zwischen der Kronprinzessin und dem Fürsten Bismarck keine harmonischen und sympathischen Beziehungen, sondern eher das

Digitized by Google

Gegenteil davon bestanden, trat symptomatisch bei mancherlei Anlässen hervor. Der Staatsmann glaubte sich, um nur an einen Fall zu erinnern, dem Herzenswunsche der Mutter entschieden entgegenstellen zu müssen. Das Scheitern der Verbindung einer Tochter des kronprinzlichen Paares mit dem früheren Fürsten von Bulgarien zeigte vor aller Augen, daß die Neigungen der Kronprinzessin an dem Widerstande der staatsmännischen Bedenken, die Fürst Bismarck erhoben hatte, zerschellten.

Nichts natürlicher, als daß Bismarck schon zu jener Zeit sein Augenmerk darauf richtete, am Hofe des künftigen Kaisers ein Gegengewicht gegen den ihm widerstreitenden Einfluß der künftigen Kaiserin herzustellen, einen energischen und kräftigen Verfechter seiner Ideen zu gewinnen. Die Individualität des jungen Prinzen Wilhelm mußte ihm als dafür besonders geeignet erscheinen. Die jugendfrische Thatenlust, die hohe Intelligenz, die Schneidigkeit des jungen Hohenzollern waren ganz dazu angethan, dem Reichskanzler, der auch in seinen alten Tagen den Korpsstudenten niemals ganz ausgezogen hatte, sympathisch zu berühren. Deckten sie sich doch mit seinem eignen Wesen. Zwischen dem jungen Prinzen und dem alten Staatsmann bildete sich denn auch zu jener Zeit eine Intimität heraus, die allgemein bemerkt und am kronprinzlichen Hofe nicht gerade gern gesehen wurde. Die Annäherung und der Verkehr zwischen den Beiden erfolgten aber unter Voraussetzungen, die sich nachträglich durch die unbarmherzigen Thatsachen als falsche herausgestellt haben. Noch hatte sich die heimtückische Krankheit, die dem Leben des Kronprinzen ein vorzeitiges Ende machen sollte, in keiner Weise verraten. Aller Wahrscheinlichkeit nach war der viel jüngere, eichenkräftige Kronprinz dazu bestimmt, als künftiger Herrscher den jetzt leitenden Staatsmann, der die Siebzig erreicht hatte, lange zu überleben. Daß Fürst Bismarck und der junge Prinz, mit dem er in vollster Unbefangenheit über die intimsten Dinge plauderte — und zwar in jener burschikosen, drastisch rücksichtslosen und geistvollen Weise, die der gemütlichen Rede des Fürsten einen so bestechenden Reiz verlieh, — jemals zu

Digitized by Google

einander in das Verhältnis von Diener und Herrn treten würden, daran konnte zu jener Zeit kein Mensch denken.

Liegt es nicht nahe, daß in jenen vertrauten Zwiegesprächen hüben und drüben manches Wort gefallen sein mag, das unter den unerwartet veränderten Verhältnissen nun eine ganz andere Tragweite, als ursprünglich beabsichtigt war, gewann? Die Bedingungen des Verkehrs zwischen den Beiden waren auf die wahrscheinliche Gestaltung der deutschen Zukunft berechnet und würden sich dann wohl auch als nutzbringend erwiesen haben. Nun aber ereignete sich das Unwahrscheinliche, und die unerwartete Wendung des Geschicks machte den Verkehr für beide Teile in hohem Grade unbequem, prekär, ja unhaltbar.

Dem greisen Kaiser Wilhelm folgte der unglückliche Kaiser Friedrich auf dem Fuße in das unentdeckte Land, von deß Bezirk kein Wanderer wiederkehrt. Der bewundernde Schüler, der den Worten des Meisters der Staatskunst respektvoll gelauscht hatte, bestieg den Thron. Die Intimität, die selbst heikle Gesprächsthemata nicht ausgeschlossen, Privatverhältnisse berührt und an höchststehenden Persönlichkeiten ihre Kritik geübt haben mochte, rief nun eine peinliche Befangenheit hervor. Die gemütliche Vertraulichkeit von ehedem ward für Beide eine lästige Erinnerung und in die Beziehungen, die sich gründlich zu verändern hatten, klangen jetzt mißtönend die Lieder aus alter Zeit herein.

Der junge Herrscher mochte instinktiv das Bedürfnis fühlen, dem Staatsmanne gegenüber, mit dem er als kaiserlicher Prinz zu zwanglos verkehrt hatte, zur Signatur der veränderten Situation eine gewisse Zurückhaltung zu markieren, die auf den so viel älteren Staatsmann, der ihm Lehrer und Berater gewesen war, einen besonderen Eindruck zu machen, nicht verfehlen konnte. Bismarck hatte nicht vergessen können, daß er dem Großvater ein unentbehrlicher Freund geworden, gewesen und geblieben war. Er dachte auch daran, daß der Vater in seiner kurzen Regierungszeit trotz mancher Gegenströmungen von ihm um keinen Preis hatte lassen wollen. Die Wahrnehmung nun, daß der Enkel und Sohn, nun der-

Digitized by Google

selbe, den er gewissermaßen zum Verbündeten bei der Bekämpfung ihm schädlich dünkender Einflüsse auserkoren und zum gleichgesinnten Genossen zu haben gewähnt hatte, sich ohne tiefer gehende Bewegung mit dem Gedanken vertraut machte, ihn, den Unterzeichner des Frankfurter Friedens und den Begründer des europäischen Friedens-Dreibundes, ziehen zu lassen, um weniger eigen gearteten, weniger selbstthätigen und weniger imponierenden Persönlichkeiten den Platz zu räumen, mußte ihm menschlich sehr nahe gehen.

Der von Thatendrang überschäumende, hochbegabte junge Kaiser stieß aber gleich bei seinem ersten Beginnen, dem Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber eine neue Basis zu geben und der Lösung der sozialen Frage mit einem praktischen Versuche auf den Leib zu rücken, auf den Widerstand des Kanzlers. Und wie ehedem der Minister der Volksvertretung erklärt hatte: „Wenn wir Krieg führen wollen, so werden wir ihn führen, mit oder ohne Ihre Zustimmung!“ so erklärte nun der gelehrige Schüler seinem Kanzler: „Ich werde in der Arbeiterfrage etwas thun, mit Ihnen oder ohne Sie.“ Und er verzichtete in dem Erlasse vom Februar 1890 mit dem weitgehenden Programm einer neuen Arbeiter-Gesetzgebung auf die verfassungsmäßige Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Damit war das Zerwürfnis schon vorhanden Ein verhältnismäßig geringfügiger Anlaß, die vom Kaiser geforderte und von Bismarck bekämpfte Aufhebung einer Kabinets-Ordre vom Jahre 1852, die den Ministern es untersagte, dem Monarchen Vortrag zu halten, wenn der Minister-Präsident abwesend war, brachte die verhängnisschwere Entscheidung. Der Reichskanzler wurde entlassen, fortgeschickt, gegen seinen Willen. Der Herzogsmantel der kaiserlichen Gnade, der dem Verabschiedeten umgehängt wurde, vermochte keinen einigermaßen Eingeweihten zu täuschen.

Erklärlich war dieser wichtigste Vorgang nur aus dem einen Gesichtspunkte, daß der junge Prinz Wilhelm und der alte Reichskanzler früher auf zu vertrautem Fuße gestanden hatten, um nun den Uebergang zu der unerwarteten und neuen Situation bewerkstelligen zu können, um sich in die Ver-

Digitized by Google

rückung ihrer beiderseitigen Stellung zu einander hineinzufinden.

Die Darlegung dieses Gesichtspunktes, die erst zwei Jahre nach der Entlassung Bismarcks in einem Wiener Blatte geltend gemacht wurde, um zu einer Begründung der frühen Trennung des Kaisers von Bismarck zu gelangen, wirkte wie eine Art Enthüllung. Daß, ganz abgesehen vom Unterschied des Alters, schon vom Regierungsantritt des Kaisers Wilhelm II. an tiefe Gegensätze Monarch und Minister von einander trennten und nur mühsam äußerlich ausgesöhnt wurden, erkannte man sehr bald durch das sich wie umgewandelt zeigende Wesen des Monarchen, sobald er sich des Ministers entledigt hatte. Wie wenn er eine schwere Fessel los geworden wäre, die durch ihren Druck seine innerste Natur zusammengepreßt hatte, brach diese in aller Freiheit und Wahrheit hervor und zeigte sich in bisher unerkannt gebliebenen Zügen. Schon in die letzten Tage der Amtsführung Bismarcks, als die Entlassung desselben bereits so gut wie beschlossene Sache war, in den Anfang des Monats März, fiel das erste jener absolutistischen Schlagwörter des Kaisers, die seitdem sich schnell gefolgt sind und weit über die deutschen Grenzen hinaus so großes Aufsehen erregt haben. Bismarck bekam noch in seinen letzten Tagen das Wort des Herrschers zu hören, wer ihm bei seinen Arbeiten entgegentrete, den werde er zerschmettern. Nach Bismarck erst wurde uns zugerufen: „Folgen Sie Ihrem Markgrafen durch Dick und Dünn" — „Opposition ist Ungehorsam" — „Einer nur ist Herr im Lande, und das bin Ich" — „Sic volo, sic jubeo" — „Regis voluntas suprema lex". — Was bei der Entlassung des Reichskanzlers gesagt wurde: „Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß das Programm der Zukunft in einer Verschmelzung einer Kabinettsregierung im Sinne Friedrichs des Großen mit dem Parlamentarismus zu erblicken ist, daß der Kaiser in der Hauptsache Alles selbst bestimmen und in den Ministern nur Vollstrecker seines Willens haben will", ist seitdem mehr und mehr verwirklicht worden in dem Zurücktreten der Verantwortlichkeit der Minister gegen diejenige des Herr-

Digitized by Google

schers. Alles das lag aber bereits embryonisch in jener Aeußerung Bismarcks eingeschlossen: „Der Kaiser wird sein eigener Reichskanzler und Ministerpräsident sein", womit deutlich genug gesagt war, daß für Bismarck ein Platz an der Seite des Herrschers nicht lange haltbar sein könne. Bezeichnend ist auch, daß Bismarck sich veranlaßt sah, gleich in die erste Thronrede, mit welcher der preußische Landtag am 27. Juni 1888 begrüßt wurde, die Worte zu glissieren: „Es liegt mir fern, das Vertrauen des Volkes auf die Stetigkeit unserer gesetzlichen Zustände durch Bestrebungen auf Erweiterungen der Kronrechte zu beunruhigen. Der gesetzliche Bestand meiner Rechte, so lange er nicht in Frage gestellt wird, genügt, um dem Staatsleben das Maß monarchischer Einwirkung zu sichern, dessen Preußen nach seiner geschichtlichen Entwicklung, nach seiner heutigen Zusammensetzung, nach seiner Stellung im Reich und nach den Gefühlen und Gewohnheiten des eigenen Volkes bedarf. Ich bin der Meinung, daß unsere Verfassung eine gerechte und nützliche Verteilung der Mitwirkung der verschiedenen Gewalten im Staatsleben enthält und werde sie auch deshalb, und nicht nur meines Gelöbnisses wegen, halten und schützen." Die Aufnahme dieser Worte in die erste Thronrede des Kaisers war wohl schon eine Art von leisem Druck, den der Monarch vonseiten des Kanzlers empfand. In dem Umschlage unserer inneren und äußeren Politik seit Bismarcks Entlassung, in dem vollständig gewechselten Kurse derselben erkennt man die weite Kluft, die Monarch und Minister schon längst vorher innerlich von einander getrennt haben muß, erkennt man die Gewalt, die beide sich haben anthun müssen, um überhaupt nach dem Tode Friedrichs III. noch so lange zusammenzuwirken, als es geschehen ist. Dem „Fort mit Bismarck", das die Gegner des Fürsten, seit mehr als zehn Jahren immer von neuem, oft stürmisch verlangt hatten, folgte nach seiner Verwirklichung durch Wilhelm II. bald auch das „Fort mit der Mißwirtschaft Bismarcks, mit dem Schutzzollsystem, mit dem Sozialistengesetz, mit dem Kartell der nationalen Parteien, mit Ostafrika, mit dem Welfenfonds, mit der Germanisierung Polens, mit der Aechtung der Ultra-

Digitized by Google

montanen". Das weist, wie wir sagten, auf den Zwiespalt hin, der längst vor der Februar- und Märzkrise trotz äußerlich bezeugten guten Einvernehmens und trotz des Neujahrwunsches des Kaisers zum 1. Januar 1890 bestand.

Man hat oft gefragt, wie bei einem Hohenzollern des heutigen Jahrhunderts diejenige Anschauung, die in den aufgeführten autokratischen Schlagwörtern zum Ausdruck kommt, sich hat Bahn brechen können. Man hat an König Friedrich Wilhelm I. erinnert. Als sich die Magdeburger Ritterschaft 1722 der Einführung von Lehnpferdegeldern widersetzte, forderte der König die Regierungen auf, gegen solch gottloses Beginnen einzuschreiten. In der Instruktion, die er gab, hieß es: „Wir sind doch Herr und König und können thun, was wir wollen". Heute freilich sind die Könige nicht mehr absolut, sondern an die Verfassung gebunden und dadurch an die Mitwirkung der Volksvertretung. Dies erkannte der Kaiser in Düsseldorf insofern auch selbst an, indem er sich auf die Zustimmung großer Mehrheiten für Gesetzesvorschläge bezog, als Beweis dafür, daß er sich auf richtigem Wege befinde. Aber als im Februar 1891 ein Teil der konservativen und nationalliberalen Presse gegen die Gesamtpolitik der Regierung, wegen der angeblichen Ziellosigkeit ihrer Wege, sich auf weiter Linie lärmend erhob, wurde sie von dem Kaiser mit den Worten zur Ordnung gerufen: „Ich weiß sehr wohl, daß in der Jetztzeit es versucht wird, die Gemüter zu ängstigen. Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land, gehüllt in schillernd verführerisch Gewand, sucht er die Gemüter Meines Volkes und die Mir ergebenen Männer zu verwirren; eines Oceans von Druckerschwärze und Papier bedient er sich, um die Wege zu verschleiern, die klar zu Tage liegen und liegen müssen für jedermann, der Mich und Meine Prinzipien kennt. Ich lasse Mich dadurch nicht beirren. Brandenburger! Ihr Markgraf spricht zu Ihnen, folgen Sie ihm durch Dick und Dünn auf allen den Wegen, die er Sie führen wird! Sie können versichert sein, es ist zum Heil und zur Größe unseres Vaterlandes!"

Digitized by Google

Ganz dieselben Gedanken enthält die Rede vom 24. Februar 1892, nur gegen die liberalen Nörgler und Pessimisten gerichtet, die über die ultramontane und polnische Politik der Regierung, über das Volksschulgesetz u. s. w. Lärm schlugen. Der Geist des Ungehorsams, der durch das Land schleicht, hieß jetzt Geist des Widerspruchs und der Nörgelei. Der Weg, den der Monarch sich vorgezeichnet hat, um uns alle zu seinem Ziel und zum Heile des Ganzen zu führen, das ist der richtige Kurs, der weiter gesteuert werden soll. Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führt uns der Herrscher noch entgegen, dazu sollen die braven, märkischen Mannschaften und wir alle helfen. Jede Opposition ist Nörgelei und Verhetzung, „mißvergnügliches Parteigerede!" Aus diesem Nörgeln und dieser Verhetzung entsteht schließlich der Gedanke bei manchen Leuten, als sei unser Land das unglücklichste und schlechtest regierte in der Welt, und sei es eine Qual, in demselben zu leben. Daß dem nicht so ist, wissen wir alle selbstverständlich besser. Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unseren elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen?

In der Reihe seiner hervorragendsten Ahnen führte der Kaiser bei mehreren Anlässen den Großen Kurfürsten an, welcher am 1. Dezember 1640 die Regierung in Brandenburg angetreten hatte. 250 Jahre nachher, am 1. Dezember 1890, war Berlin beflaggt, große Parade Unter den Linden, Ansprache des Kaisers vor dem Denkmal des Großen Kurfürsten und Armeebefehl. Bei dem Festmahl, das im Weißen Saale des Schlosses stattfand, hielt der Kaiser eine Rede.

Der Herrscher sagte u. a. von seinem Ahnherrn:

> „Er trieb Politik im großen Stile, weit ausschauend, wie man sie jetzt treibt, und das, was Er damals grundlegend für uns gethan hat, das ist die Basis geworden, auf der unser Reich auferstanden ist."

Ferner sagte er von dem leitenden Minister Georg Wilhelms: „Der große Staatsmann, der seinem (des Großen Kurfürsten) Vater gedient, hatte für sich gearbeitet, und

Digitized by Google

dem jungen Herrn lag es ob, allein einen neuen Weg für sich einzuschlagen."

Der große Staatsmann, von dem der Kaiser sprach, ist Adam, Graf zu Schwarzenberg, der in der St. Nikolai-Kirche zu Spandau beerdigt ist. Seine Grabschrift lautet wie folgt:

„Anno 1641, den 4. Monat, ist weiland der hochwürdige, hochwohlgeborene Herr Adam, Graf zu Schwarzenberg, des ritterlichen St. Johanniterordens in der Mark, Sachsen, Pommern und Wenden Meister, Herr zu Hohenlandsberg und Gimborn, Churfürstlich Brandenburgischer Statthalter in der Churmark, Geheimer Rat und Oberkammerherr auf der Vestung Spandow, in Gott selig entschlafen und hier in dieser Kirche beigesetzet. R. I. P."

Schwarzenberg, 1587 geboren, bis 1607 Rat des Herzogs von Jülich, wurde von Georg Wilhelm nach Berlin berufen und übte hier bald eine so unumschränkte Gewalt, daß neben diesem Hausmeier der Kurfürst nur als Schattenherrscher erschien. Sein Einfluß war ein unheilvoller. Minister eines protestantischen Fürsten, war er der Todfeind Gustav Adolphs, welcher letztere von ihm sagte: „Dieser Tiger bringt alles Elend über seinen Herrn. Die Brandenburger sollten den Grafen sequestrieren oder ihm den Hals entzweischlagen." Während er die Bürger mit den willkürlichsten Steuern brandschatzte und sein „Pfandwagen" durch die Straßen Berlins rollte, umringt von Scharen händeringender Weiber und Kinder, bereicherte er sich selbst in schamlosester Weise. Er trieb Wuchergeschäfte mit dem Kurfürsten, den Beamten, den Soldaten und erwarb Unmassen liegender Gründe. Der Haß des Volkes war gegen ihn ohnmächtig, denn jeder Ausdruck der Unzufriedenheit wurde drakonisch geahndet. Die Verhältnisse änderten sich, als Friedrich Wilhelm den Thron bestieg. Der neue Herrscher ließ dem allgewaltigen Minister bald nach seinem Regierungsantritte alle Vollmachten abfordern und verfügte im März 1641 Schwarzenbergs Verhaftung. Schon vorher hatte sich der Minister indessen von seinem Hause, Brüderstraße 1, heimlich nach Spandau geflüchtet, dessen Kommandanten, Moritz

Digitized by Google

von Rochow, nebst Besatzung er zum Treueide an den österreichischen Kaiser veranlaßt hatte, wie er ähnlich alle Festungen der Mark thatsächlich dem Kaiser in die Hände spielte Im Februar 1641 erhielt Schwarzenberg einen Brief aus Regensburg, der ihn warnte. Er verbrannte eine große Menge Papiere, da der Kurfürst eine Untersuchung seiner Amtsführung angeordnet hatte. Ehe es indessen zu derselben kam, starb Schwarzenberg am 24. März 1641 am Herzschlag. Im Volke ging das Gerücht, das sich lange erhalten hat, der strenge Kurfürst habe den Frevler im Spandauer Forst bei Fackellicht enthaupten lassen. Friedrich der Große ließ zu wiederholten Malen die Gruft öffnen und die Leiche untersuchen, wobei sich ergab, daß jenes Gerücht unbegründet war.

Die Worte des Kaisers über den genannten Staatsmann wurden vielfach so ausgelegt, als ob der Kaiser den Grafen Schwarzenberg mit dem Fürsten Bismarck in Vergleich habe stellen wollen. Ein freisinniges Blatt bemerkte: „Diese zutreffende Hinweisung auf die Vergangenheit ist von der öffentlichen Meinung gleichzeitig als ein scharfes Epigramm auf die Gegenwart gedeutet worden." Von anderer Seite wurde bestritten, daß dem Kaiser dieser Vergleich unterzuschieben sei, für einen unbefangenen Leser ergebe der citierte Satz, falls er überhaupt eine Parallele mit der Gegenwart enthalten sollte, daß der Kaiser andeuten wollte, er müsse ebenso, wie der Große Kurfürst bei seinem Regierungsantritt, in jungen Jahren, seinen eignen Weg einschlagen. Graf Schwarzenberg war als Minister in erster Reihe auf seine Bereicherung bedacht und hat unter dem Vorgänger des Großen Kurfürsten durch eine feige Politik der Neutralität während des 30jährigen Krieges Brandenburg auf die tiefste Stufe der Bedeutungslosigkeit heruntergebracht. Daß Fürst Bismarck Schleswig-Holstein mit Preußen, Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche vereinigt, dieses und die Kaiserwürde der preußischen Könige begründet hat, könne ein halbes Jahr nach seinem Rücktritte im preußischen und deutschen Volke wohl noch nicht vergessen sein. „Wenn er sich angeblich einen Fideikommiß-Stempel schenken ließ, so mag man bedauern, daß ein großer

Digitized by Google

Mann in kleinen Dingen kleinlich war, seiner Größe, seiner weltgeschichtlichen Bedeutung und seinem Anspruch auf den Dank des deutschen Volkes thut es so wenig Eintrag, wie etwa dem Ruhm Hardenbergs dessen kleinliche Geldgeschichten. Sie sind vergessen, aber Hardenberg lebt in der Geschichte weiter als einer der Erneuerer Preußens nach dem Frieden von Tilsit, als einer der leitenden Staatsmänner der Befreiungskriege. So wird es auch mit Bismarck gehen."

Die Fideikommiß-Angelegenheit verhielt sich nun zwar anders, als der Verteidiger des Kaisers und Bismarcks es andeutete. Indessen es war doch immer ein dankbares Gemüt, das aus diesen Worten sprach. Nur vielen Beifall fanden diese nicht. Es war das bezeichnend, weniger für die Stimmung der deutschen Nation gegen Bismarck, als für die verbreitete Meinung, der Monarch könne eine solche Parallele zwischen Bismarck und Schwarzenberg ziehen.

Man hat auch an die George des vorigen Jahrhunderts, die Vorfahren und Vorgänger der Königin Victoria von England, erinnert, um sich die Herrschertheorien des Nachkommen eines Wilhelm I., eines Friedrich, zu erklären. König Georg II., obwohl ein Fremder und vom Volke nicht geliebt, hatte mehr Aehnlichkeit mit einem absoluten, als mit einem konstitutionellen König, besonders im Verhältnis zur Armee. In Bezug auf Beförderungen von Offizieren durfte ihm kein Minister dareinreden. „Sie verstehen nichts vom Militärwesen," sagte er zu Walpole, „ich will meine Armee so einrichten, wie ich es passend finde, mit Ihren Schurken von Deputierten können Sie es halten, wie Sie wollen, da mische ich mich nicht hinein, aber was die Armee betrifft, das ist meine Sache." Freilich wurde diese Alleinherrschaft durch die erforderliche jährliche Bewilligung der Gelder und der Mutiny-Bill — des Gesetzes gegen Desertion und Ungehorsam — wieder vom Parlament in Schranken gehalten. Daß Kaiser Wilhelm II. die Geschichte der George fleißig studiert hat, ergiebt sich aus einer Reihe von Zügen seines öffentlichen Auftretens, die der Praxis dieser stammverwandten Vorfahren nachgebildet erscheinen. Wir führen nur eine der unschuldigsten Kopien an.

Digitized by Google

Da gab es unter Georg III. einen Minister, den Grafen Chatham, der sein Vaterland auf den Gipfel des Ruhmes durch den Pariser Vertrag von 1763 trug. Das ganze Land feierte ihn. Der König Georg III. ebenfalls. Aber, um sein politisches Verdienst nicht anzuerkennen, bekomplimentierte er ihn nur als ehemaligen Dragoner-Standartenjunker. Fürst Bismarck ist in der Verbannung mit mehr Recht als General gefeiert worden.

Wir haben oben gesehen, wie schwer es dem König Georg II. wurde, sich von Walpole zu trennen, an dessen Amtsdauer diejenige des Fürsten Bismarck erinnert. Und was verdankte der König Georg II. dem langjährigen Ratgeber? Walpole, ursprünglich nur Finanzminister, war das eigentliche Haupt der Regierung, man könnte fast sagen der erste Premierminister Englands, denn während seiner Amtsführung nahm das „Kabinettsystem", wie es die Engländer nennen, zuerst bestimmte Formen an. Fast unmerklich gewann während seiner Ministerschaft das Unterhaus das Uebergewicht über die zwei andern Teilhaber der Staatsgewalt — Krone und Oberhaus. Was man ein Jahrhundert später in Oesterreich als eine liberale Errungenschaft bezeichnete, ein Bürgerministerium, das war noch in England des achtzehnten Jahrhunderts unmöglich. Zu Ministern wurden meist nur Pairs gemacht. Walpole war der einzige Gemeine in seinem Ministerium und hatte große Mühe, bis er den Widerstand des Königs besiegte und die Ernennung eines zweiten Unterhausmitgliedes, des Sir Charles Wager, zum ersten Lord der Admiralität durchsetzte. Obwohl Walpole versprochen hatte, sich der Peerage-Bill nicht zu widersetzen, wurde doch während seiner Amtsführung dieser Versuch zur Festigung des Ansehens und Gewichts des Hochadels nicht erneuert, und das Oberhaus verlor seit der Zeit immer mehr an Einfluß, wenn auch Macaulays vor einem halben Jahrhundert in einem Briefe an seine Schwester gemachte Prognose „The institution of the Peerage is evidently dying a natural death" eine voreilige war. In gleicher Weise wie die Lords hat auch das englische Königtum seit Walpoles Uebernahme des Ministeriums an Macht und

Digitized by Google

Einfluß verloren, wenn es auch später wiederholt, besonders unter Georg III., einen Teil des Verlorenen vorübergehend zurückgewann.

Was ein Bismarck für das Königtum gethan hat, ist dem Deutschen Volke erst nach seiner Entlassung zum vollen Bewußtsein gekommen. So ließ sich eine Stimme aus dem westlichen Deutschland einmal, am 1. Januar 1892, dahin vernehmen: „Nicht Wenige unter uns waren von Haus aus republikanische, freiheitstrunkene Idealisten und sind erst durch Bismarck und durch den großen und guten Kaiser innerlich in Vernunfts-Monarchisten umgewandelt worden. Es ist nun eine Erscheinung, die uns nachdenklich und besorglich stimmt, daß manche dieser Männer in den letzten Jahren in aller Stille begonnen haben, ihre politische Grundanschauung an der Hand der jüngsten Erfahrungen einer nachprüfenden Revision zu unterziehen; die Ergebnisse dieses leise fortschreitenden Denkprozesses könnten sich eines Tages in überraschender Weise offenbaren. Es mag irrationell und unlogisch sein und sonst was immer für abfällige Bezeichnungen verdienen, aber es ist ein Zug, der uns Männern des deutschen Westens und Südens tief im Blute steckt: wir folgen bewundernd der perikleischen Allgewalt des genialen Staatsmannes, der uns durch die Wucht seiner kerndeutschen Persönlichkeit, durch den Glanz seines Geistes überzeugt und zu warmblütiger Begeisterung fortreißt, aber wir beugen unsern steifen Nacken nicht unter einer Selbstherrschaft, die den berechtigten Begriff der Monarchie mystisch überspannt. Dazu kam das häufige und aprilwetterartige plötzliche Umschlagen des Windes. So weiß heute Niemand, aus welcher Ecke morgen der Wind blasen wird. Diese Ungewißheit, in der dennoch der Anspruch an uns ergeht, durch Dick und Dünn zu folgen, wohin wir auch geführt werden, hat allenthalben verwirrt und beunruhigt. Was das letzte Jahr an monarchischem Gefühl, an treuer opfermutiger staatlicher Gesinnung niedergebeugt hat, das wird sich nicht sobald wieder erheben."

Der Machtverlust, den das Königtum in England durch Walpole erlitt, hat die George nicht gehindert, absolutistische

Digitized by Google

Rückfälle zu zeigen. Ihr welfisches Blut verleugnet sich auch in der Königin Victoria nicht. Sie hat stets Not gehabt, ihr autokratisches Selbstbewußtsein innerhalb der ihr durch die Verfassung gezogenen Grenzen zu halten. Sie weiß ihre Rechte als Monarchin der Regierung gegenüber zur Geltung zu bringen und zeigt sich keineswegs blos als der dekorative Repräsentant der höchsten Gewalt, sondern greift auch mit fester Hand und sicherem Blicke in die Zügel der Regierung, wenn es ihr nötig erscheint, wie das besonders verschiedene an Palmerston gerichtete Schriftstücke, die in dem „Leben des Prinz-Gemahls" von Martin mitgeteilt sind, bezeugen. Die Königin Victoria empfindet schwer die durch die Verfassung auferlegte Beschränkung, und der Prinz-Gemahl giebt dieser Empfindung in seinen vertraulichen Briefen an Stockmar wiederholt unzweideutigen Ausdruck. Die Königin hat sich von jeher dadurch schadlos gehalten, daß sie ihren Blick nach außen wandte und sich in die preußische und deutsche Politik einzumischen suchte. Dieses Bestreben fand seinen Ausgangspunkt in der alten Tradition, die Preußen und Deutschland für verpflichtet hält, in europäischen Fragen die englische Politik zu unterstützen, und England für berechtigt, in deutschen Angelegenheiten mitzureden. Die Königin Victoria sah es als eine Art Felonie an, wenn sich Deutschland die Unabhängigkeit seiner Position von der englischen bewahrte, ganz wie ihr verstorbener Gemahl. Schon zur Zeit des Krimkrieges galt es im Sinne beider als Treubruch, daß Preußen nicht für England fechten wollte. Im dänischen, im österreichischen, im französischen Kriege hatte Deutschland die Königin Victoria gegen sich. Im Jahre 1875 wagte sie es, Bismarck beim Kaiser wegen kriegerischer Pläne gegen Frankreich fälschlich zu beschuldigen, unmittelbar nachdem ihr erster Minister im Parlamente die Erklärung abgegeben, die kriegerische Unruhe jenes Jahres komme nicht von Berlin, sondern von Paris. Bismarck stieß auf den Widerstand der Königin Victoria auch in der inneren Politik, so namentlich im Verfassungskonflikt, wo das kronprinzliche Paar von London her in der Unterstützung der liberalen Opposition bestärkt wurde.

Digitized by Google

Seit dem Tage, wo der Dey von Algier dem französischen Konsul mit dem Fliegenwedel einen Schlag ins Gesicht versetzte, ist kein Vertreter einer Großmacht von einem fremden Souverän so behandelt worden, wie der preußische General von Winterfeld, der die Meldung von der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. am englischen Hofe zu überbringen hatte, von der fremden Monarchin. Wenn die konservative Partei in Preußen sich in den fünfziger Jahren gegen die englische Verwandtschaft etwas kühl verhielt, wie Bismarck und der General von Gerlach dies thaten, so wird man sie deswegen nicht gerade des Mangels aller politischen Einsicht beschuldigen dürfen.

Die Kronprinzessin selber hat sich nicht blos mit dem konservativen, sondern mit dem echt preußischen Wesen in fortwährendem Konflikt befunden. „Das unbegrenzte Selbstbewußtsein in der preußischen Gesellschaft und das ebenso unbegrenzte Selbstgefühl der jungen englischen Prinzessin" — sagt Hinzpeter in seiner Schrift zur silbernen Hochzeit des kronprinzlichen Paares — „sind sich mitunter schroff begegnet; sie haben wenig wohlwollende Urteile über einander gefällt, und die gegenseitigen Mißverständnisse sind leider so tief gedrungen, daß es ihnen noch heute schwer wird, gerecht gegen einander zu sein."

Was Herr Dr. Hinzpeter von „unbegrenztem Selbstbewußtsein" in der preußischen Gesellschaft sagt, ist erst durch das ebenso „unbegrenzte englische Selbstgefühl" hervorgerufen worden, namentlich in der Zeit, wo die Opposition gegen Bismarck im Verfassungskonflikt am kronprinzlichen Hofe ihre Hauptstütze fand. Die Haltung der Kronprinzessin zu jener Zeit wurde überaus scharf von dem Kriegsminister v. Roon gezeichnet, indem er unter dem 4. April 1866, also unmittelbar vor der Entscheidung über den Krieg mit Oesterreich an Bismarck schrieb:

„Die ganze Koburg'sche Manscherei ist durch die Frau Nichte des Schützenherzogs, der von ihr adoriert wird, angezettelt, um Sie zu stürzen; daher auch gewisse süße Mienen, die uns seit einiger Zeit auffielen. Die ge-

Digitized by Google

segnete Dame hat den eiteln Ohm zu Reisen nach Berlin und Wien veranlaßt."

Das Wort: „fort mit Bismarck" ist zuerst aus weiblichem Munde gekommen. Es ertönte unisono von London, Berlin (Königin Augusta), Potsdam. Die Entlassung Bismarcks im März 1890 war die Verwirklichung eines ursprünglich reinweiblichen Programms.

Im übrigen waren die Damen korrekt konstitutionell gesinnt. Dafür sorgte der Prinz-Gemahl, der an seine Tochter in Potsdam schrieb:

„Dein Brief mit dem Memorandum, das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz betreffend, hat mir große Freude bereitet. Ich sende das Memorandum zurück, aber habe eine Abschrift davon für mich behalten. Es ist auffallend klar und vollendet und gereicht Dir zur größten Ehre. Ich stimme jedem Wort darin bei, und ich bin sicher, daß es Jedermann überzeugen muß, welcher der Ueberzeugung durch gesunde Logik zugänglich und dazu bereit ist, der Forderung gesunder Logik zu folgen. Die Idee, daß die Verantwortlichkeit seiner Ratgeber des Monarchen Ansehen und Würde schädige, ist ein vollkommener Irrtum. Wir haben hier kein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz aus dem einfachen Grunde, weil wir keine geschriebene Verfassung haben, aber diese Verantwortlichkeit geht als eine logische Notwendigkeit von der Würde der Krone und des Souveräns aus. „Der König kann nicht Unrecht thun", lautet das gesetzliche Axiom und daraus folgt, daß irgendwer verantwortlich sein muß für des Königs Maßregeln, wenn diese dem Gesetze zuwider und der Wohlfahrt des Landes nachteilig sind. Hier sind die Minister nicht verantwortlich als Minister, d. h. als Beamte (als solche sind sie der Krone verantwortlich), aber sie sind dem Parlament und dem Volk verantwortlich, oder dem Lande „als Ratgeber der Krone". Irgend einer von ihnen mag der Krone raten, und wer es thut, ist für den Rat, den er gegeben, dem Lande verantwortlich. Die sogenannte „Verpflichtung der Rechenschaftsablegung" (accomptability) der Minister gegenüber dem Parlament entspringt keinem abstrakten Prinzip der Verantwortlichkeit, sondern der praktischen Notwendigkeit, kraft deren sie die Zustimmung des Parlaments zur Gesetzgebung und zur

Digitized by Google

Steuererhebung erlangen und, was die Hauptsache dabei ist, sich sein Vertrauen bewahren. In der Praxis sind die Minister verpflichtet einzustehen für die Art und Weise, in der sie die Gesetze gehandhabt haben, welche sie im Verein mit dem Parlament gemacht, und für die Art, wie sie die Gelder verwendet haben, welche für bestimmte Zwecke votiert worden sind. Sie sind verpflichtet, Aufklärungen zu geben, ihr Vorgehen zu rechtfertigen, verständige Skrupel zu befriedigen und die Antwort: „Wir haben als pflichtgetreue Diener dem Souverän Gehorsam geleistet", kann nicht angenommen werden. Die Frage ist: „Habt Ihr aus Ueberzeugung gehandelt, oder nicht? Habt Ihr dies nicht, so seid Ihr schlechte Diener der Krone, welche raten und thun, was sie für Unrecht oder ungerecht ansehen, in der Absicht, Euch Eure warmen Sitze zu erhalten oder die Gunst des Souveräns zu gewinnen." Und ist dies der Fall, entzieht ihnen das Parlament sein Vertrauen. Darin liegt die ministerielle Macht, vor der sich Souveräne so sehr fürchten. Sie können erklären: „Wir werden dies oder das nicht thun, was der Souverän wünscht, weil wir dafür nicht verantwortlich sein können." Aber warum soll der Souverän hierin Etwas erblicken, um besorgt zu sein? Für ihn ist dies in Wahrheit die beste Sicherheitswache. Ein wirklich treuer Diener sollte nichts thun, wofür er nicht die Verantwortlichkeit übernehmen kann, wenngleich sein Herr es wünscht! Diese praktische Verantwortlichkeit ist von dem äußersten Vorteil für den Souverän. Mache Unabhängigkeit und nicht Unterwürfigkeit zu dem Wesen des Dienstes und Du nötigst den Minister, sein Gewissen vor dem Souverän rein zu erhalten, Du adelst seinen Rat, Du machst ihn rechtschaffen und patriotisch, während Augendiener, die ergebensten Werkzeuge für des Monarchen weitgehendste Wünsche und Befehle, ins Verderben führen und geführt haben. Aber auf das Verantwortlichkeits-Gesetz zurückzukommen. Dasselbe sollte in der That eine Schutzwache für das Gesetz selbst sein. Als solches ist es in England überflüssig, wo Gesetze regieren und wo es Niemanden einfallen würde, daß es anders sein könnte. Auf dem Kontinent aber ist es von der höchsten Wichtigkeit, wo die Regierung ein Produkt der Verbindung von Suprematie und Subordination zwischen dem Souverän und dem Unterthan ist, und der Diener, in dieser Verbindung entsprechenden Ideen erzogen, nicht weiß, wem

Digitized by Google

er gehorchen soll — dem Gesetze oder dem Souverän. — Das Vorhandensein eines solchen Gesetzes würde ihn der Entschuldigung berauben, welche er, im Fall er das Gesetz verletzen und eines Verbrechens schuldig sein sollte, sofort zur Hand hat: „Der Souverän befahl es so — ich habe blos Gehorsam geleistet", während es für den Souverän ein Schutz dagegen ist, daß seine Diener, wenn eines Verbrechens schuldig, nicht im Stande sind, ihm die Schuld dafür aufzubürden."

Hat Kaiser Wilhelm II. die Korrespondenz seines Großvaters mit seiner erlauchten Mutter zu Gesicht bekommen? Wir wissen es nicht. Jedenfalls hat er seine Auffassung von der Stellung des Monarchen zu den Ministern nicht aus den Theorien seines Großvaters von mütterlicher Seite, noch aus der Praxis seines Großvaters von väterlicher Seite geschöpft. Kaiser Wilhelm I. dachte keineswegs daran, sich mit dem nur symbolischen Dasein des parlamentarischen Königs zu begnügen, der lediglich der formelle Vollstrecker fremden Willens ist; er hatte aber ebenso wenig von der Selbstherrlichkeit des absoluten Fürsten, der keine selbständigen Regungen neben sich duldet und keine selbständigen Charaktere, sondern nur gefügige Werkzeuge seiner Unfehlbarkeit. Die wahre Größe zwingt zu allgemeiner Anerkennung und Verehrung dann am meisten, wenn sie ohne theatralisches Pathos und ohne anmaßende Ueberhebung uns gegenübertritt. Denn so einfach menschlich sich zu geben, das vermag eben nur die echte Größe, die des Aufputzes und der Reklame nicht bedarf.

Läßt der Monarch das erhöhte Schwergewicht der Krone möglichst ausschließlich auf den Gang der öffentlichen und Staatsangelegenheiten bestimmend einwirken, so tritt in demselben Grade die konstitutionelle Theorie vor der Ministerverantwortlichkeit in den Hintergrund. Fürst Bismarck behauptete einmal, die Liberalen verlangten das Zurücktreten des Monarchen, um so leichter mit der Krone fertig werden zu können; thatsächlich ist das Verlangen diktiert von dem Wunsche, den Monarchen vor persönlichen Konflikten und so die Monarchie vor Erschütterungen zu bewahren. Eine mehr oder weniger persönliche Politik fordert die Kritik heraus und führt schließlich

Digitized by Google

zu gefährlichen Verbitterungen. Kaiser Wilhelm I. hat bewiesen, wie mit dem Prinzip der Ministerverantwortlichkeit die Macht der Krone und die Größe ihres Trägers sich harmonisch vereinigen können. Durch die gesamte Regierungsthätigkeit des Kaisers Wilhelm I. geht ungeachtet der mannigfachen Bewegungen und großartigen Entwicklung ein unverkennbar einheitliches Gepräge, das ohne ein volles Maß der Selbstständigkeit seines Thuns und Lassens und ohne die Abwesenheit der Beeinträchtigung seines eigenen Willens nicht gedacht werden könnte. Aber er hat gleichzeitig den Räten, die sein scharfer Blick sicher erkoren hatte, völlig sein hingebendes Vertrauen erwiesen und ein tief eingreifendes Wirken gestattet.

Gelegentliche politische Gegensätze haben stets eine freie Aussöhnung gefunden, in dem gemeinsamen Streben nach demselben Ziele. Weit entfernt, daß das Verdienst und der Ruhm des einen durch den Anteil des anderen irgendwie geschmälert wurde, gereichte vielmehr das wunderbar harmonische Zusammenwirken in williger gegenseitiger Anerkennung dem Monarchen und seinen großen Werkmeistern zu erhöhtem Ruhme.

So ist es Kaiser Wilhelm I. gerade durch sein echt konstitutionelles System gelungen, große Kreise des Volkes, die der Monarchie als Staatsverfassung zweifelnd, gleichgültig oder ablehnend gegenüber standen, wieder zu aufrichtigen Anhängern des monarchischen Gedankens zu machen. Er hat nicht seine Theorien dem Frankreich des siebzehnten Jahrhunderts entlehnt.

Als Mazarin gestorben war, erklärte Ludwig XIV., der damals 23 Jahre alt war, in seinem Staatsrat, von nun an wolle er selbst regieren. „L'Etat c'est moi". Seither sind mehr als zwei Jahrhunderte vergangen. Der Absolutismus ist überall in Europa, Rußland ausgenommen, beseitigt. Bei der heutigen Ausbildung der Gesetzgebung und Verwaltung, bei der heutigen Erweiterung der Staatszwecke und der Staatsthätigkeit ist diese Selbstregierung des Herrschers ohne die schwersten Unzuträglichkeiten unmöglich. Das System des sic volo sic jubeo hat zu einer Auflösung der Solidarität des Ministeriums und der Stetigkeit der Regierung geführt. Solidarität und Stetigkeit können zumal da nicht bestehen, wo der Monarch sein Ohr noch anderen Ratgebern

Digitized by Google

als den Miniſtern leiht, wie das bei Friedrich Wilhelm IV. der Fall war. Dann gerät die Regierung in eine ſchwankende widerſpruchsvolle Bewegung. Das erzeugt dann Mißmut und Unzufriedenheit bei der Bevölkerung und ſchädigt auch das Anſehen der Regierung dem Auslande gegenüber, ſo daß ſolche Regierungen auch gewöhnlich ſolche ſind, die vielleicht das Beſte wollen, aber es nie erreichen. Gerade der Umſtand, daß Kaiſer Wilhelm I. ſich in Regierungsſachen lediglich an ſeine Räte hielt, trug weſentlich zu den großen Erfolgen ſeiner Regierung bei.

Digitized by Google

V.

Stöckers Scheiterhaufen-Brief.

Das erste Schriftstück, in welchem nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. von Bestrebungen die Rede ist, die dem Sturze Bismarcks galten, rührt vom Hofprediger Stöcker her. Derselbe richtete im Monat August 1888 ein Schreiben an den Chefredakteur der Kreuzzeitung, Herrn von Hammerstein, das erst acht Jahre später durch den „Vorwärts" bekannt geworden ist und den folgenden Wortlaut hat:

„X (Name eines konservativen Abgeordneten) sagte mir, daß Sie einige Artikel, welche das schnöde Spiel von Bismarck und Genossen mit dem Kaiser aufdecken, für zeitgemäß hielten. Darf ich Ihnen dagegen meine Anschauungen über das, was ich für richtig halte, darlegen? Ich glaube, daß im Augenblick Fürst Bismarck den Kaiser vollkommen eingenommen hat, ganz besonders in Bezug auf das Kartell, das nun einmal Bismarck für die Grundlage seiner Politik und für ein ungemein großes Ereignis ansieht. Will man dagegen die B.'schen Intriguen mit der Waldersee-Versammlung ausspielen und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von B. und dem Kaiser, so verliert man das Spiel und reizt den letzteren. Ich hörte auch gestern, daß er ganz für die Kartellpolitik gewonnen ist. Was man nun meines Erachtens thun kann und muß, ist folgendes: Prinzipiell wichtige Fragen, wie Judenfragen, Mutineum (ein unverständlicher Ausdruck), Harnack, Reichstagswahl im sechsten Wahlkreise, die gewiß mit einem Fiasko der antisozialdemokratischen Elemente abschließt, muß man, ohne B. zu nennen, in

Digitized by Google

der allerschärfsten Weise benutzen, um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut beraten ist und ihm den Schluß auf B. überlassen. Man muß also rings um das politische Zentrum resp. das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. — Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihn und B. Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man die Dinge, wo er instinktiv auf unserer Seite steht, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne persönlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: sechs Monate will ich den Alten — B. — verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst. B. selbst hat gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch vorsichtig sein . . ."

Herr Stöcker hielt es im August 1888 nicht für rätlich, dem Wunsche des Freiherrn von Hammerstein gemäß für die Kreuzzeitung einige Artikel gegen die Bismarck'sche Kartellpolitik zu schreiben; man dürfe den Kaiser nicht merken lassen, daß man ihn beeinflussen wolle. Wir erinnern daran, daß ein Jahr später, im September 1889, in der Kreuzzeitung Artikel erschienen, welche der Absicht des Herrn v. Hammerstein aus dem Jahre zuvor entsprachen. Vielleicht hatte Herr Stöcker sie nunmehr geschrieben; aber auch wenn sie aus anderer Feder waren, charakterisieren sie zusammen mit dem Stöcker'schen Briefe vom August 1888 trefflich den Kreis von Politikern, dem beide Herren angehörten. Am 20. September 1889 schrieb die Kreuzzeitung:

„Von unseren Vätern und Erziehern haben wir gelernt, Gott zu fürchten und den König zu ehren; wir haben dafür geschwärmt, für den von Gott gesetzten König den letzten Blutstropfen dahinzugeben; nun auf unsere alten Tage sollen wir noch umlernen und uns überzeugen, daß nicht das Königtum, sondern das Kartell der rocher de bronze ist? . . . Als treue Unterthanen des Königs erheben wir Protest gegen solche Abgötterei und rufen unbekümmert um das Schicksal des Kartells: Der König regiert, es lebe der König!"

Digitized by Google

Und einige Tage später:

„Schlimmer als alle Angriffe gegen die Kreuzzeitungspartei ist die Thatsache, daß man sich allmählich gewöhnt, unserem Königlichen Herrn Fingerzeige geben zu wollen, wie er sich zu verhalten habe. Man hat sich nicht gescheut, dem Kaiser und Könige „nahe zu legen", wie er regieren solle. . . . Solche Zustände sind wir in unserem königlichen Preußen bisher nicht gewohnt. Diesem anmaßenden Gebahren wird durch ein heuchlerisches Manöver die Krone aufgesetzt, indem man den Spieß umdreht und uns, die vielgelästerte Kreuzzeitungspartei, anklagt, wir wollten für unsere Parteizwecke sozusagen „Beschlag auf die Person des Allerhöchsten Herrn legen."

So lange Bismarck im Amte war, stellte sich der Kaiser ganz entschieden auf die Seite der Kartell-Parteien. Als er im November 1888 gegenüber dem freisinnigen Oberbürgermeister von Breslau seine Freude über die im Sinne der Kartellparteien ausgefallenen Wahlen ausdrückte, gab es sehr lebhafte Erörterungen in der Presse. Die freisinnigen Blätter drückten ihr Bedauern aus über „eine derartige persönliche Einmischung des Monarchen in die Parteikämpfe", das Königtum habe eine freie Stelle über den Parteien einzunehmen. Auf entgegengesetzter Seite erklärte man es allerdings für das gute Recht des Kaisers, seine Meinung offen zu äußern und bemerkte: „Einige demokratische Blätter können sich nicht darüber beruhigen, daß der Kaiser in Breslau sich erfreut über den Ausfall der Breslauer Wahlen geäußert haben soll. Wir dächten, dem Kaiser könne doch wohl nicht verwehrt werden, was jedem Bürger erlaubt ist; er hat durch den Ausdruck seiner Freude über die Breslauer Wahlen keinem Menschen einen Vorwurf gemacht, der über dieselben betrübt ist." — Auch der „Reichsbote" fragte: „Warum soll sich denn nicht der Kaiser darüber freuen, worüber die große Mehrheit der Bürger Breslaus sich freut?"

Ebenso wie der Monarch den Kartellstandpunkt gegen die Freisinnigen einnahm, so auch gegen die Extrem-Konservativen. Man weiß, daß im Jahre 1889 die Kreuzzeitung

Digitized by Google

dem „Kartellgötzen", diesem „Fetisch", diesem neuen „Baal", offen den Fehdehandschuh hinwarf, indem sie behauptete, man wolle den Kaiser auf eine Kartellpolitik binden. Schlimmer noch als die Wirkung einer „Vernichtung aller selbständigen Regungen", die dem Kartell nachgesagt wurde, sollte nach der Kreuzzeitung der Schaden sein, den es der royalistischen Denkweise zufüge. „Man will," so sagte das genannte Blatt, „Se. Majestät eine Parlamentsmehrheit oktroyieren, deren Willen er sich fügen soll: man legt es dem Kaiser in aufdringlicher Weise in Preßäußerungen und Broschüren nahe, wie er regieren soll."

Kaiser Wilhelm II. hatte bereits als Prinz seinen bekannten Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck, den Bannerträger des Reiches, ausgebracht. Er hatte wiederholt gezeigt, daß er sich von dem Kanzler nicht trennen wolle; er hatte Herrn Stöcker zur Ruhe verwiesen, hatte die Kreuzzeitung wegen des Artikels über das „monarchische Gefühl" getadelt, hatte in Unterredungen sich gegen die äußerste Rechte erklärt. Jetzt trat der Kaiser für den Reichskanzler durch eine scharfe Zurückweisung der Kreuzzeitung ein, welche der „Reichsanzeiger" veröffentlichte. Mit besonderer Freude begrüßte man den Satz, daß der Kaiser keiner Partei gestatte, sich das Ansehen zu geben, als besäße dieselbe das kaiserliche Ohr. Die Kreuzzeitung schien in dieser Hinsicht jetzt so scharf gerichtet, daß sie hoffentlich nun verzichten würde, den Kaiser als den Förderer ihrer Parteiansichten darzustellen. Nicht minder bemerkenswert war die Erklärung, daß der Kaiser in der Verständigung und gegenseitigen Schonung der staatserhaltenden Parteien untereinander eine für unser parlamentarisches Leben sachlich nützliche Einrichtung und daß er somit in dem Kartell eine den Grundsätzen seiner Regierung entsprechende politische Gestaltung sah.

Zum weiteren Verständnis dieser außerordentlichen Kundgebung wurde man durch eine offiziöse Stimme in einem Hamburger Blatt belehrt, daß nicht alle Erscheinungen im politischen Leben sich aus den parlamentarischen Beweggründen und Eindrücken erklären ließen, sondern daß dabei außerhalb

Digitized by Google

der öffentlich erkennbaren Entwicklungen auf der sichtbaren Bühne manche bewegende Kräfte hinter den Coulissen wirksam gewesen seien. Der Reichskanzler habe seine Stellung nicht blos gegen parlamentarische Angriffe zu decken gehabt, er sei stets der Freund seiner Freunde, aber auch der Ansicht gewesen, daß den Gegnern gegenüber der Hieb die beste Parade sei. Manche überraschende Wendung in seinem politischen Auftreten erkläre sich aber aus Vorgängen, die sich der Oeffentlichkeit entzögen. Es erschien damit bestätigt, daß die Erklärung im „Reichsanzeiger" von dem Fürsten Bismarck veranlaßt, und daß sie gegen mächtigere Personen als Herrn von Hammerstein (dem damaligen Leiter der Kreuzzeitung) gerichtet war. Es hat eine Zeit gegeben, wo der Kaiser dem Hofprediger sehr nahe stand. Die Waldersee-Versammlung bezeugte und verstärkte das intime Verhältnis beider. In dem Schreiben des Prinzen Wilhelm vom 1. Januar 1888 an die Herren Stöcker, Kögel, Schrader, Bayer bekannte er sich noch offen zur christlich-sozialen Sache, die er später bekanntlich in dem Telegramm an Hinzpeter so scharf verurteilte. „Politische Pastoren sind ein Unding." Fürst Bismarck hatte die Tendenz der Waldersee-Versammlung, den jungen Prinzen für die konservative Partei und gegen ihn zu gewinnen, von Anfang an erkannt. Kaiser Wilhelm I. hatte nach dem ungünstigen Ausspruche der Aerzte in San Remo am 10. November 1887 über seinen Sohn, den Kronprinzen, sein tief bekümmertes Herz zu einer schweren Selbstüberwindung aufraffen müssen. Ueberaus schmerzlich war es für ihn, die Eventualität des frühen Todes seines Sohnes in Rechnung zu ziehen. Die geeignetsten Maßnahmen wurden getroffen, namentlich war Prinz Wilhelm, soweit dies in wenigen Monaten anging, mit den Geschäften in den verschiedenen Ressorts der Regierung bekannt gemacht worden. Als durch das erwähnte ärztliche Gutachten die unmittelbare Thronfolge des Prinzen Wilhelm sehr wahrscheinlich gemacht war, erschien das System, welches dieser als König befolgen würde, als eine brennende Frage. Man war vielfach geneigt, demselben teils reaktionäre, teils kriegerische Gedanken zuzuschreiben. Dieser Verdacht erhielt durch die plötzliche

Digitized by Google

Nachricht von der bei dem Grafen Walderſee abgehaltenen Verſammlung, an der Prinz Wilhelm neben Stöcker Teil nahm, volle Nahrung. Man ſagte, jenes Votum der Aerzte habe eine Partei alarmiert, welche es für ihr Recht und für ihre Pflicht halte, den Thronfolger bei Zeiten zu beeinfluſſen und welcher die Gelegenheit nicht fehlte, mit demſelben in Berührung zu treten. Indem man die Sache ſo darſtellte, als ob nicht einzig die Pflege des religiöſen Sinnes in den breiten Schichten der evangeliſchen Bevölkerung unſerer Großſtädte und die Abhilfe eines geradezu erſchreckenden kirchlichen Notſtandes der Zweck der Verſammlung war, ſondern lediglich der Antiſemitismus, die „Stöckerei“ und „Muckerei“, ſuchte man der Sache eine hochpolitiſche Bedeutung beizulegen. Namentlich die offiziöſe Preſſe witterte neben der ausgeſprochenen Tendenz der Verſammlung geheim gehaltene Motive und behauptete, die Teilnahme einiger Nationalliberalen an derſelben ſolle als bloße Dekoration gelten. Ein Artikel der hochoffiziöſen „Norddeutſchen Allg. Ztg.“ wurde von der „Poſt“ in der folgenden Weiſe kommentiert: „Wenn, wie die Blätter extremer Richtung in den letzten Tagen zeigen, die Parteileidenſchaft ſelbſt gegenüber der ſchweren Heimſuchung unſeres Herrſcherhauſes und Landes nicht ruht, ſo iſt dies ſicherlich eine überaus unerfreuliche Erſcheinung. Nicht minder ſicher und gleichfalls recht unerfreulich aber iſt es, daß an dieſe der Verſuch der hochkirchlichen Richtung, des Klerikal-Konſervatismus anknüpft, das in der letzten Zeit verlorene Terrain wieder zu gewinnen. . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn nicht beſondere Störungen eintreten, die Anſchauungen und Gefühle, welche mehr und mehr Gemeingut der geiſtig und ſozial höher ſtehenden Schichten der Bevölkerung geworden ſind, allmählich auch in immer weiterem Maße den Boden in den breiten Schichten der Bevölkerung gewinnen. Zu den empfindlichſten Störungen, welche ein ſolcher, gerade in ſo ernſter Zeit bedeutſamer Entwicklungsprozeß erleiden könnte, würde ein Wiederauftreten einer ſtärkeren klerikal-konſervativen Strömung in Verbindung mit Stöckerei und chriſtlich-ſozialen Tendenzen gehören. Denn darüber beſteht für alle diejenigen,

Digitized by Google

welche sehen wollen, kein Zweifel, daß gerade in den höheren gebildeten Kreisen der Nation ein entschiedener Widerwille gegen Muckerei und Stöckerei besteht, und zwar in dem Maße, daß die „Nordd. Allg. Ztg." nicht Unrecht hat mit der Befürchtung weitgehender Abwendung dieser Kreise von einer Politik, in welcher jene Richtung eine größere Rolle spielen würde. Letztere wurzelt nicht in dem protestantisch-deutschen Geiste, dessen Werk die Reformation ist, und die Regierung, welche auf diese Richtung sich stützen wollte, würde sehr bald zu ihrem Schaden erkennen, daß sie auf Sand gebaut. . . . Dazu kommt daß die Beflissenheit, mit welcher die Stöckerei sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuheften sucht, für diesen und für seine künftigen Aufgaben nur schädliche Folgen haben kann. Es läßt sich aus zahlreichen Anzeichen mit Sicherheit erkennen, daß weite Kreise der Bevölkerung, und zwar vornehmlich auch solche, welche von entschieden monarchischer und nationaler Gesinnung beseelt sind, mit Besorgnis und beginnendem Mißtrauen erfüllt sind. Gerade in der heutigen Zeit, wo das gegenseitige Vertrauen des Herrschers und des Volkes von so hervorragender Bedeutung für die gedeihliche Entwicklung, vielleicht selbst für den Bestand des Reiches ist, erscheint es besonders bedenklich, die Saat des Mißtrauens auszusäen."

Die Sprache, welche die offiziösen Blätter über die Waldersee-Versammlung führten, galt als das Echo der Bismarckschen Auffassung. Erst in einer späteren Zeit wurde diese von Friedrichsruh aus dahin definiert, es habe sich bei dem Fürsten gegenüber der Waldersee-Versammlung darum gehandelt, politische Intriguen abzuwehren. Er habe es abgelehnt, sich in den Dienst priesterlicher Politik zu stellen und zur Herstellung eines protestantischen Centrums mitzuwirken. Stöcker hätte die Tendenz gehabt, die kanzlerischen Einflüsse zu Gunsten der priesterlichen einzuschränken, die Erbschaft des Fürsten zur Vakanz und an seine Stelle einen anderen zu bringen, der kirchlichen Einflüssen auf dem Gebiete der Staatsgeschäfte zugänglicher gewesen wäre. Nicht durch die mittelparteilichen Kämpfe, sondern durch Stöckers herrschsüchtigen Ehrgeiz sei

Digitized by Google

dieser provoziert. Auch andere Persönlichkeiten hätten das Bedürfnis empfunden, des Fürsten Coadjutoren cum spe succedendi (Gehilfen mit der Zusicherung der Nachfolger) zu werden; eben deshalb habe der Reichskanzler sich Bemühungen widersetzt, welche darauf ausgingen, sich dem künftigen Thronerben unter dem unscheinbaren Vorwande der Stadtmission an die Rockschöße zu hängen, und so die Anbandelung und die Beschlagnahme des Prinzen verhindert. Stöckers Empfindlichkeit darüber sei so groß gewesen, daß er den Beistand des Fürsten im Kronrat Kaiser Friedrichs nicht hoch genug veranschlagt habe.

Wilhelm II. stand damals wie früher und später in fortlaufender Korrespondenz mit dem Fürsten Bismarck und brachte in einem Schreiben aus eigner Initiative auch die Walderseeversammlung zur Sprache. Natürlich blieb der Empfänger dieses Schreibens die genügende Aufklärung nicht schuldig. Die Beziehungen des Prinzen zum Reichskanzler wurden dadurch scheinbar nicht alteriert. Der Toast des Prinzen am Geburtstag des letzteren bewies die Fortdauer des besten Verhältnisses beider. Dagegen fand schon unter Friedrich III. ein Kronrat statt, dessen Beschluß dahin ging, Herrn Stöcker vor die Frage zu stellen, zwischen beiden Richtungen seiner Thätigkeit, der des Hofpredigers und der des Agitators, zu wählen. Dieser Beschluß kam erst unter Wilhelm II. zur Ausführung. Im Anfang des Jahres 1889 erschien Lucanus bei Stöcker und legte ihm die obige Frage vor.

Als an alles das beim Bekanntwerden des Stöckerbriefes erinnert wurde, veröffentlichte der Briefschreiber einen Artikel, in dem er sagte:

> „Ich war für das Eintreten des Fürsten in den Kronrat, das übrigens die politische Lage mitbedingte, aufrichtig dankbar. Aber diese meine Dankbarkeit, die ich übrigens gegenüber den großen Verdiensten des Kanzlers in vaterländischen Dingen immer gefühlt habe, konnte mich nicht abhalten, gegen die Kartellpolitik, die ich für verderblich hielt, nach Kräften zu protestieren. — Was die anderen, gänzlich unrichtigen Ausstellungen betrifft, so beweisen sie lediglich, daß den Fürsten in der That damals ein

Digitized by Google

Mißtrauen beseelte, das keinen Schatten von Berechtigung hatte. Eben dies unglückliche Mißtrauen hat die widerwärtigen Preßkämpfe hervorgerufen. Daß diese mit dem Brief des Fürsten zusammenhängen, ist zweifellos. Denn dieselben Anklagen, welche die offiziöse und mittelparteiliche Presse plötzlich im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung gegen mich und andere richtet, daß wir uns dem Prinzen hätten aufdrängen und ihn für politische Zwecke benutzen wollen, standen, wenn auch feiner und behutsamer, in jenem Brief. Und wenn die „Hamb. Nachr." jetzt dasselbe häßliche Wort, wie im Jahre 1887 die „Post", gebrauchen, nämlich, daß wir uns dem Prinzen hätten an die Rockschöße hängen wollen, so liegt die Vermutung nahe, daß dies Wort aus derselben Quelle stammt. Ich halte völlig aufrecht, was ich in meinem ersten Aufsatze aus genauer Kenntnis sagte, „daß der Kanzler seinen Brief in dem Irrtum geschrieben habe, eine Clique habe sich an den Thronfolger herangedrängt, und mit dem Argwohn, daß dabei politische Rücksichten auch gegen ihn verfolgt würden." Der Aufsatz der „Hamb. Nachr." ist nur eine volle Bestätigung meiner Worte. Was einen gegen meine Darstellung gerichteten Artikel der „Vossisch. Zeitung" betrifft, so enthält derselbe lediglich Klatsch. Bei dem Stande der Dinge kann ich anonymen Wiederbelebungsversuchen selbstverständlich keine Kraft beimessen; ich kann ihnen auch keine Erwiderung zu Teil werden lassen. Jetzt gilt es mit aufgedecktem Visier fechten. Auch den „Hamb. Nachr." gegenüber bemerke ich noch, daß ihre Ausführungen keinen objektiven Wert haben, da sie von der gegnerischen Seite stammen, welche die Verhältnisse nur beargwohnte, aber nicht kannte. Richtigstellungen meiner Darstellung der Waldersee-Versammlung könnten, wenn sie überzeugend sein sollen, nur von denen ausgehen, welche darüber Bescheid wissen. Bis dahin behaupte ich, daß ich keinen Schritt gethan habe, um dem Prinzen Wilhelm und seiner erlauchten Gemahlin die Stadtmission aufzudrängen, und daß keinerlei politische Bestrebungen, zumal gegen den Fürsten Bismarck, mit der Waldersee-Versammlung verbunden waren. Entgegengesetzte Behauptungen muß ich für Unwahrheit, und wenn sie ferner ohne Beweise vorgetragen werden, für Lüge erklären."

Die „Hamb. Nachr." replicierten darauf:

„Fürst Bismarck hat in der Angelegenheit, um die

Digitized by Google

es sich hier handelt, so viel uns bekannt ist, nur einen Brief geschrieben, und dieser war ein Bestandteil seiner Korrespondenz mit dem damaligen Prinzen Wilhelm, die von letzterem hohen Herrn durch eigene Initiative angeregt worden war und die einzige Veranlassung bot, daß der damalige Reichskanzler sich überhaupt um die Walderseе-Versammlung bekümmerte. Wir glauben nicht, daß Herr Stöcker von dieser ganz intimen Korrespondenz des Fürsten mit dem Prinzen Wilhelm Kenntnis erhalten hat, noch weniger die mittelparteiliche Presse. Das „wüste Treiben" kann sich also nicht an einen Brief des Fürsten Bismarck knüpfen, sondern gehört in den Kampf, den die Stöcker'sche Richtung mit den Mittelparteien an und für sich ihrer Natur nach entsprechend betrieb. Herrn Stöckers Vorstoß gegen den damaligen Reichskanzler konnte dadurch nicht motiviert sein, sondern war wohl ein Ergebnis des Mißvergnügens darüber, daß der Reichskanzler es ablehnte, sich in den Dienst priesterlicher Politik zu stellen, und auf amtlichem Gebiete dem Versuche, ein von der Staatsregierung unabhängiges, protestantisches Zentrum neben dem katholischen herzustellen, seine Mitwirkung versagt hatte. Herr Stöcker hat für die Tendenz, welche sich in seinem Hammerstein'schen Briefe ausspricht, wohl schwerlich einen anderen Anlaß gehabt, als seine Neigung, die kanzlerischen Einflüsse zu Gunsten der priesterlichen einzuschränken und an Stelle eines Kanzlers, der nur staatliche Zwecke erstrebt, einen anderen zu bringen, der kirchlichen Einflüssen auf dem Gebiete der Staatsgeschäfte zugänglicher gewesen wäre, oder, noch schärfer und persönlicher gefaßt, die Erbschaft des Fürsten Bismarck zur Vakanz zu bringen, um für sich und mehr oder weniger abhängige Freunde von derselben Besitz zu nehmen. Die Andeutung des Herrn Stöcker, daß er durch mittelparteiliche Kämpfe provociert worden sei, halten wir für hinfällig; die Provokation ging nur von seinem eignen herrschsüchtigen Ehrgeize aus. Es gab außer Herrn Stöcker damals noch manche andere Persönlichkeiten, die dem Fürsten Bismarck gegenüber das Bedürfnis hatten, seine Coadjutoren cum spe succedendi zu werden, aber der damals vorwiegende Grund, aus dem der Reichskanzler sich den Bemühungen widersetzte, einem künftigen Thronerben unter dem unscheinbaren Vorwande der Stadtmission sich vorzeitig an die Rockschöße zu hängen, lag wohl in dem Pflichtgefühle der herrschenden Dynastie gegenüber, dergleichen Versuchen,

Digitized by Google

wie sie von fortschrittlicher und von englischer Seite dem Kaiser Friedrich gegenüber, bevor er zur Regierung kam, gemacht worden waren, rechtzeitig entgegenzutreten. Die Unternehmer der Anbandelung sind dadurch natürlich verstimmt worden gegen die kanzlerische Abwehr, und Herr Stöcker hat den Beistand, den ihm im Charlottenburger Kronrate der Fürst Bismarck, soweit er es nach staatlicher Pflicht vermochte, geleistet hat, nicht so hoch veranschlagt, daß seine Empfindlichkeit über die Verhinderung der Beschlagnahme des Prinzen Wilhelm dadurch abgeschwächt worden wäre."

Seit den Tagen, da Niccolo Machiavelli sein berühmtes Buch „Il Principe" an Lorenzo de Medici richtete und Treulosigkeit und Verstellung als brauchbares Mittel im politischen Kampfe empfahl, hatten seine fürchterlichen Grundsätze zahlreiche Anhänger gefunden. Richelieu, Talleyrand, Metternich hatten seine Grundsätze in sich aufgenommen und zu praktischer Geltung gebracht. Die gewaltigen Erfolge, die der pommersche Junker Otto von Bismarck errang, sind nur verständlich geworden dadurch, daß er mit dem System und der Methode des italienischen Meisters brach; daß er die Ehrlichkeit als einen machtgebenden Faktor in die Politik einführte und die diplomatische Kunst aus der Gewohnheit der Lüge emporhob zur Offenheit und Wahrheit. Schon damals, als die Thatsachen noch nicht in ihre flammende Sprache zu Gunsten des großen Staatsmannes sprachen, hatte der letzte hervorragende Politiker Englands von ihm gesagt, er sei gefährlich, denn er sei ehrlich. In seinem gesamten diplomatischen Wirken gab es keinen sittlich verwerflichen Zug. Fürst Bismarck kannte die Lüge nicht, und selbst die Weisheit Talleyrands, daß die Sprache nur gegeben sei, um die Gedanken zu verbergen, stand bei ihm nicht im Werte.

Von den Beziehungen des Kaisers zu Stöcker handelte auch die Broschüre des Grafen Douglas, die im Herbst 1888 erschien. Der Verfasser sagte darin:

„Sie wissen, wie eine Versammlung, welche bei dem jetzigen Chef des Generalstabes Grafen Waldersee abgehalten wurde und an der der damalige Prinz Wilhelm teilnahm, ausgebeutet wurde, um den Prinzen in der

Digitized by Google

öffentlichen Meinung zu verdächtigen, und ihn mit den politischen Parteibestrebungen hochkirchlicher Kreise, insbesondere mit denen des Hofpredigers Stöcker zu identifizieren, und, wie ich sehe, ist diese Legende auch zu Ihnen gedrungen. Alle diese Versuche, dem Kaiser eine persönliche Stellungnahme zu Gunsten bestimmter Parteianschauungen zuzuschreiben, beruhen auf positiver Entstellung der Wahrheit. Mein verehrter Freund, der nationalliberale Abg. v. Benda, welcher jener Versammlung beigewohnt hatte, hat sich unmittelbar nachher notiert, was ihm im Verlaufe derselben bemerkenswert erschien. In diesen Notizen heißt es wörtlich: „Der Prinz hob ausdrücklich hervor, daß es sich für ihn um Bestrebungen handle, welche jedem einseitigen kirchlichen Standpunkte fernliegen." Das ist die authentische, nicht zu mißdeutende Widerlegung aller jener thörichten oder böswilligen Gerüchte. Das offene Gerede ist denn auch verstummt, namentlich, nachdem Kaiser Friedrich die damalige Kronprinzessin, unsere erlauchte Kaiserin, durch eine besondere Kabinetsordre ermächtigt hatte, sich an die Spitze des Liebeswerkes zu stellen, das in jener Versammlung in seinen ersten Anfängen geplant worden war. Aber ich halte es doch gerade gegenüber den versteckten Angriffen, welche gegen unseren Kaiser aus Anlaß der damaligen Versammlung auch jetzt erhoben werden, für geboten, zu konstatieren, daß die Beziehungen, welche der Kaiser Wilhelm zu dem Hofprediger Stöcker unterhalten hat, nur sehr vorübergehende waren, die sich lediglich auf jene echt humanen, weil echt christlichen Bestrebungen, behufs praktischer Hilfeleistung bei den unteren Klassen ihrer Notlage gegenüber beschränkt haben, welche jeder christlich denkende und das Volk liebende Mann auf das Wärmste begrüßen muß und für die dem Hofprediger Stöcker rückhaltloser Dank und Anerkennung zu zollen ist. Darüber hinaus hat keine Verbindung mit dem Hofprediger Stöcker bestanden, und am wenigsten huldigt unser Kaiser den extremen politischen und konfessionellen Parteianschauungen, welche man an den Namen dieses Abgeordneten zu knüpfen pflegt. Darüber besteht volle, unzweideutige Klarheit. Und wenn versucht worden ist, den Kaiser mit der antisemitischen Bewegung in Verbindung zu bringen, so ist auch dies eine Dreistigkeit, der ich auf das Bestimmteste entgegentreten muß. Der Kaiser ist sich bewußt, daß er auch in dieser Beziehung auf einer höheren Warte steht, als auf der Zinne der Partei, und daß die Preußen jüdischen Glaubens so gut seine Unterthanen sind, wie die christlichen Preußen. Hieraus

Digitized by Google

ergiebt sich, daß er ihnen in gleicher Weise, wie diesen, allezeit seinen königlichen Schutz gewähren wird und gewähren will. Ich darf in dieser Beziehung auf eine der „Berliner Börsenzeitung" von vertrauenswürdiger Seite zugegangene Mitteilung Bezug nehmen. Danach hat der Kaiser gelegentlich einer Unterredung ähnliche Anschauungen geäußert, wie: „Ich kenne nur Vaterlandsfreunde und Gegner unserer Entwicklung. Niemand wird mir zutrauen, das Rad der Zeit zurückschrauben zu wollen. Im Gegenteil, es ist der Hohenzollern Stolz, über das zugleich edelste und gereifteste wie gesittetste Volk zu regieren. Und in dies Lob schließe ich Alldeutschland ein. Unsere ganze Gesetzgebung ist von humanen Grundanschauungen diktiert. Wer dies verkennt und die Geister gegeneinander hetzt, gehöre er welcher Richtung immer an, hat auf meinen Beifall nicht zu rechnen. Es giebt wahrlich Ernsteres zu thun."

Ich kann versichern, daß Se. Majestät, nachdem er diese ihm zugeschriebene Aeußerung gelesen hatte, zwar bemerkt hat, er entsinne sich der Worte nicht mehr, aber er nehme keinen Anstand, sich zu der darin ausgedrückten Auffassung zu bekennen."

Als Graf Douglas seine Broschüre erscheinen ließ, weilte der Kaiser in Italien. Damals wußte kaum irgend jemand, außer den zunächst Beteiligten, daß Se. Majestät die Broschüre einer vorherigen Durchsicht gewürdigt hatte und den Verfasser zur Teilnahme an der Reise einlud.

Die Stöckerpresse war über die Aschersleber Rede geradezu entsetzt. Ein wahrer Sturm brach dagegen los, der um so heftiger wurde, als niemand ernstlich zu zweifeln vermochte, daß Graf Douglas die Herzensmeinung seines erhabenen Monarchen treu wiedergegeben habe.

Die Intrigue, die Stöcker gegen Bismarck betrieb, scheiterte. Er hatte ein tüchtiges Stück Sündenregister demselben vorzuwerfen, aber von der Schuld an seiner Entlassung sprach er ihn frei. Er schrieb in seinem Blatte: „Fürst Bismarck war der Ansicht, daß die Sozialreform mit der Erledigung der Versicherungsgesetze zum Stehen gebracht, das heißt, am Klebegesetz kleben bleiben solle.

Der eiserne Kanzler hat überhaupt nur einer Persönlichkeit in der „Berliner Bewegung" Vorschub geleistet, Herrn Christoph Joseph Cremer, dem selbst, nach Ansicht seiner intimsten Freunde,

Digitized by Google

die Aufgabe zugewiesen worden war, die „Berliner Bewegung“ in das Fahrwasser des mittelparteilichen Kartells zu lenken.

Fürst Bismarck war es, der eine Anklage des bekannten Bleichröder gegen den Hofprediger Stöcker dem Kaiser Wilhelm I. zum Vortrag brachte.

Fürst Bismarck war es auch, der den Abgeordneten Stöcker auf Grund des Sozialistengesetzes ausweisen lassen wollte.

Fürst Bismarck war es endlich, der noch im Jahre 1888 damit einverstanden war, daß man den Wahlkandidaten der Stöckerschen Richtung die Kandidaturen Bosse und Douglas gegenüberstellte.“

Der Hofprediger setzte aber hinzu:

„Ob Fürst Bismarck auch noch ein Jahr nach dem schmählichen Zusammenbruche des Kartells sich dazu hergegeben hätte, Stöcker aus seinem Amte zu verdrängen, den Bank- und Preßjuden ein Zugeständnis zu machen, nach welchem sie so viele Jahre vergeblich gestrebt hatten, das wollen wir zu seiner Ehre gern bezweifeln.

Das Verdienst, weiteren Kreisen zu der Meinung Anlaß gegeben zu haben, daß Männer, welche im Gegensatze zu gleißnerischen Höflingen mutig und entschlossen den Kampf gegen die mächtigsten und gefährlichsten Feinde der Monarchie und des Vaterlandes wagen, ihr Amt verlieren und in Acht und Bann erklärt werden — dieses Verdienst gebührt den „Staatsmännern“, welche nach der Entlassung des Fürsten Bismarck zur Leitung der Geschicke des Deutschen Reiches berufen worden.“

Ziehen wir von diesen Worten die Stöckersche antisemitische Ausdrucksweise ab, so bleibt doch als Rest die Wahrheit, daß er „gleißnerischen Höflingen“ unterlegen ist.

Wer waren diese Höflinge? Die Hochkonservativen von dem Schlage Helldorf u. s. w., dieselben, die auch beim Sturze Bismarcks beteiligt waren. So rächte sich die Intrigue Stöckers gegen Bismarck an ihm selbst.

Digitized by Google

VI.

Ultramontane Intriguen.

Noch heute dauert der Streit über den Anteil fort, den die Centrumspartei an dem Sturze Bismarcks gehabt hat, noch heute proteſtiert dieſelbe gegen die Annahme, ſie habe dabei mitgewirkt. Insbeſondere zeigte ſie ſich zur Zeit Caprivis, als deſſen feſteſte Stütze ſie galt, befliſſen, der Behauptung entgegen zu treten, daß Windthorſt auf den Rücktritt des Fürſten Bismarck hingearbeitet habe. Man habe vielmehr oft genug aus ſeinem eigenen (Windthorſts) Munde gehört, daß ihm das Bleiben Bismarcks erwünſcht ſei, da nur Fürſt Bismarck die hinreichende Machtſtellung beſitze, um den kirchlich-politiſchen status quo ante wiederherzuſtellen. Daß dieſe Erwägung zutreffend ſei, liege auf der Hand. Es hätte in der That des Einſetzens der ganzen außergewöhnlichen Autorität des Fürſten Bismarck bedurft, um den ſtaatskirchlichen Bau der Maigeſetze ſo weit abzutragen, als es geſchehen iſt, ſo tief ſaß der Kulturkampf-Fanatismus der damaligen Mehrheit in den Knochen. Daß Fürſt Bismarck die unhaltbaren Beſtimmungen der Maigeſetze preisgab, bleibe ſein großes Verdienſt; er habe es aber ſicher nicht gethan, um dem Centrum oder den deutſchen Katholiken einen Gefallen zu erweiſen, ſondern weil er eben die Unhaltbarkeit dieſer verfehlten Geſetzgebung angeſichts des geſchloſſenen Widerſtandes der katholiſchen Bevölkerung und der geſamten innerpolitiſchen Situation klar erkannt habe. „Das war eben Bismarck'ſche Realpolitik.“ Ja, man habe die feſte

Digitized by Google

Ueberzeugung, daß, falls Bismarck am Regiment geblieben, manchen Beschwerden der Katholiken, auf deren Abstellung sie noch vergeblich hoffen, Abhilfe geworden, daß beispielsweise das Jesuitengesetz längst aufgehoben wäre. Ein solches zweideutiges Lob sprach einmal — ebenfalls zur Zeit Caprivis — die „Germania" mit den Worten aus: „Seit Ende der siebziger Jahre lenkte der Kanzler vielfach selbst ein, speziell in kirchenpolitischer Beziehung hat er in den letzten zehn Jahren seiner Regierung viel mehr gebessert, als Graf Caprivi auch relativ in den drittehalb Jahren der seinigen. Und in der Beziehung war im Centrum nur Eine Stimme, daß Fürst Bismarck noch am Ersten Macht und Mut habe, trotz des dann sicher zu erwartenden mittelparteilichen Geschreies noch weiter kirchenpolitisch zu bessern. Wenn man auch im Centrum der Entlassung des Fürsten durch den Kaiser freudig zustimmte, so lagen die Gründe auf anderem Gebiete, und mitgewirkt hatte man in keiner Weise." Wir werden sehen, wie die Sache in Wirklichkeit lag. Wenn das Centrum nicht aus kirchenpolitischen Gründen intriguierte, so that es das aus anderen Gründen. Der Kaiser hatte schon wenige Monate nach seinem Regierungsantritt angefangen, Führer des Centrums auszuzeichnen und ihnen nationale Gesinnung zuzuerkennen. Er sah im Februar 1889 Herrn von Schorlemer bei sich, überraschte Herrn von Huene mit dem Roten Adlerorden zweiter Klasse, telegraphierte im Januar 1890 an das Präsidium des Reichstags, um diesem sein Beileid anläßlich des Todes des Herrn von Franckenstein auszusprechen.

Als in der dritten Woche des Monats Januar 1890 Fürst Bismarck aus seinem Schmollwinkel in Friedrichsruh nach langer Abwesenheit nach Berlin zurückkehrte, las er an demselben Tage in der Vossischen Zeitung unter dem Titel: „Eine Lehre des Grabes" den folgenden Artikel:

> „Das Grab giebt den Lebenden eine eindringliche Lehre. In derselben Zeit, in welcher die sich besonders „national" nennenden Parteien ein Kartell geschlossen haben und alle außerhalb desselben stehenden Parteigruppen als „antinational" und „reichsfeindlich" darzu-

Digitized by Google

stellen, ihnen Vaterlandsliebe und Staatsbewußtsein abzusprechen suchen, feiert der konservative Präsident des Reichstages einen der Führer dieser Gruppen als einen „echten deutschen Mann" und ehrt ihn der deutsche Kaiser persönlich als erfüllt von „wahrem Patriotismus", als einen Mann, der für sein deutsches Vaterland alle Zeit ein warmes Herz hätte."

In ähnlichem Maße wie der Freiherr von Franckenstein ist bisher kein deutscher Volksvertreter ausgezeichnet worden. Noch niemals hat ein deutscher König oder Kaiser dem Parlament in einem besonderen Schreiben sein Beileid zu dem Verluste eines seiner Mitglieder, noch dazu eines der Führer der Opposition, ausgesprochen. Der Kaiser hat persönlich sich während der Krankheit nach dem Befinden des Freiherrn von Franckenstein erkundigt und einen Kranz an der Bahre niederlegen lassen. Es ist erfreulich, daß der Kaiser in so augenfälliger Weise die Thätigkeit eines Mannes anerkennt, der niemals dem Beamtentum angehört und seine Lorbeern nur in der Volksvertretung gesucht hat, doppelt erfreulich, weil diese Auszeichnung zugleich dem landläufigen Vorwurf der Reichsfeindschaft, der gegen jede Opposition geschleudert wird, in nichts auflöst und alle Anklagen, welche gegen Parteien wegen ihrer Haltung in der Vergangenheit erhoben werden, glänzender widerlegt, als es die beredtesten Verteidiger der Opposition vermöchten. Denn Freiherr von Franckenstein war allzeit ein Partikularist, ein Ultramontaner; er war der Führer des Centrums auch in dem Widerstande gegen das Septennat. In der Zeit, da das deutsche Vaterland seine Einigung vorbereitete, gehörte Herr von Franckenstein zu jenen Politikern, welche diese Einigung bekämpften; als der Feind an die deutschen Thore pochte, war Herr von Franckenstein gegen Bayerns Teilnahme am Kriege gegen Frankreich; als die blutigen Opfer für die Einheit gebracht waren, war Herr von Franckenstein gegen Bayerns Eintritt in das Reich. Er ist stets seiner Ueberzeugung gefolgt, „fest und treu, wahr und ohne Furcht," wie der Präsident des Reichstags sagt.

In der Zeit des Kulturkampfes hat sich der Freiherr v. Franckenstein von seinen Parteigenossen niemals getrennt. Er ging an Windthorst's Seite in gleichem Schritt und Tritt. Auch bei dem Widerspruche gegen das Septennat, dessen Ablehnung von dem Mangel an jeglichem Patriotismus Zeugnis ablegen und dem Verlangen entstammen

Digitized by Google

sollte, das kaiserliche Heer in ein Parlamentsheer zu verwandeln, oder gar das Vaterland wehrlos zu machen, hat sich Freiherr v. Franckenstein neben Herrn Windthorst befunden und die Forderung des Münchener Nuntius, für das Septennat zu stimmen, mit der Erklärung zurückgewiesen, „daß es für das Zentrum absolut unmöglich ist, bei nicht kirchlichen Gesetzen gegebenen Direktiven Folge zu leisten".

Wenn nun derselbe Parteiführer, da er aus dieser Zeitlichkeit geschieden ist, trotz seiner Vergangenheit als „echter deutscher Mann" anerkannt, als „wahrer Patriot" gefeiert wird, wenn der Kaiser selbst ausspricht, dieses Haupt einer der Parteien, welche von dem Kartell als reichsfeindlich bekämpft werden, habe für sein Deutsches Vaterland nicht etwa nur in den letzten Jahren, sondern „allezeit" ein warmes Herz gehabt, so wird aus diesen Thatsachen der Schluß gezogen werden müssen, daß man selbst dem entschiedensten Gegner Patriotismus und deutsche Gesinnung auch bei Lebzeiten nicht absprechen soll.

Der Freiherr von Franckenstein ist ein ehrenhafter Mann gewesen. Aber er hat nur gethan, was seine Parteigenossen thaten. Bis auf wenige Abstimmungen ist er stets mit Herrn Windthorst Arm in Arm gegangen. Der Ruhm, der ihm zu Teil wird, fällt auf das Zentrum zurück, was auch für die Wahlbewegung von Bedeutung sein wird. Aber was für das Zentrum recht ist, wird für die freisinnige Partei mindestens billig scheinen. Wir meinen, aus dem Briefe des Kaisers und den Worten des Präsidenten wird man allenthalben die Lehre ziehen, daß man die nichtsnutzigen und gehässigen Verdächtigungen der Vaterlandsliebe jeder Opposition ein- für allemal unterlasse und anerkenne, daß die Parteien in den Mitteln irren, allesamt aber darum gleichwohl ehrlich das Wohl des Reiches und des Volkes anstreben können."

Man begreift die Genugthuung, welche die freisinnige Partei über die kaiserliche Zuerkennung nationaler und patriotischer Gesinnung an die Ultramontanen empfand. Wurde sie doch dadurch selbst von der Reichsfeindschaft freigesprochen. Man beachte, daß es nur hohe Aristokraten waren, die der Kaiser auszeichnete. Windthorst war nicht darunter. Man sagt, der Monarch habe damals den Plan verfolgt, die konservative Richtung innerhalb des Zentrums von dem demo-

Digitized by Google

kratischen Druck zu befreien, was im Wesentlichen sagen wollte, von dem Gewichte Windthorsts. Als dann im März 1890 die Unterredung Bismarcks mit Windthorst kam, von der weiter unten die Rede sein wird, sah der Kaiser darin eine beabsichtigte oder unbeabsichtigte Kreuzung seiner Zirkel. Dieser Zwischenfall trug mehr zum plötzlichen Sturze Bismarcks bei, als alle anderen querelles allemandes. Unrichtig ist aber die Bemerkung, der Unwille des Monarchen hätte sich nur gegen den Fürsten Bismarck gerichtet, nicht gegen Herrn Windthorst. Wenn das richtig wäre, würde wohl der Kaiser einen anderen Ausdruck über Windthorst gebraucht haben, als er den Fürsten Bismarck wegen seiner Unterhandlung mit diesem zur Rede stellte. Er nannte ihn einen Racker. Wie übrigens der Kaiser über Windthorst dachte, war gerade in jenen Tagen eben bekannt geworden. Im November 1889 war Windthorsts Geburtstag gewesen. Einige Tage nachher erzählte der Abgeordnete für Potsdam, Landesrat K., im Foyer des Abgeordnetenhauses jedem, der es hören wollte, daß er vom Kaiser empfangen worden sei und daß derselbe bei Erwähnung des Chef-Redakteurs der „Kreuzzeitung" die Aeußerung gethan habe: „Was ist eigentlich in den Hammerstein gefahren, er soll ja Welfe geworden sein"! Damals war nämlich in einige Zeitungen die Nachricht lanciert worden, Herr von Hammerstein habe an der Geburtstagsfeier für Herrn Dr. Windthorst teilgenommen und den ersten Toast auf den Zentrumsführer ausgebracht. Wie man aus dem Gespräch des Kaisers mit dem Landesrat K. ersieht, wurde Windthorst zu jener Zeit am Hofe noch als eine feindliche Macht angesehen, und die Intimität des Chef-Redakteurs der „Kreuzzeitung" mit demselben um so unfreundlicher aufgenommen, als sie einer Kontrekarrierung seiner Absichten in Bezug auf die Spaltung des Zentrums gleichkam. Daher die Erregung des Kaisers über die Konferenz Bismarcks mit Windthorst, daher der Ausdruck, den er über den letzteren bei der Zurredestellung des ersteren gebrauchte. Daß unter solchen Umständen alsbald nach der Entlassung Bismarcks, also nur wenige Wochen nach jener Konferenz, der Kaiser dem großen Welfen ein Ministerportefeuille angeboten

Digitized by Google

habe, ist gleichwohl ein Faktum, trotz der Ableugnung von allen Seiten. Kurze Zeit nach der Entlassung Bismarcks ließ Kaiser Wilhelm bei dem Zentrumsführer Dr. Windthorst sondieren, ob er nicht zur Uebernahme eines preußischen Ministeriums bereit sei. Se. Majestät stellte sogar Windthorst, dessen diplomatisches Genie und parlamentarische Gewandtheit wie tiefes Wissen und langjährige Erfahrung der Kaiser sich offenbar sichern wollte, die Wahl frei, welches Ministerium ihm am genehmsten sei. Windthorst erklärte dem Mittelsmann des Kaisers: „Der Wunsch Sr. Majestät sei für ihn zwar überaus ehrenvoll, und er bitte Se. Majestät, an seiner (Windthorsts) deutschen und patriotischen Gesinnung nicht zu zweifeln, aber er glaube, Deutschland, dem Deutschen Volke und der katholischen Kirche als Führer des katholischen Volkes und der Zentrumsfraktionen im Reichstage und im preußischen Landtage mehr nützen zu können, denn als preußischer Minister." Die außerordentlichen Ehren, die Herrn Windthorst bei und nach seinem Tode erwiesen wurden, bestätigen diese Thatsache.

In dem Streit, der in der Presse über das Ministerportefeuille Windthorsts ausgebrochen ist, hat man auch eine Aeußerung Bismarcks erwähnt, die er noch im Ruhestand gethan haben soll und durch die er das Bedauern ausdrückt, daß Windthorst „durch eine verkehrte Behandlung" in die später von ihm innegehaltene politische Richtung gedrängt worden sei. Diese Aeußerung kann sich nur darauf beziehen, daß Windthorst vielleicht, wenn der Justizminister Graf zur Lippe den Generalstaatsanwalt in Celle nicht zur Disposition gestellt hätte, für den preußischen Staatsdienst hätte gewonnen und so seiner Partei-Führerrolle hätte entzogen werden können. Im übrigen hat Bismarck selber nichts gethan, um den großen Welfen „unschädlich" zu machen; er war es vielmehr, der die Absicht Anderer vereitelte, Windthorst nach der Annexion in das preußische Ministerium zu berufen. In der That war 1867 davon die Rede. Es war das die Zeit, wo Windthorst als Politiker noch eine sehr bescheidene Rolle spielte. Es gab damals im Reichstage des Norddeutschen Bundes eine Fraktion, die sich „bundesstaatlich-konstitutionell" nannte. Der Umstand,

Digitized by Google

daß die Mitglieder dieser Fraktion später — nach dem französischen Kriege — bei dem Zentrum, bei der Fortschrittspartei, bei den Deutsch-Konservativen aufzusuchen waren, beweist, eine wie bunt zusammengesetzte Schar vor dem französischen Krieg unter der Flagge „bundesstaatlich-konstitutionell" kämpfte. Windthorst und Hänel, die Reichensperger und der Sachse Ackermann haben einmal eine Fraktion gebildet! Uebrigens führte sie trotz ihres Aufbäumens gegen den nationalen Staat ein ziemlich harmloses Dasein. Was wollte eine Opposition bedeuten, zu der sich die gut preußisch gesinnten Reichensperger mit den gegen den „Rechtsbruch von 1866" grollenden Sachsen, Welfen vereinigten, im Vergleich mit derjenigen, die der ehemalige Justizminister Windthorst nach 1870/71 und nach der Auflösung jener Fraktion an der Spitze des Zentrums bildete! Als im April 1869 der Bundeskanzler seinen ersten Versuch mit einer parlamentarischen Soirée machte, verkehrten Bismarck und Windthorst gerade so herzlich zusammen und plauderten über ihre auseinandergehenden politischen Meinungen so harmlos — beim Maitrank, den sie beide sich munden ließen — wie in der Soiree am 10. Mai 1884. Aber von Windthorst als Kollegen wollte schon damals Bismarck nichts wissen. Kaiser Wilhelm II. dachte anders.

Windthorst hat stets konsequent jeden Anteil am Sturze Bismarcks bestritten, und seine Partei bleibt noch heute dabei zu leugnen, zu demselben das Geringste beigetragen zu haben. Aber in dem Streite, der sich bald nach dem Amtsantritt Caprivis über dessen frühere Beziehungen zu Bismarck erhob, ist von den Bismarck-Organen zähe daran festgehalten, Herr von Caprivi sei wegen Anti-Bismarck'scher Beziehungen, die bis in die Zeit der Reichsglocke zurückreichen, längst Kandidat der durch ihre Verbindung mit dem Hofe auf den Sturz Bismarcks hinarbeitenden Zentrumspartei gewesen, ehe er derjenige des Kaisers geworden sei. Für die Beziehungen Caprivis zum Zentrum spreche die Erinnerung daran, daß unmittelbar nach seinem Eintritt ins Amt das Zentrum zur Hauptstütze der Regierung befördert wurde und die Intimität zwischen dieser Partei und der Regierung die Steigerung erfuhr, die

Digitized by Google

in der Apotheose Windthorsts bei dessen Tode kulminierte, demnächst den Polen als Zentrumsgästen zu gute kam und durch Einbringung des Schulgesetzes handgreiflich zum Ausdruck gelangte. Nach Zurückziehung dieser Vorlage sei dem äußeren Anscheine nach das Wohlwollen des Zentrums für den damaligen Kanzler unverändert dasselbe geblieben. Wenn, so sagt man ferner, Windthorst in seiner letzten Unterredung mit dem Fürsten Bismarck (14. März 1890) den General von Caprivi als Nachfolger im preußischen Präsidium bezeichnet habe, so brauche er die Information hierüber nicht aus dem Munde des Kaisers gehabt zu haben, wohl aber verfüge das Zentrum über manche Verbindungen bei Hofe, auch abgesehen von der französischen und katholischen Frau eines zur Zeit des Kanzlerwechsels bei Hofe angesehenen Pädagogen.

Herr von Dieſt-Daber bestreitet, daß er bei der „Reichsglocke", deren Seele er war, mit Herrn v. Caprivi Fühlung genommen habe, ebenso wie das die Ultramontanen, die bei jenem Blatte beteiligt waren, thun. Auch hat Herr v. Caprivi selber, als er im Amte war, im Reichsanzeiger dagegen protestiert, daß er der Kandidat des Zentrums gewesen sei. Er mag das Vertrauen des Zentrums nicht erstrebt haben, aber er hat es besessen. Wie ist es möglich, daß ein preußischer Minister die Maßregeln ergreifen kann, die von der ersten Annäherung an Windthorst an durch die Begünstigung der polnischen Aspirationen, durch die Art der Vertretung der Schulvorlage ergriffen wurden, ohne der Kandidat des Zentrums zu sein, er mag es wollen oder nicht. Ob die „Reichsglocke" und die Herren von Lebbin, Dieſt-Daber, Loë u. s. w. Beziehungen zum Zentrum gehabt haben, ob die mißlungenen Versuche, den Feldmarschall von Manteuffel zum Einschreiten gegen den damaligen Reichskanzler und zur Verstimmung Kaiser Wilhelms I. gegen denselben zu bewegen, mit Beziehungen zum Zentrum in Verbindung gebracht werden können, das Alles ist gleichgiltig bei Beurteilung der Frage, ob das Zentrum 1890 danach strebte, den Reichskanzler zu beseitigen, und ob das damals Windthorst'sche Zentrum Herrn v. Caprivi als Ersatzmann in Aussicht genommen hatte. Ganz unab-

Digitized by Google

hängig von den Reichsglocken-Erinnerungen geht aus den Ereignissen nach dem März 1890 unwiderleglich hervor, daß der Nachfolger des Fürsten Bismarck das vom Zentrum auf ihn gesetzte Vertrauen durch seine Politik gerechtfertigt hat.

Windthorst selber hat sich auf die Frage, warum er Herrn v. Caprivi zum Nachfolger Bismarcks empfohlen habe, im Sommer 1890 dahin geäußert: „Vor etwa fünf Jahren wurde in einer Gesellschaft, in der auch Professor Dr. Geffken war, über die Frage diskutiert, wer wohl mal der Nachfolger Bismarcks würde. Ich meinte, nur ein schneidiger General könne vorläufig das Erbe antreten und nannte u. a. den Namen Caprivi, den ich von seiner Thätigkeit als Marineminister her kenne, der im Parlament allseitig beliebt und als tüchtiger General bekannt war. Geffken hat über diese Unterredung einst Kaiser Friedrich berichtet. Kaiser Friedrich hat damals geantwortet: „Daß Caprivi ein tüchtiger Soldat ist, weiß ich, ob er auch ein tüchtiger Diplomat ist, ist mir nicht bekannt, jedenfalls werden wir ihn aufs Korn nehmen." Seitdem ist wiederholt von hoher Stelle Caprivi gelobt. Das ist der ganze Hergang über die Ernennung v. Caprivis als Reichskanzler." Aus diesen Worten geht hervor, daß Herr v. Caprivi bereits fünf Jahre vor der Zeit, in der die Aeußerung spielt, also etwa 1885, der Kandidat des Herrn Windthorst und also des Zentrums gewesen ist, und daß diese Kandidatur zwischen ihm und dem Professor Geffken damals besprochen wurde. Letzterer gehörte seit 1866 zu den thätigen Gegnern des ersten Reichskanzlers und war als solcher schon in der Zeit bekannt, als er noch hanseatische Geschäfte dem Kanzler des Norddeutschen Bundes gegenüber zu betreiben hatte.

Weitere Zeugnisse für die Beziehungen des Zentrums zu Herrn v. Caprivi liegen in folgendem vor. Eugen Richter berichtete darüber, angeblich um die Behauptung der ultramontanen Kandidatur des Nachfolgers Bismarcks zu entkräften: „Im Jahre 1888 ist bei dem zweimaligen Thronwechsel in vielen Kreisen von der Möglichkeit gesprochen worden, Bismarck könne abgehen; so auch im Frühjahr 1888 eines Tages im

Digitized by Google

Foyer des Reichstages. Dabei wurde erklärlicherweise die weitere Frage erörtert, wer wohl den Kanzlerposten übernehmen könne. Windthorst, der sich an dieser Unterhaltung beteiligte, sagte, es müsse ein General sein, und nach einigem Ueberlegen nannte er Caprivi, der auch um deswillen sich eigne, weil er in parlamentarischen Formen gewandt und beim Reichstage von der Zeit, da er Staatssekretär der Marine war, wohlgelitten sei."

Ferner hat der Zentrumsabgeordnete Dr. Lieber 1892 in einer Rede in Neisse u. a. geäußert:

„Die Aufgabe Windthorsts bestand darin, dem herrschgewaltigen Manne (Bismarck) gegenüber die gesamte Kraft katholischen Wollens und Könnens in einem Einzigen zu verkörpern."

Auf Grund dieser beiden Zeugnisse und sonstiger Vorgänge vor der Entlassung des Fürsten Bismarck läßt sich die Behauptung fest aufstellen, erstens, daß die Beseitigung des Fürsten Bismarck als Reichskanzler nach Liebers öffentlicher Anerkenntnis die Aufgabe Windthorsts gewesen ist, der sich dieser Führer des Zentrums seit Jahren gewidmet hatte, und zweitens, daß schon nach Aussage der „Freisinnigen Zeitung" des Abg. Richter die Kandidatur des damaligen Generals Caprivi für den Fall des Kanzlerwechsels vom Zentrum in Aussicht genommen war. Man kann daraus also für die Geschichtsschreibung den Schluß ziehen, daß der 1890 erfolgte Kanzlerwechsel ein seit Jahren von Windthorst und dem Zentrum erstrebtes Ziel gewesen ist, das in erster Linie in der Beseitigung des Fürsten Bismarck, in zweiter Linie in dessen Ersetzung durch den dem Zentrum genehmen General v. Caprivi bestand. Der Umschwung im März 1890 erscheint dadurch geschichtlich mehr im Lichte einer siegreichen Zentrumsaktion, und es ist wohl anzunehmen, daß allmählich immer mehr Indizien darüber gesammelt werden, eine wie große Rolle bei der Beseitigung des alten Kanzlers und des alten Kurses das Zentrum unter den hierzu vereinigten Kräften gespielt hat. Es ist danach auch sehr erklärlich, wenn das Zentrum an seinem, nach dem sorgfältig vorbereiteten Feldzugsplan von Windthorsts Zeiten her erstrebten und im März 1890 erreichten

Digitized by Google

Besitzstand mit der dieser Fraktion eigenen Zähigkeit festhält. Wenn Dr. Lieber in etwas weniger geschickter und höflicher Weise, als Windthorst das gethan haben würde, in Verbindung mit den alten Zentrumsanhängseln Freisinn und Sozialdemokratie für die Befestigung der nach dem Kanzlerwechsel gewonnenen Position in so lebhafter Weise eingetreten ist, so liegt darin ein neues Anerkenntnis der vollen Berechtigung unserer Auffassung, daß der zweite Reichskanzler als Vertrauensmann des Zentrums auf seinem Posten stand.

Auch Herr Stöcker, dem sehr gute Quellen in hohen Kreisen zu Gebote stehen, teilte die allgemeine Auffassung, daß General von Caprivi auf klerikale Empfehlung ins Amt gelangt sei. „Wir leben, klagte er einmal, unter einer Regierung, deren Leiter seinen Weg mit einem Empfehlungsbriefe des Herrn Dr. Windthorst angetreten hat, und es ist Sitte geworden, den Katholiken zu schmeicheln, die strammen Vertreter der Selbständigkeit der evangelischen Kirche aber in Acht und Bann zu erklären.“ Jedenfalls war die Aktion des Ultramontanismus gegen Bismarck eine wirksamere, als diejenige des Herrn Stöcker.

Wunderbar bleibt immer das Zusammentreffen, daß der Kandidat des Zentrums auch derjenige des Fürsten Bismarck war. Als in der Kanzlerkrise vom März 1890 zuerst der Name Caprivi auftauchte, wurde erzählt, Fürst Bismarck habe sich auf der Rückreise von Friedrichsruh nach Berlin im Jahre 1878 im Hamburger Zuge befunden. Auf einer der Stationen sei Herr von Caprivi in den Zug gestiegen, um ebenfalls nach Berlin zu fahren. Da er in der Umgebung des Kanzlers Bekannte sah, habe er sich demselben vorstellen lassen und sei danach im Salonwagen des Fürsten Bismarck geblieben, mit dem er nun in lebhafte Unterhaltung gerieth. Mit Bezug auf diese Begegnung habe der Kanzler am Abend desselben Tages in Berlin zu einem Herrn seiner Umgebung geäußert: „Ich habe mir schon oft darüber Gedanken gemacht, wer wohl einmal mein Nachfolger werden dürfte, heute habe ich ihn gesehen.“

Dieser Vorgang ist ein thatsächlicher. Wir können hinzufügen, daß er sich am 3. Juni des genannten Jahres ereignete.

Digitized by Google

Am Tage zuvor hatte das Attentat Nobilings auf Kaiser Wilhelm I. stattgefunden. Die telegraphische Benachrichtigung davon rief den Reichskanzler Fürst Bismarck nach Berlin. Man muß sich die damalige politische Situation genau vergegenwärtigen, um den erwähnten Vorgang auf einer Station der Berlin-Hamburger Bahn richtig zu verstehen. Wenige Wochen zuvor war der Schluß des Reichstages erfolgt, nachdem er die in Folge des Hödel'schen Attentats von der Regierung beantragten Maßregeln verworfen hatte. Die Spannung zwischen dem leitenden Staatsmanne und der nationalliberalen Mehrheit des Reichstages war schon seit dem Beginn des Jahres 1878 eine große. Die Varziner Verhandlungen mit Herrn von Bennigsen wegen Eintritts ins Ministerium hatten sich zerschlagen. Camphausen war den Angriffen der Nationalliberalen erlegen. Gewisse Kollegen desselben wurden von Bismarck beschuldigt, mit den Nationalliberalen gegen ihn, den Reichskanzler, zu konspirieren, um den Minister von Stosch an seine Stelle auf den Reichskanzlerposten zu erheben. Die Mehrheit des preußischen Ministeriums war gegen die Auflösung des Reichstages gestimmt. Da ereignete sich das zweite Attentat auf den Kaiser. Man begreift die Erregtheit, mit der Bismarck nach Berlin eilte. Um Herr der meuchelmörderischen Sozialdemokratie zu werden, dazu sah er in der Partei, mit der er bisher agiert hatte, nicht die genügende Stütze, dazu sah er ebensowenig in dem Ministerium, in welchem Herr von Stosch von den Liberalen sich auf den Schild erheben ließ und das Minister wie Leonhardt, Falk, Friedenthal und andere „Civilisten" zählte, einen Rettungsanker. Er dachte einmal wieder an die Trennung des Vorsitzes im preußischen Kabinett vom Reichskanzleramt und suchte für jenen einen energischen Mann, einen schneidigen Militär, einen anderen, als Herrn von Stosch, der nach Bismarcks Meinung mehr ein Werkzeug der „Civilisten", als dazu geeignet schien, dem Kaiser gegenüber bei etwaigen Schwächen des Staatsministeriums die Festigkeit des letzteren in inneren Schwierigkeiten zu sichern.

Digitized by Google

Daß eine einzige Unterredung im Salonwagen für Bismarck genügte, in Herrn v. Caprivi den passenden Mann zu erkennen, ist wohl denkbar, wenn man die Umstände erwägt, unter denen unmittelbar nach dem Attentate Nobilings Beide zusammentrafen und das große Ereignis des Tages besprachen. Bismarck kannte Herrn v. Caprivi sehr wenig. Derselbe war zu jener Zeit überhaupt in der politischen Welt ein obskurer Mann, sein Name außerhalb der Armee kaum gehört worden. Er war damals eben Brigade-General geworden, als solcher nach Stettin versetzt, nachdem er in den Jahren 1872—1877 als Oberst im Kriegsministerium gearbeitet hatte. Als solcher war er einige Male mit dem Reichskanzler, nämlich im Auftrage des Kriegsministers von Kameke, in Berührung gekommen. Im Salonwagen, am 3. Juni 1878, war natürlich von nichts anderem die Rede, als vom zweiten Attentat, von der Auflösung des Reichstages u. dgl. m. Es ist begreiflich, daß Fürst Bismarck mit Herrn v. Caprivi etwa das Gespräch hatte, das er nur wenige Tage später mit dem Präsidenten der nordamerikanischen Union, Grant, in Berlin führte und das mit den Worten des Präsidenten endete: „Solchen Leuten gegenüber giebt es nur ein Mittel, man muß sie vernichten."

Herr von Caprivi ist als Minister damals nicht auf die Probe gestellt worden. Fürst Bismarck blieb an der Spitze des preußischen Kabinetts. Er war selbst Militär genug oder, wenn man will, Haudegen, um es mit der Sozialdemokratie aufzunehmen. Die Ironie der Geschichte hat es gewollt, daß derselbe Militär, den Fürst Bismarck als den geeigneten Mann ansah, um gegen die Sozialdemokratie den „civilistischen" Einflüssen im Ministerium die Spitze zu bieten, zwölf Jahre später als Reichskanzler und Ministerpräsident der Todtengräber des Sozialistengesetzes des Fürsten Bismarck geworden ist.

Wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Bismarck und die Ultramontanen trafen sich von verschiedenen Seiten her in derselben Kandidatur zusammen. Die Ultramontanen begrüßten übrigens öffentlich den neuen Reichskanzler als den unparteiischen Mann, der gleiches Recht für Alle hätte.

Digitized by Google

Eines ihrer Organe sagte: „Mit einer ganz ungewöhnlichen, und namentlich für die kritische Natur gerade dieses Kanzlerwechsels symptomatischen Einmütigkeit bringe das deutsche Volk dem Manne, welchen das Vertrauen seines Monarchen auf den verantwortungsvollen Tripelposten eines deutschen Reichskanzlers, preußischen Ministerpräsidenten und Ministers des Auswärtigen berufen, warme Sympathie entgegen. In der Wahl dieser Persönlichkeit bekunde sich aufs glänzendste der politische Takt und die Urteilsreife unseres jungen Kaisers, welcher ersichtlich mit echt staatsmännischer Ein- und Voraussicht die Zeitlage überschaue. Ein Mann, der vermöge seines Berufes als Militär über den Parteien steht und unter allen Umständen stehen muß, das ist just der Rechte, der bei der gegenwärtigen Parteizerklüftung in Deutschland als erster Stellvertreter des Herrschers uns notthut. Keine Partei darf ihn zu den Ihrigen zählen, aber alle Parteien dürfen eben deshalb gleiche Billigkeit von ihm erwarten. Caprivis Berufung war demnach — soweit überhaupt menschliche Vorausberechnung gehen kann — eine Meisterthat Kaiser Wilhelms."

So ein ultramontanes Blatt 1890. Eine Meisterthat!

Digitized by Google

VII.

Bismarck und Waldersee.

Von den Umtrieben des Hofpredigers Stöcker im ersten Jahre der Regierung Wilhelm II. gegen Bismarck hatte die große Welt kaum etwas erfahren. Desto mehr beschäftigte sie sich mit der Rivalität, die zwischen Fürst Bismarck und Graf Waldersee bestehen sollte. Der Streit des Ersteren mit hohen Militärs war ein alter. Als Fürst Bismarck schon in der Verbannung lebte, wurden wir von Friedrichsruh aus belehrt, die Ernennung des Generals Caprivi zum Chef der Admiralität sei seiner Zeit auf Militärbefehl des Kaisers Wilhelm I. erfolgt; der damalige Reichskanzler habe seinen Erinnerungen an Caprivis frühere Beziehungen zu seinen reichsglöcknerischen Gegnern keinen Grund entnommen, die Entscheidung des Kaisers in Zweifel zu ziehen. Die „Reichsglocke" sei ein wesentlich vom Centrum gefördertes Unternehmen gewesen, bei dem der Ultramontanismus Beistand von seiten der Feinde des ersten Kanzlers im Lager der Kreuzzeitung gefunden habe und zwar in der Richtung Diest-Daber und in der des damaligen vortragenden Rates im Ministerium des Innern von Lebbin. Es sei versucht worden, zu dieser Opposition auch den verstorbenen Feldmarschall von Manteuffel heranzuziehen und namentlich dessen unmittelbare Beziehungen zum König Wilhelm I. zur Fruktifizierung der Fiktion in Mitwirkung zu nehmen, als ob die kanzlerische Thätigkeit der Armee schade. Die Verdächtigungen seien so weit gegangen, daß dem Kanzler

Digitized by Google

eine unerklärliche Feindschaft gegen die Armee zugeschrieben worden sei. Der Feldmarschall von Manteuffel habe sich geweigert, beim König gegen den Fürsten Bismarck thätig zu sein und habe letzterem nähere Mitteilungen über die betreffende Angelegenheit und den Versuch ihn, Manteuffel, dafür zu gewinnen gemacht. Nun, wenn Feldmarschall von Manteuffel sich weigerte gegen den Fürsten Bismarck zu agitieren, so übernahmen das andere, insbesondere eine gewisse Militärpartei, die in den letzten Jahren des Kaiser Wilhelms I. in verschiedenen Blättern, insbesondere in der Kreuzzeitung, sich sehr bemerkbar gemacht hatte und auch noch die erste Regierungszeit des Kaiser Wilhelms II. bis zur Entlassung Bismarcks ausfüllte. In den ersten französischen Karikaturen vom August 1870, ehe die Zeichner im Besitze glaubhafter Photographien waren, erschien General Moltke als ein fürchterlicher Eisenfresser mit gesträubtem Schnurrbart, mächtigen Reiterstiefeln und einem ungeheuren Pallasch, ganz die Figur des Heißsporns Percy, wie Prinz Heinz sie scherzend entwirft, der Mann, „der euch sechs bis sieben Schotten zum Frühstück umbringt, sich die Hände wäscht und zu seiner Frau sagt: „Pfui über dieses stille Leben! ich muß zu thun haben.“ Ungefähr so dachte sich das Ausland die deutsche Militärpartei, eine Rotte blutdürstiger Condottiere, die in dem ruhigen Leben der letzten vier Friedensjahre sich entsetzlich gelangweilt hatten, nun Himmel und Hölle in Bewegung setzen möchten, um einmal wieder morden, sengen und plündern zu können. Eine solche Partei hat in Deutschland niemals existiert. Aber das Treiben einer gewissen Presse bei uns in den letzten Jahren der Amtsthätigkeit Bismarcks konnte sehr wohl einigen Stoff zu ähnlichen Karikaturen bieten. Bismarck war im März 1890 kaum von der Bühne getreten, als ihm die Broschüre eines hohen Militärs nachgeschleudert wurde, in der der einzig leitende Gedanke seiner Politik dahin interpretiert wurde, den Frieden um jeden Preis zu erhalten. „Nirgends sehen wir sie getragen von Anschauungen und Zielen, die in dem historischen Werden der Dinge, in den natürlichen Gegenstellungen der Völker und Staaten ihre Begründung haben. Und doch wird auch unsere

Digitized by Google

Zeit von solchen Gegenstellungen beherrscht." . . . „Folgerichtig wäre es gewesen, die Rüstungen unserer Gegner gar nicht erst zu deren jetziger Ausdehnung gelangen zu lassen, sondern frühzeitig unseren feindlichen Nachbarn ein energisches quos ego zuzurufen und sie vor die Frage zu stellen, entweder den Krieg zu wagen oder ihre Armeen auf einer bescheidenen Stufe zu erhalten." Die Broschüre, die unter dem Titel: „Videant consules" erschien, schloß mit den Worten:

„Das stolze Vorrecht der politischen Initiative, die wir noch 1871 unbedingt besaßen, haben wir uns aus der Hand winden lassen. — Heute sind wir nicht mehr in der Lage, uns den günstigsten Moment zum Kriege wählen zu können — unsere Gegner vielmehr können uns die Entscheidung aufzwingen, ja, wir können jeden Augenblick in die Lage kommen, ihnen mit mangelhafter Waffenrüstung entgegentreten zu müssen. Jede günstige Gelegenheit aber, der rollenden Lawine Einhalt zu thun, haben wir unbenutzt vorübergehen lassen."

Die Bekämpfung des Fürsten als eines Friedensfanatikers hatte in der letzten Zeit seiner Reichskanzlerschaft schon seit Jahren gedauert. Namentlich in der „Neuen Preuß. Ztg.", aber auch anderswo, z. B. in der Köln. Ztg., trieb ein Eisenfresser sein Wesen, der das deutsche Volk und die deutsche Presse unausgesetzt wegen unzureichender nationaler Gesinnung schulmeisterte, weil nach der Ansicht dieses Bramarbas das Ausland nicht in genügendem Maße von oben herab behandelt wurde. Gelegentlich einer längeren Betrachtung über die am 5. Juli 1885 in der Schweiz stattgehabte Sempachfeier nannte es ein deutsches Blatt eine „seltsame Erscheinung", daß in weiteren schweizerischen Kreisen auch heute noch mehr Vorliebe für Frankreich besteht, als für uns, und daß die französische Sprache in diesen Kreisen, selbst in kerndeutschen, noch immer die eifrigste Pflege findet, während doch in neuerer Zeit (man denke nur an Savoyen) von Frankreich die Schweiz nur Unbill und Drohung erfahren hatte, nimmer aber von Deutschland. Hierauf erwiderte die Kreuzzeitung: „Uns wundert das gar nicht. Eine psychologische Erfahrung lehrt, daß die einzelnen

Digitized by Google

Menschen wie die Völker der Regel nach nicht durch Wohlthaten und Freundlichkeiten gewonnen werden, sondern nur durch die Furcht, durch die sich unwiderstehlich aufdringende Ueberzeugung einer Ueberlegenheit, die im gegebenen Falle nicht viel Federlesens macht. Alle großen Nationen der Welt lassen sich instinktmäßig von diesem Grundsatze leiten; alle wenden die Macht, die sie nun einmal haben, in diesem Sinne an; nur wir Deutsche können uns dazu nicht entschließen, und deshalb erleben wir es täglich, daß man uns nicht die Stellung einräumen will, auf die wir an sich Anspruch hätten, und die uns ganz von selbst zufallen würde, wenn wir nicht fortwährend in dem alten Irrtum befangen wären, daß sich die Welt durch „Entgegenkommen" regieren läßt. Sie hat es nie gethan und wird es niemals thun. Der schlagendste Beweis ist die Aufnahme, welche die 50jährige Friedenspolitik des Deutschen Reiches im übrigen Europa gefunden hat. Es ist dies der großartigste Versuch, der im ganzen bisherigen Verlauf der Geschichte je unternommen wurde, um die Beziehungen der Nationen miteinander freundlich zu gestalten und praktisch durchzuführen, was der Theorie nach stets eine Utopie bleiben muß und wird. Wird diese Politik, obwohl sie der Welt Ströme von Blut und Thränen erspart hat, dem Kaiser und seinem Kanzler irgendwo gedankt? Zeigt sich ein Verständnis für die tief sittliche Auffassung der Dinge, die ihr zu Grunde liegt?" Die „Kreuzzeitung" erwiderte hierauf mit Nein und sprach dann von einem Wechsel des Systems, indem sie zwar den Versuch anerkannte, die europäische Politik auf eine andere Grundlage zu stellen, als auf die der rohen Gewalt, indessen hinzufügte, man habe im Interesse des Friedens durchaus keinen Grund, den Drohungen derer, die ihn nur gezwungen halten, mit einer Zuvorkommenheit zu begegnen, die sie durchweg nur für Schwäche ansehen und als solche zu mißachten gewohnt sind. „Engländer und Franzosen sind Jahrhunderte lang mit ihrem Uebermaß an Selbstbewußtsein weit besser gefahren, als wir mit dem Gegenteil. Für das Uebermaß treten wir nicht ein, das rechte Maß aber werden wir uns allerdings angewöhnen müssen, wenn wir endlich einmal das Ansehen genießen sollen,

Digitized by Google

das uns nach Maßgabe unserer Macht wie unserer Bedeutung für die Kultur der Welt gebührt."

Die „Neue Preuß. Ztg." untersuchte auch einmal die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen und streifte dabei die auswärtige deutsche Politik. Die Elsaß-Lothringer, sagte sie, hängen deshalb so sehr an Frankreich, weil dieses ihnen die Genugthuung bot, einer wirklichen Großmacht anzugehören, abgesehen von der hohen Stellung der Franzosen als Kulturvolk. Die „Neue Preuß. Ztg." fand, daß nicht blos in Elsaß-Lothringen, sondern überall unsere ganze politische Zukunft davon bedingt sei, ob wir den Nationen Europas mit dem Selbstgefühl am rechten Orte entgegenzutreten verstehen, das nach der Auffassung der Gebildeten im Reichslande bei einem großen Volke ebenso selbstverständlich wie unerläßlich sei, das man aber bei uns noch immer nicht in seiner ganzen ungeheuren Bedeutung zu würdigen wisse. Die Kreuzzeitung war der Meinung, Wilhelm I. hätte sich den Ruhm Friedrichs des Großen erwerben können, wenn er zum ersten Reichskanzler nicht einen Civilisten (Bismarck war doch nur Titulargeneral), sondern einen General gehabt hätte. Friedrich der Große war nicht ängstlicher Beobachter der politischen Zeitströmungen, denen er sein Fahrzeug anvertraute, sondern er schuf selbst die Ströme; er wartete nicht, bis seine Nachbarn ihn zum Kampfe zwangen, nachdem sie den günstigsten Zeitpunkt für gekommen hielten und ihm politisch und militärisch die Gesetze des Handels vorschrieben, sondern packte mit der starken Hand hohenzollernscher Initiative, Entschlossenheit und Elastizität den Drachen des Widerstandes, sobald er den Augenblick für passend hielt, an der Kehle fest und rang mit den überstarken feindlichen Mächten in furchtbarem Kampfe, in dem er erst zu unterliegen und seine Kraft sich zu erschöpfen drohte, bis die Menge seiner Widersacher, schließlich doch übermannt und überwunden, den Streit aufgeben mußte.

Wie schrumpft doch gegen diesen großen König die schwächliche Gestalt eines Wilhelm I., des ersten deutschen Kaisers, zusammen! Zwar hat er unser Volk in Waffen von Sieg zu Sieg geführt, aber er hat doch immer erst gewartet, bis seine Nachbarn ihn zum Kriege zwangen. Und 1875, 1879, 1883

Digitized by Google

und 1887, und wer weiß wie oft, da ist Wilhelm I. immer von neuem vor dem Gedanken zurückgewichen, dem sterbenden Krieger ins Auge sehen zu müssen. Er wollte sein ein „Mehrer des Deutschen Reiches, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt und Gesittung". Die Weltgeschichte, wie sie sich im Kopfe der „Neuen Preuß. Ztg." malt, wird ihm solche Mattherzigkeit nicht hoch anrechnen. „Im Anfange, bis zum Kriege von 1870/1871, da klappte noch alles einigermaßen bei uns, da war auch Bismarck noch in vollster Manneskraft." Welche Gefahr also für Deutschland mit dem alternden Bismarck — einem Civilisten — am Ruder der auswärtigen Politik! Ja, wenn ein General, ein Waldersee seine Stelle einnähme! Ein General ist allerdings nach Bismarck gekommen, aber nicht der richtige.

Woher stammten solche Artikel? Diese Frage wurde bald beantwortet. Im Februar 1889 machten gewisse Zeitungsartikel aus Berlin Aufsehen, die sich auf die Nachfolge des Fürsten Bismarck bezogen. Zum erstenmal wurden in der Kartellpresse und zwar in einem offiziösen Artikel der „Hamb. Nachrichten" unter den Männern, welche als Nachfolger des Fürsten Bismarck in Betracht kommen konnten, der Name des Grafen Waldersee genannt, des Chefs des Generalstabes. In einem ganz besonders merkwürdigen Lichte erschien die Namhaftmachung dieses Generals, dessen Beziehungen zum Kaiser bekannt waren, durch den Umstand, daß der Aufsehen erregende Artikel u. a. darauf aufmerksam machte, daß der Kanzler für sein Vorgehen in dem Prozesse Geffcken auch Gründe gehabt haben könne, die er in seinem Berichte an den Kaiser über die Veröffentlichung der Anklage nicht geltend gemacht habe; etwa den, an einem besonders hervorstehenden Falle zu zeigen, zu welchen unliebsamen, staatsgefährlichen Konsequenzen allzu großes Vertrauen zu gewissen Persönlichkeiten in der nächsten Umgebung eines Herrschers oder Thronerben führen könne. Die Erörterungen, zu denen der Artikel der „Hamb. Nachrichten" Anlaß gab, ruhten einige Wochen. Als es feststand, daß der Kaiser eine Reise nach der nordischen Küste unternahm, daß

Digitized by Google

ihn Graf Waldersee dorthin begleiten werde, während eine Teilnahme der höchsten Beamten des Auswärtigen Amtes nicht vorgesehen war, erschien in den „Hamb. Nachrichten“ ein Artikel: „Zur Kriegstreiberei“, welcher dem Blatte ebenso wie der frühere Artikel von besonderer Seite zugegangen war. Der Artikel sagte u. a.: „Man sollte meinen, die Folgen der falschen Kriegsbeunruhigung von 1887 seien noch zu bekannt und fühlbar, als daß die Blätter, welche ernst genommen sein wollen, in denselben Fehler verfallen könnten, den sie 1887 begangen haben. Dennoch ist dies leider der Fall. So bewegt sich namentlich die Kreuz-Zeitung trotz der in den Jahren 1887/1888 erhaltenen schmerzhaften Desaveus seit geraumer Zeit genau wieder in demselben Fahrwasser. Es ist wohl nicht wahrscheinlich, daß sie diese Politik auf eigene Hand betreibt, es muß vielmehr eine Stelle vorhanden sein, durch welche sie inspiriert wird. Bei den Beziehungen und Verbindungen des Blattes braucht danach nicht lange erst gesucht zu werden. Daß diese Stelle nichts mit der offiziellen Staatspolitik zu thun hat, bedarf keiner besonderen Versicherung.“

Die Absicht des Artikels lag auf der Hand. Die wiederholte Bezugnahme auf den Generalstab ließ die Spitze erkennen. Kein Mensch zweifelte natürlich mehr daran, daß es für nötig erachtet worden war, gegen den Grafen Waldersee einen Feldzug zu eröffnen. Wäre ein solcher Zweifel noch vorhanden gewesen, so wäre er behoben worden durch die Fortsetzung, welche die Artikel der „Hamb. Nachrichten“ während der Reise des Kaisers nach Norwegen in der „Nordd. Allg. Ztg.“ fanden. Das hochoffiziöse Organ brachte am 7. Juli 1889 den Clausewitz-Artikel, welcher gegen die Kriegstreibereien Stellung nahm.

Seitdem drehte sich eine Flut von Zeitungsartikeln um die Person des Grafen Waldersee, alle unter solchem Titel wie: Friktionen, Militärische Unterströmungen, Staatsleitung und Nebenleitung u. s. w. Graf Waldersee mußte sich bequemen, von den Angriffen Notiz zu nehmen. Die National-Zeitung bot einen Anlaß zu einer öffentlichen Erklärung des Grafen, indem sie denselben durch die Worte herausforderte:

Digitized by Google

„Wir halten es für das Beste, wenn der Inhaber einer Stellung wie die des Chefs des Generalstabes überhaupt außerhalb aller öffentlichen politischen Erörterungen bleibt, selbst keinen Anlaß zu solchen giebt und dann nicht von anderen in solche hineingezogen wird."

Graf Waldersee erklärte darauf: „Ich diene Sr. Majestät dem Kaiser und Könige als Soldat und bin nicht Parteimann."

Der „Newyorker Herald" veröffentlichte in seiner Londoner Ausgabe eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem Grafen Waldersee. Dieser bezeichnete die Behauptung auswärtiger Blätter, er wünsche den Krieg und dränge nach demselben als Unsinn und sagte: „Ich wünsche nur, uns für den Krieg vorbereitet zu sehen, daß den Feinden die Lust vergeht, uns anzugreifen; der Krieg erscheint mir nur als letzte Zuflucht, und ich betrachte es als meine erste Pflicht, alles zu thun, um den Krieg zu vermeiden." Wenn Graf Waldersee es als Pflicht erachtete, alles zu thun, um den Krieg zu vermeiden, so hielt er allerdings seine Kompetenz nicht genau inne, denn, „alles zu thun, um den Krieg zu vermeiden", ist Sache des Reichskanzlers.

Erst in späterer Zeit, als Fürst Bismarck längst entlassen und Graf Waldersee versetzt war, gab es eine öffentliche Erklärung des Major Scheibert in Betreff des Generalstabs als spiritus rector der Kreuzzeitungsartikel gegen die markloſe Politik Bismarcks. War darin auch nicht wörtlich gesagt, daß ein förmliches Preßbureau des früheren Generalstabschefs bestanden habe, und konnte er auch nicht persönlich als der Urheber der Artikel angesehen werden, welche zu den Gerüchten über „Kriegstreibereien", über „militärische Nebenströmungen" Anlaß gaben, so war die Thatsache festgestellt, daß ihn die Verantwortung für die kriegslustigen Auslassungen, besonders der „Kreuz-Zeitung", welche die amtliche Politik der Reichsregierung störten, unverweigerlich traf. Die Gerechtigkeit erfordert das Eingeständnis, daß unter diesen Umständen die noch unvergessenen Ausführungen der „Hamb. Nachrichten" und der Clausewitz-Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." einer gewissen

Digitized by Google

Berechtigung nicht entbehrten; jetzt bekannte Major Scheibert, der Verfasser der militärischen Artikel der Kreuz-Zeitung, welche im Auslande Zweifel an der Friedensliebe Deutschlands erregen mußten, diese Artikel vorher „den betreffenden Stellen" vorgelegt zu haben, um sich das non nocet zu erbitten. Die „betreffenden Stellen", unter denen nur der Chef des Generalstabes und der ihn vertretende erste Adjutant verstanden werden konnten, hatten mithin jene Artikel ausdrücklich zugelassen; sie hatten sie durch ihr „non nocet" gebilligt; von der Zulassung zur Veranlassung aber ist in diesem Falle kein weiter Weg; denn in der Wirkung ist es einerlei, ob ein Schriftsteller einen Artikel auf ausdrückliche Bestellung oder mit nachträglicher Genehmigung der von ihm unschwer erratenen Ansichten der „betreffenden Stellen" veröffentlicht.

Als am 22. November 1889 durch eine Interpellation Richters, worin es hieß: „Ich möchte mir die Frage erlauben, ob irgend welche Anzeichen vorliegen, ob der Chef des Generalstabes darauf ausginge, die auswärtige Politik des Reichskanzlers oder des Staatssekretärs zu kreuzen", das Thema der Kriegstreiberei auf die Tagesordnung kam, antwortete der Kriegsminister von Verdy:

„Da die Sache hier im Hause zur Sprache gekommen ist und sie ein Mitglied der Armee betrifft, so will ich darauf antworten. Ich betrachte diese ganze Erscheinung, welche sich in den letzten Monaten nach dieser Richtung hin abgespielt hat, für frivol und beleidigend. Ich stehe nicht an, ein derartiges Verfahren für frivol zu erklären. (Lebhafter Beifall.) Denn es ist frivol, überhaupt Sachen zu erfinden, die nach unseren Begriffen nicht existieren können, es ist frivol, in solche Sachen die höchsten Offiziere der Armee hineinzuziehen, um sie bei der allgemeinen Meinung zu diskreditieren. Es ist beleidigend für die Armee, wenn man den Offizieren überhaupt zumutet, daß in ihnen ein Geist entstehen könnte, der in irgend welche Opposition zu der Regierung Sr. Majestät treten könnte. Ich halte dieses Zeugnis mit Rücksicht auf jede

Digitized by Google

Presse aufrecht, die ein derartiges Verfahren bewußt ausführt, gleichgiltig, welcher Partei sie angehört."

Alle Welt erkannte damals an, daß von den Deutschfreisinnigen lediglich im parteipolitischen Interesse eine sensationelle Scene aufgeführt worden war. Gerade von der deutschfreisinnigen Seite war Graf Waldersee Jahr und Tag als das hinter den Coulissen spielende Organ finsterer Reaktion behandelt worden. Als aber auch von seiten des Kartells Andeutungen über einen Zwiespalt zwischen dem Chef des Generalstabes und dem leitenden Staatsmann gemacht wurden, warf der Freisinn sich sofort zum Patron des ersteren auf, um dafür den letzteren an den Pranger zu stellen. Die Interpellation hatte deswegen etwas ungemein Komisches, als doch wohl niemand so naiv war, zu glauben, daß, wenn wirklich ein tieferer Konflikt zwischen Waldersee und Bismarck bestand, die Regierung einen solchen würde coram populo bestätigt haben.

Fürst Bismarck blieb mit dem Chef des Generalstabes äußerlich in guten persönlichen Beziehungen. Die gegen die Kriegstreiberei gerichteten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." wurden am anderen Tage widerrufen. Nachdem alle Welt den Clausewitz-Artikel dahin verstanden hatte, daß darin zum ersten Male in unbestrittener offiziöser Form das Vorhandensein von Bestrebungen festgestellt wurde, welche auf eine Entscheidung des Kriegsherrn außerhalb des Zusammenhanges mit der allgemeinen Politik des Landes gerichtet waren, erklärte die „Nordd. Allg. Ztg." den Artikel für einen „akademischen". Zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Moltke haben gelegentlich Meinungsverschiedenheiten stattgefunden, die auch in der Publizistik erkannt wurden; wir meinen beispielsweise Ansichtsverschiedenheiten über den Nord-Ostsee-Kanal und über die Kriegs- und Friedensfrage von 1867 und 1875. Die Divergenzen haben ungeachtet paralleler publizistischer Vertretung nie zu schriftlichen oder mündlichen Erörterungen geführt, welche die Form des zwischen wohlerzogenen Staatsmännern üblichen Verkehrs verlassen hätten. So war es auch zwischen Bismarck und Waldersee. Aber der neu ernannte

Digitized by Google

General-Oberst der Kavallerie mit dem Range eines Feldmarschalls nahm am 28. März Abschied von Moltke, nicht von Waldersee.

Neben dem Militär Waldersee kam auch der Politiker mehr und mehr zum Vorschein. Im Februar 1889 tauchte in der deutschen Presse plötzlich eine Frage auf, für deren Aufwerfung im damaligen Augenblicke man vergeblich nach einem thatsächlichen Grunde suchte, und die dennoch mit stets wachsendem Eifer erörtert wurde — nämlich die Frage: Wer wird nach dem Tode des Fürsten Bismarck sein Nachfolger? Weder der Gesundheitszustand des Reichskanzlers, der ungeachtet seiner vierundsiebzig Jahre in erfreulicher Rüstigkeit seinem ausgedehnten Wirkungskreise vorstand, noch irgend ein Ereignis, welches nötigen würde, den Zeitpunkt ins Auge zu fassen, in welchem der mächtige Mann dem unabänderlichen Naturgesetz seinen Tribut werde zollen müssen, hatte diese Erörterung hervorgerufen, sondern merkwürdiger Weise eines jener zahlreichen Organe, die aus der Umgebung des Reichskanzlers selbst Winke zu empfangen pflegten und deren er sich von Zeit zu Zeit bediente, wenn er die öffentliche Meinung in Deutschland mit einem Gegenstande befassen oder in eine bestimmte Richtung lenken wollte. Die Sache war seltsam genug. Der Umstand, daß während der letzten Reichstags-Debatte über die Akten-Veröffentlichungen aus dem Prozesse Geffcken die Nationalliberalen schwiegen und die Verteidigung der Regierung dem Justizminister v. Schelling überließen, gab einem Hamburger Blatte Veranlassung, dieser Partei nicht blos wegen ihrer Passivität in diesem Falle Vorwürfe zu machen, sondern ihr auch das Motiv zuzuschreiben, daß sie sich für eine nach dem Tode des Fürsten Bismarck eintretende Aenderung in der Politik damit bereit halten wollte. Dem Zweifel, ob das Werk des Kanzlers dessen Leben überdauern werde, suchte das Blatt mit dem Hinweise auf den mächtigen Einfluß, den auch noch der tote Kanzler auf das Deutsche Volk haben müsse, sowie auf die bekannten Gesinnungen des Kaisers zu begegnen und, wie es schien, nicht blos im Eifer dieser Beweisführung, sondern nicht ohne bestimmte Absicht unterlief

Digitized by Google

dabei die Warnung davor, etwa anzunehmen, „daß irgend ein anderer Programmmann, hieße er Graf Waldersee oder sonstwie, als Nachfolger des Fürsten Bismarck in Betracht komme".

Die Nennung des Grafen Waldersee in solchem Zusammenhange und in einem solchen Artikel, der überdies dadurch, daß die „Norddeutsche Allg. Ztg." ihn vollständig wiedergab, ein unzweifelhaftes Ursprungszeugnis erhalten hatte, mußte begreifliches Aufsehen erregen, und dieser Name war es auch, der im Mittelpunkte der Erörterungen stand, welche an die offiziöse Kundgebung sich knüpften. Der Generalstabschef Graf Waldersee war derselbe, in dessen Hause seinerzeit der gegenwärtige Kaiser noch als Prinz die vielberufene Rede hielt, welche bekanntlich in der Folge von der Partei des Hofpredigers Stöcker ausgenutzt wurde, um den Prinzen Wilhelm für sich zu reklamieren. Dem Grafen Waldersee wurden seit lange enge persönliche Beziehungen zu Kaiser Wilhelm II. nachgesagt, und mit Rücksicht auf diese Beziehungen waren wiederholt Gerüchte im Umlauf, welche von einer gewissen Gegnerschaft zwischen dem Chef des Generalstabes und dem Reichskanzler wissen wollten. Diese Gerüchte erhielten durch die eigentümliche Warnung an die nationalliberale Partei neue Nahrung, ja eine Art von Begründung. Wenn es sich blos darum handelte, die nationalliberale Partei vor dem Irrtum zu behüten, als könne nach dem Fürsten Bismarck irgend ein anderer Programmmann kommen, so war just keine Nötigung vorhanden, den Namen eines der obersten militärischen Würdenträger in die Diskussion zu verflechten. Selbst wenn es wahr gewesen wäre, was die Hamburger Warnung vorauszusetzen schien, daß in den Kreisen der nationalliberalen Partei Graf Waldersee als der aufgehende Stern angesehen werde, wofür jedoch keine Anhaltspunkte vorlagen, so konnte der Zweck erreicht werden, ohne überhaupt einen Namen zu nennen. In einem ganz besonders merkwürdigen Lichte aber erschien die Hervorhebung dieses Namens durch den Umstand, daß der Aufsehen erregende Artikel u. a. auch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der Kanzler für sein Vorgehen in dem Prozesse Geffcken auch Gründe gehabt haben könne, die

Digitized by Google

er in seinem Berichte an den Kaiser über die Veröffentlichung der Anklage nicht geltend gemacht habe, etwa den, an einem besonders hervorstechenden Falle zu zeigen, „zu welchen unliebsamen, staatsgefährlichen Konsequenzen allzu großes Vertrauen zu gewissen Persönlichkeiten in der nächsten Umgebung eines Herrschers oder Thronerben führen kann".

Die Tragweite dieser Fingerzeige zu ermessen, oder auch nur ihre Zielpunkte genau zu erkennen, war unmöglich. So viel aber ließen sie erraten, daß die Frage, wer dereinst bestimmt sein werde, das Werk des Fürsten Bismarck weiterzuführen, bevor sie von der Deutschen Presse erörtert wurde, den Reichskanzler selbst beschäftigte, und daß er bezüglich derselben keineswegs aller Besorgnisse ledig war. In jedem Falle mußte man von nun ab mit dem Namen des Grafen Waldersee nicht blos die Vorstellung eines hochgestellten Generals, des Lenkers der deutschen Heere in einem zukünftigen Kriege, sondern auch diejenige einer politischen Persönlichkeit von hoher Bedeutung verknüpfen müssen. „Die Macht des Fürsten Bismarck ist (so sagte die Vossische Ztg.) so groß und reicht so weit, daß es durchaus nicht zu den unmöglichen Dingen gehört, daß die Frage seiner Nachfolgerschaft, wenigstens für eine gewisse Zeit nach seinem Ableben, noch von ihm selbst im Einverständnisse mit dem Kaiser gelöst werde, der ihm so verschwenderische Beweise seiner Zuneigung und seines unbegrenzten Vertrauens schon gegeben hat. Aber wenn die Lösung durch den Kanzler und bei dessen Lebzeiten nicht erfolgen sollte, dann wird man nicht umhin können, den Grafen Waldersee unter diejenigen Persönlichkeiten zu zählen, welche, wenn künftig die Frage der Nachfolgerschaft auftaucht, wenigstens wird in Betracht gezogen werden müssen, und dieser Umstand ist vielleicht schon für die gegenwärtige Politik in Deutschland nicht ganz ohne Bedeutung."

In Abgeordnetenkreisen wurde ganz offen davon gesprochen, daß der Artikel des Hamburger Blattes ein Signalruf von jemand sei, der sich in Schwierigkeiten befinde, und der alle, die es angeht, darauf aufmerksam machen wolle, daß sie wachsam zu sein hätten. Fürst Bismarck habe stets den

Digitized by Google

guten Grundsatz beherzigt, daß es notwendig sei, schon den Anfängen zu widerstehen. Wo ein mehr sanguinisch beanlagter Politiker vielleicht noch gar kein Unheil sich herausgestalten sähe, nähme der Reichskanzler eine ganze künftige Entwicklungskette in seine Betrachtungen und Entschießungen vorweg und handle so, als ob das schon eingetreten wäre, was er bekämpfen muß. In diesem Falle befinde er sich auch offenbar jetzt. Es mache auf den unbefangenen Beobachter nicht den Eindruck, als ob der Schwerpunkt des offiziösen Warnungsartikels in jenen Stellen liege, die sich mit den Nationalliberalen beschäftigten. Fürst Bismarck habe wieder einmal auf die Möglichkeit hinweisen wollen, daß der Kreuzzeitungsflügel an Macht und Einfluß gewinnen und sich schließlich beim jungen Kaiser durchsetzen könnte. Man könne fragen, ob gerade die unmittelbare Gegenwart Veranlassung dazu geboten habe, derartige Befürchtungen zu hegen. Nachdem soeben erst der Vorstoß der Deklaranten von der Mehrheit der konservativen Partei abgeschlagen worden sei und nachdem persönliche Aeußerungen des Kaisers gegen das Treiben der Kreuzzeitung bekannt geworden, sollte man meinen, es könne gar kein Zweifel darüber sein, daß der Kaiser bewußt und überzeugt auf dem Boden der Politik stehe, die mit irgend einer der extremen Richtungen nichts gemein haben will. Aber seltsam bleibe es immerhin, daß die Bemühungen, den wahren Standpunkt des Monarchen zu fassen, in der offiziösen Publizistik immer häufiger und immer dringender würden. Das war bisher nicht Stil in Preußen-Deutschland. Angefangen von der Douglas-Rede bis zu den merkwürdigen Ausführungen in den „Hamb. Nachrichten" habe es eine ganze Reihe von anonymen und nichtanonymen Darlegungen gegeben, die sich alle mit der Frage befaßten: Wohin zielt die Politik des Kaisers? Oder vielmehr, wohin wird sie zielen, wenn Fürst Bismarck vom Schauplatz abgetreten sein wird? Bestände nicht im Charakter und in den individuellen politischen Neigungen des Kaisers die Möglichkeit einer nach rechts hinstrebenden Richtung, so würden Erörterungen dieser Art kaum angestellt werden.

Digitized by Google

„Das gerade ist das Bezeichnende, sagte man, daß trotz aller Versicherungen von offiziöser Seite die Partei, welche durch die Kreuz-Zeitung repräsentirt wird, an eine Zukunft für sich und ihre Sache glaubt. Der Artikel der „Hamb. Nachrichten" lüftet den Schleier von den Plänen und Wühlereien dieser Gruppe, indem er einen Namen in die Diskussion schleudert, der bis dahin nur in engeren Kreisen in einen möglichen Zusammenhang mit dem einstmaligen Ausscheiden des Reichskanzlers gebracht worden war. Indem Graf Waldersee als „Programmmann" der Konservativen genannt wird, bekommt jene Agitation auch in den Augen der Massen gleichsam Fleisch und Blut, immer macht ja doch erst ein Mann, eine Persönlichkeit, die Politik lebendig und bringt sie dem Verständnis des großen Publikums näher. Nicht von heute auf morgen wird sich ein Wechsel vollziehen, wofern er überhaupt je eintritt. Darauf auch kommt es in diesem Augenblick nicht an, sondern das aktuelle Interesse, welches der Notruf des Hamburger Blattes gewährt, tritt zurück hinter die Darlegung eines Verhältnisses, welches etwas Typisches und Bleibendes an sich hat und welches darum die politische Welt sobald nicht zur Ruhe kommen lassen wird. Auf eine kurze Formel gebracht, muß der Artikel so verstanden werden: Fürst Bismarck faßt die Möglichkeit einer Bedrohung seines Lebenswerkes ins Auge, und er verlangt die unbedingte Unterstützung aller Parteien und Richtungen, die sich auf seinen Namen und seine Politik vereinigt haben, weil er nur so den Rückhalt für den Kampf gegen die Machinationen seiner heimlichen und offenen Gegner finden kann.

„Es wird sich zeigen, ob diese Gegner jetzt vom Kampf zurücktreten. Wahrscheinlich ist es nicht. Warum sollten sie auch? Mit jedem Tage, den der 74jährige Kanzler seinem Leben zulegt, wächst für die hochkonservative Partei die Aussicht, freie Hand zu bekommen. Es wird ja dafür gesorgt werden, daß die Partei niemals zu einem wirklichen und dauernden Siege gelangt. Sie bildet einen verschwindenden Bruchteil des Volkes, eine politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessengruppe, die in dem Augenblicke, wo sie

Digitized by Google

die Herrschaft antreten zu können glauben wird, von einer ungeheuren Flutwelle des nationalen Widerstandes hinweggeschwemmt werden wird. Also mit Sorgen braucht niemand in die Zukunft zu sehen."

Die Person des Fürsten Bismarck, seine Politik, die staatsrechtliche Konstruktion seines Amtes, die Frage nach seinem Nachfolger und eine Anzahl dunkler Gerüchte über Intriguen, die gegen ihn gesponnen sein sollten, bildeten in jener Zeit, im Anfang des Jahres 1889, das Hauptthema für die Publizistik des Tages. „Was kömmt nach dem Regime Bismarck?" Auf einer Seite wurde gesagt, des Reichskanzlers politische Wirksamkeit werde einen so charakteristischen Stempel hinterlassen, daß dem Nachfolger Weg und Richtung derselben vorgezeichnet sei. Durch Bismarcks ganzes staatsmännisches Wesen ziehe sich ein roter Faden, welcher durchaus dazu angethan sei, dereinst seinem Nachfolger Weg und Richtung zu weisen. Es gab aber auch Raisonnements, in denen dargethan wurde, daß die ganze Konstruktion des Kanzleramts zusammenbrechen müsse, wenn Fürst Bismarck „freiwillig oder unfreiwillig" vom Schauplatze abtrete. Fürst Bismarck, so hieß es selbst in wohlwollend gehaltenen, von einem gewissen Pietätsgefühl zeugenden Artikeln, habe das ganze Kanzleramt auf seine Person zugeschnitten; nach ihm werde sich niemand finden, der die mit demselben verbundene Arbeitslast und Verantwortung auf seine Schultern zu nehmen vermöchte. In einem gewissen Sinne wurde das zugegeben. Ein Mann mit gleich schöpferischem Geiste, mit gleich kühner Initiative, mit gleich gewaltiger Willens- und Thatkraft werde sich vielleicht in Jahrhunderten nicht finden. Aber eines solchen Mannes bedürfe es auch nicht. Bismarcks Geist hätte in seinen Schöpfungen auf Jahrzehnte hinaus vorgesorgt; seinem Nachfolger werde eine weitere große Initiative nicht obliegen. „Das Deutsche Reich ist geschaffen, seine Machtstellung nach außen ist gesichert, kräftig pulsiert sein inneres Leben; auf sozialpolitischem Gebiete sind große eigenartige Gedanken verwirklicht, auf wirtschaftlichem sind neue, den realen Bedürfnissen der Nation entsprechende Bahnen erschlossen. Es wird also nur gelten,

Digitized by Google

das Geschaffene zu erhalten und ihm eine ruhige Fortentwicklung zu sichern. Was Bismarck für Deutschland geleistet hat, darf dreist in Vergleich gebracht werden mit dem, was Cäsar für die innere Ordnung des römischen Staatswesens gethan und was Napoleon I. zu Ende des vorigen und zu Anfang des laufenden Jahrhunderts als Organisator und als Gesetzgeber geschaffen hat. Trotz aller Stürme, welche seitdem über Frankreich hinweg gebraust sind, trotz des Marasmus, welcher sich heute in seinen oberen politischen Regionen vor aller Welt bekundet, ist Frankreich immer noch ein bewundernswert starker, lebensfrischer Staat. Es dankt dies einzig den politischen Schöpfungen seines ersten Kaisers, welche richtig gewürdigt und sorgsam gepflegt zu haben das unbestrittene Verdienst Napoleons III. bleibt. Innere Stürme, wie sie über Frankreich hinweggegangen, werden Deutschland, so Gott will, erspart bleiben; umsomehr also ist die Hoffnung berechtigt, daß die Saat, welche Bismarck gestreut, denen, die nach uns kommen, reiche Früchte tragen werde, auch wenn da, wo heute der Genius waltet, nur tüchtige Begabung, eiserne Pflichttreue und wahre Vaterlandsliebe ihre Stätte finden."

Digitized by Google

VIII.

Bismarck und Bötticher.

Die längst bestehende innere Trennung des Kaisers von Bismarck trat nach außen zunächst auf dem sozialpolitischen Gebiet hervor. Im Februar 1889 schon erwiderte der Kaiser auf eine Ansprache der Vorsitzer der deutschen Ausstellung für Unfallverhütung, daß er das Protektarat gern übernommen habe, denn die Arbeiterschutzfrage interessiere ihn seit langem. Er verdanke dieses Interesse seinem ehemaligen Erzieher, Geheimrat Hinzpeter, der schon seit langen Jahren und bevor das allgemeine Interesse sich dieser Frage bemächtigt hätte, für dieselbe thätig gewesen sei. Die Arbeiterschutzfrage wurde im Jahre 1889 eine brennende. Noch im Januar hatte Herr von Bötticher die Anträge der Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit im Reichstag kräftig abgewiesen. Aber der Kaiser war infolge der Strikes in den Bergwerksbezirken jener Frage näher getreten. Die Herren Hinzpeter, Graf Douglas u. a. halfen nach, und Herr v. Bötticher schwenkte nach ihrer Seite um. Der Kaiser war überzeugt, daß die staatliche Fürsorge für die arbeitenden Klassen zu dem Ziele führen werde, „sie mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen". „Jedenfalls geben diese Bestrebungen Mir ein ruhiges Gewissen", fügte er hinzu. Das Sozialistengesetz konnte alsdann nicht aufrecht erhalten werden. Wenn der Herrscher den Arbeitern Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern geben wollte, so sei das, sagte man, eine Verurteilung des

107910

Digitized by Google

Sozialistengesetzes, welches dem größten Teile der Arbeiterschaft die gesetzliche Gleichberechtigung entziehe, das Vereinsrecht, die Versammlungsfreiheit, die Preßfreiheit, die Freizügigkeit beschränke. „Mit dem Entwurf des Sozialistengesetzes, der dem Reichstage vorlag, sind die kaiserlichen Erlasse schlechterdings nicht mehr in Einklang zu bringen." — Dieser Ausspruch wurde nach dem 5. Februar 1890 auf einen Mann in der Umgebung des Kaisers zurückgeführt und so gedeutet, als enthalte er zugleich des Monarchen Entschließung, Neuordnungen zu bewirken, die jedwede Rechtsungleichheit entbehrlich machen würden. Bismarck dachte anders. Der ehemalige Kanzler war arbeiterfreundlich im Sinne der durch ihn ins Leben gerufenen kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, der Basis der deutschen Sozialreform; er wollte die Arbeiter gegen die Gefahren der Krankheit, des Unfalls, des Alters und der Invalidität sichern, aber er glaubte nicht, durch Eingreifen in die Autonomie des Arbeiters diesem oder dem Staate wahrhaften Nutzen bringen zu können. Das schöne Ziel der Beschränkung der Sonntags-, der Frauen- und Kinderarbeit schwebte auch ihm als erstrebenswert vor; aber so lange als nicht nachgewiesen war, wie die vielen Millionen, die dem Arbeiterstande durch diese Beschränkung an Arbeitslohn entzogen werden, anderweitig beschafft werden können, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und der Staat darunter leiden, glaubte er auf diesem Wege nur soweit vorgehen zu dürfen, als durch die allerdringendste Notwendigkeit erheischt wurde. Der ehemalige Kanzler meinte auch nicht, daß durch Paktieren mit der Begehrlichkeit der Arbeiter zur Sicherung des sozialen Friedens zu gelangen ist. Am allerwenigsten wollte Fürst Bismarck etwas von Aufhebung des Sozialistengesetzes wissen. Aber auch die soziale Frage würde an sich nicht den Anlaß zum äußeren Bruch des Kaisers mit Bismarck gegeben haben, wenn nicht die Art des Verkehrs des Kaisers mit den Ministern d. h. der direkten Verhandlung mit denselben hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten und ohne Befragung desselben gerade auf dem sozialpolitischem Gebiete stark hervorgetreten und bittere Früchte getragen hätte.

Digitized by Google

Es war noch in einem sehr frühen Stadium der direkten Verhandlungen des Kaisers mit Herrn von Bötticher über die soziale Frage, als Bismarck mit Sr. Majestät davon sprach, daß, wenn Majestät schon jetzt sein eigener Kanzler sein wolle, er sofort aus dem Dienst gehen könne; darauf entgegnete der Kaiser leidenschaftlich: „Aber Bismarck, was sollte ich ohne Sie anfangen können?“ Fürst Bismarck meinte aber ruhig: „Majestät haben bereits angefangen, ohne mich fertig zu werden.“

In der Kanzlerkrise vom März 1890 war viel von der Kabinettsordre von 1852 die Rede. Der Inhalt derselben geht zwar nicht dahin, daß der Kaiser (der König) mit den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums nie ohne vorherige Zustimmung des Ministerpräsidenten sollte über politische Fragen verhandeln können, aber doch dahin, daß die Minister, wenn sie politische Anregungen beim König beabsichtigen, den Ministerpräsidenten davon benachrichtigen sollen, und daß dieser berechtigt sein soll, dem Vortrage seines Kollegen beizuwohnen. Das Recht des Königs, bei Differenzen zwischen seinen Ministern zu entscheiden, war durch die Ordre von 1852 niemals beeinträchtigt. Fürst Bismarck hatte, als ihm der jetzige König zumutete, diese Kabinettsordre aufzuheben, ein persönliches Interesse an dem Bestande der Ordre nicht, denn damals war nur noch die eine Kombination in Frage, daß Fürst Bismarck Reichskanzler bleiben, General von Caprivi — oder ein anderer — preußischer Ministerpräsident werden solle. Wäre es dem Fürsten Bismarck nur darum zu thun gewesen, seinen persönlichen Einfluß möglichst groß zu erhalten, so würde er ohne weiteres bereit gewesen sein, jene Kabinettsordre rückgängig werden zu lassen, welche einmal den akuten Konflikt zwischen ihm und dem Kaiser beseitigt und ihm die Möglichkeit, in der gewünschten Stellung als Reichskanzler zu verbleiben, gewährt hätte, bei gleichzeitiger Verminderung des Uebergewichts des preußischen Ministerpräsidenten. Persönlich hätte unter den damaligen Umständen Fürst Bismarck die Aufhebung der oben erwähnten Verfügung vom Jahre 1852 nur willkommen heißen können. Allein der Fürst erkannte, daß mit dieser Verfügung die ganze Einrichtung des preußischen Ministerpräsidiums stand

Digitized by Google

und mit ihr fallen würde, um dem persönlichen Regiment, welches immer, so lange es eine Geschichte giebt, in Wahrheit das Regiment der Kamarilla, gegen welche die Minister Schatten waren, bedeutet hat, Platz zu schaffen. Langjährige Geschäftserfahrung, die viele schwere Konflikte mit sich gebracht hat, verschaffte dem Fürsten Bismarck die Ueberzeugung, daß es für Preußen nicht ersprießlich sei, die Stellung der Minister durch Hofbeamte oder Hofgünstlinge okkupieren zu lassen, und darum setzte er dem Verlangen des Königs nach Beseitigung jener Kabinettsordre passiven Widerstand entgegen. Er hat dadurch am Schlusse seiner amtlichen Laufbahn gegen seine persönlichen Interessen ein Zeugnis für die Nützlichkeit unserer konstitutionellen Zustände abgegeben, für welches ihm die aufrichtigen Freunde der Verfassung und der durch sie gewährleisteten Anteilnahme des Volkes und seiner Vertreter an der Regierung nicht genug dankbar sein können. Fürst Bismarck ist aus dem Amte geschieden, ohne daß die Verfügung vom Jahre 1852 aufgehoben wäre, und es ist bis zur Stunde nicht bekannt gegeben worden, daß jene Verfügung aufgehoben sei. Ist sie aufgehoben worden, so existiert die Einrichtung des preußischen Ministerpräsidiums virtuell nicht mehr; besteht sie noch, so war die Aufforderung an den Fürsten Bismarck zu deren Beseitigung entweder eine Uebereilung oder eine persönliche Ungnade. Die erwähnte Ordre lautet:

„Ich finde es nötig, daß dem Ministerpräsidenten, mehr als bisher, eine allgemeine Uebersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt werde, die notwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verhaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich folgendes: 1. Ueber alle Verhaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Beratung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Bericht-

erstattung darüber an Mich zu veranlassen. 2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art, nach den bestehenden Grundsätzen, Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat. 3. Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten davon zeitig vorher in Kenntnis zu setzen, damit derselbe, wenn er es nötig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. — Die regelmäßigen Immediatvorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen."

Ueber die Kabinettsordre vom 8. September 1852, die eine so wichtige Rolle im März 1890 spielte, erfahren wir Näheres aus den vor wenigen Jahren bekannt gewordenen Memoiren des Flügeladjutanten Generals von Gerlach, des bekannten Ratgebers des Königs Friedrich Wilhelm IV.

Der König hatte sich im November 1850 nur sehr schweren Herzens vom General von Radowitz getrennt, als gegen den entschiedenen Widerspruch des Prinzen von Preußen, des späteren Kaisers Wilhelm I., der Kriegsminister General von Stockhausen die Armee für unfähig zum Kriege gegen Oesterreich erklärt hatte. Damals fiel die von Radowitz befürwortete Aktionspolitik und dieser selbst. Aber der König hatte wohl die Politik von Radowitz, jedoch nicht ihn selbst aufgegeben, und es ward daher den Freunden des Generals verhältnismäßig leicht, ihn in eine einflußreiche Stellung zu bringen. Am 3. August 1852 erfolgte, ohne Kenntnis der Kamarilla und des Ministeriums, die Ernennung des Generals zum Militärstudiendirektor. Der General von Gerlach, als er davon nach Wochen hörte, drang beim Ministerpräsidenten von Manteuffel, der nicht weniger erstaunt über jene Ernennung war, auf „Satisfaktion". Es wurden in der Umgebung des Königs allerlei Mittel und Wege erwogen, um das Wiedererstarken eines von Radowitz'schen Einflusses zu verhindern. Aus Sanssouci unterm 4. September 1852 verzeichnete Gerlach: „. . . Ich sagte Manteuffel, ich würde alles thun, um ihn im Amte zu erhalten, glaubte aber, daß es

Digitized by Google

zweckmäßig wäre, wenn er vom König eine Satisfaktion, ein neues Bekenntnis zu ihm verlangte; dieser Ansicht traten Stolberg und Nostitz bei . . ." Weiter: „Berlin, 6. September: Manteuffel um 6 Uhr bestellt, trägt dem König seine Absicht mit der Ordre vor, die ihm eine Satisfaktion gegen Radowitz gewähren sollte. Der König ist, wie Manteuffel sagt, damit einverstanden." Vier Tage später wird dann diese „Satisfaktionsordre" vollzogen.

Die Ordre von 1852 ist also lediglich der politischen und persönlichen Gegnerschaft der damaligen Kamarilla und des Ministerpräsidenten gegen den General von Radowitz entsprossen, ein beim General von Gerlach entstandener und weiter ausgebildeter Gedanke, eine „Satisfaktion" dafür, daß der König dem ihm nahestehenden Radowitz eine Stellung gegeben, die ihn in seine Nähe berief, ohne die Kamarilla zu befragen. Die Ordre, das von Gerlach gewünschte „Bekennen des Königs zu Manteuffel", hatte somit in dessen Absicht zugleich den Zweck, zu verhindern, daß Radowitz durch einen Minister wieder Einfluß im Rate des Königs gewann. Daß der vortragende Generaladjutant dem Ministerpräsidenten versprechen konnte, „er werde alles thun, um ihn im Amte zu erhalten", ist nicht minder charakteristisch für die damalige Stellung des Ministeriums, das eigentlich von der Kamarilla geleitet und regiert wurde.

Bis zum Rücktritt des Fürsten Bismarck hat in der Oeffentlichkeit kein Mensch von der Kabinettsordre vom 8. September gesprochen. Mag nun der Streit um sie, der sich in den Monaten Februar und März 1890 erhob, die Ursache oder die Wirkung der Kanzlerkrise gewesen sein, die Meinungsverschiedenheit zwischen Monarch und Minister über die Ordre trug wesentlich zur Entlassung des Reichskanzlers bei. Das Bestreben Bismarcks, auch unter Kaiser Wilhelm II. den ganzen Einfluß in Reichs- und Staatsangelegenheiten auszuüben, den er unter Kaiser Wilhelm I. besaß und mittelst dessen er Preußen und Deutschland auf ihre jetzige Höhe emporgehoben hatte, fand ein Hemmnis in dem Triebe des jungen Kaisers, seine Regenteneigenschaften durch eigene Initiative in der Führung

Digitized by Google

der Reichs- und Staatsangelegenheiten zu bethätigen. Es wäre wahrscheinlich gelungen, einen Ausweg zu finden, um den größten Staatsmann wenigstens für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu erhalten, wenn einem solchen Auskunftsmittel nicht das Naturell des Fürsten gänzlich widersprochen hätte. Fürst Bismarck war nicht der Mann einer auch nur teilweisen Resignation. Offenbar lag die Sache so, daß im Grunde nicht Meinungsverschiedenheiten über die Arbeiterfrage den Hauptgrund zum Rücktritt bildeten, sondern staatsrechtliche Differenzen. Um was es sich hierbei handelte, war schon aus der Mitteilung ersichtlich, daß Fürst Bismarck von den Bestimmungen nicht abgehen wollte, wonach kein unmittelbarer Verkehr der Staatssekretäre und der preußischen Minister mit dem Kaiser und König ohne seine Kontrolle und Mitwirkung stattfinden dürfe. Der Kaiser, dem seiner bekannten Auffassung nach sehr viel daran lag, möglichst vielseitig informiert zu werden, wollte diese Bestimmungen aufgehoben wissen, scheiterte aber an der Nichtbewilligung des Kanzlers, der immer die Ansicht vertreten hat, daß der Ministerpräsident allein der politisch verantwortliche Minister sei.

Der Verkehr der Staatssekretäre mit dem Kanzler ist durch die Verfassung und das Stellvertretungsgesetz definitiv geregelt. Die Beziehungen der preußischen Minister zum Ministerpräsidenten wurden es 1852, als es sich infolge der oben erörterten Verhältnisse die Notwendigkeit dazu herausstellte. Die Stellung des Ministerpräsidenten zu seinen Kollegen hat bisher ausschließlich auf der Ordre vom 8. September des gedachten Jahres beruht, wenn auch unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck bis in die letzte Zeit kein Bedürfnis vorgelegen hatte, in ostensibler Weise auf diese für den Ministerrat bestehenden Regulative Bezug zu nehmen. Erst in den letzten Wochen seiner Amtsführung hatte der Präsident des Staatsministeriums ein solches Bedürfnis empfunden. Es erklärt sich auch, daß er zur Ausführung des kaiserlichen Befehls, die Ordre von 1852 aus der Welt zu schaffen, die Hand nicht hat bieten wollen, weil er die Ordre für unentbehrlich hielt, wenn ein Präsidium des Staatsministeriums

Digitized by Google

fortbestehen sollte. Die Ablehnung gab dem Präsidenten des Staatsministeriums über die unabweisbare Notwendigkeit seines Rücktritts die volle Klarheit.

Man hat gesagt: „Der Mann, der gerade kurz zuvor, Dezember 1889 und Januar 1890, zur Verzweiflung der Kartellparteien Wochen auf Wochen vergebens in Berlin erwartet worden war, um seine Direktiven wegen der damaligen Krisis des Sozialistengesetzes zu geben, der Mann, welcher also meistens persönlich gar nicht zu haben war und auch im schriftlichen Verkehr so oft auf sich warten ließ — der Mann versuchte durch Auffrischung jener Kabinetts-Ordre den Verkehr des Monarchen mit den übrigen Ministern von sich abhängig zu machen und seiner Kontrolle zu unterwerfen."

An den Direktiven, von denen hier die Rede ist, hat es niemals gemangelt, auch ehe der Kanzler nach Berlin zurückkehrte. Der Minister von Bötticher war stets im Besitz nicht nur der Ansichten des ihm vorgesetzten Kanzlers, sondern auch der Weisungen desselben. Wir vermuten, daß letztere mit den persönlichen Ueberzeugungen des Staatssekretärs des Innern und mit seinem Wunsche, sich den Allerhöchsten Ansichten zu akkomodieren, im Widerspruch standen; aber er war als Staatssekretär des Innern unzweifelhaft verpflichtet, die Ansichten des Kanzlers und namentlich die amtliche Instruktion desselben sowohl im Reichstage wie auch dem Kaiser gegenüber nach besten Kräften zu vertreten. Herr v. Bötticher war lediglich aus denselben Gründen wie früher Delbrück zum Mitglied des preußischen Ministeriums ernannt, nicht mit einem besondern Ressort, sondern um im Kollegium die Ansichten des abwesenden Vorsitzenden zu vertreten bezw. ihn zu unterstützen, wenn er anwesend war. Letzteres geschah von allen übrigen Mitgliedern des Kabinetts zur beregten Zeit in höherem Maße als von Seiten des Mannes, der in Preußen der Adlatus und im Reich der dem Kanzler untergebene Beamte war. — Im schriftlichen Verkehr hat Fürst Bismarck niemals auf sich warten lassen; die Erledigung war im Gegenteil von Friedrichsruh aus prompter und schneller, als es bei Anwesenheit des Reichskanzlers in Berlin die Gewohnheit der Dienst-

Digitized by Google

ſtunden und der Kanzleidiener mit ſich brachte. Die Behauptung, Fürſt Bismarck habe im ſchriftlichen Verkehr oft auf ſich warten laſſen, iſt eine ungerechte Verleumdung.

Es iſt eine weitere Verdrehung der Thatſachen, wenn man den Fürſten beſchuldigt, er habe den Verkehr der Miniſter mit dem Kaiſer von ſich abhängig machen und kontrollieren wollen. In der Zuſammenſtellung dieſer beiden Begriffe liegt eine Entſtellung derſelben. Abhängig vom Miniſterpräſidenten war der Verkehr des Königs mit ſeinen Miniſtern niemals, zur Kontrolle dagegen hatte jener das volle Recht und die verfaſſungsmäßige Pflicht, und die Schlagworte von Miniſterialmacht und Hausmeiertum ſind nicht anwendbar auf Einrichtungen, die nahezu 40 Jahre in voller Geltung geſtanden haben und ſo unentbehrlich ſind, daß ſie noch heute beſtehen müſſen, wenn die Frage, ob in Preußen überhaupt ein Miniſterpräſidium beſteht, in bejahendem Sinne ſoll beantwortet werden.

Man hat ferner geſagt: „Als der Kaiſer mehr und mehr, und ganz mit Recht, auf eine poſitive Behandlung der Arbeiterfrage, insbeſondere der Arbeiterſchutzgeſetzgebung hindrängte und darüber vor allem mit Herrn v. Bötticher verhandelte, u. dgl., da — wurde vom Fürſten Bismarck dem Miniſterium ohne Wiſſen des Kaiſers die Kabinettsordre von — 1852 in Erinnerung gebracht."

Die Berufungen auf zweifellos zu Recht beſtehende Kabinettsordres bedürfen nach preußiſchen Traditionen keiner allerhöchſten Ermächtigung für den einzelnen Fall, ſonſt würde der König täglich mit den wunderlichſten Anfragen beläſtigt werden müſſen. Kabinettsordres gelten ſo lange, bis ſie aufgehoben werden und wenn über ihre Gültigkeit bei jeder Berufung darauf vom Miniſter beim Souverän angefragt werden müßte, ſo würde das zu Zuſtänden führen, welche keine Partei für dauernd anerkennen könnte.

Was Herrn v. Bötticher betrifft, ſo hatte ſeine Stellung mit der Zeit eine immer höhere Bedeutung gewonnen. Fürſt Bismarck ſchränkte mit den Jahren ſeinen Verkehr mit dem Parlament immer mehr ein, und es gab insbeſondere auf der

Digitized by Google

rechten Seite nicht wenig Freunde des Kanzlers, die das für sehr nützlich hielten. Diese waren der Meinung, daß die Art seines Eintretens und der Umstand, daß er sich von der Linken zu leicht reizen lasse, die Position der Gegner der Regierung nur zu stärken geeignet sei. Die Kreuzzeitung erteilte dem Fürsten direkt den Rat, dem Parlamente möglichst fern zu bleiben und keine frische Butter in die Pfanne der Opposition zu streichen. Den Gewinn, den Herr von Bötticher daraus ziehen durfte, daß er mehr ohne den Chef als mit demselben im Reichstage erschien, war ein zwiefacher. Nach der Seite des Parlaments repräsentierte er die entscheidende Stelle in der verantwortlichen Leitung der Reichsgeschäfte, und er wurde sogar nach Stolbergs Ausscheiden aus der Stellung als Vicekanzler und Vicepräsident des Staatsministeriums mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers betraut. Nach der Seite des Letzteren mußte es ihm nützen, daß er jederzeit in der Lage war, über den Stand der Geschäfte im Reichstage am besten informiert zu sein. Immer präsent, war er stets bereit, in die Debatte einzugreifen und privatim die beste Auskunft zu geben oder Wünsche, die an das Ohr des Kanzlers getragen werden sollten, entgegenzunehmen. Zieht man noch in Betracht, daß er sich immer mehr herausredete und insbesondere auch ganz erhebliche Fortschritte machte in der für einen Sprechminister wichtigen Kunst, sich durch nichts verblüffen zu lassen, was ihm bei dem Vertrauen, das ihm der Kanzler schenkte, und bei dem Humor, den er sich zu bewahren in der Lage war, verhältnismäßig leicht fiel, so wird man zugeben, daß seine Stellung, zumal er den Reichskanzler auch im Bundesrat immer mehr vertreten mußte, zu einer der einflußreichsten im Reiche sich entwickelte. Herr von Bötticher wurde mit den Jahren nicht nur der Geschäftsleiter des Bundesrates und des Reichstags, sondern auch des preußischen Staatsministeriums.

Er war am 16. August 1888 zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums ernannt, und es konnte nun kaum noch ein Amt geben, das ihm noch mehr Einfluß auszuüben und Gunst zu bezeugen Gelegenheit geboten hätte.

Digitized by Google

Als Kaiser Wilhelm II. zur Regierung kam, fand er Herrn von Bötticher in dieser ausgezeichneten Vertrauensstellung beim Reichskanzler vor. Er acceptierte das Verhältnis um so lieber, als er dem Vicekanzler schon als Prinz und Kronprinz vielfach nahe getreten war und in dessen Wesen manche Anziehungspunkte und vor allem einen frischen jugendlichen Zug entdeckt hatte, der vorteilhaft abstach gegen die bedächtige Zurückhaltung des Fürsten Bismarck. Außerdem förderte es Herrn von Bötticher in der Gunst seines Kaisers nicht wenig, daß er gewissermaßen über den Schlüssel zur weiteren Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung verfügte. Der Kaiser war als Prinz in die Politik hineingekommen, gerade als Fürst Bismarck die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 emaniert hatte. Was war natürlicher, als daß alles, was hiermit zusammenhing, die größte Teilnahme des jungen temperamentvollen Hohenzollern erregte, und daß, als aus dem Prinzen plötzlich unter selten tragischen Umständen der deutsche Kaiser geworden war, der Thatendrang des jungen Herrschers sich vor allem in sozial-politischer Hinsicht umsomehr in einem die Minister mächtig vorwärtstreibenden Eifer offenbarte, als eine ganze Reihe von Umständen zusammenkamen, um den Kaiser in eine Anschauung sich hineinleben zu lassen, aus der heraus die Februar-Erlasse des Jahres 1890 entstanden. Vor allem war es der im Frühjahr 1889 ausgebrochene westfälische Bergarbeiter-Ausstand, der wie damals das Interesse aller Gebildeten, auch das Interesse des Kaisers in hervorragendem Maße in Anspruch nahm. Auf Betreiben des Regierungs-Präsidenten von Berlepsch empfing der Kaiser die sogenannte Kaiserdeputation (mit dem bekannten Sozialisten Schröder an der Spitze) und ließ derselben eine Vermahnung zu Teil werden, die, wenn auch stellenweise scharf, doch nichts weniger als unväterlich klang. Der Kaiser hatte damit eine Präcedenz geschaffen und sich auf direkte Verhandlungen mit den Sozialdemokraten eingelassen.

Wie sich Herr von Bötticher damals zu der vorstehenden Frage gestellt habe, ist nicht bekannt, er hatte alle Hände voll zu thun mit dem Zustandebringen des Invaliditäts-

Digitized by Google

und Altersversicherungs-Gesetzes (Klebegesetz), dem insbesondere auch die Konservativen heftig widerstrebten. Da dieser Vorgang in seinen Ursachen, Wirkungen und Begleiterscheinungen mit der Entwicklung der Spannung in dem Verhältnis zwischen Bismarck und Bötticher innig zusammenhängt, so ist es nötig, etwas näher auf ihn einzugehen.

Die Konservativen hatten beharrlich das Gerücht verbreitet, Fürst Bismarck widerstrebe dem Zustandekommen dieses „schlechten" Gesetzes ganz wie sie selbst. Da sich Herr von Bötticher dem Kaiser gegenüber für verpflichtet hielt, die Verabschiedung des Gesetzes durchzusetzen, so drang er in den Fürsten Bismarck, daß er ihm beistehe und ihn ermächtige, das Gerücht von seiner Gegnerschaft zu widerrufen. Fürst Bismarck willfahrte dem Wunsche des Kollegen.

Das Interesse, das der Reichskanzler in seiner Rede vom 29. März 1889 an dem Zustandekommen des Gesetzes bekundete, wurde einmal durch die Kollegialität, dann aber auch durch die Thatsache begründet, daß es sich im damaligen Momente darum handelte, ob das ganze Gesetz zu Fall gebracht werde oder nicht. Die Annahme des Residuums erschien dem Fürsten als das mindere Uebel im Vergleich mit der definitiven Ablehnung des Ganzen.

Daß es ihm nicht allzu leicht wurde, die erwähnte Rede zu halten, ist aus ihren Windungen und Wendungen unschwer zu erkennen. Aus dem starken Hervortreten des persönlichen Momentes ergiebt sich auch der eigentliche Grund, weshalb der Fürst hier ein Opfer des Intellekts brachte und eine Art von Antoniusrede aufbaute, die ihren Meister sucht. Nicht um der schönen Augen des Herrn von Bötticher willen strapazierte er sich so stark, es geschah, um auf den Kaiser Eindruck zu machen.

Um den Argwohn desselben zu zerstreuen, den vielleicht nicht Herr von Bötticher, aber dessen gute Freunde, insbesondere die „schwächlichen" Herren aus der Provinz Sachsen an allerhöchster Stelle rege gemacht hatten, als ob der Fürst seinem alten sozialpolitischen Programm untreu zu werden beginne oder schon geworden sei, hebt er sein eigenes Verdienst und

Digitized by Google

die Inaugurierung der Politik der Sozialreform stark hervor und weist es weit von sich ab, der von ihm selbst entrollten Fahne jemals untreu werden zu können. Um das Mißtrauen des Kaisers vollends zu ersticken, widersteht er der Versuchung, in eine Kritik des Verhaltens des Bundesrats und Reichstags in dieser Frage sich einzulassen und einen Zweifel anzuregen, ob Herr von Bötticher die Stellvertretung des Reichskanzlers immer mit dem wünschenswerten Nachdruck wahrgenommen habe; er thut im Gegenteil alles, um den Eindruck hervorzurufen, als ob Herr von Bötticher seine Sache ausgezeichnet gemacht habe und als ob er ganz damit einverstanden sein würde, wenn Herr von Bötticher berufen werden sollte, ihn, den Fürsten, in Bezug auf die innere Politik demnächst vollständig zu ersetzen.

Daß die erwähnte Rede die spätere Kanzlerkrisis gerade in der einen wichtigen Beziehung, in der es sich darum handelte, den Reichskanzler zu halbieren und seine inneren Berechtigungen dem Herrn von Bötticher zu übertragen, bereits anticipiert, ist der sprechendste Beweis dafür, daß die Spannung bereits zu jener Zeit eingetreten war.

Sie wurde aber während der weiteren Beratung des Invaliditätsgesetzes noch verschärft und zwar wesentlich durch die Konservativen und dadurch, daß Fürst Bismarck es für ein minderes Uebel ansah, sich mit den Konservativen als mit dem Kaiser zu überwerfen.

Wie entwickelte sich das fernere parlamentarische Schicksal des vielberufenen Klebegesetzes? Der Reichstag erledigte die zweite Lesung desselben, vom 29. März ab gerechnet, in weiteren siebzehn Sitzungen vom 30. März bis 11. Mai 1889 und trat am 17. Mai in die dritte Lesung ein. Da sich in den Abstimmungen der zweiten Lesung herausgestellt hatte, daß Feinde und Gönner des Entwurfs sich fast in gleicher Zahl gegenüberstanden, ja, daß die Opposition gegen das Gesetz bis in die Reihen der Nationalliberalen und Konservativen hineinreichte, so war das definitive Ergebnis der dritten Lesung nicht mit Sicherheit vorauszusehen und Grund genug für die Gegner der Vorlage, einen letzten Versuch zu

Digitized by Google

wagen und sie zu Fall zu bringen. Die Generaldiskussion wurde vom Freiherrn von Manteuffel eröffnet mit einer langen Rede, in der er das Für und Wider erörterte, um schließlich mit der Bitte zu enden, der Reichstag möge alle großen und kleinen Bedenken gegen das Gesetz aus Sympathie mit dem durch dasselbe erstrebten Ziele beiseite setzen und ihm um der Erreichung des großen Zieles willen seine Zustimmung geben. Singers Rede gegen das Gesetz lief in eine Gegenüberstellung der arbeiterfreundlichen Worte und arbeiterfeindlichen Thaten der Regierung aus. Letztere sei eben dabei, die Arbeiterbewegung in allen westfälischen Kohlenbezirken durch Anwendung militärischer Gewalt zu unterdrücken und scheue sich nicht, durch junge, unreife, dem Knabenalter kaum entwachsene Menschen wehrlose Frauen und Kinder zusammenschießen zu lassen.

Der der Reichspartei angehörige Abgeordnete Holtz, einer der westpreußischen Grundbesitzer, der noch bei der zweiten Lesung für das Gesetz gestimmt hatte, begründete hierauf seine ablehnende Haltung, die er bei der dritten Lesung gegen die Vorlage einzunehmen gezwungen sei. Gestützt auf ein Votum des Zentralvereins westpreußischer Landwirte erklärte er das Gesetz als unvereinbar mit den Interessen der Landwirtschaft im allgemeinen, der preußischen Grundbesitzer im besonderen, leugnete das Bedürfnis einer gesetzlichen Invaliditäts- und Altersversicherung mit Rücksicht auf die ländlichen Verhältnisse vollständig, da es Berufsinvaliden auf dem Lande überhaupt nicht gäbe, für Unfallinvaliden aber durch die Unfallversicherung ausreichend gesorgt sei, und tadelte schließlich die harten Strafbestimmungen, mit denen das Gesetz die Arbeitgeber für jede Versäumnis in der Versichernng ihrer Arbeiter bedroht. Nachdem Staatssekretär von Bötticher die Ausführungen der beiden Vorredner (Singer und Holtz) kritisiert hatte, entwickelte der Abgeordnete Barth namens der deutsch-freisinnigen Partei seine aus der Manchesterlehre entnommenen Gründe gegen die dem Gesetzentwurf zu Grunde liegenden staatssozialistischen Anschauungen; ihm folgte, nach einer warmen Befürwortung des Gesetzes durch den Abgeordneten Gehlert, der Abgeordnete von

Digitized by Google

Komierowski mit der Erklärung, daß die polnische Partei angesichts der in den östlichen Provinzen vorherrschenden Feindschaft gegen das Gesetz nicht umhin könne, wider dasselbe zu stimmen, diesem der Abgeordnete Winterer, um im Auftrag der elsaß-lothringischen Protestpartei deren ablehnendes Votum zu begründen, worauf dann die Verhandlung vertagt und am 18. Mai fortgesetzt wurde. Wiederum erschien an diesem Tage wie am 29. März während einer Rede des Herrn von Bötticher der Fürst und redete mit großer Energie den Konservativen zu daß sie ihre Stimmen dem Gesetz zuwenden möchten.

Der Fürst meinte, die Konservativen übertrieben ihre Klagen über die Mehrbelastung der ländlichen Besitzer im Osten im Falle der Emanierung des Gesetzes, und bat die in der Gesamtrichtung ihrer Majorität konservativen Parteien sich auch in diesem Falle von der Gemeinschaft von Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elsaß-Franzosen und auch von der Gemeinschaft der Freisinnigen absolut loszusagen. — Die Rede des Fürsten — es war seine letzte, die er überhaupt im Reichstage gehalten hat — brachte zu Wege, daß, weil wirklich einige Konservative noch auf die Seite der Freunde des Gesetzes traten, dasselbe mit 185 gegen 165 Stimmen angenommen wurde. Das Verhältnis der Konservativen aber zu dem Fürsten wurde von Stunde an ein kühleres, und ebenso wie von nationalliberaler Seite schon vor Beginn der zweiten Lesung des Altersgesetzes die Losung von dem langsamen Abbrechen der Beziehungen der Partei zu dem rasch alternden Kanzler ausgegeben worden war, so verständigten Mitglieder der konservativen Partei nach Annahme des „schlechten" Klebegesetzes ihre Vertrauensmänner in Stadt und Land dahin, daß die Wünsche des Fürsten nicht mehr so ernst wie früher genommen zu werden brauchten, auch stehe er beim Kaiser und König längst nicht mehr in der früheren Gunst.

Während die Geschichte dieses Kampfes um das Invaliditäts-Gesetz beweist, daß in Bezug auf die von der Versicherungsgesetzgebung verfolgten Ziele das Zustandebringen eines Kompromisses zwischen den verschiedenen in Betracht kommenden Faktoren mit außerordentlichen Schwierigkeiten

Digitized by Google

verknüpft war, schien in einer anderen Richtung der Fürsorge für die wirtschaftlichen Schwächen der gesetzgeberischen Initiative größerer Erfolg zu winken. Die regelmäßigen wiederkehrenden Arbeiterschutzanträge des Zentrums (auf Beseitigung der Sonntags-, der Frauen- und Kinderarbeit) vereinigten ohne große Mühe Mehrheiten auf sich.

Auf den Kaiser, der für Mehrheiten einen empfänglichen Sinn hat, machten die beweglichen Klagen der Zentrums- und sozialdemokratischen Partei über die konsequent ablehnende Haltung des Bundesrats den Majoritätsbeschlüssen des Reichstages gegenüber mit der Zeit einen immer stärkeren Eindruck, und er wurde in der Würdigung der Motive des Fürsten Bismarck bei dessen Beharren auf dem Standpunkte des „Eile mit Weile" um so unsicherer, als auch in der konservativen und der nationalliberalen Partei die Zahl der Freunde einer progressiven Arbeiterschutzpolitik, durch welche den industriellen Arbeitern weitere Rechte auf Kosten der Arbeitgeber zu gewähren seien, immermehr zunahm.

Herr von Bötticher bekämpfte als Staatssekretär des Innern ebenso wie Bismarck die wiederholt aus der Initiative des Reichstages hervorgegangenen Anträge auf immer weitere Verstärkung des Arbeiterschutzes. Als er im Januar 1889 über diese Angelegenheit das Wort ergriff, betonte er, daß nicht eine einzige der verbündeten Regierungen sich für die Annahme der Anträge, betreffend Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, erklärt habe. Die Regierungen ständen nach wie vor auf dem Standpunkt der Novemberbotschaft, auch seien sie keineswegs darauf bedacht, allein die Interessen der Großindustrie zu schützen. Sie hätten sich aus drei Gründen dafür entscheiden müssen, den vorjährigen Beschlüssen des Reichstages nicht beizutreten. Erstens habe der Bundesrat die Ueberzeugung nicht gewinnen können, daß ein dringendes Bedürfnis zu gesetzgeberischem Einschreiten in dem vom Reichstage beschlossenen Umfange vorliege; zweitens sei der Bundesrat überzeugt, daß die wohlgemeinten Ziele, welche der Reichstag mit seinen Beschlüssen verfolgt, auf dem vorgeschlagenen Wege nicht verfolgt werden können, und drittens könnten die Re-

Digitized by Google

gierungen sich nicht entschließen, den Arbeitern und Arbeiterinnen die Gelegenheit zur Arbeitsverwertung in höherem Grade zu beschränken, als es aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles geboten sei.

Außer dem Zentrum und denjenigen Parteigruppen, die zu dieser Partei, damals noch viel mehr vielleicht wie heute, in einem ähnlichen Abhängigkeitsverhältnis standen wie das heutige republikanische Frankreich zu dem autokratischen Rußland, war es insbesondere auch noch die Partei der Kirchlich-Konservativen, welche gleichzeitig einen sehr lauten Preß- und stillen Hofkampf gegen den Fürsten Bismarck führte, weil er unreligiös sei und in Bezug auf den wichtigsten Punkt der Sozialreform, die Sonntagsruhfrage, noch ganz in den alten Manchester-Schuhen stecke. Dabei hatte der dieser Parteigruppe sehr nahestehende Geheime Rat Lohmann noch am 31. Mai 1889 vor versammeltem Kriegsvolk erklärt, die Gesetzgebung der Einzelstaaten reiche aus, um Ausschreitungen hinsichtlich der Sonntagsarbeit zu begegnen. Daher hätte sich der Bundesrat nicht entschließen können, ein zwangsweises Verbot der Sonntagsarbeit auszusprechen und die dem Bundesrat in dem Gesetzvorschlage übertragene Regelung der Ausführung zu übernehmen. Gerade diese von kirchlich-konservativer Seite gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Angriffe machten auf den Hof, den Kaiser nicht ausgenommen, am meisten Eindruck. Hand in Hand mit dieser Angriffspolitik auf die Lauheit Bismarcks in Bezug auf die Sozialreform ging in den erzkonservativen Blättern die Bekämpfung des Kartells. Daraufhin brachte allerdings der „Reichsanzeiger" eine allerhöchste Tadels-Kundgebung gegen die „Kreuzzeitung" und zu Gunsten des Festhaltens am Kartell; ein gut Teil bezeichnender für die Situation und den sich in ministeriellen Kreisen vollziehenden Umschwung war indessen ein Artikel des „Hamburger Korrespondenten", der bald darauf (im Oktober 1889) erschien, und aus welchem für jedermann, der zwischen den Zeilen zu lesen vermochte, hervorging, daß Fürst Bismarck bei seinen Kollegen mit seinen Ansichten nicht mehr die frühere Uebereinstimmung fand. Er stieß hin und wieder auf eine im Glauben auf eine höhere

Digitized by Google

Deckung wurzelnde Opposition. Da er im Sommer, Herbst und Winter des Jahres 1889 meist von Berlin abwesend war und in Bezug auf seine Information von einem Ring bedient wurde, der im Auswärtigen Amte dominierte, drangen sehr viele Zeichen der Abwendung früherer Anhänger von ihm und von ihrer Zuwendung zur neuen Sonne gar nicht zu ihm in seine Waldeinsamkeit. Er machte sich infolge dessen vielleicht zeitweise ein etwas falsches Bild von der Situation.

Um so mehr erhellte sich die Verschiebung in der Lage für ihn, wenn er sich mit einem Male Andeutungen gegenüber befand, wie sie ihm der Kaiser von Rußland in der beinahe anderthalbstündigen Audienz vortrug, die er am 11. Oktober 1889 bei demselben hatte. Der Zar war offenbar informiert darüber, daß Strebungen an Einfluß gewonnen hatten, den Fürsten zu beseitigen, und der Fürst war verdutzt, als ihn der Beherrscher aller Reußen fragte, ob er denn irgend welche Bürgschaften besitze, daß er noch längere Zeit im Amte bleibe.

Daß Herr von Bötticher gegen den Fürsten Bismarck wie der Bösewicht im Schauspiel intriguiert habe, ist selbstverständlich ausgeschlossen, aber wie mitunter der Böse gegen seinen Willen Gutes wirkt, so auch umgekehrt der gute Mensch Böses. Ganz besonders leicht tritt dieser Fall ein, wenn jemand sich aufs Vermitteln legt. Wenn Herr von Bötticher dabei nicht von beiden Seiten „Undank" erntete, wie es im gewöhnlichen Laufe der Dinge zu gehen pflegt, so lag das daran, daß er ein besonderes Geschick besitzt, den richtigen Moment abzuwarten, in dem man der Gefahr, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, noch knapp entgehen kann. Der Grund, warum ihm Fürst Bismarck sein Verhalten in der Zeit der Krisis verdachte, ist nicht darin zu suchen, daß der Altkanzler ihn mit einem Male nicht mehr für einen sehr fähigen Beamten hielt (nachdem er wenige Jahre zuvor, als seine rechte Hand durch finanzielle Mißerfolge des Schwiegervaters in Bedrängnis gekommen war, selbst Böttichers Unabhängigkeit im Staatsdienste dem alten Kaiser gegenüber vertreten hatte); auch nicht darin etwa, daß er es ihm mißgönnte, bei der ge-

Digitized by Google

planten Halbierung des Reichskanzlers (die sich nachher auch bei Caprivi als eine Sache von mehr als fragwürdiger Güte herausstellte) sein Nachfolger als Ministerpräsident in Preußen zu werden, sondern darin, daß Fürst Bismarck, so lange er dienstfähig war, hinter dieser Halbierungsabsicht nichts anderes als den Versuch erblickte, seinen Einfluß zu eskamotieren. („Sobald ich einen Kollegen bekomme, wird derselbe mein Nachfolger sein.") Schon während der Krisis in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war das Bestreben, den Fürsten Bismarck aus der inneren Politik zu verdrängen, das Moment, welches vom Standpunkte des Fürsten Bismarck aus als das bedenklichste erschien. Denn wenn dieser Plan gelang, dann war die Gefahr vorhanden, daß sich die Regierung vom „Linken" umgarnen lasse. Aehnlich lagen die Dinge bei der Krise 1889/90, nur daß hier statt des „Linken", der ausgangs der siebziger und anfangs der achtziger Jahre noch einigermaßen mächtig war, die Sozialdemokratie in Frage kam. Fürst Bismarck zog in dem Kampfe mit dem Kaiser um die Sozialreform infolge des Auseinandergehens der Ansichten im Ministerium und infolge der Schwächlichkeit der staatsbewußten Parteien gegenüber der Sozialdemokratie den Kürzeren.

Herr von Bötticher hat sich gegen die Jahre lang ihn verfolgenden Beschuldigungen wegen seines Anteils an der Entlassung Bismarcks in einem Interview verteidigt, das er sechs Jahre nach derselben mit einem Reporter hatte. Nach dem Berichte über diese Unterredung sagte Herr von Bötticher:

> „Die schwerste Zeit meines Lebens war die, als Fürst Bismarck aus dem Amte schied. Man hat mir vorgeworfen, daß ich an dieser Verabschiedung die Schuld trüge. Sehr zu Unrecht, schon weil ein ganz Anderer als ich dazu gehörte, um einen Bismarck zu stürzen. Zu meinem tiefsten Bedauern hat Fürst Bismarck selbst, ich weiß nicht, wodurch veranlaßt, die Meinung gefaßt und trotz aller meiner Bemühungen daran festgehalten, daß ich an der Herbeiführung des Abschlusses seiner amtlichen Thätigkeit beteiligt gewesen sei. Das konnte um so weniger der Fall sein, als ich in der kritischen Zeit vier Wochen lang durch einen Fall von Scharlach in meiner Familie an das Haus gebunden war und dem Kaiser nicht

Digitized by Google

einmal für die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens danken konnte. Als ich die Kette zum Schwarzen Adler-Orden erhalten sollte, schickte der Kaiser erst seinen Leibarzt zu mir, um festzustellen, ob auch wirklich schon Alles in Ordnung sei. Ich habe im Gegenteil das Mögliche gethan, was irgend in meinen Kräften lag, um zu verhüten, was dann freilich unausbleiblich wurde. In häufiger Wiederholung bin ich schon vor Jahren bei dem Fürsten Bismarck vorstellig geworden, er solle doch dem Andrängen des Reichstages nach Erweiterung des Arbeiterschutzes nachgeben, sei es durch ein umfassenderes Verbot der Frauen-, Kinder- und Nacht-Arbeit, sei es durch Ausdehnung der Sonntagsruhe. Der Fürst war dafür nicht zu haben. Er blieb unerschütterlich bei seiner Meinung, soviel ich ihm auch zuredete, ganz im Gegensatz zu der wohlwollenden Nachgiebigkeit, die er mir gegenüber früher in zahlreichen Fällen an den Tag gelegt. Ich kam ganz ausgezeichnet mit ihm aus, besser als einer meiner Vorgänger, Delbrück und Hofmann, und als die Staatssekretäre im Auswärtigen Amt, mit denen er sich auch nicht einmal recht vertrug. Mehr als ein Mal ist es vorgekommen, daß ich im Reichstage unvorbereitet zu einer eben aufgeworfenen Frage Stellung nehmen mußte, ohne daß ich mich vorher über die Intentionen des Fürsten Bismarck vergewissern konnte. Ich sprach dann so, wie ich vermutete, daß es den Ansichten des Fürsten gemäß sei. Fragte ich ihn nach beendeter Reichstagssitzung, wie er über die Sache denke, so zeigte es sich mehrfach, daß ich eine ganz andere Auffassung vertreten hatte; immer aber erklärte der Fürst ohne Zögern, daß es selbstverständlich bei dem, was ich gesagt, sein Bewenden behalten müsse.

Mit dem Kaiser stand Fürst Bismarck anfänglich ganz ausgezeichnet. Der Kaiser blickte förmlich zu ihm auf und erkannte seine Autorität völlig an, wie ich überhaupt allezeit gefunden habe, daß der Kaiser sachlichen Gründen, die angemessen vorgetragen werden — und auf einen solchen angemessenen Vortrag hat er natürlich als Kaiser Anspruch — in ausgezeichneter Weise zugängig ist. Der Kaiser hat ein erstaunlich schnelles und durchdringendes Auffassungsvermögen. Wenn man ihm Vortrag hält, so genügen einige Worte, um ihn sofort erkennen zu lassen, worauf es eigentlich ankommt. Das ist ein großer Vorzug. Fürst Bismarck verstand es nun nicht, die Dinge so vorzutragen, daß die Vorstellungen bei dem Kaiser Eingang

Digitized by Google

fanden. Der Fürst, der eine große Autorität bei dem Kaiser genoß, sprach zum Kaiser autoritativ, und so mußte es denn kommen, daß dem Kaiser dies nicht gerade gefiel und die Meinung in ihm in den Vordergrund trat: er sei doch nun einmal von Gott an die Stelle gestellt, an der er stehe, um nach seinen Gaben und Kräften und nach seiner Auffassung die Regierung zu führen. So kam es, wie es kommen mußte: Der Kaiser und Fürst Bismarck verstanden sich schließlich nicht mehr. Vergeblich stellte ich dem Fürsten Bismarck vor, daß es notwendig sei, dem lebhaften Wunsche des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes, der übrigens meinen Ansichten völlig entsprach, nachzugeben. Es war kurz vor der Katastrophe, daß mir von einem Kollegen berichtet wurde, der Kaiser und Fürst Bismarck hätten eine Aussprache mit einander gehabt, die zu einer vollen Verständigung und einem lückenlosen Einvernehmen geführt hätte. Ich war hocherfreut darüber, und da der Kaiser sich zum Frühstück bei mir angesagt hatte, ging ich zum Fürsten Bismarck, um ihn zu fragen, ob er mich gleichfalls mit seiner Anwesenheit beehren wolle. Ich wollte dem Fürsten Bismarck meine herzliche Befriedigung über das aussprechen, was ich gehört hatte. Ich fand aber den Fürsten in böseſter Laune, und auf meine ersten Worte hin fragte er, ob ich denn wirklich glaube, daß er zu den in Rede stehenden Maßregeln seine Zustimmung geben würde! Er werde in den Staatsrat kommen — diese Teilnahme des Fürsten an der Staatsratssitzung hatte man mir als die Besiegelung des Einvernehmens hingestellt — aber nicht um zuzustimmen, sondern um seine entgegenstehende Meinung zu vertreten. Als ich nach Hause kam, war der Kaiser, der sich verfrüht hatte, schon da. Der Kaiser war in fröhlichster Stimmung. Auch er erzählte, daß er mit dem Fürsten Bismarck zu voller Verständigung gekommen sei. Ich konnte es nicht übers Herz bringen, ihm gerade zu sagen, daß er sich in einem Irrthum bezüglich des Fürsten Bismarck befinde. Ich erwähnte blos, daß der Fürst in den Staatsrat kommen wolle. Der Kaiser vernahm das mit größtem Erstaunen, denn der Fürst, meinte er, hätte ihm gesagt, er werde dem Staatsrate fernbleiben. So war das Mißverständnis unheilbar geworden, man verstand sich hüben und drüben nicht mehr. Was Fürst Bismarck zur Erklärung seines Beharrens in der oppositionellen Stellung angeführt hatte, das war als eine Zustimmung aufgefaßt worden.

Digitized by Google

Als die Entscheidung getroffen war, begab ich mich zum Fürsten Bismarck, um mich von ihm zu verabschieden. Es war wohl die schwerste Stunde meines Lebens. Thränenden Auges küßte ich ihm die Hand, dankte ihm für alles Wohlwollen, das er mir bewiesen, und bat ihn, zu glauben — es waren mir schon allerhand Gerüchte zu Ohren gekommen, — daß ich nie etwas gethan, was mit der Treue gegen ihn nicht vereinbar wäre. Er antwortete mir, er setze auch gar nicht voraus, daß ich einen Treubruch gegen ihn begangen hätte oder eines Treubruchs fähig wäre; aber er müsse doch sagen, daß ich ihn in dem Kampf gegen den Kaiser nicht so unterstützt hätte, wie ich wohl gekonnt. Hierauf konnte ich nichts erwidern, denn sonst hätte ich erklären müssen, daß es für mich, einen Beamten, einen Kampf gegen den Kaiser nicht geben könne. Abgesehen hiervon, war es auch nicht angängig, daß ich eine Meinung, die ich Jahre lang gegen den Fürsten Bismarck vertreten, aufgab, weil der Kaiser sie teilte."

Dem Wunsche nach einer unzweideutigen Zurückweisung der dem Staatsminister von Bötticher in den Mund gelegten Auslassungen über gewisse intime Vorgänge der inneren Politik ist nicht entsprochen worden. Im Gegenteil soll Herr von Bötticher geäußert haben, daß der von anderer Seite als wenig glaubwürdig bezeichnete Bericht „im großen und ganzen Aeußerungen, die er verschiedenen Personen gegenüber gethan hat, zutreffend wiedergebe, in einzelnen Punkten aber der Berichtigung bedürfe; eine solche werde er jedoch nur erfolgen lassen, wenn er von außen dazu veranlaßt werden sollte". Uebrigens behandelte man in Friedrichsruh das in der Presse verbreitete Interview des Herrn von Bötticher als Thatsache und bemerkte dagegen, daß der Minister von Bötticher seinem damaligen Ressort nach nicht berechtigt war, mit seinem Vorgesetzten, dem Reichskanzler, in einen Wettbewerb im Reichstage oder beim Kaiser einzutreten. „Daß Fürst Bismarck unerschüttert bei seiner Meinung über Sonntagsruhe und Eingriffe in das Familienleben der Arbeiter blieb, ist zweifellos; aber es war auch Thatsache, daß sein Amanuensis, der Minister von Bötticher, die kanzlerischen Auffassungen im Konseil, im Kabinett und im Reichstage zu unterstützen aufhörte, nachdem die Stellung des Fürsten als Ratgeber beim Kaiser unsicher

Digitized by Google

geworden war. Daß Fürst Bismarck es nicht verstand, in Konkurrenz mit Herrn von Bötticher im Kabinett die Dinge so vorzutragen, daß „die Vorstellungen beim Kaiser Eingang fanden", war um so mehr zu bedauern, als der Fürst im Verkehr mit hohen Herrschaften sonst in seiner Dienstzeit nicht unglücklich gewesen ist. Daß Herr von Bötticher dem Fürsten Bismarck vorgestellt hat, es sei notwendig, den Wünschen des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes nachzugeben, ist richtig; Herr von Bötticher hat sogar im Widerspruch zu seiner Ressortaufgabe, dem Reichskanzler beizustehen, dessen Ansichten im Konseil und im Staatsministerium überzeugungstreu bekämpft. Wir treten nur der Ansicht entgegen, daß er zu diesem Kampfe gegen seinen Vorgesetzten nach der damaligen staatsrechtlichen Lage berechtigt gewesen sei. Die beiden Amtsvorgänger des Herrn von Bötticher, die Herren Delbrück und Hofmann, wurden zu Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums ausschließlich zu dem Zwecke ernannt, um im letzteren die Ansichten ihres Chefs, des Reichskanzlers, bei dessen Abwesenheit oder anderweitiger Beschäftigung zu vertreten. Beide Herren haben sich diesen Aufgaben auch gewissenhaft unterzogen und im Staatsministerium die Ansichten des Reichskanzlers auch dann vertreten, wenn sie persönlich nicht einverstanden waren. Von einer unmittelbaren Einwirkung der preußischen Minister Delbrück und Hofmann auf die Entschließungen des Königs ist uns niemals etwas bekannt geworden, ebensowenig von einer Erweiterung der staatsrechtlichen Kompetenz des den Reichskanzler vertretenden Mitgliedes des preußischen Staatsministeriums bei Uebernahme dieser Stellung durch Herrn von Bötticher; der Interviewer überschätzt also die damalige Kompetenz des Herrn von Bötticher, wenn er ihn als unter dem Drucke eines Konflikts ministerieller Pflichten dem Kaiser gegenüber befindlich darstellt. Was den Passus des Interviewers über den Staatsrat betrifft, dessen Mitglied und Vicepräsident Fürst Bismarck war, und der nach dem Verfasser ohne sein Zuthun berufen worden zu sein scheint, so erklären wir die faktischen Angaben des Interviewers für ungenau, enthalten uns aber der Richtigstellung, weil diese nur durch

Digitized by Google

Hereinziehen der Person des Kaisers bewirkt werden könnte. — Für vollständig richtig halten wir die Herrn von Bötticher zugeschriebene Ansicht, daß es für ihn einen Kampf gegen den Kaiser nicht habe geben können. Wir halten aber auch in der Stellung des Reichskanzlers selbst einen „Kampf" gegen den Kaiser für einen übel gewählten Ausdruck. Es kann sich in ministerieller Stellung bei uns niemals um einen Kampf gegen den Souverän, sondern nur um die ehrerbietige Vertretung ministerieller Ansichten bis zu dem Augenblicke handeln, wo der Kaiser die Meinungsverschiedenheiten durch Allerhöchsten Befehl entscheidet. Eine solche ministerielle Diskussion dem Monarchen gegenüber durchzuführen, war Herr von Bötticher nach seiner amtlichen Kompetenz nicht berufen; er war nicht berechtigt, seinen persönlichen Ansichten auf einem anderen Wege als durch den ihm vorgesetzten Reichskanzler im Immediatvortrage Ausdruck zu schaffen. Wenn es seinem Gewissen widersprach, der Natur seiner Berufung gemäß die kanzlerischen Ansichten im Ministerium und im Kabinett zu vertreten, so hätte er an beiden Stellen sich jeder Aeußerung enthalten sollen, wenn er nicht nach dem Beispiel seiner Vorgänger in der gleichen Stellung, der Herren Delbrück und von Hofmann, auf diese verzichten wollte."

In seiner Rede vom 9. Juni 1895 an eine Deputation vom Bunde der Landwirte hatte Fürst Bismarck von Ministern gesprochen, die am Amte „klebten". Am 14. desselben Monats erschien eine Art Ehrenerklärung im nichtamtlichen Teile des „Reichsanzeigers" für den Staatsminister v. Bötticher, auf den gewisse Aeußerungen der Bismarck'schen Rede allgemein bezogen worden waren. Das amtliche Organ meinte, daß die Bemerkung von den Ministern, welche am Amte „klebten", unmöglich auf Herrn von Bötticher gemünzt sein könne, denn es sei Thatsache, daß letzterer bereits im Februar 1890 dem damaligen Reichskanzler seinen Wunsch ausgesprochen habe, aus seinen Aemtern entlassen zu werden. Auch späterhin habe Herr von Bötticher wiederholt seine Entlassung erbeten, welche ihm jedoch nicht gewährt worden sei. Es wurde alsdann noch der Wortlaut eines vom 29. März 1892 datierten Allerhöchsten

Digitized by Google

Handschreibens wiedergegeben, in welchem unter ehrenvoller Anerkennung der von Herrn von Bötticher geleisteten Dienste die von diesem gewünschte Enthebung aus seiner Stellung abgelehnt wird. Dieses Eintreten des „Reichsanzeigers“ für den Minister von Bötticher wurde nun seitens derjenigen Organe, welche nach allgemeiner Annahme enge Beziehungen zum Hause des Fürsten Bismarck pflegten, zum Gegenstande kritischer Betrachtungen gemacht, die das Verhältnis des ehemaligen Reichskanzlers zu dem Staatssekretär im Reichsamte des Innern beleuchteten. Es genügt wohl, auf zwei Thatsachen zu verweisen: erstlich die, daß im Februar 1890 das allmähliche Ausscheiden Fürst Bismarcks aus dem Dienst auf Grund einer Verabredung zwischen dem Kaiser und ihm bereits feststand, es mithin von dem damaligen Reichskanzler nicht loyal gewesen sein würde, Demissionsabsichten des Herrn von Bötticher Folge zu geben; zweitens, daß das Entlassungsgesuch vom März 1892 in die Zeit fiel, als Caprivi infolge des Schulgesetzes sich bekanntlich gleichfalls aus beiden Aemtern zurückziehen wollte und nicht ohne Mühe zum Verbleiben als Reichskanzler bewogen wurde. Daß Herr von Bötticher als Stellvertreter des Grafen Caprivi damals ein Entlassungsgesuch einreichte, ist ebenso begreiflich wie die damals unvermeidliche Ablehnung dieses Gesuches. Die „Hamburger Nachrichten“ erklärten später (1895), ihnen sei die „Thatsache“, daß Fürst Bismarck selbst Herrn von Bötticher einstmals im Amte zurückgehalten habe, ein Novum, und sie würden es mit Interesse begrüßt haben, wenn der Beweis für die Richtigkeit der Angabe durch ein ähnliches unanfechtbares Aktenstück wie die Kabinettsordre vom 29. März 1892 geführt worden wäre. Im übrigen habe man sich vorzuhalten, daß die Entscheidung über Ministerportefeuilles nicht bei dem Fürsten Bismarck, sondern an der Allerhöchsten Stelle gelegen habe. Dort aber war Herr von Bötticher unserer Erinnerung nach persona gratissima, wie u. a. durch die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens bekundet und dadurch bethätigt wurde, daß Herr von Bötticher sich in der Lage fühlte, die von Allerhöchsten Auffassungen abweichende Politik seines Vorgesetzten, des

Digitized by Google

Reichskanzlers, bezüglich der Arbeiterfrage offen und amtlich zu bekämpfen. Es wurde damals, im Februar 1890, allgemein geglaubt, daß Herr von Bötticher in der Stellung des preußischen Ministerpräsidenten zum Nachfolger des Fürsten Bismarck ausersehen sei. Es war deshalb anzunehmen, daß, wenn ein Abschiedsgesuch des „kommenden Mannes" in jener Zeit wirklich zur amtlichen Entscheidung gelangt wäre, dieselbe ziemlich ähnlich gelautet haben würde, wie die gnädigste Allerhöchste Ordre vom 29. März 1892. Wir sind viel eher geneigt, zu glauben, daß in damaliger Zeit das Verbleiben des Herrn von Bötticher im Amte für sicherer galt, als das des Fürsten Bismarck.

Digitized by Google

IX.

Unverantwortliche Ratgeber.

Selten hat ein Herrscher einen Bürger in solchem Maße gefeiert, selten ihm eine Huldigung dargebracht, wie Kaiser Wilhelm 1889 dem Oberbürgermeister von Frankfurt, das seine Blüte Herrn Miquel zu verdanken hat. Der Kaiser trank nicht nur auf das Wohl der alten Reichsstadt, sondern auch auf Herrn Miquel persönlich.

Dieses Ereignis mußte einiges Aufsehen erregen, denn in denjenigen Kreisen, denen man einen besonderen Einfluß auf den Kaiser zuzuschreiben gewohnt war, genoß Herr Miquel nicht entfernt gleiches Ansehen. Sobald sein Name für eine Ministerkandidatur genannt wurde — und welches Portefeuille wäre ihm nicht schon zugesprochen worden! — erinnerte man in der konservativen Presse an die demokratische Vergangenheit des nationalliberalen Parteiführers, und noch geflissentlicher brachte man die angebliche Thatsache in Erinnerung, daß Kaiser Wilhelm I. eine ausgesprochene Abneigung gegen Herrn Miquel an den Tag gelegt habe, weil derselbe als Mitinhaber einer großen Bank mit dem Gründungswesen in allzu enge Berührung gekommen sei.

Daß ein Mann von solcher Begabung, wie Herr Miquel, wenn er sein Licht mit der nötigen Berechnung spielen läßt, große Wirkung üben kann und muß, wird keinem Menschen entgehen.

Es ist daher begreiflich genug, daß Herrn Miquels Rede auch den Kaiser in Frankfurt mächtig ergriff. Und in der

Digitized by Google

That, diese Rede war meisterhaft eingerichtet; sie feierte die Vorfahren des Kaisers, ihn selbst aber als den Erben ihres Ruhmes, ihrer Weisheit, ihrer Macht und Volkstümlichkeit. Sie verherrlichte den Herrscher wegen seiner Bemühungen für die Erhaltung des Friedens, betonte aber die vertrauensvolle Entschlossenheit des Deutschen Volkes, dem erhabenen Führer und Lenker seiner Geschicke, wenn es sein muß, in Sturm und Wetter zu folgen. „Herr Miquel ist kühl bis ans Herz hinan, aber er ist geschickt genug, an richtigem Platze ein ergreifendes Pathos zur Schau zu tragen. Und in Frankfurt hat er sich selbst übertroffen. Kein Wunder, daß die Antwort des Kaisers wirklich „aus tiefstem Herzen" kam und jene Wärme der Empfindung zeigte, welche sich zu einem bewunderten Hoch auf Frankfurts Oberbürgermeister steigerte", sagte damals die Vossische Ztg.

Es bedurfte aber kaum der „meisterhaften Rede" Miquels, um den Kaiser für ihn zu gewinnen. Dieser hatte, kurz ehe er nach Frankfurt kam, den Oberbürgermeister der Stadt schon in sein Herz eingeschlossen und auch das Portefeuille für ihn in der Tasche. Nur die Vakanz des Finanzministersessels fehlte noch. Herr Miquel war dem Monarchen von einflußreicher Seite empfohlen worden, wenn auch nicht von einer bismarckfreundlichen.

Man soll im politischen Leben niemals sagen: „Niemals". Herr Miquel hat nach diesem staatsmännischen Worte gehandelt, als er bald nach Bismarcks Entlassung in Frankfurt beteuerte, von seiner Berufung zum Finanzminister nichts zu wissen und am liebsten sein Leben in der ehemals freien Stadt zu beschließen, obwohl „man nichts beschwören solle". Man begriff es, daß der nationalliberale Parteiführer das rheinische Oberpräsidium, welches ihm ohne Anregung des Fürsten Bismarck unmittelbar vom Kaiser angeboten wurde, ausgeschlagen. Herr Miquel versteht sich auf das Warten; er vertraut auf seinen Stern, und sein Glaube hat ihn nicht betrogen. Zum großen Mißvergnügen manches Konservativen zog ein Mann in den Palast am Kastanienwäldchen, der nicht nur ein roter Demokrat gewesen, der nicht nur Vorkämpfer der verwaschenen Mittelpartei war, sondern der sogar an der Spitze eines

Digitized by Google

großen Bankinstitutes gestanden und unter dem Schatten des Giftbaumes geweidet hatte.

Um sich die hohe Gunst zu erklären, deren sich Herr Miquel beim Kaiser, längst ehe er Minister wurde, erfreute, muß man wissen, daß der ehemalige Bürgermeister beim Kaiser durch keinen geringeren Mann eingeführt wurde, als durch den Grafen Waldersee, wenn nicht persönlich, so doch durch warme Empfehlung. Graf Waldersee und Miquel hatten im Herrenhause enge Fühlung gewonnen. Sie fanden sich besonders in kirchlichen Fragen zusammen. Die Idee, deren Verwirklichung die berühmt gewordene Waldersee-Versammlung von 1887 galt, hatte an Herrn Miquel einen kräftigen Vertreter. Es mochten noch andere Berührungspunkte vorhanden sein, vielleicht der „alternde" Bismarck eine Rolle spielen. Mag dem sein, wie ihm wolle. Herr Miquel wurde beim Kaiser durch Graf Waldersee eingeführt, und einige Tage darauf redete der Monarch den Empfohlenen beim Kriegsminister mit den Worten an: „Sie sind mein Mann." Und in Frankfurt feierte er ihn sodann in der oben angegebenen Weise, ein halbes Jahr später war Miquel Minister.

Welche Vorstellung der Kaiser sich von demselben machte, geht aus einer Aeußerung hervor, die er im November 1890 gethan, nachdem derselbe schon ein halbes Jahr im Amte war. Miquel war als Parteimann stets der konträre Gegensatz zu jenen Politikern, welche immer zufrieden, das Große gewollt zu haben, auch wenn durch sie die Gesetzgebung nicht vom Fleck kommt, oder aber in dem Bewußtsein, nützliche Reformen nicht zu hindern, dank der Bereitwilligkeit anderer, etwas zustande zu bringen, sich gestatten dürfen, Unausführbares zu fordern und durch die Kühnheit ihrer Ideen die anderen in den Schatten zu stellen, die die Verpflichtung fühlen, die allerdings sehr unbequeme, sehr lästige Verantwortlichkeit nicht nur des Redens und Abstimmens, sondern auch des Handelns zu übernehmen. Miquel war der vollendete Typus des „Ja — aber", d. h. des praktischen Staatsmannes, das gerade Gegenteil des „Ja — also."

Digitized by Google

Der Kaiser hat dagegen im November 1890 beim parlamentarischen Diner bei Herrn v. Caprivi die Worte geäußert: „Die ältere Generation sagt immer „ja — aber", die jüngere Generation „ja — also", der Finanzminister Miquel ist von der jüngeren Generation." Danach hätte Herr Miquel sich verjüngt. Dem sei, wie ihm wolle. Die Hinlenkung der Aufmerksamkeit des Kaisers auf Miquel und seine schnell gewonnene Hochschätzung für denselben ist zuerst von konservativer und regierungsfreundlicher Seite ausgegangen.

Wenn schon durch die intimen Beziehungen zum Grafen Waldersee die Stellung bedingt wurde, die Herr Miquel in dem verhängnisvollen Jahr 1889, dem Jahre der Friktionen und der Erörterungen der Nachfolge Bismarcks, zu diesem mehr und mehr einnahm, so liegt noch eine Reihe von Symptomen vor, die deutlich zeigen, wie angelegentlich Herr Miquel sich mit dem Gedanken an die Vakanz des Reichskanzleramts beschäftigte und wie wenig unerwartet ihm die Entlassung Bismarcks kam. In dem obigen Kapitel „Bismarck und Waldersee" ist von einem Artikel der „Hamb. Nachrichten" die Rede gewesen, durch den im Anfange des Jahres 1889 Graf Waldersee zur Diskussion gestellt und die national-liberale Partei gewarnt wurde, sich nicht überraschen zu lassen. Dieser Artikel hatte eine merkwürdige Veranlassung. Von Seiten des Generalsekretärs der national-liberalen Partei war ein Cirkular an eine Anzahl Parteimitglieder gerichtet worden, in welchem vor einer allzu weitgehenden Unterstützung des „rasch alternden Reichskanzlers" gewarnt wurde. Es ist kaum glaublich, daß Herr Patzig dieses Cirkular wirklich ganz auf eigene Faust verbrochen hätte. Der Urheber jener Warnung war Herr Miquel. Dieser sagte sich damals, der Kanzler könne dem Vaterlande doch einmal schnell entrissen werden; in diesem Falle aber stände eine Partei, die sich ganz mit ihm identifiziert habe, vis-à-vis de rien. Was dann geschehen würde, wisse man nicht; schwerlich dürfte es zu einer unveränderten Fortsetzung der Politik Bismarcks kommen. Wenn auch sicher anzunehmen sei, daß Graf H. Bismarck Staatssekretär des Auswärtigen bleibe, so sei doch kein Zweifel, daß er nicht der

Digitized by Google

leitende Staatsmann in dem Sinne sein werde, wie dies sein großer Vater jetzt sei, vielmehr stehe anzunehmen, daß irgend ein anderer als Nachfolger des Fürsten Bismarck in Betracht komme. Das Zirkular des Herrn Patzig war dem Reichskanzler bekannt geworden; bekanntlich nahm der Fürst Veranlassung, selbst im Reichstage der Auffassung entgegenzutreten, als ob er rasch altere. Und in der That, es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die gewaltige Körperkonstitution des Reichskanzlers ungebrochen war. Der Artikel der „Hamb. Nachr." war eine Verwarnung der Nationalliberalen, welche an das Stillschweigen derselben bei der Erörterung der Geffcken-Angelegenheit im Reichstage anknüpfte.

Herr Miquel nahm also sehr früh Stellung zu dem rasch alternden Reichskanzler. Er ist aber ein zu vorsichtiger Diplomat, als daß er an Schritten sich hätte offen beteiligen sollen, die andere unternahmen, um den Fürsten Bismarck zu Falle zu bringen. Im Uebrigen war er ein eifriger Förderer aller antibismarckischen Tendenzen des Kaisers. Das Zentrum bescheinigte ihm bei seinem Amtsantritt, daß er als Abgeordneter stets gegenüber der katholischen Kirche wie gegenüber dem Zentrum „ein viel größeres Maß an Vorurteilslosigkeit und an Entgegenkommen" gezeigt habe, als seine Parteigenossen. Herr Miquel sei eben ein viel klügerer und besonnenerer Mann, als das „Gros seiner politischen Freunde" von ehedem, er habe Verständnis ebenso wohl für die große Bedeutung der katholischen Kirche, wie für die politische Stellung des Zentrums. Ebenso war Herr Miquel der Sozialpolitik des Kaisers von Anfang an beigetreten, sie bildete ein festes Band zwischen dem Monarchen und Miquel. Der Kaiser ernannte diesen in dem Staatsrath, der zur Berathung der Erlasse zusammentrat, zum ersten Referenten, als welcher Herr Miquel sich große Verdienste erwarb. Er trug das Banner des „Neuen Kurses" voran, nur bis zu den Handelsverträgen folgte er diesem nicht. Er sagte, die Konservativen müßten große Esel sein, wenn sie dieselben annähmen.

In dem Konflikte zwischen Kaiser und Kanzler auf dem sozialpolitischen wie auf dem hochpolitischen Gebiete ist ein

Digitized by Google

anderer unverantwortlicher Ratgeber in deutlicheren Umrissen hervorgetreten als Herr Miquel. Wir meinen den ehemaligen Erzieher des Kaisers, Geh. Rat Hinzpeter. Er ist es, der am direktesten dem Fürsten Bismarck entgegengearbeitet hat, indem er die Sozialpolitik zu seinem Spezialfach machte und den Kaiser vollständig für sich einnahm. Das Thema von den unverantwortlichen Ratgebern der Krone hat durch den ehemaligen Erzieher des Kaisers eine besonders auffallende Bereicherung erfahren. Die Minister selber haben sich darüber zu beschweren gehabt.

Der Kaiser hat von Hinzpeter einmal gesagt, daß er in ihm die Grundsätze befestigt habe, welche für seine weitere Entwicklung bestimmend geworden seien. Welches waren diese Grundsätze? Hierüber giebt uns das Glaubensbekenntnis Aufschluß, das Herr Hinzpeter im Jahre 1878, als der damalige Prinz Wilhelm das Gymnasium zu Kassel verließ, um die Universität Bonn zu beziehen, als Andenken an den Kasseler Aufenthalt und als Vermächtnis für die Zukunft seinem ehemaligen Zögling überreicht hat. Dasselbe trägt den Titel: „Philipp der Großmütige. Bild eines Fürsten aus kritischer Zeit. A. U. S.S. D.“, d. h. zum Gebrauche des allerdurchlauchtigsten Dauphins. Herr Hinzpeter geht in dieser Biographie des in seinen Vorzügen wie in seinen Fehlern lebhaft und wahrheitsgetreu geschilderten hessischen Landgrafen, an den in Kassel besonders lebhaft zu denken, sowohl dem Erzieher als dem Zögling nahe lag, von der Ansicht aus, daß es nur zwei Epochen in der Entwicklung des germanischen Geistes gebe, die mit der verglichen werden könnten, in der wir leben, Epochen, „in denen ebenso laut und allgemein die alte Frage nach dem eigentlichen Sinn und Zweck des menschlichen Lebens wieder aufgeworfen wurde, weil die bisherige Basis des Fühlens, Denkens und Handelns schwankend geworden.“ Herr Hinzpeter versteht unter diesen beiden Epochen die Zeit der Christianisierung der germanischen Völker und die der Reformation. Aus dieser zweiten Epoche, die durch ihre Erfolge und Mißgriffe ein größeres Verständnis und ein persönlicheres, weit egoistischeres Interesse für uns hat, will er seinem Zögling eine besonders „dramatische Existenz“, die kräftig und

Digitized by Google

schuldvoll dasteht, vor die Seele führen. In solchen Zeiten, in denen die Menschheit sich für Altes oder Neues entscheiden mußte, meint er, pflegten dann besonders stark ausgeprägte Individuen vor die Menge der andern zu treten und diese mit sich fortzuziehen. Mannigfaltig sind sie geartet. „Nur ist allen denen", so heißt es an der Stelle, wo er die Tendenz seiner Schrift ganz unverhohlen ausspricht, „die in solchen Entwicklungsphasen entscheidend eingreifen, neben dem scharfen Blick für das Nötige und dem natürlichen Sinn für das Mögliche, eine Eigenschaft gemeinsam, welche sie vorzüglich zu ihrer Rolle befähigt, das ist ein starkes Selbstbewußtsein, beruhend auf dem festen Glauben an die Hilfe einer höheren Macht oder auf dem sicheren Vertrauen in die eigene Kraft. Dieses Selbstbewußtsein ist auch für Philipp von Hessen die Quelle der Kraft zum Guten, wie leider auch zum Schlimmen. Es flößt ihm ebensowohl die Energie ein, nach hohen Dingen zu streben und Bedeutendes zu leisten, wie die Tollkühnheit zu frevelhafter Selbstsucht und zur Verleugnung seiner unverkennbaren Pflicht. Es liegt deshalb der Gedanke nahe, der Betrachtung seines Lebens ermunternde und warnende Eigenschaften zuzuschreiben, und damit erklärt sich der Versuch, es in seinen Hauptzügen zu zeichnen. Bei der Auswahl derselben ist maßgebend gewesen die Rücksicht auf die zu illustrierende Moral, daß ein wichtiges Selbst- und Standesgefühl, in welchem das Bewußtsein der Rechte und Pflichten gleich stark ist, eine reiche Quelle inneren und äußeren fruchtbaren Lebens werden kann, während das Falsche, in welchem das Bewußtsein der Rechte das der Pflichten überwiegt, die Thatkraft lähmt oder sie zum Verderben wirken läßt."

Wie wir aus diesen, auch im Original gesperrt gesetzten Worten entnehmen, kam es dem pädagogischen Historiographen des hessischen Landgrafen darauf an, seinem Zögling vor allem die Wahrheit einzuschärfen, daß das Thun im Leben hervorragend gestellter Männer von lebhaftem Selbstbewußtsein nur dann für sie selbst und ihre Zeit zum Segen ausschlagen könne, wenn in ihm alle ihm eigenen Rechte und Pflichten gleichmäßig zur Uebung und Anerkennung kämen, eine Wahrheit, welche

Digitized by Google

allerdings nicht den Vorzug der Neuheit hat, die aber bei der Erziehung des zukünftigen Herrschers eines großen Reiches nicht immer, ja mit vollem Bewußtsein sicherlich nur selten zur Richtschnur gewählt zu werden pflegt.

Wir können hier natürlich nicht der Biographie des hessischen Fürsten, dessen Vater kaum 5 Jahre nach der Geburt des Erbprinzen verstorben war und der als ein Zankapfel der Parteien des hessischen Hofes, und hierdurch in seiner Entwicklung nicht zu seinem Vorteile bestimmt, aufwuchs, in ihrer Schilderung von dessen thatenreichen und schuldbehaftetem Leben nicht im einzelnen folgen. Daß der wahrhaft tragische Moment desselben und man kann sagen, der deutschen Reformation überhaupt, in welchem der Landgraf die Doppelehe mit Margarethe v. d. Saal einging, in seiner ganzen Bedeutung hervorgehoben wird, bedarf keiner Versicherung. War dieser Akt doch auch in Wirklichkeit ein „großer Mißbrauch alles dessen, was die reformatorische Bewegung an neuen Gedanken und neuen Institutionen hervorgebracht hatte."

Nur noch eine Stelle mag aus dem Büchlein mitgeteilt werden, wo Herr Hinzpeter seinen Helden mit wenigen Strichen nicht nur in seiner gesamten Regierungstendenz, sondern auch im Kampfe mit den schlimmsten Feinden des Staatslebens jener Tage charakterisiert. Man wird dabei doch unwillkürlich an manches erinnert, was wir selbst erlebt haben. Seite 49 schreibt er: „Zunächst übernimmt der Landgraf in vollem Gefühle seiner Verantwortlichkeit die Rolle eines Regulators der Volksbewegung, die Rolle, welche einer Regierung stets am ehesten gebührt. Seine eigene Ueberzeugung zur Geltung zu bringen, gilt ihm als Pflicht, aber immer nur als Ueberzeugung auch in den anderen, wie er denn sein ganzes Leben lang im Gegensatz zu so manchen katholischen und protestantischen Fürsten den Grundsatz verfochten und geübt hat, daß es wider Gott sei, einen Menschen um deswillen, daß er unrecht glaubt, zu töten." Es liegt darin der sicherste Beweis, daß er sich selbst durch eigenes Suchen eine feste Ueberzeugung gebildet hatte, und daß er deren nun vollkommen sicher war, zeigte er durch seine weitere Mahnung an seinen Schwiegervater, sich nicht abschrecken zu lassen durch die-

Digitized by Google

bedenklichen radikalen Konsequenzen, welche die Bauern und Thomas Münzer vor seinen Augen aus der neuen Lehre zogen, und die diesem ein klares Zeugnis von der Verwerflichkeit derselben zu sein schienen. Im Tone seiner Zeit- und Parteigenossen bringt er das Gleichnis vom Säemann als Beruhigung und Verteidigung vor, wonach ja „der Same nicht allenthalben auf das gute Land fiele".

Gleich nach der Thronbesteigung Wilhelms II. erschien eine Schrift Hinzpeters über denselben, welche dem Kaiser vor ihrer Drucklegung zur Durchsicht unterbreitet war. Dr. Hinzpeter nannte unter den „höchsten Autoritäten", welche auf die Entwicklung des Prinzen Wilhelm eingewirkt haben, neben der „eminent künstlerisch begabten und beschäftigten Mutter", den „bürgerlich liberalen Vater", und sich, den „philosophisch räsonnierenden Erzieher". Dr. Hinzpeter suchte nachzuweisen, daß der Grundzug des Charakters Sr. Majestät die „kräftige Eigenart" ist, welche sich schon in der frühesten Jugend zeigte und allen Einwirkungen auch jener drei höchsten Autoritäten gegenüber sich nicht verleugnete. „Selbst dem zeitweise gewaltigen Ruck der methodisch vorgehenden moralischen Mächte entzog sich aber stets das innere Wesen des heranwachsenden Prinzen; er entwickelte sich seiner eigenen Natur gemäß stetig fort, von den äußeren Einflüssen berührt, modifiziert, dirigiert, aber niemals verschoben" ..... „Diese kräftige, eigenartige Pflanze sog aus allem ihr Gebotenen das für ihre besondere Entwicklung Brauchbare und assimilierte es sich zu fröhlichem Wachstum." Und schon vorher sprach Dr. Hinzpeter von der „stark ausgeprägten Individualität, welche durch nichts wirklich verändert, selbst den mächtigsten äußeren Einflüssen widerstehend, in ihrer Eigenart sich konsequent entwickelt hat". Endlich hieß es: „Hat doch das Adlerpaar selbst kein Recht, den jungen Aar zu tadeln, der seine eigene Flugbahn wählt, daß ihn aber andere einfangen, ist so wenig wünschenswert, wie es wahrscheinlich." Wir wissen, daß nach jener Versammlung bei dem Chef des Generalstabes, Graf Waldersee, an welcher Prinz Wilhelm und seine erlauchte Gemahlin teilnahmen, sich ein großer Lärm in der Presse erhob; der Regierung nahestehende Zeitungen, welche früher die Bestrebungen Stöckers

Digitized by Google

unterstützt hatten, erhoben Widerspruch gegen die „Stöckerei und Muckerei". Den tiefen Hintergrund dieses Widerspruchs erkennt man ohne weiteres, wenn man hinzunimmt, daß damals von hochstehender Seite die Ansicht verfochten wurde, die Teilnahme Ihrer Königlichen Hoheiten an der Versammlung sei einem Eintreten für eine Partei gleich zu achten, welches die Hausgesetze nicht zulassen. Dr. Hinzpeter war ähnlicher Meinung und erlaubte sich, dieselben ebenfalls zum Ausdruck zu bringen. Nach beiden Seiten hin erfolgte jedoch eine Ablehnung des Sr. Königlichen Hoheit unterbreiteten Ratschlages. Man mußte eben die Erfahrung machen, daß der Aar seine eigene Flugbahn selber wählte, und daß es völlig vergebliche Mühe war, ihn „einfangen" zu wollen, wie Hinzpeter sagt. Desto mehr besaß Dr. Hinzpeter das Ohr des Kaisers auf dem sozialpolitischen Gebiete. Nach der Entlassung Bismarcks hörte er insbesondere aus den industriellen Kreisen seiner Heimath, d. h. Westfalens, harte Vorwürfe. Da wurde gesagt, wer den Gang der Dinge in den letzten anderthalb Jahren aufmerksam verfolgt habe, der wisse, wie unselig sich die Einmischung derjenigen erweise, die mit den einschlägigen Verhältnissen nicht genauer bekannt sind. Dazu komme als besonders erschwerend noch hinzu, daß Herr Geheimrat Dr. Hinzpeter sich nicht in einer Stellung befinde, in der er für die von ihm abzustattenden Berichte 2c. dem Lande gegenüber eine Verantwortung habe, wie sie den Ministern, den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten 2c. zufällt. Seine Berichte kommen nicht einmal zur Kenntnis der Behörden, der betreffenden Bezirke, über die er berichtet, und man wisse es ganz positiv, daß dieses Verhältnis auch in den Kreisen der betreffenden Behörden zum Teil auf das tiefste beklagt werde. Angenommen, ein Regierungspräsident habe über einen Teil des ihm unterstehenden Bezirks an seine vorgesetzte Behörde berichtet; wenige Tage darauf kommt Herr Dr. Hinzpeter, hält sich in demselben Teile des Bezirks einen halben Tag auf, verhört die ihm passend erscheinenden Leute und schreibt über seine Wahrnehmungen einen Bericht. Könne es da fehlen, daß sich die ärgsten Widersprüche herausstellen? Und wo liegt die Korrektur? — Man traue den Fähigkeiten des ehemaligen Erziehers unseres Kaisers alles

Digitized by Google

Mögliche zu, daß er aber über Nacht einen so tiefen Einblick in die verschiedensten Branchen der Industrie gethan haben sollte, um ein fachgemäßes Urteil über die Bedürfnisse derselben abgeben zu können, erlaube man sich mit aller Bescheidenheit zu bezweifeln. Würde man z. B. auf militärischem Gebiete Gutachten von dem genannten Herrn einziehen? Warum auf industriellem Gebiete? „Ist die Industrie derjenige Faktor unseres staatlichen Lebens, auf dem sich jeglicher Dilettantismus breit machen darf? Wir haben schon genug Assessoren, Referendare und andere Leute ähnlicher Berufsstellung, die über die „Pflichten der Arbeitgeber" und was dergleichen zeitgemäße Themeta mehr sind, eine Broschüre nach der andern schreiben, deren Wert durchweg sehr zweifelhafter Natur ist, da liegt denn der Gedanke und Wunsch uns nahe, Herr Dr. Hinzpeter möge sich auf das Gebiet beschränken, auf dem er ohne Zweifel zu Hause ist, das Gebiet der Schule."

Es ist jedenfalls interessant, aus dieser Anklage der westfälischen Industrie gegen den Geheimrat Hinzpeter zu ersehen, wie die unverantwortlichen Ratgeber der Krone beschäftigt sind, um in Konkurrenz mit den amtlichen Behörden Gutachten abzugeben und an oberster Stelle einzuwirken. Bismarck ist darüber zu Falle gekommen. Man begreift die Pfeile, die seitdem aus Friedrichsruh gegen Herrn Hinzpeter zahlreich abgeschossen worden sind, und nicht gegen ihn allein. Die sogenannte Kamarilla arbeitet nicht blos mündlich in Berlin am Hofe. Unstreitig hat Kaiser Wilhelm II. seinem ehemaligen Erzieher große Dankbarkeit und Pietät, viel Vertrauen zu seinen Fähigkeiten auch auf Gebieten, die dem Theologen und Philologen ferner liegen, als anderen Leuten, bewahrt. Wie nahe Herr Hinzpeter dem Kaiser heute noch steht, beweist das Telegramm an ihn, das Herr von Stumm veröffentlicht hat: „Christlichsozial ist ein Unsinn."

Die Stellung des Fürsten Bismarck als Reichskanzler wurde ihm, wie wir sehen, wesentlich erschwert durch die Bestrebungen Anderer, sich zwischen den Kaiser und den Kanzler zu schieben und dem ersteren näher zu treten, als ihm der Kanzler stand, der nach der Verfassung der alleinige Ratgeber des Kaisers und im preußischen Staat der für die Gesamtpolitik vorzugsweise verantwortliche Ministerpräsident war. Diese

Digitized by Google

Zwischenschiebungen waren es zunächst, welche die Haltbarkeit der verfassungsmäßigen Stellung des Reichskanzlers beeinträchtigten. Sie fanden von mannigfachen Seiten her statt: von militärischen, von Privatleuten, welche das Ohr des Kaisers suchten, von Kollegen des Kanzlers, von konservativen Fraktionsführern und auch von höheren Stellen aus. Am wirksamsten waren die Beziehungen, welche Kollegen des Kanzlers unter Bekämpfung seiner Politik und unter Benutzung ihres amtlichen Zutritts zur höchsten Stelle erlangten. Wir wollen die Motive davon hier nicht erwägen, sondern nur die Thatsache feststellen, daß der Kanzler und Ministerpräsident bei seinen Kollegen nicht mehr die frühere Uebereinstimmung mit seinen Ansichten, sondern eine im Glauben an höhere Deckung wurzelnde Opposition fand. Daß unter diesen Umständen dem Fürsten Bismarck die Frage täglich näher treten mußte, ob er auch ohne das Vertrauen seiner Kollegen, in seinen Jahren, bei verminderter Arbeitskraft, seiner Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik noch gerecht werden könne, ist erklärlich. Aber wir glauben nicht zu irren, wenn wir die Ueberzeugung aussprechen, daß er schließlich sich doch nicht für berechtigt hielt, die Verantwortlichkeit für alle Ergebnisse seines Ausscheidens aus dem bisherigen politischen Systeme zu übernehmen. Die Zweifel, welche er darüber gehabt haben wird, kamen aber endlich nicht durch ihn, sondern durch höhere Entscheidung zur Lösung; und es liegt deshalb die Ungerechtigkeit des Vorwurfs, welcher dem Fürsten heute noch von Konservativen gemacht wird, klar zu Tage. Im Gegenteil, Fürst Bismarck hat die sich ihm aufdrängenden Zweifel, ob er sein Amt fortführen könne, ebenso wie schon 1872 in seinem Brief an Roon, dahin entschieden, daß es Pflicht sei, persönliche Empfindlichkeiten zu unterdrücken und die Lücke, die sein Ausscheiden lassen würde, nicht durch eigene Initiative herbeizuführen.

Es ist dem Fürsten Bismarck von verschiedenen Seiten vorgeworfen worden, er habe durch sein langes Wegbleiben von Berlin im Winter 1889—90 selbst dazu beigetragen, daß die damalige Krise mit seiner Entlassung endete, sofern dadurch das Treiben der verantwortlichen und unverantwortlichen Ratgeber des Kaisers begünstigt wurde. Diese Vorhaltung ist schon deshalb ungerechtfertigt, weil der damalige längere

Digitized by Google

Aufenthalt des Reichskanzlers in Friedrichsruh nicht willkürlich und nicht freiwillig war. Die Frage, die in jener Zeit die Situation beherrschte, war in der Hauptsache die der beabsichtigten Aufhebung des Sozialistengesetzes. Fürst Bismarck war der Ansicht, daß die sozialdemokratische Bewegung konsequent keine Rechts-, sondern eine Kriegsfrage und als solche zu behandeln sei, wenn man den Bestand der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung mit Aussicht auf Erfolg in der Zukunft sicher stellen wolle. Der Reichskanzler war überzeugt, daß der Kampf mit der Sozialdemokratie um die Macht unvermeidlich sei und deshalb je eher, desto besser stattfinde, d. h. bevor die Bemühungen größeren Erfolg erzielt hätten, welche die Sozialdemokraten unablässig machen, um die Zuverlässigkeit der Armee zu untergraben und namentlich den für dieselbe wichtigen Stand der Unteroffiziere in die Hände zu bekommen. Angesichts des Verteidigungszustandes, in dem sich Staat und Gesellschaft den sozialistischen Arbeitermassen gegenüber befinden, und angesichts der Möglichkeit, daß, wenn eine Lösung der sozialistischen Frage nicht bei Zeit herbeigeführt wird, in der Zukunft der Tag kommen kann, wo bei notwendiger militärischer Bekämpfung eines sozialistischen Revolutionsversuchs ein sozialdemokratisch durchsetztes Unteroffizierkorps die Soldaten veranlaßt, „zu hoch", d. h. in die Luft zu schießen, blieb es für den Fürsten Bismarck unverständlich, daß die Frage der Aufhebung des Sozialistengesetzes vom juristischen Standpunkte, anstatt von dem der Erhaltung und der Sicherung des Staates entschieden werden sollte. Nach der Meinung des Fürsten kam es vor allem darauf an, die Staatsgewalt im Besitz aller Waffen zur Bekämpfung der Sozialdemokraten zu erhalten, damit sie bei einer etwaigen Katastrophe Herr im Lande zu bleiben vermöge. Mit diesen Aussichten und mit denen, die der Reichskanzler über anderweitige Bemühungen zur Lösung der Arbeiterfrage im Wege der Gesetzgebung hegte, befand er sich schon damals im Widerspruch mit denjenigen der maßgebenden Zukunft. Da ihm dadurch die Möglichkeit abgeschnitten war, seine Ueberzeugung im Reichstage zu vertreten, hielt er sich den Verhandlungen fern und entsprach damit, wie wir glauben, höheren Wünschen.

Digitized by Google

Der Kanzler hatte längst bemerkt, daß der Kaiser seiner stets gegenwärtigen Bereitschaft nicht mehr so bedürfe, wie dies wohl bis dahin der Fall gewesen. Er hatte seinen Sohn, Graf Herbert Bismarck, beauftragt, ihm bei der geringsten Aeußerung des Kaisers, daß er den Kanzler zu sehen wünsche, entsprechende Nachricht zu geben, worauf hin er alsdann sofort zu Diensten stehen würde. Allein Woche auf Woche und Monat auf Monat verstrich, ohne daß eine solche Nachricht eingetroffen wäre. Der Kanzler, dem dies doch allmählich auffiel und der die Zurückhaltung des Kaisers auf andere Motive zurückführte, wandte sich nunmehr mit einer gleichen Bitte an den Minister von Bötticher, seine „rechte Hand", und in der That soll dann auch Herr von Bötticher sogar direkt bei dem Kaiser angefragt haben, ob er wünsche, daß der Fürst in seiner Umgebung weile, worauf jedoch keinerlei Aeußerung erfolgte, die den Fürsten hätte bewegen können, in Berlin zu erscheinen. Im Gegenteil, er glaubte mehr den maßgebenden Intentionen entgegenzukommen, wenn er im Sachsenwalde verbliebe.

Die Freunde des Herrn von Bötticher wollen zwar wissen, daß in den Herbstmonaten des Jahres 1889 wiederholt dem Fürsten der briefliche Rat erteilt worden sei, nach Berlin in die Nähe des Monarchen zu kommen, um persönlich einer Entfremdung vorzubeugen. Dieser offenbar wohlgemeinte Rat wäre von einer Seite (Minister von Bötticher?) gekommen, gegen welche der Fürst später starken Argwohn gehegt und auch wohl nicht verschwiegen hat, seine Stellung und sein gutes Verhältnis zum Kaiser mit untergraben zu haben. Befolgt aber hätte der Fürst diese Winke nicht — falls die umlaufende Version richtig wäre — weil eine dem Fürsten amtlich und durch Bande des Blutes nächststehende Seite (Graf Herbert Bismarck) ihn stets wieder dahin beruhigt hatte, daß gar nichts vorliege, was auf einen Wechsel in den Anschauungen der höchsten Stelle hindeute. Als dann der Fürst im Winter nach Berlin gekommen, sei gedachter Wechsel eine vollzogene und nicht mehr zu ändernde Thatsache gewesen.

Indessen Fürst Bismarck selber empfand seine Abwesenheit, welche nie eine solche Dauer angenommen hatte, wie eine halbe Verbannung.

Digitized by Google

Im Uebrigen begünstigte die Ferne des Aufenthaltes des Reichskanzlers böswillige Ausstreuungen, die insofern Erwähnung verdienen, als sie beweisen, wie weit bereits die Abneigung der Camarilla gegen Bismarck und ihre Ungeduld, ihn los zu werden, gediehen waren. Es wurden unter Bezugnahme auf kurz zuvor in Friedrichsruh gewesene Berichterstatter in höherer Stellung während des letzten Winters in Berliner Hofkreisen Gerüchte derart in Zirkulation gesetzt, daß sie das Ohr des Monarchen erreichen mußten. Der Fürst litt in jener kritischen Zeit viel an Neuralgie und Schlaflosigkeit und mußte deshalb öfter Morphiumpulver nehmen. Daraus hatte Herr v. Böttticher, der im Winter 1889 nach Friedrichsruh beschieden wurde — andere behaupten, er sei dorthin vom Kaiser geschickt worden, um den Fürsten zu befragen, warum einige Vorlagen, die den Kaiser interessierten, nach mehrmonatlichem Lagern in Friedrichsruh nicht zurückgekommen seien — den Schluß gezogen, der Fürst gebrauche dieses Medikament aus krankhafter Neigung und hatte dem Kaiser berichtet, das Nervensystem des Fürsten sei davon derart zerrüttet worden, daß dieser nicht mehr dienstfähig sei. Durch irgend einen Zufall gelangte diese Erzählung zur Kenntnis der Bismarckschen Familie, in deren Auftrage nun Prof. Schweninger zum Kaiser reiste, um das Märchen zu widerlegen. Schweninger soll diese Mission mit so überzeugender, ehrlich-bayerischer Offenheit und Ungeschminktheit erfüllt haben, daß der Kaiser wohl nicht umhin gekonnt hat, seinem Bericht Glauben zu schenken. Fürst Bismarck ließ sich durch die Gerüchte, die über ihn verbreitet wurden, nicht bestimmen, Friedrichsruh zu verlassen. Wenn er nach Berlin gekommen wäre, so hätte er sich notwendig über die sozialen Fragen aussprechen müssen. Er würde das Sozialistengesetz energisch vertreten und das in Geltung befindliche als unzulänglich hingestellt haben. Er wäre dadurch amtlich mit den damals reifenden sozialpolitischen Ansichten des Kaisers in Widerspruch getreten, und es durfte deshalb angenommen werden, daß es dem Wunsche des Kaisers entsprochen habe, wenn Fürst Bismarck an der Reichstagsdiskussion sich nicht beteiligte.

Digitized by Google

X.

Das Sozialiſtengeſetz.

Am 15. November 1889 kehrte der Kaiſer nach Potsdam von ſeiner orientaliſchen Reiſe zurück. Bald darauf erhielt Herr von Bötticher die Zuſtimmung ſeines kaiſerlichen Herrn zu den beabſichtigten ſozialpolitiſchen Maßregeln. Angeſichts des ſchwer in die Wagſchale fallenden Widerſpruchs Bismarcks war jedoch zur Beratung derſelben ein Kronrat vom Kaiſer berufen worden. Das erfuhr ſelbſtverſtändlich auch der damalige Staatsſekretär des Aeußern, Graf Herbert Bismarck. Dieſer benachrichtigte aufs ſchleunigſte ſeinen Vater, welcher ſofort von Friedrichsruch noch vor dem für den Abend des 24. Januar angeſetzten Kronrate in Berlin eintraf, einen Miniſterrat berief und ſich zugleich bei dem Monarchen als in Berlin anweſend meldete. Selbſtverſtändlich mußte der Fürſt im Miniſterrate über alle Einzelheiten der geplanten ſozialpolitiſchen Maßregeln unterrichtet werden. Als darauf der Kronrat an demſelben Abend über die Vorlagen von Bötticher in Beratung trat, hielt Fürſt Bismarck, welcher gleichfalls erſchienen war, einen längeren Vortrag. Es war ſein letzter ſtaatsmänniſcher Sieg; kein Menſch wagte ſeinen gegen die ſozialpolitiſchen Vorlagen geltend gemachten Gründen ernſtlich zu widerſprechen, und die beabſichtigten ſozialpolitiſchen Maßnahmen wurden vertagt. Der Kaiſer hatte zu ſeinem Geburtstage am 27. Januar mit dem ſozialpolitiſchen Programm hervortreten wollen. Die in der Kronratſitzung vom 24. Januar hervorgetretenen Differenzen mit dem Kanzler vereitelten dieſes Vorhaben.

Digitized by Google

Auch in Bezug auf den zweiten Gegenstand, der die Kronratssitzung vom 24. Januar beschäftigte, trat Fürst Bismarck dem Minister von Bötticher entgegen. Es handelte sich um das dem Reichstage im letzten Stadium vorliegende Sozialistengesetz. Nach demselben sollte bei periodischen Druckschriften das fernere Erscheinen derselben auch dann verboten sein, wenn nach Erlaß des Verbotes einer einzelnen Nummer das Verbot einer weiteren Nummer erfolgte; eine aus Juristen bestehende Beschwerdekommission sollte eingeführt, die Ausweisungsbefugnis beibehalten, die Beschränkung der Geltungsdauer des Gesetzes aufgehoben werden. Der Stein des Anstoßes lag hauptsächlich in der von der Regierung geforderten Beibehaltung der Ausweisungsbefugnis. Die drei Kartellparteien waren zur Annahme eines Sozialistengesetzes bereit, jedoch so, daß die deutsch-konservative und die Reichspartei die Regierungsvorlage ohne Abänderung genehmigen wollten, die Nationalliberalen dagegen ihre Beistimmung von dem Verzicht der Regierung auf die Ausweisungsbefugnis abhängig machten, auch die oben genannten zwei ersten Punkte geändert wissen wollten, vom Zentrum, den Polen und den Deutsch-Freisinnigen war unter keinen Umständen die Billigung eines neuen Ausnahmegesetzes zu erlangen. Die Rechnung war daher höchst einfach; bestand die Regierung auf dem Ausweisungsrecht, so wurde die Vorlage von allen Fraktionen, außer den zwei konservativen, abgelehnt; verzichtete sie auf dasselbe, so wurde die Vorlage von der Kartellmehrheit genehmigt. Die Kommission, an welche das Gesetz verwiesen wurde, nahm dasselbe an, und zwar als dauerndes, jedoch ohne Ausweisungsbefugnis. Die Konservativen stellten am 22. Januar bei der zweiten Lesung den Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage, drangen aber, da die anderen Fraktionen an ihren Erklärungen festhielten, nicht durch; dagegen wurde das Gesetz am 23. Januar in der Fassung, welche ihm von der Kommission gegeben worden war, angenommen. Minister Herrfurth hatte in seiner Rede hervorgehoben, daß die Absicht des Gesetzes gegen gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokratie, nicht gegen diese als solche sich richte; der kleine Belagerungszustand sei unentbehrlich, und ebenso dringend erforderlich sei der Wegfall jeder

Digitized by Google

Zeitbestimmung. Die Gefahr gemeinschaftlicher, auf den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteter Bestrebungen sei nicht zu unterschätzen. Sie richte sich in erster Linie gegen die Regierungen, denn die Bestrebungen seien ja antimonarchische, aber die Hauptangriffe gelten der kapitalistischen Produktionsweise; da laufen nicht die Regierungen Gefahr, sondern die Gesellschaft, dieses Haus selbst und die Parteien, welche die Abschwächung oder gar Ablehnung des Gesetzes herbeiführen. Ihnen gegenüber gelte der Satz: tua res agitur. Im „Sozialdemokrat" wurde die sozialistische Partei als die revolutionärste Partei, welche die Geschichte kenne, bezeichnet. Die Bestimmungen des Gesetzes seien eher zu mild als zu scharf. Die Sozialdemokratie als solche verneine die Existenzberechtigung des modernen Staates. Es ist eigentlich eine Art Selbstmord, wenn Denjenigen, welche auf Vernichtung der Staatsordnung hinstreben, volle Freiheit gewährt wird. „Es liegt also kein Grund vor zu irgend welcher Abschwächung. Unbewußt und latent liegen eigentlich in jeder sozialdemokratischen Versammlung die Keime des Aufruhres. Es liegt ein großer Zauber in der sozialdemokratischen Lehre; aber die Führer sind keine Zauberer; sie erwecken die Geister, aber sie können die Massen nicht leiten, und man kann von ihnen sagen: Du denkst zu schieben, und Du wirst geschoben."

Die Konservativen waren schließlich, damit überhaupt ein Sozialistengesetz zustande komme, bereit, ein solches auch ohne Ausweisungsbefugnis anzunehmen, falls die Regierung selbst auch damit einverstanden war und ihnen vor der Endabstimmung Nachricht hiervon gab. War dies der Fall, so hatten die drei Kartellparteien die Mehrheit, und das Gesetz wurde als ein dauerndes, wenn auch ohne Ausweisungsbefugnis, vom Reichstag angenommen. Am 25. Januar fand die dritte Lesung der Vorlage und die endgültige Abstimmung statt.

Die Konservativen warteten noch an diesem Tage mit größter Spannung auf eine Mitteilung der Regierung, ob sie das Gesetz nur mit oder auch ohne Ausweisungsbefugnis bestätigen werde. Es kam keine Mitteilung. Damit war das Schicksal des Gesetzes entschieden, und eine gefährliche Lage geschaffen; denn nun stimmten die Konservativen, für die keine

Digitized by Google

Antwort eine verneinende war, im Verein mit den Oppositionsparteien gegen das Gesetz, wodurch die verneinenden die Mehrheit enthielten. Ueber die Kronratssitzung vom 24. Januar meldeten später die „Kölnische" und andere Zeitungen, daß die weit verbreitete Anschauung, daß das Sozialistengesetz gefallen sei, weil der Kaiser es so wolle, jeder thatsächlichen Unterlage entbehre. „Es sei nicht wahr, daß der Kaiser seinerzeit im Kronrat dem Fürsten Bismarck gegenüber gegen das Sozialistengesetz gesprochen habe. Der Kaiser, sämtliche Monarchen, sämtliche Minister wünschten die Fortdauer des Sozialistengesetzes und waren deshalb bereit, das dauernde Spezialgesetz in der von den Nationalliberalen dargebotenen Form, also ohne Ausweisungsbefugnis, anzunehmen. Fürst Bismarck allerdings sei anderer Ansicht gewesen." Die Sache war anders. Fürst Bismarck hielt es nicht für zweckmäßig, daß die verbündeten Regierungen auf die Nachricht hin, die Stimmung der Fraktionen lasse die unveränderte Annahme des Gesetzes nicht erwarten, ihre Vorlage durch Streichung des Ausweisungsparagraphen verstümmelten. Wäre das geschehen, so würde der Vorwurf laut geworden sein, die Regierungen hätten in ihrer Vorlage mehr gefordert, als sie brauchten.

Der Reichskanzler riet deshalb dazu, es auf den Beschluß des Reichstags ankommen zu lassen, und, wenn derselbe gegen die Ausweisung ausfiele, dem Gesetz auch ohne dieselbe die Zustimmung zu geben. Wäre der Verlauf so gewesen, so würden die Regierungen, wenn doch wieder eine Gesetzgebung auf diesem Gebiete notwendig werden sollte, nicht dem Einwande zu begegnen haben, daß sie ja 1890 sich besonnen hätten, mit der von den Nationalliberalen vorgeschlagenen abgeschwächten Fassung auskommen zu können.

Es wird heute noch behauptet, es sei unbedingt richtig, daß sowohl der Kaiser wie die sämtlichen Bundesfürsten und sämtliche preußischen Minister für die Fortdauer des Sozialistengesetzes, und zwar ohne Zeitbeschränkung, waren und sich in diesem Sinne durchaus übereinstimmend ausgesprochen haben. „Eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen auf der einen und dem Fürsten Bismarck auf der andern Seite war nur vorhanden, insoweit

Digitized by Google

die Grenzen der Nachgiebigkeit dem Reichstage gegenüber und die Wege in Frage kamen, welche bei dem etwaigen Scheitern des Zustandekommens des Gesetzes einzuschlagen waren. In diesen beiden Fragen habe sich allerdings, und zwar formell in der Sitzung des Kronrates am 24. Januar jenes Jahres ein Gegensatz herausgestellt, der nicht mehr zu überbrücken war. Für die vorliegende Frage genüge es, von diesem Gegensatz nur die eine Seite zu betonen, daß der König und die preußischen Minister für die Annahme des Gesetzes in der von den Nationalliberalen angebotenen Form, d. h. also unter Wegfall der Ausweisungsbefugnis, sich bereit finden ließen, um dadurch den großen Vorteil der ungeschwächten Dauer des Gesetzes zu erreichen, daß dagegen Fürst Bismarck dieses Opfer nicht zugestehen wollte, sondern sogar noch ein verschärftes Gesetz mit der Befugnis der Landesverweisung anstrebte und deshalb lieber ein augenblickliches Scheitern eines nach seinen Anschauungen ungenügenden Gesetzes wollte, um dafür unter Einschlagung bestimmter Wege ein wirksameres Gesetz zu erzielen. Damals drang der Wille des Fürsten Bismarck, obwohl er allein stand, noch durch, weil der Kaiser damals einen Bruch mit dem Fürsten nicht wollte. Schon am folgenden Tage wurde darauf hin der Reichstag aufgelöst, und damit das vorläufige Scheitern des Gesetzes dem Wunsche des Reichskanzlers gemäß vollzogen."

Die „Hamb. Nachr." betonten dieser Darstellung gegenüber wiederholt, daß ebenso wie sämtliche Monarchen und Minister auch der damalige Reichskanzler das Gesetz auch ohne den Ausweisungsparagraphen anzunehmen empfohlen hat, sobald durch Reichstag-Plenarbeschluß festgestellt sein würde, daß die Regierungen ihre volle Vorlage nicht zur Annahme bringen konnten. Der Fürst glaubte, daß auch ein geringeres Ergebnis als die Vorlage, so lange es in der Richtung der letzteren läge, nicht abzulehnen sei. Sein Widerspruch betraf den modus procedendi, nicht die Sache selbst. Nicht blos für diesen Fall, sondern auch für jede andere Gesetzesvorlage hielt er daran fest, daß die verbündeten Regierungen nicht wohlthäten, ihre eigene, wenige Wochen alte Vorlage selbst und aus eigenem Antriebe zu amendieren,

Digitized by Google

ohne daß ein Plenarbeschluß die Undurchführbarkeit derselben konstatiert habe.

Fürst Bismarck hat Jahrzehnte hindurch gegen die Neigung von Kommissarien und Ministern gekämpft, auf Grund von Kommissionsverhandlungen, in denen das Plenum des Reichstages nicht zum Ausdruck kommt, oder auf Grund von Coulissenein-flüssen der Fraktionsführer, die eigene Vorlage zu ändern oder abzuschwächen und hielt daran fest, daß der Bundesrat den Anlaß zu Aenderungen seiner Vorlagen nur amtlichen Plenarbeschlüssen des Reichstags nach Bedürfnis zu entnehmen habe. Deshalb ist Fürst Bismarck auch in dem Falle des Sozialistengesetzes dagegen gewesen, in der letzten Stunde vor dem Reichstagsbeschluß die Flagge, welche die Regierung mit ihrer Vorlage aufgezogen hatte, zu streichen. Wohl aber war er dafür, falls der Reichstag das Sozialistengesetz ohne Ausweisungsparagraph angenommen hätte, regierungsseitig dasselbe zu thun. Die konservative Partei hat damals die Geneigtheit gezeigt, auch ohne Ausweisung für das Gesetz zu stimmen, wenn die Regierung vorher erklärte, daß sie damit einverstanden wäre. Sie wollte der Regierung allein die Verantwortung für die Abminderung des bisherigen Gesetzes zuweisen. Nach Bismarcks Ansicht hätte auch die konservative Partei aus der Unmöglichkeit, die volle Vorlage zu erreichen, einen Anlaß nehmen sollen, das, was im Sinne des Gesetzes überhaupt zu erlangen war, zu adoptieren, wenn auch das wünschenswerte Mehr einstweilen nicht zu haben war. Letzteres hätte auf Grund eintretenden Bedürfnisses auch später angestrebt werden können, so lange die Regierung nicht selbst die unwahre Erklärung abgegeben hatte, daß sie mit dem verkürzten Gesetze auszukommen glaube. Herr v. Bötticher allein wollte den Gesetzentwurf aus eigener Initiative der Regierung modifiziert wissen. Die Thronrede am 25. Januar schwieg über das abgelehnte Gesetz.

Nach dem Tode Bismarcks brachte Professor Schmoller eine Reihe von Artikeln, die besonders sich mit der sozialpolitischen Bedeutung des Verstorbenen beschäftigten. Wie manches Andere in den Artikeln rief auch die Betrachtung Schmollers über Fürst Bismarck und das Sozialistengesetz lebhaften Widerspruch hervor.

Digitized by Google

Die Richtigstellung gewisser Irrtümer, die auch von andern Seiten, namentlich Herrn v. Helldorff, über den wirklichen Sachverhalt laut wurde, verdanken wir Herrn v. Kardorff-Wabnitz, der folgende Punkte vom freikonservativen Standpunkte aus zur Geltung brachte:

1. Die Vorlage der verbündeten Regierungen hatte in den Kommissionsbeschlüssen Abänderungen, beziehungsweise Abschwächungen erfahren, unter denen als die einschneidendste die Beseitigung der Ausweisungs- und Internierungs-Paragraphen angesehen wurde — ohne daß seitens der verbündeten Regierungen in den Kommissionsberatungen die Erklärung abgegeben wurde, daß diese Abänderungen für die verbündeten Regierungen das Gesetz unannehmbar machen würden.

2. Unter den Nationalliberalen und bei manchem meiner politischen Freunde wurde die Beseitigung der Ausweisungs- und Internierungs-Paragraphen nicht als eine Verschlechterung, sondern als eine Verbesserung der Vorlage betrachtet, weil sie — und ich persönlich teilte diese Meinung — der Ansicht waren, daß die praktische Handhabung der Ausweisungen unnötig sozialdemokratische Märtyrer schuf, während die Internierung der Agitatoren in kleinen Städten, wo sie der Ueberwachung durch kompetente Polizeiorgane entzogen waren, dazu geführt hatte, eine Menge kleiner sozialistischer Agitationsherde in Gegenden zu verpflanzen, in denen man bis dahin nichts von der Sozialdemokratie gewußt hatte. Nach unserer Meinung hatten gerade jene Bestimmungen das Wachstum der sozialistischen Bewegung befördert.

3. Die deutsch-konservative Partei teilte diese unsere Anschauungen nicht, sondern wünschte die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage und bezweifelte, daß der Bundesrat das nach ihrer Meinung bis zur Wirkungslosigkeit durch die Kommissionsbeschlüsse abgeschwächte Gesetz annehmen werde.

4. Herr v. Helldorff persönlich — und ich berufe mich hierfür auf seine damaligen Zeitgenossen — war der Meinung, daß das Scheitern des Gesetzes in dieser abgeschwächten Form zu Bedenken keinen Anlaß geben könne, weil der dann erwachende Uebermut der Sozialdemokratie sehr bald die Not-

Digitized by Google

wendigkeit eines schärferen Sozialistengesetzes vor Augen führen müsse; um aber über die Absichten des Fürsten Bismarck Klarheit zu gewinnen, forderte er mich auf, mit ihm den Reichskanzler in Friedrichsruh aufzusuchen und ihm direkt die Frage zu stellen: wünschen die verbündeten Regierungen die Annahme oder Ablehnung des abgeschwächten Gesetzes durch die hierfür ausschlaggebenden Konservativen?

5. Ich lehnte es ab, Herrn v. Helldorff zu begleiten, erstens, weil ich aus Erfahrung wußte, daß der Fürst Bismarck solche Direktiven an Fraktionen zu geben nach Möglichkeit vermied, zweitens, weil ich ein grundsätzlicher Gegner jeder Art pessimistischer Politik bin und entschlossen war, auch entgegen etwaigen — mir beiläufig nicht unwahrscheinlichen — Wünschen des Fürsten Bismarck für das abgeschwächte Sozialistengesetz in der dritten Lesung zu stimmen; drittens, weil ich bestimmte Gründe zu der Annahme hatte, daß Fürst Bismarck vorzog, sich angesichts der damaligen politischen Situation nicht persönlich bei diesen Verhandlungen zu beteiligen.

6. Herr von Helldorff hatte die Güte, bei seiner Rückkehr von Friedrichsruh mir mitzuteilen, erstens, daß er es ungewöhnlich schwierig gefunden habe, mit dem Herrn Reichskanzler zu verhandeln, der sehr zugeknöpft gewesen sei; zweitens, daß er dem Fürsten Bismarck die Absicht der deutsch-konservativen Fraktion mitgeteilt habe, bei der Abstimmung über das ganze Gesetz dieses zum Scheitern zu bringen, falls die Abänderungen der Kommission Annahme gefunden hätten; drittens, daß er den Fürsten dahin richtig verstanden zu haben glaube, daß dieser mit solcher Taktik der Fraktion einverstanden sei; viertens, daß der Fürst dem Wunsche Ausdruck gegeben habe, daß Herr v. Helldorff sich mit mir ins Einvernehmen setze, um einen Zwiespalt zwischen der deutsch-konservativen und der Reichspartei zu vermeiden.

7. Ich erwiderte Herrn v. Helldorff, daß meine Freunde geschlossen auch für das abgeschwächte Gesetz stimmen würden, obschon ein Teil derselben die Anschauungen der Deutschkonservativen über die Unentbehrlichkeit der Ausweisungs-

Digitized by Google

Bestimmungen teile und dies bei der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen zeigen werde.

8. Die deutsch-konservative Fraktion brachte, den Anschauungen des Herrn v. Helldorff folgend, das Gesetz zum Scheitern, welches nicht auf Zeit, sondern dauernd — ohne die Ablaufsfrist der früheren Sozialistengesetze — der sozialistischen Agitation in der Presse, in den Vereinen und Versammlungen sehr wirksame Schranken setzte, welches namentlich den Grundgedanken festhielt, daß die sozialdemokratische Partei unter ein Spezialgesetz gestellt werden müsse, weil sie nicht auf den Ausbau, sondern auf den Umsturz der bestehenden Staats-, Reichs- und Gesellschaftsordnungen hinarbeite, — weil die Fraktion mit solcher Abstimmung den Wünschen des Fürsten Bismarck und den Absichten der verbündeten Regierungen zu entsprechen glaubte.

9. Fürst Bismarck hat sich gegen mich persönlich auf das schärfste und nachdrücklichste gegen die Unterstellung verwahrt, daß das Scheitern des Gesetzes in seinen Wünschen gelegen habe, und ich kann im allgemeinen Interesse es nur lebhaft bedauern, daß Herr v. Helldorff ihn in so verhängnisvoller Weise mißverstanden hatte, woran bei mir niemals ein Zweifel bestand. Aber Herr v. Helldorff war leider von der Richtigkeit seiner eigenen Anschauungen so durchdrungen, daß es mir sehr erklärlich ist, wie er aus den Erwiderungen des Fürsten Bismarck dessen Zustimmung herauszuhören vermochte. Er verstand eben das heraus, was er selbst wünschte.

Man hat vielfach behauptet, das Sozialistengesetz sei nicht vom Kaiser aufgehoben, sondern aus der Uebung gekommen, weil der Reichstag im Jahre 1890 eine Vorlage der verbündeten Regierungen, die eine Erneuerung und teilweise Aenderung des dem Ablauf zuneigenden Sozialistengesetzes vorschlug, ablehnte. Das ist, rein äußerlich betrachtet, zutreffend; thatsächlich wäre aber das Sozialistengesetz in irgend einer Form verlängert worden, wenn der Wille dazu bestanden hätte, und Fürst Bismarck vor der Entscheidung zu Anfang des Jahres 1890 nicht auf künstliche Weise solange in Friedrichsruh festgehalten worden wäre, bis es für ein erfolgreiches Ein-

Digitized by Google

greifen zu spät war. Dafür war der Reichstag nicht verantwortlich. Der Kaiser ist von vornherein für das Erlöschen des Sozialistengesetzes gewesen. „Der Kaiser neigt sich", sagte später Fürst Bismarck, „bei seinem guten Herzen dahin, daß man den Sozialisten mit milden Maßregeln, mit Güte beikommen solle. Ich bin vollkommen entgegengesetzter Meinung. Bei solcher Meinungsverschiedenheit konnte ich nicht lange mehr im Amte bleiben. Und da der Kaiser auf meine Frage, ob er auf der Durchführung seiner Ansichten bestehe, mir antwortete, er bestehe darauf, so erwiderte ich: da kann ich nicht mitthun und muß gehen." Ein ander Mal sagte der Fürst: „Der König als der bessere Mensch von uns beiden, der noch nicht die schlimmen Erfahrungen eines Siebzigers hinter sich hat, hat sich für den Frieden entschieden, während ich kämpfen wollte, je eher, desto lieber. Diese Meinungsverschiedenheit war einer der Gründe, aus dem ich mein Amt niedergelegt habe." Es ist nicht wahr, daß der Kaiser im Kronrat vom 24. Januar 1890 die Fortdauer des Sozialistengesetzes wünschte, er sagte aus, auch ohne die vom Fürsten Bismarck geforderte Ausweisungsbefugnis biete das Sozialistengesetz genug Handhaben zur Unterdrückung von Ausschreitungen. Fürst Bismarck wollte in die Thronrede einen Passus bringen, betreffend das Sozialistengesetz als Wahlparole. Der Kaiser strich diesen Satz aus dem Entwurf. Im Staatsrate erklärte er bei der Erörterung über die Notwendigkeit des Sozialistengesetzes: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich ganz allein fertig werden." Bei dem Festessen für den Staatsrat im Schloß befragte der Kaiser einen seiner Gäste über das Sozialistengesetz und erwiderte auf dessen Erklärung, am besten lasse man es einfach ablaufen, wörtlich: „Das ist ganz meine Meinung." Nach dieser Meinung ist dann auch gehandelt worden. Der Kaiser und nur der Kaiser hat den Ausschlag gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes gegeben. Auch Herr H. Blum, dessen Bismarckbücher zu Friedrichsruh beglaubigt worden sind, erzählt, Fürst Bismarck habe gegen ihn den Ausspruch gethan: „Der Kaiser blieb bei seiner gegenteiligen Meinung und bei dem Entschluß, die Arbeiterschutz-

Digitized by Google

Erlasse zu veröffentlichen, von denen er die Wirkung erwartet, daß sie das Sozialistengesetz ganz entbehrlich machen würden."

Wenn in der Eindämmung der sozialdemokratischen Propaganda das Gesetz von 1878 vielleicht nicht die durchschlagenden Erfolge zu verzeichnen gehabt hat, die Viele von ihm erwarteten, so hat das in erster Linie an seinem provisorischen Charakter, an der Geltungsdauer auf kurz bemessene Frist gelegen. Dadurch, daß die Fortdauer des Gesetzes stets von zwei zu zwei Jahren in Frage gestellt war, ist seine Wirksamkeit um die Hälfte geschmälert worden. Die Erkenntnis dieses Uebelstandes veranlaßte die Regierung im Herbst 1889 das Gesetz auf unbegrenzte Dauer zu fordern. Erst wenn es dazu gekommen wäre, würde sich das Gesetz in seiner vollen Tragweite haben bewähren können, statt dessen wurde es ganz aufgehoben. Das alte Sozialistengesetz hatte wenigstens das Gute, die Sozialdemokratie als den gemeinsamen Feind unseres Staates und Volkes auch für das blödeste Auge kenntlich zu signalisieren. Es stellte die Scheidewand dar zwischen der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung und der Partei der sozialen Revolutionäre. Auf der Abstumpfung des öffentlichen Gewissens gegen die Sozialdemokratie als den Todfeind unserer Kultur und Existenz beruht vor allem der Fortschritt, den die revolutionäre Partei seit 1890 gemacht hat. Am 20. Februar desselben Jahres machte sie mit einem Male einen Ruck von 11 Reichstagsmitgliedern auf 35. Es war das die Zeit des Bruches des Kaisers mit Bismarck, der gleichzeitig den Ultramontanismus zur regierenden Partei im Reichstag erhob. Die Sozialdemokratie wagte es in der Krise vom Februar 1890 von dem „Genossen Wilhelm" zu sprechen, ohne daß die Staatsanwaltschaft davon Kenntnis nahm.

Digitized by Google

XI.

Die Februar-Erlasse.

Am 3. Februar überbrachte der Reichskanzler die von ihm neu redigierten sozialpolitischen Erlasse und bat wiederholt sie in das im Kamin brennende Feuer zu werfen, weil er sich von deren Wirkung nichts Gutes versprechen könne. Der Kaiser lehnte dies ab und vollzog die Schriftstücke. Am 5. Februar erfolgte die Veröffentlichung der Erlasse vom Tage zuvor. Eine ministerielle Gegenzeichnung war wohl von Anfang an nicht vorgesehen. Der Kaiser betrachtete die Erlasse als Ausfluß seiner eigenen höchsten Initiative, und Fürst Bismarck hat diese Auffassung wohl um so mehr geteilt, als die Gegenzeichnung eine über die kaiserliche Initiative hinausgreifende ministerielle Wirkung gehabt haben würde. Von den beiden Erlassen war der eine an den Reichskanzler, der andere an die Minister der öffentlichen Arbeiten und des Handels gerichtet. In dem ersten Erlaß kündigte der Kaiser seinen Entschluß an, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit es die Grenzen gestatten, welche seiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen würden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. „Ein Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust des Absatzes im Auslande würde Unternehmer und Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten für eine Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an dem

Digitized by Google

Weltmarkt beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, so doch abschwächen." Ueberzeugt, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, diese Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, will der Kaiser, daß die diesseitigen Gesandten in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz amtlich anfragen, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns behufs einer internationalen Verständigung in Verhandlung zu treten über die Möglichkeit, den Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu dieser Anregung im Prinzip gewonnen ist, wird der Reichskanzler beauftragt, die Kabinette aller Regierungen, welche an der Arbeiterfrage gleichen Anteil nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung der Frage einzuladen.

In dem zweiten Erlaß wurde es als Aufgabe der Staatsgewalt bezeichnet, die Zeit, die Dauer und Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben; durch die Errichtung von Arbeiterausschüssen sollte der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gepflegt, die staatlichen Bergwerke sollten bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt, für den Privatbergbau staatliche Aufsichtsbeamte aufgestellt werden. Zur Vorberatung dieser Fragen sollte der Staatsrat unter Vorsitz des Kaisers und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen, welche von diesem berufen würden, zusammentreten.

Die Unterlassung der Gegenzeichnung der Erlasse seitens des Fürsten Bismarck und der Herren von Maybach und von Berlepsch rief verfassungsrechtliche Bedenken hervor, wobei es nicht ausbleiben konnte, daß man nach sachlichen Gründen forschte. In einem offiziösen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." vom 4. Februar hieß es über den Wechsel im Handelsministerium:

„Am entschiedensten hat gerade der Kanzler diesen Gedanken (der Verhängung des Belagerungszustandes

Digitized by Google

während des Frühjahrs-Strikes im Kohlengebiete) bekämpft; derselbe stand im geraden Widerspruch mit der noch heut von ihm vertretenen Auffassung, daß die Regierung dem Strike gegenüber sich darauf beschränken solle, Personen und Eigentum, sowie das Arbeitsrecht der nicht strikenden Arbeiter zu schützen, im Uebrigen aber sich jeder Intervention zu enthalten."

In der fortschrittlichen und klerikalen Presse wurde zuerst hervorgehoben, hiernach scheine der Kanzler mit dem Eingreifen des Kaisers und der Behörden in die Fragen des Arbeiterschutzes nicht einverstanden gewesen zu sein, resp. noch jetzt nicht zu sein.

Auffallend mußte es sein, daß die „Nordd. Allg. Ztg." kein Wort über die Erlasse verlor. Im Uebrigen fanden diese in weiten Kreisen eine begeisterte Aufnahme. Als Fürst Bismarck die kaiserliche Botschaftspolitik von 1881 inaugurierte, war die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unter Führung der Gesellschaftsschichten, welche auf „ihre Bildung und ihren Besitz" stolz zu sein behaupten, geneigt, in dem Vorgehen des Fürsten Bismarck ein verwegenes Stück zu erblicken, und ihn als halben Sozialisten zu verurteilen. Und Herr Windthorst, der dem Fürsten viel Schmeichelhaftes über seine Initiative zusteckte, glaubte ihm gleichzeitig ankündigen zu müssen, daß er (Windthorst) die Rolle des Bremsers auf dem Dampfwagen der sozialpolitischen Entwurfsfreudigkeit zu übernehmen für richtig halte. Nachdem aber einmal das sozialpolitische Trägheitsmoment des Reichstags überwunden war, trat ein vollständiger Rollenwechsel ein: Jetzt konnten sich die Parteien unter Führung des Zentrums im Entgegenkommen gegen die arbeitenden Klassen gar nicht genug thun, und Fürst Bismarck war derjenige, welcher den Bremser abgeben mußte. Wunderbar! Die Botschaft vom 17. November 1881 wurde von der Kreuzzeitung als das sozialpolitische Evangelium der Gegenwart und Zukunft in warmer Sprache gepriesen. Sie bezeichnete dieselbe als ein Meisterstück in Form und Fassung, durch dessen mächtig gefugte Sätze ein feierlicher Ernst wehe, der den großen Problemen, um die es sich handle,

Digitized by Google

völlig entspreche. Der Name Wilhelms I. ertönte von allen Lippen, wie der eines Heiligen auf dem Throne, der sich der duldenden Menschheit mit glühendem Herzen annimmt. Neun Jahre später kamen die Februar-Erlasse des Kaisers Wilhelm II. Da hieß es plötzlich: Kaiser Wilhelm I. hatte kein Herz für die Armen, denn — so sagte wörtlich die Neue Preußische Zeitung — „in den Versicherungsgesetzen kommt nur das Verstandesmäßige zum Ausdruck". „Erst mit dem 4. Februar d. J. sind wir zu der alten großen Wahrheit zurückgekehrt, welche die Liebe in den Mittelpunkt aller Dinge stellt, die Fürsorge, die aus der innersten Seele kommt, nicht aus kalter Berechnung des Kapitalisten, der sich sagt, daß er seine Arbeiter eben so gut im Stande halten müsse, als er seine Maschinen im Stande hält."

„Aus kalter Berechnung des Kapitalisten", das war die bisherige Sozialpolitik, diejenige der Botschaft von 17. November 1881. „Erst seit dem 4. Februar d. J. wissen die Arbeiter, daß das Herz eines Königs für sie schlägt." Das war alles in der Neuen Preuß. Ztg. zu lesen, und Herr Professor Dr. Warneck sagte: „Die bisherige Sozialpolitik, d. h. die der Botschaft vom 17. Nov. 1881, hat völliges Fiasko gemacht."

Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar nahmen für den Staat eine überaus weitgehende Einwirkung auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse und die Beziehungen des Arbeitgebers zum Arbeiter in Anspruch. Sie stellten dem Staate nicht nur die Aufgabe der Organisation der Arbeiter, sondern vindizierten ihm auch das Recht, und demzufolge die Pflicht, die Zeit, Dauer und Art der Arbeit zu regeln. Ebenso wurde auf dem Gebiete des Bergbaues eine sehr erhebliche Erweiterung des Gebietes der staatlichen Thätigkeit angekündigt. Es war klar, daß diese, den Erlassen zu Grunde liegende Auffassung der Aufgabe und des Wirkungsgebietes des Staates in dem direktesten Widerspruche stand mit der manchesterlichen Theorie, welche dem Staate nur die Aufgabe des Macht- und Rechtschutzes beimißt. Noch vor kurzem stand die deutschfreisinnige Partei vollständig auf dem manchesterlichen Standpunkte und perhorreszierte jede über diesen Rahmen hinaus-

Digitized by Google

gehende Einwirkung des Staates. Aber selbst nachdem der Wettbewerb mit den Sozialdemokraten um die Wahlgunst der Massen das Aufgeben des streng manchesterlichen Standpunktes herbeigeführt hatte, wurde das Prinzip der Selbsthilfe und Freiwilligkeit gegenüber der staatlichen Ordnung der einschlagenden Fragen mit Nachdruck betont. Es wurde auch in dem freisinnigen Wahlaufrufe gegen die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung ausgespielt.

Wenn jetzt die deutsch-freisinnige Presse sich den Anschein gab, als decke sich das Sozialprogramm der kaiserlichen Erlasse mit der bisherigen deutsch-freisinnigen Auffassung, so mußte das als Inkonsequenz erscheinen. Stellte sich diese Partei in der That auf den Standpunkt der kaiserlichen Erlasse, so war dies eine vollständige Umkehr, ein gänzliches Aufgeben der prinzipiellsten Grundanschauung, welche naturgemäß ebenso zum Aufgeben des manchesterlichen Standpunktes auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens führen mußte. Eines von beiden war nur möglich, entweder die bisherige Grundanschauung von der Aufgabe des Staates auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete war gänzlich aufgegeben, oder die Zustimmung zu der in den Erlassen in Aussicht genommenen rein staatlichen Aktion erheuchelt. In der That war das erstere sozialpolitisch der Fall. Der Freisinn opferte seine heiligsten Prinzipien, sobald er sah, daß er bei der Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes von anderen Parteien ausgestochen werden könnte, abgesehen davon, daß schon der Widerstand Bismarcks gegen den Schutz für ihn, den Freisinn, Grund genug sein mußte, um sich auf die entgegengesetzte Seite zu schlagen.

Die freundliche Position, welche die neue Regierung von Anfang an zu den Deutsch-Freisinnigen einnahm, machte notwendig das Segel ihrer Perspektive in die Zukunft mächtig schwellen. Die Art und Weise, wie sie sich als die eigensten und wahrsten Patrone der kaiserlichen Erlasse aufwarfen und die gesetzgeberischen Vorschläge der Regierung noch zu überbieten suchten, obwohl sie sich erst in der letzten Zeit zum Arbeiterschutz bekehrt hatten, charakterisierte ihre Stellung zu

Digitized by Google

der neuen nachbismarckischen Regierung überhaupt. Sie reklamierten diese für ihre Partei. Sie konstruierten — im Gegensatze zu den kaiserlichen Worten: der Kurs bleibt der alte — einen neuen antibismarckischen Kurs, auch da, wo nur willkürliche Auslegungen und subjektive Eindrücke einen solchen begründen konnten. Sie „witterten Morgenluft" überall, in hundert Jubelliedern tönte es seit dem Rücktritt Bismarcks und seit den ersten Reden und Schritten Caprivis, täglich aus der freisinnigen Presse ins Land hinein, eine neue liberale Aera sei im Anzuge. Freiheit, Freihandel und noch mehr andere Himmelsgaben wurden in Aussicht gestellt, so daß immer weitere Kreise in Erwartung der kommenden gebratenen Taubenschar unwillkürlich den Mund aufmachten. Vom Sozialistengesetz an zählten sie den „alten Plunder" aus der Bismarck'schen Rumpelkammer auf, der bereits über die Mauer geflogen sei, aber das beste solle erst noch kommen, ein Bruch mit der Schutzzollpolitik und eine Anlehnung der Regierung an den Liberalismus, besonders an die freisinnige Partei. Daß Eugen Richter dann Minister werde, war eine Konsequenz, die sich schließlich von selbst ergab, aber auch schon leise angedeutet, ja sogar dem Kaiser in den Mund gelegt wurde.

Es gab in jener erregten Zeit, wo alle Parteien voller Enthusiasmus über den kühn vorgehenden jugendlichen Monarchen waren, wenig Kreise, welche sich kühle Besonnenheit wahrten. „Alles in der Welt" — so ließ sich eine vereinzelte Stimme hören — „hat zwei Seiten, und das kräftige Eintreten der deutschen Kaisermacht für die praktischen Arbeiterinteressen wird viele hochfliegende Hoffnungen erwecken, denen Enttäuschungen folgen müssen, und wird das Macht bewußtsein, den Großmachtskitzel der Arbeitermassen steigern. Die Schwierigkeiten der Angelegenheit bürgen der deutschen Industrie, welche bereits so viele Opfer gebracht, so schwere Lasten auf ihre Schultern genommen hat, dafür, daß die Sozialpolitik aus ihrem bedächtigen und sichern Gange nicht zum Sturmschritt übergehen wird. Wir betonen nachdrücklich, daß nicht im Freudenrausch, sondern nur durch bedächtige Arbeit etwas Brauchbares und Dauerndes geschaffen werden kann,

Digitized by Google

weil wir die Erregung unerfüllbarer Hoffnungen für bedenklich halten; wir halten diese nüchterne Stellungnahme gerade gegenüber den überschwenglichen Jubelhymnen einzelner Blätter für geboten. Wenn andererseits vereinzelte Zeitungen einen Zusammenhang zwischen den Kaiserkundgebungen und den Wahlen herstellen wollen, so möchten wir es einfach als unsere Ueberzeugung aussprechen, daß die ergreifenden Erlasse des hochherzigen Monarchen den Sozialdemokraten vorerst keine Stimme entreißen werden."

Diese Ansicht fand sich im „Berl. Volksblatt" bestätigt, welches die Erlasse als einen großen Sieg der Sozialdemokratie über den Reichskanzler feierte und fortfuhr: „Daraus folgt, daß die deutschen Arbeiter bei den bevorstehenden Wahlen möglichst viel sozialdemokratische Abgeordneten wählen müssen, soll die nunmehr zu inaugurierende Arbeiterschutz-Gesetzgebung wirklich ihren Bedürfnissen und Interessen entsprechen .... Angesichts der kaiserlichen Erlasse muß für die deutschen Arbeiter die Wahlparole lauten: Wählt Arbeitervertreter, wählt Sozialdemokraten so viel Ihr vermöget, wollt Ihr Euer Recht, Euer ganzes Recht. Jedes tausend Stimmen mehr, das auf die Vertreter der Arbeiterklasse fällt, wird ihren Forderungen um so größeren Nachdruck verleihen. Nur das ist der rechte Sieg, den man sich selber erkämpft."

„Die Erlasse," sagte später Fürst Bismarck zu einem Interviewer in Friedrichsruh, „waren seit langem eine Lieblingsidee des Kaisers. Hinzpeter, Douglas und andere, kurz solche, die nicht im Dienst waren, haben mit Sr. Majestät darüber Beratungen gepflogen. Der Kaiser versprach sich von den Erlassen Erfolg bei den Wahlen. Mir wurde eine Redaktion gezeigt, die weitergehender war als diejenige, welche erschienen ist. Ich war prinzipiell gegen die Erlasse; sollten sie aber durchaus erscheinen — und der Kaiser bestand darauf — so wollte ich wenigstens meine Redaktion durchsetzen, damit die Erlasse gemildert würden. Ich übernahm deshalb die Redaktion und schrieb die Erlasse in der jetzigen Form nieder, als Diener des Kaisers. Die Redaktion rührt also von mir her. Ich habe keinen Kollegen zugezogen. Ich fügte noch die

Digitized by Google

internationale Konferenz ein; ich dachte, sie sollte gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des humanen arbeiterfreundlichen Planes unseres Herrn. Ich glaubte, diese Konferenz würde sich gegen allzu große Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Aber selbst diese geringen Erwartungen sind getäuscht worden. Die Ergebnisse der Konferenz sind gleich Null. Es hatte keiner den Mut zu widersprechen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Die ganze Konferenz ist eine einzige Phraseologie, nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Ueberhaupt, es ist Illusion, den Arbeiterschutz international machen zu wollen; jeder Staat steht doch schließlich für die Interessen seiner Industrie. Ich glaubte übrigens damals immer noch, daß der Staatsrat diese Erlasse nicht billigen würde. Da aber auch dieser zustimmte, so gingen sie durch, ohne mein Votum, ohne meine Unterschrift."

Dem Fürsten Bismarck wird vorgeworfen, er habe an die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar den Vorschlag der Berufung einer internationalen Konferenz geknüpft, obwohl er der Ansicht gewesen sei, daß es auf Illusion beruhe, den Arbeiterschutz international machen zu wollen; es könne nicht gerechtfertigt werden, daß ein Minister, wenn er seinen Monarchen von einem Plane nicht abzubringen vermöge, einen Rat erteile, dessen Durchführung vorgeblich jenen Plan begünstige, nach der wirklichen Ueberzeugung des Ministers aber vielmehr vereitele. Das sei nicht ein treuer Diener seines Herrn, der so handle.

Diese Darstellung ist, wie die „Hamb. Nachr." einmal ausgeführt haben, eine Verzerrung des Sachverhalts. Wenn ein leitender Minister glaubt, daß die allerhöchsten Entschließungen den Landesinteressen nicht entsprechen, so ist er seinerseits verpflichtet, den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Krone dahin geltend zu machen, daß die Ausführung der Entschließungen unterbleibe. Der Minister handelt pflichtwidrig, wenn er anders verfährt, er leistet dem Monarchen und dem Lande den treuesten Dienst dadurch, daß er seine Meinung mit Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Wenn der Minister meint, daß die Wege, die sein Herr zu gehen entschlossen ist, gefährliche Wege seien, so ist er amtlich und vor seinem Ge-

Digitized by Google

wissen gehalten, dies offen auszusprechen. Man dient seinem Herrn am besten, indem man ihn warnt, sich in Gefahr zu begeben. Gelingt es dem Minister nicht, den Monarchen von der Bedenklichkeit der geplanten Maßregeln zu überzeugen, weil der Minister infolge seiner Antecedentien oder aus vorgefaßter Meinung als parteiisch angesehen wird, so ist er noch nicht ohne weiteres berechtigt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er hat dann den Versuch zu machen, seine abweichende Ueberzeugung durch andere Personen und Instanzen, die das Vertrauen des Monarchen in der fraglichen Angelegenheit vielleicht mehr besitzen als der leitende, verantwortliche Minister, der Krone gegenüber vertreten zu lassen. Die nächstberufenen hierzu sind die übrigen Minister. Hat er auch hiermit keinen Erfolg und rechtfertigt es die Sache, so handelt der Minister im Landesinteresse, wenn er dem Monarchen anrät, vor der Ausführung seiner Entschließungen eine gutachtliche Beurteilung derselben durch sachverständige Autoritäten, die nicht seine Minister sind, herbeizuführen.

In dieser Lage dürfte sich Fürst Bismarck dem Kaiser gegenüber in Sachen der auf die Arbeiterfrage bezüglichen Erlasse und weiteren Maßnahmen befunden haben. Die Meinung des Monarchen war eine andere, wie die seines Kanzlers. Die übrigen Minister aber, die noch wenige Jahre zuvor mit dem leitenden Staatsmanne eines Sinnes waren, mochten ihre Ansicht geändert, oder sie aus Gründen, deren Erörterung uns hier nicht obliegt, zurückgedrängt haben. So blieb als letzter Rat zur Wahrung dessen, was der Kanzler in diesem Falle als die salus publica erkannte, nur der Vorschlag zur Berufung des Staatsrats, resp. der internationalen Konferenz übrig. Wenn diese Beratungskörperschaften den auf sie gesetzten Hoffnungen nicht entsprochen haben, so beweist das höchstens, daß der frühere Reichskanzler in seinen bezüglichen Voraussetzungen eine Enttäuschung erfuhr, die ihn als Menschenkenner irre machen konnte; keinesfalls war das Ergebnis der Staatsrats- und Konferenz-Beratungen vorauszusehen. Die Berufung

Digitized by Google

dieſer Beratungsinſtanzen war vollſtändig berechtigt, auch wenn ſie ſchließlich nicht dem Zwecke entſprach.

Nachdem die Anſicht des leitenden Staatsmannes nicht durchgedrungen war, ſondern die des Monarchen, mußte erſterer entlaſſen werden, da von ihm die Uebernahme der Verantwortung für die Ausführung der zu faſſenden Beſchlüſſe nicht zu gewärtigen war. So fand die Trennung ſtatt; von einer Untreue dabei zu reden, iſt ſinnlos. Thatſächlich iſt Fürſt Bismarck wegen Meinungsverſchiedenheit zwiſchen dem Kaiſer und ihm entlaſſen worden; aber das iſt weder ein Geheimnis, noch iſt daraus irgend ein Vorwurf gegen ihn zu konſtruieren.

Digitized by Google

XII.

Windthorst bei Bismarck.

Am 1. Februar vormittags fand bereits jene Audienz des Herrn von Caprivi bei Sr. Majestät dem Kaiser statt, von welcher angenommen wird, daß sie für die Nachfolgerfrage entschieden gewesen sei, nachdem schon einige Zeit vorher der Kaiser in Hannover gewesen war und mit Herrn von Caprivi konferiert hatte. Der Hauptinhalt der Unterredung des Kaisers mit dem General, die Designation desselben zum Nachfolger Bismarcks, ist lange ein Geheimnis geblieben, auch für Fürst Bismarck selber, der keine Ahnung davon hatte, als er vier Tage später dem Kaiser als Nachfolger in der Ministerpräsidentschaft keinen Anderen vorschlug, als — den General von Caprivi.

Am 3. Februar hatte der Reichskanzler eine Unterredung mit dem Monarchen, bei Gelegenheit der Ueberreichung der von ihm redigierten Erlasse. Hatte der Kaiser den Fürsten schon seit der Rückkehr des letzteren nach Berlin kühl behandelt, so trat dies bei jener Gelegenheit in so auffallender Weise hervor, daß der Fürst endlich die Frage an den Kaiser richtete: „Bin ich Ew. Majestät im Wege?“ Zum Erstaunen des Fürsten gab der Kaiser nicht sofort eine bestimmt verneinende Antwort, sondern suchte zu temporisieren. Dann deutete der Fürst an, daß er bereit sei, alle seine Aemter abzutreten, ausgenommen die Leitung des Auswärtigen Amtes. Der Kaiser willigte ein. Es handelte sich nur um die Lösung der Personenfrage.

Digitized by Google

Fürst Bismarck äußerte sich in einer späteren Zeit über die Unterredung vom 3. Februar mit dem Kaiser, wie folgt: „In einer Zeit, wo ich nicht daran denken konnte, daß der Kaiser mich gerne los wäre, sprach ich einmal mit Sr. Majestät von der Möglichkeit, daß das Reichskanzleramt versuchsweise von der preußischen Ministerpräsidentschaft getrennt werden könnte, einer Möglichkeit, die vielleicht zum ersten Male dann sich wieder einstellen würde, wenn ich tot wäre. Damals sagte ich dem Kaiser, für diesen Fall würde ich ihm raten, an die Spitze des preußischen Ministeriums einen schneidigen General zu stellen. Ich that das, weil ich der Meinung war, daß Verhältnisse eintreten könnten, wo die damaligen Chefs der drei wichtigsten preußischen Ressorts an der nötigen Schneidigkeit zu wünschen übrig ließen. Der Chef der Polizei war liberal, der Chef des Kriegswesens war liberal und Schwadroneur, der Chef der Staatsanwaltschaften zwar nicht gerade liberal, aber doch zerfahren und unsicher. Beispielsweise nannte ich, weil der mir gerade zu meist einfiel, den Namen Caprivi — aber mein Vorschlag galt nicht dieser Persönlichkeit, sondern nur dem Generalsrang und der Schneidigkeit. Bezüglich letzterer habe ich mich gründlich getäuscht. Es ist mir das nicht oft passiert. Bis dahin war mir Caprivi immer eine sympathische Persönlichkeit gewesen. Er war stramm und aufrecht, kurz im Reden und überhaupt schweigsam. Als ich seine ersten Reden als Ministerpräsident und Reichskanzler in den Parlamenten las, da wußte ich, daß ich mich getäuscht hatte. Wie mir nun später gesagt worden ist, hat sich der Kaiser schon damals Caprivi von Hannover herüber kommen lassen, und ohne mein Wissen mit ihm verhandelt. Wenn Windthorst wirklich gesagt hat, Caprivi werde mein Nachfolger, oder er sei seit langem dazu bestimmt gewesen, so hat er nicht mit meinem, sondern mit des Kaisers Kalb gepflügt. Ich habe außer vor dem Kaiser vor niemanden den Namen Caprivis in solchem Zusammenhange genannt, und meine bezügliche Unterredung mit dem Kaiser war ohne Zeugen. Lange übrigens, bevor der Kaiser mich rundweg auffordern ließ, meine Entlassung zu erbitten, was ich zu thun mich weigerte, indem ich

Digitized by Google

passiven Widerstand leistete, hat er mich unter Gründen der Schonung meiner Gesundheit von Berlin und aus dem lebendigen Zusammenhang der Dinge ferngehalten. Es war keineswegs mein Bedürfnis und mein Wunsch, wenn ich oft so lange von Berlin abwesend war."

Am 4. Februar fanden sich der Kaiser und der Kanzler nach der Unterredung vom 3. Februar wieder bei dem parlamentarischen Diner zusammen, welches Fürst Bismarck gab. Der Kaiser fuhr gleich nach 6 Uhr vor dem Reichskanzlerpalais vor und wurde von der Fürstin von Bismarck ehrfurchtsvoll begrüßt. Se. Majestät reichte der Fürstin den Arm und nahm bei Tisch zu ihrer Linken Platz. An der rechten Seite der Fürstin saß Herr von Benda, während dem Kaiser gegenüber der Reichskanzler sich niedergelassen hatte, neben welchem zur Rechten Abg. Reichensperger plaziert war. Im Uebrigen waren die Plätze, wie es bei den parlamentarischen Diners des Fürsten Bismarck immer der Fall war, streng nach dem Lebensalter geordnet. Der Kaiser war in heiterer Stimmung und unterhielt sich lebhaft, trank auch wiederholt dem Fürsten Bismarck zu. Der Reichskanzler zeigte sich von erstaunlicher Frische und Elastizität. Nach der Tafel zündete er auf besonderen Wunsch des Kaisers seine Pfeife an. Dieser rauchte eine Zigarre und auch die anderen Herren gaben sich meist dem Genusse der duftenden Havanna hin, während sich um kleinere Tische zwanglose Gruppen bildeten, an welchen Kaffee serviert wurde. Besonders zeichnete Se. Majestät Dr. Miquel durch eine längere Unterredung aus, zu welcher später auch Frhr. von Stumm zugezogen wurde. Se. Majestät zeigte ein besonderes Interesse für die Arbeiterfragen. Auch die Steuerreform wurde berührt, ebenso Schulangelegenheiten und andere Verwaltungsfragen, wie z. B. der Wegebau. Beim Weggehen bemerkte der Kaiser scherzend: er wünsche wohl bald wieder in so prächtiger Gesellschaft zu sein, wie diesen Abend, ebenso hatten die Abgeordneten das Gefühl, gar nicht besser ließe sich über schwierige Dinge eine Verständigung herbeiführen, als durch solche offene Aussprachen, wie der 4. Februar sie gebracht habe.

Trotz aller Gemütlichkeit, welche die Konversation bei

Digitized by Google

dieser Gelegenheit beherrschte, trat doch auch die Divergenz der Ansichten hervor, sowie eine von früher abweichende Weise des Verkehrs, die namentlich der Frau Fürstin nicht entgangen sein soll. „Der Kaiser", sagte Fürst Bismarck bei dieser Gelegenheit zu einigen Abgeordneten scherzhaft, „hat mich recht lieb, aber imponieren kann ich ihm doch nicht. Versuchen Sie es doch, meine Herren, vielleicht imponieren Sie ihm, ich zweifle allerdings daran."

Es wird gesagt, daß der Kaiser, der ohne Wissen Bismarcks andere Pläne mit Herrn von Caprivi verfolgte, auf Herrn von Bötticher als Nachfolger Bismarcks im Ministerpräsidium bestanden habe, was, von dem Reichskanzler acceptiert, aber schon nach zwei Tagen aufgegeben worden sei. Mit dem Fallenlassen des Herrn von Caprivi als Ministerpräsident schied dieser — in den Augen des Fürsten Bismarck — überhaupt aus jeder Kombination, die sich an den Rücktritt des Reichskanzlers von seinen Aemtern knüpfen konnte. Herr Windthorst war besser unterrichtet, wie seine Unterredung mit Bismarck am 14. März bewies, während dieser, selbst als sein Rücktritt schon bevorstand, über die Nachfolgerfrage noch im Unklaren war. Ueber seine Ersetzung durch Caprivi machte Bismarck später die Bemerkung: „Der Kaiser hat ein merkwürdiges chassé croisé gemacht, seinen besten General macht er zum Kanzler und seinen Kanzler zum General."

Noch zwei Jahr später, im April 1892, kamen verschiedene Blätter auf die Mitteilung zurück, Fürst Bismarck habe im März 1890 Herrn von Caprivi als Vorsitzenden des preußischen Kabinetts empfohlen mit Rücksicht auf etwaige Konflikte, deren Bewältigung einen energischen Militär im Ministerium erfordert haben würde. Man sagte, es sei nicht einzusehen, wieso im Jahre 1890 solche Ereignisse zu befürchten gewesen wären, jedenfalls habe die Erfahrung gezeigt, daß derartige Besorgnisse unbegründet gewesen seien. Von Friedrichsruh aus wurde hiergegen bemerkt:

„Im Anfange des Jahres 1890 war die Gesamtlage im Sinne einer vorsorglichen und ordnungsliebenden Regierung wohl kaum so harmlos wie vor 1830 und

Digitized by Google

1848, und die Thatsache, daß in den seitdem verflossenen zwei Jahren keine bedrohlichen Erscheinungen stattgefunden haben, ist keineswegs ein Beweis dafür, daß sie nicht noch vorkommen können; bei der Wahl der Minister aber hat man sich in Preußen gewöhnt, nicht blos die nächste Zukunft, sondern dauernde Zustände im Auge zu haben. Ein Staat wie Preußen und das Deutsche Reich kann nicht auf die Möglichkeit verzichten, jederzeit in der Lage zu sein, auch solchen Ereignissen entgegen zu treten, welche in den beiden letzten Jahren nicht stattgefunden haben, und wenn Fürst Bismarck — in der That nicht im März, sondern Anfang Februar 1890, nach Erlaß der kaiserlichen Proklamationen — in der Sorge gewesen ist, daß Verhältnisse eintreten könnten, die eine feste Regierung notwendig machten, und wenn solche Ereignisse zwei Jahre hindurch nicht eingetreten sind, so liegt darin noch kein Beweis, daß die damaligen Befürchtungen des Fürsten Bismarck übertrieben gewesen wären. Daß bestimmte Befürchtungen seinem Rate zu Grunde gelegen haben, glauben wir überhaupt nicht, nur der Wunsch, daß ihm ein Ministerpräsident folgen möge, der allen Eventualitäten gewachsen sei, wird ihm den Gedanken eingegeben haben, dem Könige die Ernennung eines Militärs zu seinem Nachfolger im Amte des preußischen Ministerpräsidenten zu empfehlen.

Die „Daily News" sagen über dieselbe Frage, der Kaiser habe 1890 nicht an einen Konflikt geglaubt. Se. Majestät hat aber dennoch in Hinsicht auf die Möglichkeit eines solchen den ihm vorgeschlagenen General zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt; er wird also, selbst wenn er an einen unmittelbar drohenden Konflikt nicht geglaubt hat, die Möglichkeit eines solchen nicht bezweifelt haben; denn es ist nicht wahrscheinlich, daß seine Wahl ausschließlich durch die politischen Antecedentien des Herrn von Caprivi auf diesen gelenkt worden sei. Wenn die „Daily News" sagen, der Kaiser hätte sich geweigert, den Konflikt zu provozieren, so war für eine solche Weigerung kein Platz, da die Zumutung eines solchen Konflikts niemals Sr. Majestät nahe getreten ist. Die Regel: si vis pacem para bellum ist auch auf Kraftmessungen im Innern anwendbar, zu denen die Sozialdemokratie bei uns den Anlaß geben konnte, sei es aus eigener Initiative, sei es durch äußere Anstöße, wie wir ja auch die deutschen Aufstände von 1830, die polnischen

Digitized by Google

von 1831 und die Bewegung des Jahres 1848 in Deutschland nicht der eigenen Initiative, sondern der Ausbreitung der Brände verdanken, die in Frankreich ausbrachen. Die französischen Aufstände vom Juli 1830 und Februar 1848 wirkten ebenso ansteckend. Sollte dieser Bazillus seine Ansteckungskraft jetzt gänzlich verloren haben und kann man die Entwicklung der Dinge in Frankreich heutzutage auf Jahre hinaus berechnen? Fürst Bismarck hat offenbar im Februar 1890 nicht geglaubt, daß dies möglich sei. In den zwei Jahren, wo innere Konflikte bei uns ausgeblieben sind, ist außerdem viel geschehen, was Fürst Bismarck bei seiner Berechnung der Zukunft nicht vorausgesehen hat. Wir meinen damit die beschwichtigende Behandlung aller derer, die früher als Gegner des Reiches thätig gewesen waren: Die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Polen, die Franzosen im Elsaß und in letzter Instanz die Welfen. In Betreff der diesen Elementen gemachten Konzessionen ist Fürst Bismarck allerdings nicht fähig gewesen, in die Zukunft zu blicken, und wir glauben auch kaum, daß es gelingen wird, auch nur einen der genannten Gegner durch Konzessionen zu versöhnen."

Wir verfolgen jetzt weiter die Chronik der auf die Entlassung Bismarcks bezüglichen Ereignisse der Monate Februar und März. Am 5. Februar war der Abgeordnete von Stumm bei Bismarck. Am Tage darauf gab letzterer ein Abschiedsdiner den Beamten des Handelsministeriums. Bismarck hatte das Ministerium für Handel und Gewerbe im Jahre 1880 übernommen und legte es am 6. Februar nieder, worauf der bisherige Oberpräsident der Rheinlande, v. Berlepsch, der bei dem vorjährigen Ausstand der Kohlenarbeiter eine erfolgreiche Thätigkeit entfaltet hatte, zum Nachfolger Bismarcks in dem Handelsministerium ernannt wurde. Derselbe wohnte dem Diner bei Bismarck bei.

Am 7. Februar fand eine Sitzung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz Bismarcks statt. Am 8. Februar hatte Fürst Bismarck bereits den Gedanken an eine Verzichtleistung auf die Ministerpräsidentschaft aufgegeben. In einer Unterredung mit dem Kaiser sagte er, er habe sich überzeugt, daß eine Teilung der Geschäfte „gefährlich" wäre. Es wurden andere Kombinationen erwogen. Die Lösung der amtlichen

Digitized by Google

Beziehungen des Kanzlers zum Kaiser stand seitdem für beide dabei Beteiligten außer Zweifel, nur mit der Maßgabe, daß der genauere Zeitpunkt und die Modalitäten der Entlassung des Kanzlers erst festgestellt werden sollten, nachdem derselbe die ersten Verhandlungen mit dem neuen Reichstage geführt haben würde.

Am 9. Februar gab es wieder eine Sitzung des Staatsministeriums unter Vorsitz Bismarcks. Am Tage darauf fand sich bei diesem der russische Botschafter Graf Paul Schuwaloff ein. Welche intimen Beziehungen zwischen diesen beiden Staatsmännern herrschten, ergiebt sich aus der Reichhaltigkeit der diplomatischen Geschichte Deutschlands und Rußlands in den letzten Jahren. Graf Paul Schuwaloff bezeugte das größte Interesse an der drohenden Kanzlerkrise. Stand doch der deutsch-russische Neutralitätsvertrag auf dem Spiele! Graf Schuwaloff war natürlich in alle Vorgänge eingeweiht, die seit der Thronbesteigung Wilhelms II. das Verhältniß Deutschlands zu Rußland alteriert hatten und weiter zu alterieren drohten, sobald der Kaiser Wilhelm II. seine zweite Reise nach Petersburg ausführte. Was Graf Schuwaloff nach seinem Besuche Bismarcks am 10. Februar mitzutheilen wußte, deckte sich mit dem Gerüchte, das nach dem Vortrage des Fürsten Bismarck beim Kaiser am 12. Februar allgemein verbreitet war. In den häufig zu offiziösen Mitteilungen benutzten „Hamb. Nachr." war in sehr auffälligem Druck folgende Nachricht zu lesen:

„Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Frage des Austritts des Fürsten Bismarck aus dem preußischen Staatsministerium, beziehungsweise aus seiner Stellung als Reichskanzler zwar erörtert, ihre Entscheidung vorläufig aber vertagt worden. Mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen hat der Reichskanzler seine Entschließung wegen des Rücktritts von den Geschäften hinausgeschoben."

Der Ursprung dieser Meldung konnte nicht wohl zweifelhaft sein, wurde überdies auch durch die Fassung bestätigt, an welcher wir uns einige Verdeutschungen vorzunehmen erlaubt haben. Im Urtext des Hamburger Blattes wurde die Frage

Digitized by Google

„ventiliert“ und ihre Entscheidung „ajourniert“, Ausdrücke, wie sie einem zum vorwiegenden Gebrauche der französischen Sprache genötigten Diplomaten, nicht aber deutschen Tagesschriftstellern und Lesern unentbehrlich oder geläufig sein dürften.

Am 14. Februar wurde der Staatsrat eröffnet. Fürst Bismarck erschien nur in der ersten Sitzung und verließ dieselbe, ohne in die Debatte eingegriffen zu haben. Der Schluß erfolgte am 28. Februar. Zum nächsten Tage lud der Kaiser die Mitglieder zur Tafel. Fürst Bismarck war anwesend. Er ließ sich vor dem Essen mit dem Schlossermeister Deppe aus Magdeburg in ein Gespräch ein. Dieser drückte seine Freude darüber aus, daß der Kaiser bei den Beratungen des Staatsrates selbst den Mitgliedern das Wort erteilt habe. „Jetzt wollte ich,“ erwiderte Bismarck, „daß Majestät das Wort zum Essen erteilte, denn es dauert doch sehr lange.“

In der Woche darauf fand im Kanzlerpalais in der Wilhelmstraße auf Anregung des Fürsten Bismarck eine genaue Aufnahme desjenigen Inventars statt, welches nicht aus Reichsmitteln, sondern aus Privatmitteln des Kanzlers angeschafft worden war und daher im Falle eines Rücktritts Bismarcks nicht in der Dienstwohnung des Nachfolgers verblieb, sondern auf die Güter des Fürsten überzuführen war.

Eine Kanzlerkrisis bestand. Das konnten auch die Uneingeweihten aus der Haltung der offiziösen Presse längst entnehmen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte bis auf diese Stunde noch nicht ein einziges Wort der Anerkennung für die kaiserlichen Erlasse gefunden. Andere, dem Reichskanzler zur Verfügung stehende Blätter hatten den Erlassen gegenüber eine durchaus unfreundliche Haltung eingenommen. Die ganze jetzt eingeleitete Sozialpolitik des Kaisers, welche über den vom Reichstage beschlossenen, vom Kanzler abgelehnten Arbeiterschutzentwurf weit hinaus ging, stand in handgreiflichem Gegensatze zu den oft bekannten, niemals aufgegebenen Absichten des Fürsten Bismarck. Man fand es daher sehr begreiflich, wenn der Kanzler seine Lebensaufgabe gelöst glaubte, und sich der Muße in Ehren widmen wollte, auf die er nach seinen Ver-

Digitized by Google

dienſten und Erfolgen einen gerechteren Anſpruch hatte, als irgend einer der Zeitgenoſſen.

Aber Fürſt Bismarck wollte nicht die Verantwortung für ſein Ausſcheiden aus dem Staats- und Reichsdienſt übernehmen. Er überließ die Entſcheidung einer höheren Stelle. Im Monat Februar folgten ſich, nachdem am 3. und 8. Konferenzen mit dem Monarchen ſtattgefunden, ſolche noch am 12. und 25.

Schon am 3. Februar ſoll der Kaiſer die Worte an Bismarck gerichtet haben: „Sie haben den Herrn Miniſtern neulich verboten, mir Immediatberichte zu machen; ich will aber durchaus, daß meine Miniſter ſich mir perſönlich vorſtellen.“ An die Diskuſſion über dieſen Gegenſtand knüpfte ſich der Auftrag, den der Reichskanzler erhielt, in einer Denkſchrift ſeine Anſichten über den Verkehr der Miniſter mit der Krone zu begründen. Am 4. März gab es abermals eine Unterredung zwiſchen dem Kaiſer und dem Kanzler.

Es war Sr. Majeſtät hinterbracht worden, daß Fürſt Bismarck, während er die Einladung zur Internationalen Konferenz an die fremden Mächte erließ, ſich bemühte, das Zuſtandekommen der Konferenz zu hindern. Der Kaiſer wünſchte die Arbeiterſchutz-Konferenz in Berlin abgehalten zu ſehen, dazu aber war ein Verzicht der Schweiz erforderlich, die ja ſchon vorher zu demſelben Zwecke nach Bern eingeladen hatte. Fürſt Bismarck ſoll nun damals den ſchweizeriſchen Geſandten, Herrn Roth, erſucht haben, bei ſeiner Regierung gegen den Verzicht auf die Berner Konferenz zu wirken. Dieſe Bemühungen wären dann zur Kenntnis des Kaiſers gelangt, der noch zu ſehr ſpäter Abendſtunde Herrn Roth ins Schloß bat, und ihn für ſeine Abſichten gewann. Auch ſonſt ſollte Fürſt Bismarck ſich bemüht haben, fremde Regierungen als Hemmnis bei der Aktion, die durch die Arbeiterſchutzerlaſſe des Reichs eingeleitet wurde, zu benutzen. Jedenfalls bildete der ungerechtfertigte Verdacht, in den Fürſt Bismarck in dieſer Beziehung beim Kaiſer gebracht war, das Thema der Unterredung vom 4. März. Die Erregung des Kaiſers zitterte noch an dem Tage darauf nach, als er im Brandenburgiſchen Provinziallandtage die Worte ſprach:

Digitized by Google

„Die Ziele, die Mein hochseliger Herr Großvater in seiner Botschaft aufgestellt hat, habe Ich Mir angeeignet. In seinen Fußtapfen fortschreitend, ist es Meine vornehmste Sorge gewesen, Mich eingehender um das Wohl der unteren Klassen Meiner Unterthanen zu bekümmern. Die Erfolge der Beratungen des Staatsrates, welche hoffentlich bald in gesetzlicher Form für unser Vaterland nutzbringend wirken werden, verdanke Ich nicht zum mindestens der treuen und aufopfernden Mithilfe brandenburgischer Männer. Die von Mir vorher berührten Gesichtspunkte, nach welchen Meine Vorfahren und die Familie der Hohenzollern überhaupt ihre Stellung zu Brandenburg auffaßten, war im höchsten Maße in Meinem hochseligen Großvater verkörpert. Derselbe betrachtete seine Stellung als eine ihm von Gott gesetzte Aufgabe, der er sich mit Daransetzung aller Kräfte bis zum letzten Augenblicke widmete. So wie er dachte, denke auch Ich und sehe in dem Mir überkommenen Volke und Lande ein von Gott Mir anvertrautes Pfund, welches — wie schon in der Bibel steht — zu mehren, Meine Aufgabe ist und worüber Ich dereinst Rechenschaft abzulegen haben werde. Ich gedenke nach Kräften mit dem Pfunde so zu wirtschaften, daß Ich noch manches andere hoffentlich werde dazu legen können. Diejenigen, welche Mir dabei behilflich sein wollen, sind Mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien. Diejenigen jedoch, welche sich Mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere Ich."

Ueber jene Unterredung vom 4. März erfuhr die „Times" über Wien, der Rücktritt des Fürsten Bismarck vom öffentlichen Leben sei jetzt ausgemachte Sache. Der Kaiser habe endlich dem dringlichen Abschiedsgesuche des Fürsten nachgegeben. Fürst Bismarck sei jedoch bewogen worden, so lange im Amte zu bleiben, bis die Frage der künftigen Organisation der Kanzlerschaft endgültig gelöst worden sei. Nur der Kern dieser Depesche war richtig, der Rücktritt des Kanzlers war abermals vertagt worden.

Die Angabe über die angeblichen Versuche des Reichs-

Digitized by Google

kanzlers, sein gefährdetes Portefeuille mit aller Gewalt, etwa mit Hilfe des Zentrums, oder hoher Personen, wie der Kaiserin Friedrich, zu retten, ist unhaltbar gegenüber der Thatsache, daß die Lösung der amtlichen Beziehungen des Kanzlers zum Kaiser schon mehrere Wochen vor der fraglichen Besprechung mit Windthorst für beide dabei Beteiligten außer Zweifel stand, nur mit der Maßgabe, wie schon erwähnt, daß der genauere Zeitpunkt und die Modalitäten der Entlassung des Kanzlers erst festgestellt werden sollten, nachdem derselbe die ersten Verhandlungen mit dem neuen Reichstage geführt haben würde, also etwa im Mai oder Juni 1890. Die Vorgänge, durch welche eine Beschleunigung der Entlassung herbeigeführt wurde, entwickelten sich erst in den Tagen unmittelbar nach der Besprechung des Kanzlers mit dem Zentrumsführer. Ebenso abgeschmackt ist die Erfindung, daß der Reichskanzler die Kaiserin Friedrich um Mitwirkung angegangen habe, „um seinen Sturz hintanzuhalten". Ueber diesen „Sturz" bestand seit Wochen auf keiner Seite ein Zweifel, nur die Beschleunigung und die Umstände, von denen der Eintritt desselben begleitet war, konnten unerwartet sein.

Auffallend zahlreich waren die Besuche deutscher Fürsten am Berliner Hofe während jener Krise, die zur Entlassung des Fürsten Bismarck führte. Die Großherzöge von Weimar, Baden, Hessen, Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha hielten sich zum Teil längere Zeit in Berlin auf und verkehrten auch mit dem Fürsten Bismarck. Unstreitig ging ihr Bemühen dahin, denselben zum Aushalten zu bewegen, wenn sie auch zu der brennenden Frage nicht gerade eine ganz identische Stellung einnahmen. Der Großherzog zu Weimar suchte in einem längeren Gespräch mit Bismarck diesen zum Beharren im Amte zu ermutigen. Es wird angenommen, daß der Großherzog von Baden bei seiner Anwesenheit in Berlin den Versuch machte, im vermittelnden Sinne zu wirken. Einer in informierten Kreisen verbreiteten Lesart zufolge brachte er bei der Erörterung der Frage des Ausscheidens des Kanzlers aus dem Dienste auch die Teilung seiner jetzigen Befugnisse zur Sprache. Der Großherzog von Baden stand auf dem Gebiete

Digitized by Google

der Sozialpolitik am entschiedensten von den Bundesfürsten auf Seiten des Kaisers. Gegenüber einer Angabe der „Times", daß der Großherzog von Baden den Kaiser habe wissen lassen, er harmoniere nicht völlig mit seiner Sozialpolitik, erklärte die „Karlsruher Ztg." sich ermächtigt, auszusprechen, daß der Großherzog schon zu der Zeit, als die Fragen der Arbeiterschutz-Gesetzgebung sich in den ersten Stadien der Besprechung befanden und zum ersten Male den Reichstag beschäftigten, die Inangriffnahme dieser Fragen durch die Regierungen lebhaft befürwortet habe. Es ergebe sich hieraus, mit welchen Gesinnungen der Großherzog die energische Initiative des Kaisers begrüßt habe, und wie gern er mitwirken werde, diese seine eignen Absichten zu verwirklichen. Diese Fragen seien zu ernst, als daß man dem Irrtum den Weg zur Verwirrung offen lassen dürfe, wie dies der Berichterstatter der „Times" beabsichtigt habe.

Daß der badische Gesandte in Berlin, Herr v. Marschall, sofort nach der Entlassung Bismarcks auf der Bildfläche erschien, um ein Stück der Hinterlassenschaft an sich zu nehmen, war wohl schon längst vorbereitet. Der Großherzog von Baden wird von seinem Neffen, dem Kaiser, besonders hochverehrt.

Hatte Fürst Bismarck sich besonders über Herrn von Bötticher zu beklagen, der ihm, wie er sagte, sein ganzes Emporkommen zu verdanken habe und der in Verbindung mit Hofbeamten den Kaiser gegen ihn aufzubringen suchte, so brachte der 8. März wieder ein neues Moment zur Beleuchtung der Lage. Der Kaiser verlieh an diesem Tage dem Staatssekretär des Innern den Schwarzen Adlerorden und knüpfte hieran in einem Schreiben die Erinnerung, daß der verstorbene Kaiser die Sozialreform in die Hand genommen habe, die er selbst, der regierende Kaiser, mit allem Nachdruck fortzusetzen sich bestrebe und die im Minister von Bötticher eine Hauptstütze gefunden habe. Der Kaiser erkannte mit warmen Worten die Dienste an, die bisher der Minister von Bötticher geleistet hätte, sprach ihm für alles Vertrauen aus und hoffte, daß diese Verleihung an Herrn von Bötticher zum Sporn und zur Anregung bei der weiteren Arbeit werden möge. Man hat

Digitized by Google

gesagt, diese seltene Auszeichnung sei erfolgt, ohne daß der Reichskanzler Kunde davon gehabt. Indessen war der Verleihung am 8. März eine einstündige Konferenz des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck vorausgegangen. In derselben kam es wieder zu einer lebhaften Erörterung der Kabinettsordre von 1852, herbeigeführt durch das Verhalten des Herrn von Bötticher, welches der Kaiser durchaus korrekt fand und für kein Hindernis der Ordensverleihung ansah. Am 14. März folgte die verhängnißvolle Entrevue des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst. Am 11. März hatte die „Nord. Allg. Ztg." bemerkt, daß die Deutschkonservativen und Ultramontanen, jede Partei in ihrer Art, in ihren Grundauffassungen die Autorität vertreten, das Zentrum wolle die kirchliche Autorität voranstellen und ihr die staatliche erst folgen lassen; die Deutschkonservativen räumten der staatlichen den Vorrang ein. Abgesehen von diesem Unterschiede verträten beide Parteien das Autoritätsprinzip. Indem die große Mehrheit der Wähler sich für dieselben ausgesprochen habe, wolle sie also eben dieses Prinzip hochgehalten wissen. Das möchte sich die Demokratie gesagt sein lassen. Man sprach sofort von einer Werbung des offiziösen Blattes um das Zentrum, von einer konservativ-klerikalen Aera. Die „Köln. Ztg." kündete dem Fürsten Bismarck den Kampf bis auf's Messer an, wenn er sich mit dem „Chef des politischen Handlungshauses, welches sich Zentrum nennt", einließe. Als darauf der Besuch des Herrn Windthorst bei Bismarck nachfolgte, sprach dasselbe Blatt ganz rückhaltlos von den „Kaufbedingungen", die Dr. Windthorst dem leitenden Staatsmann vorgelegt habe und formulierte die Forderungen des Zentrumsleiters dahin: für das Reich Aufhebung des Jesuitengesetzes oder mindestens eine erhebliche Einschränkung desselben und für Preußen die Unterwerfung der Schule unter das Kirchenregiment. Das rheinische Blatt soufflierte gleichzeitig die Antwort auf diese Bedingungen, indem es die Aenderung der Haltung gegenüber den Jesuiten für unmöglich erklärte, nachdem der Kaiser gegen eine solche Maßnahme sich im vorigen Jahre unzweideutig präjudiziert habe und was die Schulfrage anlange, so sei im preußischen Landtage für die Wünsche des

Digitized by Google

Zentrums keine Mehrheit zu gewinnen. Aus diesem und anderen Gründen glaubte die „Köln. Ztg." einen Sieg des Zentrums nicht besorgen zu dürfen.

Herr Windthorst hätte geglaubt, hieß es später in demselben Blatte, er könne die Notlage des Fürsten Bismarck für ein politisches Geschäft ausnutzen, in welches das Zentrum seine neugestärkte parlamentarische Machtstellung einschoß, während Bismarck sich entschließen mußte, dem Ultramontanismus Zugeständnisse zu machen. „Der kluge Welfe, der die Lage naturgemäß wesentlich unter parlamentarischen Gesichtspunkten auffaßte und beurteilte, konnte sehr wohl zu der Vorstellung gelangt sein, Bismarcks Stellung sei hauptsächlich deshalb erschüttert, weil die Reichstagswahlen die Kartellstütze zerschmettert hatten; er mochte nicht übel Lust haben, dem Reichskanzler gegenüber dem Hof, gegenüber Hinzpeter und anderen Beratern des Kaisers einen starken parlamentarischen Rückhalt anzubieten und als Entgelt für die reaktionäre Zentrumspolitik ein hübsches Sümmchen herauszuschlagen. Die Möglichkeit, daß der Kaiser, abgesehen von allen parlamentarischen Konstellationen den Rücktritt Bismarcks aus dynastisch-selbstherrlichen Erwägungen herbeiführen werde, konnte der vielgewandte Diplomat außer Rechnung lassen. Man wird es aber begreiflich finden, daß der Kaiser diese Kombination Windthorst-Bismarck, welche ihre Spitze gegen ihn richten konnte, mit Erregung betrachtete, und daß die Besprechung Windthorsts mit Bismarck zu jener heftigen Scene führte, die mit einem vollständigen Bruch zwischen Kaiser und Kanzler endete."

Der Versuch einer solchen Verschwörung lag sicherlich nicht vor. Die Initiative zu der damaligen Unterredung ging von Herrn v. Bleichröder aus. Durch ihn ließ Herr Windthorst beim Fürsten Bismarck vertraulich anfragen, ob letzterer bereit sein werde, ihn zu empfangen. Der erste Eindruck des Reichskanzlers war der der Verwunderung, nicht darüber, daß der Abgeordnete Windthorst ihn zu sprechen wünsche, sondern darüber, daß derselbe vorher einer Anfrage darüber zu bedürfen glaube, ob er empfangen werden würde oder nicht; es war durch langjährige Praxis bekannt, daß Fürst Bismarck

Digitized by Google

es für seine dienstliche Pflicht hielt, jeden Reichstagsabgeordneten, der sich unter Berufung auf diese Eigenschaft bei ihm melden ließ, zu jeder Zeit zu empfangen, um so mehr eine im Reichstage so hervorragende Persönlichkeit, wie die des Führers des Zentrums. Fürst Bismarck beantwortete die gestellte Anfrage damit, daß seine Bereitwilligkeit selbstverständlich sei, und empfing den Abg. Windthorst, sobald derselbe sich bei ihm melden ließ. In dem darauf stattgehabten Gespräche, dessen Dauer etwa 1—1½ Stunde betragen konnte, hatte Fürst Bismarck natürlich das geschäftliche Bedürfnis, zu erfahren, welche Haltung das Zentrum in dem damals neu gewählten Reichstage einnehmen werde, und welches die Ansprüche seien, die dasselbe stellen werde. Von dem Versuche, irgend eine Kooperation einzuleiten, war zwischen beiden Herren keine Rede. Fürst Bismarck verhielt sich lediglich sondierend, und der Abgeordnete Windthorst motivierend, d. h. die Bedürfnisse des Zentrums nach Maßgabe der Stimmung der Wähler darlegend. Herr Windthorst war auch nicht versucht, „nach Zerschmetterung der Kartellstützen", wie die „Köln. Ztg." sich ausdrückte, eine Anknüpfung der Regierung mit der Zentrumspartei herbeizuführen; er hat lediglich auf die Sondierung des Fürsten Bismarck präzisiert, was das Zentrum haben müsse, um zufrieden zu sein. Der Abgeordnete Windthorst hat sich hierüber klar und präzise dahin ausgesprochen, daß das Zentrum die Herstellung des status quo ante 1870 in allen und jeden Beziehungen erstrebe. Mit dieser Erklärung war für den Fürsten Bismarck das Bedürfnis der Sondierung erschöpft. Im Uebrigen bezog sich die Unterhaltung der beiden Herren auf die Frage des bevorstehenden Kabinettswechsels, wobei der Abgeordnete Windthorst dem Fürsten Bismarck zum Verbleiben in seiner Stellung lebhaft zuredete, für den Fall aber, daß der Wechsel dennoch stattfände, dringend empfahl, die Nachfolge einem Militär, also einem General zu übertragen, indem er dabei die Bedenken geltend machte, die gegen eine civilistische Leitung in der unruhigen Lage der Parteiverhältnisse sprächen. Als Fürst Bismarck auf diesen Gesichtspunkt einging, empfahl der Abgeordnete Windthorst bei einer Besprechung der Personenfrage in

Digitized by Google

erster Linie den General v. Caprivi, der sich durch parteilose und sachliche Haltung während seiner Vertretung der Marine im Reichstage auch als Redner das Ansehen erworben habe, mit dem seine Persönlichkeit umgeben sei. Beide Herren verkehrten und trennten sich in den wohlwollenden Formen, die ihre beiderseitige gesellschaftliche Stellung naturgemäß mit sich brachte. Der damalige Reichskanzler war durch die Unterredung zu der Ueberzeugung gelangt, welche er in den wenigen Tagen, die er noch im Amte blieb, auch nicht verhehlt hat, daß eine geschäftliche Annäherung der Regierung an das Zentrum wegen der zuweit gehenden Forderungen desselben in der damaligen Lage nicht thunlich sei. Es ist aber nicht zu glauben, daß die höfliche Natur der Unterredung den Fürsten Bismarck dazu geführt haben wird, diese Ueberzeugung Herrn Windthorst gegenüber expressis verbis auszusprechen.

Ueberraschend war demnächst für den Reichskanzler nur die Schnelligkeit, mit welcher der Vorgang der Unterredung mit Herrn Windthorst, und die Thatsache, daß zur Herbeiführung derselben die Vermittelung des Herrn von Bleichröder benutzt worden sei, zur Kenntnis weiterer Kreise und namentlich auch der höheren Regionen gelangte, und zwar ohne den Zusatz, daß die Vermittelung nicht vom Fürsten Bismarck, sondern von Herrn Windthorst nachgesucht worden war.

In einer späteren Zeit (Herbst 1891) hat Bismarck über die Unterredung mit Windthorst etwa folgende Aeußerungen gethan, als die Rede zufällig auf Windthorst kam.

„Die Zeitungen berichten jetzt so viel über meine Beziehungen als Reichskanzler zu Windthorst. Einige fälschliche Darstellungen behaupten sogar, ich hätte denselben gegen die sozialen Pläne des Kaisers gewinnen wollen. Das ist natürlich ganz undenkbar. Wenn von einer Verbindung mit Windthorst überhaupt hätte die Rede sein können, so hätte eine solche nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie zum Zweck haben können. Nach den Neuwahlen vom Februar 1890 war es freilich für mich als Reichskanzler selbstverständlich von Wichtigkeit, über die Stellung des Zentrums und seines Parteiführers der Sozialdemokratie gegenüber Klarheit zu bekommen. Ebenso

Digitized by Google

mußte Windthorst daran liegen, meine Stellungnahme kennen zu lernen. Nun wird hin- und hergestritten, wer die Unterredung, welche im März stattfand, herbeigeführt hat — Windthorst oder ich. An sich selbst ist das ziemlich gleichgültig. Wenn ich es gethan hätte, so könnte mir kein Vorwurf daraus gemacht werden. Es ist aber nicht der Fall. Windthorst hat um die Unterredung nachgesucht, und zwar in ungewöhnlicher Form. Er ließ nämlich durch meinen Bankier anfragen, ob ich ihn empfangen wolle. Das überraschte mich, da ich als Reichskanzler jeden Abgeordneten, der darum nachsuchte, stets bereitwillig empfangen habe. Es machte mich mißtrauisch. Windthorst ist stets ein berechnender Feind unseres Reiches gewesen. Ich habe es nie begreifen können, daß man ihn später so sehr, gleichsam wie einen nationalen Heros, gefeiert hat!" — Auf die Bemerkung des Unterredners, daß das viele Vaterlandsfreunde nicht nur frappiert, sondern gradezu entsetzt habe, sagte Fürst Bismarck: „Das wundert mich nicht. Ich bin überzeugt, daß Windthorst viel dazu beigetragen hat, die Trennung Sr. Majestät von mir herbeizuführen."

Schon während der Krise im März 1890 wurde gesagt, Fürst Bismarck sei der Ansicht, daß Windthorst in dem zu seinem Sturze geschmiedeten „Komplott" eine bedeutende Rolle gespielt habe. In welcher Weise, ist nicht recht ersichtlich. Auffallend mußte es erscheinen, daß, nachdem der Kaiser am 1. Februar Caprivi zum Nachfolger Bismarks designiert hatte, am 4. Februar Bismarck den General zunächst als Ministerpräsidenten vorgeschlagen hatte. Sollten alle drei zufällig auf ein und dieselbe Persönlichkeit sich vereinigt haben? Bismarck hatte über seinen Vorschlag vom 3. Februar nicht ein Wort verlauten lassen. In Friedrichsruh sagte der Fürst einer Deputation: „ihm sei mit dem Besuche Windthorsts eine Falle gestellt worden." Von wem? Ein anderes Mal bemerkte er, die „Germania" müsse über die Vorgänge vom März 1890 genau unterrichtet sein, da ihre Leiter bei den fraglichen Ereignissen wesentlich mitgewirkt hätten. Nach der „Nordd. Allg. Ztg." hat der erwähnte Besuch in der ganzen Krise nur insofern eine Rolle gespielt, als der Reichskanzler sich weigerte, seinen

Digitized by Google

Verkehr mit Abgeordneten einer Kontrolle zu unterwerfen. In welchem Lichte aber muß wohl die Sache dem Kaiser vorgestellt worden sein, daß er Aufklärung darüber vom Kanzler verlangte?

Die Unterredung zwischen Windthorst und Bismarck fand am 14. März statt. Am 15. 10 Uhr morgens, nach einer Spazierfahrt im Thiergarten, fuhr der Kaiser Wilhelmstraße 71 vor und überraschte den Grafen Herbert Bismarck im Staatssekretariat. Der Fürst Bismarck lag noch im Bett. Es wurde ihm gemeldet, daß der Kaiser ihn in der Wohnung seines Sohnes erwarte. Als der Fürst eintrat, empfing ihn der Kaiser mit folgenden, im Tone des heftigsten Vorwurfs gesprochenen Worten: „Sie haben den Herren Ministern neulich verboten, mir Immediatberichte zu machen, ich will aber durchaus, daß Meine Minister sich Mir persönlich vorstellen."

„Majestät," antwortete der Fürst, „kraft des Gesetzes bin ich allein bemächtigt und beauftragt, Ew. Majestät direkt Bericht zu erstatten; es ist dies unumgänglich notwendig, wenn das Vorgehen der Regierung einen festen, einheitlichen Charakter tragen soll. Wenn in den letzten Wochen einzelne Minister sich angewöhnt haben, Immediatberichte vorzutragen, so geschah dies im Widerspruche mit dem Gesetze, welches dieses Recht einzig und allein dem Kanzler Ew. Majestät gewährt. Indessen, sobald Ew. Majestät es befehlen, werde ich mich beugen, und eine bezügliche Gesetzesänderung in Vorschlag bringen."

„Auch in der Arbeiterfrage," fuhr der Kaiser immer noch in gereiztem Tonne fort, „stoßen Meine Pläne bei Ihnen auf beharrlichen Widerstand. Ich halte darauf, daß die Maßregeln, welche Ich für nützlich halte, ganz und voll zur Ausführung gelangen."

„Ich setze den Verbesserungen, welche Ew. Majestät einzuführen gedenken, keinen Widerstand entgegen. Aber meine langjährige Erfahrung sagt mir, daß im einzelnen gewisse Modifikationen unumgänglich nötig sind, und ich werde die Ehre haben, sie Ew. Majestät ehrerbietigst zu unterbreiten."

Digitized by Google

„Nein, nein, keine Modifikationen," unterbrach hier der Kaiser seinen Kanzler, „ich will, daß meine Befehle, so wie ich sie gebe und ganz ausgeführt werden."

Die Schärfe dieser Willensäußerungen erschöpfte nachgerade die Ruhe des Fürsten. „Ich glaube wahrzunehmen, daß meine Dienste nicht das Glück haben, Ew. Majestät zu gefallen und daß man sich meiner zu entledigen gedenkt." (Der Kaiser machte hier eine bestätigende Handbewegung: war sie unbewußt, so war sie darum nicht weniger bezeichnend.) „In diesem Falle bleibt mir nichts übrig, als Ew. Majestät meine Entlassung einzureichen. Blos möchte ich Ew. Majestät bitten, mich bis zum Monat Mai noch im Amte lassen zu wollen, damit ich im Reichstage persönlich die Militärvorlage verteidigen kann. Ich fürchte, es könnte meinem Nachfolger schwer werden, den Widerstand des Reichstages zu brechen und die Vorlage durchzusetzen."

Während der Kanzler sprach, schüttelte der Kaiser mehrmals verneinend den Kopf und sagte schließlich: „Nein, nein!" Der Fürst verbeugte sich ohne ein Wort zu sprechen und wartete nur auf ein Zeichen des Kaisers, um sich zu entfernen.

Nach einigen peinlichen Augenblicken des Schweigens nahm der Kaiser wieder das Wort und sagte, immer noch in heftiger Aufregung: „Es wäre auch noch ein Wort zu sagen über Ihre geheimnisvollen Unterhandlungen mit Herrn Windthorst; ich weiß, daß Sie ihn bei sich empfangen, und ich verbiete diese Zusammenkünfte."

Jetzt aber brach der Kanzler, der sich bisher mit großer Ruhe bezwungen hatte, los: „Ich weiß ganz gut, daß ich seit einiger Zeit von Spionen und Zuträgern umgeben bin, welche jeden Schritt, den ich thue, belauern. Es ist wahr und noch einmal wahr, daß ich Herrn Windthorst empfangen habe, um mich mit ihm zu besprechen. Aber es ist nicht nur mein Recht, es ist meine Pflicht, daß ich mich in Rapport setze und Fühlung zu gewinnen suche mit gewiegten Politikern, seien dies nun Abgeordnete oder nicht, und niemand, auch Ew. Majestät nicht, wird mich hindern können, dies zu thun!"

Digitized by Google

Auf diese in höchster Erregung gesprochenen Worte, wobei Bismarck mit der Faust so auf den Schreibtisch geschlagen haben soll, daß die Tinte aus dem Tintenfaß spritzte, verabschiedete Wilhelm II. seinen Kanzler mit einer einfachen Kopfbewegung.

Von anderer Seite wird hinzugefügt, der Monarch habe den Fürsten erregt gefragt, was seine Unterhandlungen mit Windthorst zu bedeuten hätten. Bismarck erwiderte, daß es sich um Privatangelegenheiten gehandelt habe. Darauf betonte der Kaiser, daß er das Recht habe, von Verhandlungen seines Kanzlers mit einem Parteiführer wie Windthorst rechtzeitig zu erfahren. Diesen Anspruch wies Bismarck mit der Erklärung zurück, daß er seinen Verkehr mit Abgeordneten keiner Aufsicht unterwerfe und über seine Schwelle niemanden gebieten lasse. Die Scene nahm dann etwa folgenden weiteren Verlauf: „Auch nicht, wenn ich es Ihnen als Ihr Souverain befehle?" rief der Kaiser in großer Erregung. „Der Befehl meines Herrn endet am Salon meiner Frau," erwiderte Bismarck fest. Dann setzte er noch hinzu: Nur infolge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., einst seinem Enkel zu dienen, sei er in seiner Stellung verblieben. Er sei aber gern bereit, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, wenn er dem Kaiser unbequem werde.

Der Streit um die Bedeutung des Besuch Windthorsts bei Bismarck dauert bis heute fort. Man hat gesagt, wenn es richtig sei, daß 1890 an maßgebender Stelle der Wunsch bestand, die aristokratischen Elemente des Zentrums zu gewinnen, werde es begreiflich, daß Windthorst das Bedürfnis hatte, zu versuchen, ob durch Verhandlungen mit Bismarck eine Rückendeckung gegen solche Bestrebungen zu erreichen wäre. Bei seinen Beziehungen zu Bismarck hätte Windthorst aber keines Vermittlers Bleichröders für die Anknüpfung von Verhandlungen bedurft, wenn Windthorst nicht etwa Nebenabsichten mit diesem Umwege verband.

Windthorst wollte durch den bloßen Besuch, durch die Art der Inscenierung und Ausbreitung desselben den Reichskanzler kompromittieren. Was er mit Bismarck faktisch verhandelt hat, tritt dagegen zurück. Die „Germania" sagt selber, Windt-

Digitized by Google

horst habe derartige Beziehungen, wie zu Bleichröder, planmäßig gepflegt, um allerlei „anzuspinnen". „Man wußte," so bemerkt das Centrumsblatt, „daß Windthorst als ausgezeichneter Gesellschafter auch im Interesse der Sache handelte, indem er Verbindungen anknüpfte, Feindseligkeiten hintanhielt oder minderte, seine Erfahrungen bereicherte, manches hören, vermitteln, beeinflussen, anspinnen konnte, wozu ihm sonst keine Gelegenheit geboten gewesen wäre."

An dem fortdauernden Gerede der ultramontanen Kreise um die Sache herum muß eines auffallen: die Hartnäckigkeit, mit der die Fiktion aufrecht zu erhalten gesucht wird, daß, um eine Unterredung zwischen dem Führer des Centrums und dem leitenden Staatsmanne herbeizuführen, die Benutzung einer Mittelsperson das Natürliche und, wie die ultramontane Presse hinzufügt, im Interesse der Klugheit geboten gewesen sei. Das könnte vielleicht zugegeben werden, wenn es sich um die erste Unterredung gehandelt hätte, die zwischen dem Fürsten Bismarck und Windthorst nach dem Kulturkampf stattfand. Aber seit jener Zeit hatte das Centrum bereits die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck unterstützt, die Kulturkampfgesetzgebung war abgetragen, mit den Welfen ein Ausgleich angebahnt, und der parlamentarische Anwalt des Welfentums, Windthorst, hatte wiederholt an den parlamentarischen Abenden des Fürsten Bismarck Teil genommen. In einem solchen Falle mußte die Inanspruchnahme einer Mittelsperson für beide Teile auffällig erscheinen, und ebenso ist es die von der „Germania" geäußerte Furcht, daß bei einer direkten Anfrage Herr Windthorst sich vielleicht einen Korb geholt haben würde. Nicht minder befremden muß ferner der Versuch, Herrn von Bleichröder ohne Weiteres als die gegebene Vertrauensperson für diskrete Angelegenheiten dieser Art hinzustellen. Nun müssen wir sagen, wir haben Herrn von Bleichröder oft als den Bankier des Fürsten nennen hören, in einer politischen oder parlamentarischen Angelegenheit aber nur in diesem einzigen Falle. Es ist später behauptet worden, Windthorst habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß er den Sturz Bismarcks im Interesse des Centrums beklage; er meinte, nur eine starke Regierung von dem über-

Digitized by Google

lieferten Prestige des Fürsten Bismarck könne sich auf bedeutende Zugeständnisse an das Centrum einlassen. Die Erfahrung habe ihm darin recht gegeben; obgleich die Bündnisverhandlungen mit Windthorst den letzten Anstoß zu dem Sturze Bismarcks gaben, steuerte das Staatsschiff bald mit Volldampf in das klerikal-konservative Fahrwasser hinein.

Hierzu ist zu bemerken, daß im März 1890 nicht Fürst Bismarck Herrn Windthorst, sondern dieser den Fürsten Bismarck aufgesucht hat und zwar aus Gründen, deren Natur auch heute noch nicht völlig aufgeklärt ist. Herr Windthorst, der von der Ansicht ausging, den Fürsten in der „Gebelaune" anzutreffen, um sich eine starke parlamentarische Mehrheit zu sichern, verlangte die Herstellung des kirchenpolitischen status quo ante von 1870, die Fürst Bismarck rundweg ablehnte. Es haben also „Bündnisverhandlungen" des Fürsten Bismarck mit dem Zentrum damals in keiner Weise stattgefunden. Nicht diese angeblichen „Bündnisverhandlungen" haben dann bei der jähen Entlassung des Reichskanzlers eine Rolle gespielt, sondern der Umstand, daß man dem Kaiser vorgespiegelt hatte, Fürst Bismarck pflege derartige Verhandlungen ohne Vorwissen des Monarchen. Für den Kaiser genügte die bloße Thatsache des Besuches Windthorsts bei Bismarck, um diesen zur Rede zu stellen und die oben erwähnte ärgerliche Scene herbeizuführen.

Es muß hier noch eine Lesart erwähnt werden, nach welcher die Begegnung zwischen Bismarck und Windthorst weder von diesem, noch von jenem angeregt worden, sondern durch Herrn von Bleichröder herbeigeführt worden sei. Windthorst soll sich anfangs geweigert haben, auf den Vorschlag des Bankiers einzugehen, dann aber denselben ermächtigt haben, eine Unterredung zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck zu bewirken. Er nahm — wie man sagt — an, daß Herr von Bleichröder in ausdrücklichem Auftrage des Fürsten Bismarck handle, jedenfalls die Anregung des Herrn von Bleichröder den Wünschen des Fürsten Bismarck entspreche. „Welchen Zweck — heißt es weiter — jener verfolgte, als er Windthorst veranlaßte, Bismarck um eine Unterredung ersuchen zu lassen,

Digitized by Google

entzieht sich unserer Kenntnis. Sehr wahrscheinlich oder richtiger gewiß ist jedoch, daß Herr von Bleichröder, indem er die beiden Politiker in persönlichen Kontakt brachte, die, wie ihm bekannt sein mußte, bedrohte Stellung Bismarcks stützen wollte, während in Wirklichkeit diese Unterredung den entgegengesetzten Erfolg hatte. Daß Herr von Bleichröder häufiger aktiv in politische Entscheidungen eingegriffen hat, ist bekannt. Seine Beziehungen zu Bismarck lassen es sehr begreiflich erscheinen, wenn er den Führer der durch die damaligen Reichstagswahlen ausschlaggebend gewordenen Partei mit dem Reichskanzler in Berührung zu bringen bemüht war, so daß also die Vermittelung der Unterredung von ihm ausging, und nicht Windthorst durch Bleichröder bei Bismarck um eine Unterredung nachsuchen ließ, sondern Bleichröder allerdings mit dessen Zustimmung es für Windthorst that. Man streitet sich, ob die Initiative zu jener Unterredung bei Bismarck oder bei Windthorst gelegen hat; jeder Teil lehnte sie für sich, und zwar mit vollem Recht, ab, weil sie bei Bleichröder lag. Auf diese Weise erklärt sich sehr einfach der scheinbare Widerspruch zwischen der Aussage Bismarcks und der des Abgeordneten Porsch." Dagegen versicherten die „Hamburg. Nachr." aus des Fürsten eigenem Munde, daß sich Herr von Bleichröder nie um eine Fraktionspolitik, sondern immer nur um Finanzpolitik bekümmert hat, und es ist nicht anzunehmen, daß der Bankier in der oben geschilderten Weise sich erlaubt haben würde, seinerseits die Initiative zu ergreifen. Außerdem läßt die obige Darstellung den Umstand unaufgeklärt, den die „Hamburg. Nachr." im Auftrage des Fürsten bei früheren Besprechungen der fraglichen Angelegenheit mehrfach urgiert haben, nämlich den Grund, aus dem sich Windthorst bei seinem Besuche überhaupt der Vermittlung des Herrn von Bleichröder bedient hat. Es bedurfte ihrer nicht. In Parlamentskreisen war bekannt, daß jeder Abgeordnete, auch gegnerischer Partei, vom Kanzler empfangen wurde, wenn er den Wunsch kundgab. Auf Befragen hat seinerzeit Herr von Bleichröder dem Fürsten Bismarck erklärt, Windthorst habe sich nicht getraut, direkt nachzufragen. Das erschien um so seltsamer, als der Zentrumsführer schon

Digitized by Google

früher auf Grund eigener direkter Anmeldung dem Kanzler seinen Besuch gemacht und wiederholt an den parlamentarischen Abenden im Reichskanzlerpalais teilgenommen hatte, so daß er der Vermittlung eines Dritten zwecks Erlangung einer Unterredung bei seinen direkten Beziehungen zum Fürsten nicht bedurfte. Die Hartnäckigkeit, mit welcher in der Zentrumspresse die Fiktion aufrecht zu erhalten versucht worden ist, daß, um eine Unterredung zwischen dem Führer der Zentrumspartei und dem leitenden Staatsmanne herbeizuführen, die Benutzung einer Mittelsperson das Natürliche gewesen sei, war immer schon auffällig und die neueste Version über den Besuch Windthorsts macht den Eindruck, als ob man im Zentrumslager froh sei, dem verstorbenen Bleichröder die Verantwortung für die Herbeiführung der ominösen Unterredung aufbürden zu können. Wir werden dadurch in der vom Fürsten Bismarck gehegten Auffassung bestärkt, daß der Wahl der Bleichröder'schen Vermittlung Nebenabsichten zu Grunde lagen, von deren Aufdeckung das Zentrum auch heute noch ungünstige Wirkungen befürchtet.

Fürst Bismarck hat im Dezember 1891 in Ratzeburg erklärt, daß er mißtrauisch geworden sei, als der Abgeordnete Windthorst nicht den jedem Parlamentarier offenstehenden Weg benutzt, sondern sich durch seinen Bankier habe anmelden lassen. Mit allen diesen Feststellungen, die, wie auch Fürst Bismarck eingestanden hat, an sich gleichgültig sind, wird indessen die Hauptfrage nicht berührt, was eigentlich der Zweck dieser so geheimnisvoll vorbereiteten Unterredung gewesen sei, und über diese Frage schlüpft auch die ultramontane Presse hinweg, indem sie allerhand Vermutungen über die Gründe anstellt, die für die Wiederauffrischung jener geschichtlichen Erinnerungen bestimmend gewesen seien.

Die ultramontane Presse setzt einen großen Schwamm in Bewegung, um die ihr sehr unbequeme Erinnerung an die Rolle, die Herr Windthorst in den kritischen Märztagen von 1890 gespielt hat, von den Tafeln der Geschichte wegzuwischen. Freilich, es will nicht gelingen. Sie stützt sich auf eine Rede,

Digitized by Google

die der Abgeordnete Dr. Porsch 1898 in Glatz gehalten und worin er in Bezug auf den Abgeordneten Windthorst gesagt hat:

„Er hat es noch erlebt, daß der gewaltige Riese, der in der That große, aber auch rücksichtslose Staatsmann Bismarck, der als ein Allmächtiger erschien gegenüber dem Abgeordneten Windthorst, daß dieser aus seiner politischen Macht scheiden mußte. Ich erinnere mich noch, wie er mir bewegt erzählte an demselben Tage, an dem er mit dem Fürsten Bismarck seine letzte Unterredung hatte. „Ich komme von dem politischen Sterbebette eines großen Mannes." Eine Aeußerung, die wohlthuend absticht von den Auslassungen der „Hamburg. Nachr." auch dem toten Windthorst gegenüber."

Wenn Herr Windthorst, woran ja kaum zu zweifeln, diesen Ausspruch wirklich gethan hat, so wird damit die Rolle, die er in der großen Intrigue zum Sturze des Fürsten Bismarck gespielt hat, nur um so deutlicher in die Erscheinung gerückt.

Wir können aus bester Quelle, für deren Zuverlässigkeit wir bürgen, über die Bleichröder'sche Vermittlung des Windthorst'schen Audienzgesuchs beim Fürsten Bismarck Folgendes berichten: Herr von Bleichröder, dem dies seit Jahren gestattet war, ließ sich damals bei dem Fürsten direkt anmelden, und als er vorgelassen wurde, meldete er Herrn Windthorst, der bereits draußen stand.

Aus diesen und vorstehenden Kapiteln geht wohl zur Genüge hervor, welche Maulwurfsarbeit zum Sturze Bismarcks von gewissen Seiten unternommen wurde.

Digitized by Google

XIII.

Die Entlassung.

Die Unterredung des Kaisers mit Bismarck vom 15. hatte die Wirkung, daß ersterer den Eingang der zugesagten Denkschrift nicht abwartete, sondern zwischen dem 15. und 17. März wiederholt in das Haus des Kanzlers schickte, und fragen ließ, ob der Fürst noch nicht fertig sei. Dieser ließ seinem Herrn zurücksagen, daß er bei seinen Jahren zur Abfassung Zeit gebrauche.

Am 17. März 1890 schritt ein Sendling des Kaisers, General Hahnke, zur Wohnung des großen Kanzlers, ihm zu melden, daß der Enkel Wilhelms des Ehrwürdigen von ihm das Entlassungsgesuch erheische. Es ging ein Bewegen durch alle Herzen, als die Kunde von dem, was geschah, herausdrang in die Welt. Ein schriller Klang ist die Erinnerung daran noch heute, wo der erste Kanzler des Deutschen Reiches nicht mehr unter den Lebenden weilt. Heute kennen wir die Vorgänge an jenem Tage der Entlassung genau, wenngleich noch immer manche Einzelheit sich der Erörterung entzieht. Wir wissen, wie am dämmernden Morgen der Königsbote zum Kanzler ging, ihm zu melden, daß der Kaiser sein Entlassungsgesuch erwarte. Wir wissen, daß der Kanzler zur Antwort gab, er halte es für eine Gewissenlosigkeit gegen Kaiser und Reich, wenn er unter den obwaltenden Umständen fahnenflüchtig würde, er könne seine Laufbahn nicht mit einem Schritt abschließen, dessen Folgen er für verderblich halte. Er könne

Digitized by Google

des Amtes enthoben werden, aber die Verantwortlichkeit könne er nicht tragen. Nachdem Fürst Bismarck es abgelehnt hatte, zu einem Vortrag über das von ihm einzureichende Abschiedsgesuch am Nachmittag desselben Tages im Königlichen Schlosse zu erscheinen — wurde ihm gegen Abend durch den vom Kaiser entsendeten Herrn v. Lucanus eröffnet, daß Se. Majestät die Einreichung des Abschiedsgesuches bis zu einer bestimmten Stunde erwarte.

Fürst Bismarck entgegnete, daß es ihm nicht möglich sei, in solch' kurzer Zeit ein Schriftstück von solcher Tragweite anzufertigen. Er schrieb darauf in der Nacht vom 18. zum 19. März eine eigenhändige Eingabe an den Kaiser, welche erst am Tage nach seinem Tode bekannt geworden ist und den folgenden Wortlaut hatte:

Berlin, 18. März 1890.

Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. Mts. haben Euere Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende allerunterthänigste Darlegung.

Für die Stellung eines „Präsidenten des Staatsministeriums" war zur Zeit des absoluten Königtums kein Bedürfnis vorhanden und es wurde zuerst auf dem geeinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfnis hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines „Premier-Ministers" anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesamtministerium zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat diese konstitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden „Präsidenten des Staatsministeriums" ernannt in Graf Arnim, Camphausen, Graf Brandenburg, Freiherr von Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesamtpolitik des Kabinetts, also der Gesamtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister von Auerswald,

Digitized by Google

der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihm ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältnis des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständnis mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, die es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik des Kabinetts zu übernehmen, das ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahieren kann, ohne vorherige Verständigung mit seinen Kollegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich sein kann, nicht möglich. Keinem Minister und namentlich dem Ministerpräsidenten bleibt die Möglichkeit, für die Gesamtpolitik des Kabinetts die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie sie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und würde es noch heute sein, wenn wir zum Absolutismus, ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Kollegen mit mir einverstanden und auch darüber, daß auch jeder meiner Nachfolger im Ministerpräsidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieses Bedürfnis noch stärker hervortreten, wie bei mir, weil ihm nicht sofort die Autorität zur Seite stehen wird, die mir ein langjähriges Präsidium und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser bisher verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfnis gehabt, mich einem Kollegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß

Digitized by Google

ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicher zu stellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahre 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Euerer Majestät sicher zu stellen.

Aus vorstehenden Gründen bin ich außerstande, Euerer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasignieren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

Nach den Mitteilungen, welche mir der General von Hahnke und der Geheime Kabinettsrat Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. erteilten Befehl aufrecht erhalten, und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Euerer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdemselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdemselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Teilung meiner Aemter, namentlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Euere Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen alles beim Alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte, auseinander zu setzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt.

Euere Majestät geruhten außerdem bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an

Digitized by Google

den Staatsgeschäften, der Uebersicht über letztere und der freien Bewegungen in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, deren ich zur Uebernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf. Aber auch, wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und äußeren Reichspolitik, so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüberstände wie der bayerischen oder sächsischen und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrate dem Reichstage gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Euerer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in . . . gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu . . . unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat, und deren über Erwarten große Bedeutung mir . . . nach seiner Rückkehr aus P. bestätigt hat.

Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Euere Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reiches und Preußens auszuscheiden, aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als Euere Majestät allerunterthänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnade und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus Euerer Majestät Civil- und Militärkabinett entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß

ich mit diesem meinem Entlassungsgesuch den Wünschen Euerer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Aemtern schon vor Jahr und Tag Euerer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Euerer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Euere Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird.

(gez.) von Bismarck.

Inzwischen hatte am 17. nachmittags 3 Uhr ein Ministerrat stattgefunden, in welchem der Ministerpräsident Mitteilung von dem Vorgefallenen machte. Die Minister nahmen die Eröffnungen des Reichskanzlers zur Kenntnis und vereinbarten, noch am selben Abend bei Herrn von Bötticher zur Beratung eines etwa gemeinschaftlich zu unternehmenden Schrittes ohne den Fürsten Bismarck zusammenzutreten. Man wollte den Kaiser bewegen, den Fürsten Bismarck mit der Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten auch ferner zu betrauen. Der Kaiser erhielt von dem, was vorging, durch Herrn von Bötticher Kunde und sandte, als die Minister zu ihrer Sonderberatung bei letzterem versammelt waren (eine Einigung über einen bestimmten Schritt war noch nicht erreicht worden), einen Adjutanten mit der Aufforderung an den Minister, jede weitere Bemühung zu unterlassen; seine Entschlüsse bezüglich des Fürsten Bismarck ständen fest. Die Minister von Maybach und Scholz, welche dem anfangs vorhandenen Einverständnis sämtlicher Minister mit der Auffassung des Ministerpräsidenten über die Ordre von 1852 in dem Ministerrate vom 17. allein treu geblieben, standen auch mit ihrer Auffassung allein, daß alle aktiven Minister, welche die Ehre gehabt hätten, Kollegen eines Fürsten Bismarck zu sein, mit diesem stehen und fallen müßten. Und sie handelten danach. Sie reichten ihre Entlassung ein, die äußerlich mit den obligaten Gesundheitsrücksichten begründet wurde, deren Bedeutung aber bei der damaligen politischen

Digitized by Google

Lage gar nicht zu verkennen war. Gleichwohl lehnte der Kaiser das Gesuch in der schmeichelhaftesten Form ab.

Man hat behauptet, daß der Reichskanzler selber den Ausgang der Krise, die mit seiner Entlassung endete, herbeigeführt habe und zwar durch die in dem erwähnten Ministerrat erfolgte Ankündigung seines Entschlusses, seine Aemter niederzulegen, als eines „unerschütterlichen". Es ist aber darauf aufmerksam zu machen, daß jener Ministerrat erst eine Folge der an den Fürsten Bismarck gerichteten Aufforderung war, einen Bericht über Zurücknahme der Ordre von 1852 vorzulegen, sowie, da Fürst Bismarck dieser Aufforderung nicht nachkommen zu können erklärt hatte, der weiteren Aufforderung, seine Entlassung einzureichen, was dann am folgenden Tage auch geschah.

Der Schritt, den der Kaiser am 17. abends that, war keineswegs der erste, selbst der vom 17. morgens war es nicht; er enthielt nur die erste nach der dienstlichen Stellung des Ueberbringers notwendig amtliche und eine clausula ausgesprochene Aufforderung zum Rücktritt an den Reichskanzler. Infolge dieses amtlichen Schrittes vom Morgen des 17. fand um 3 Uhr desselben Tages der Ministerrat statt. Auch in diesem kann der Fürst seinen Rücktritt noch nicht in einer als „unerschütterlich" bezeichneten Erklärung gegeben haben, sonst wäre der nicht erste, sondern letzte amtliche Schritt vom Abend zur Herbeiführung des Rücktritts nicht mehr erforderlich gewesen. Erst am späteren Nachmittage, also nehmen wir an um 5 oder 6 Uhr, erhielt der Kaiser „zufällig" Kenntnis von den Vorgängen im Ministerrate, also einer der Kollegen des Kanzlers teilte Sr. Majestät einseitig mit, was soeben im Ministerrate vorgefallen war. Diese „zufällige" Meldung muß doch nicht den Eindruck einer „unerschütterlichen Erklärung" des Reichskanzlers über seinen Rücktritt gemacht haben, denn sonst wäre der letzte amtliche Schritt, durch welchen der Kanzler am Abend des 17. nochmals zum Rücktritt aufgefordert wurde, überflüssig gewesen. Die Ausführung einer „unerschütterlichen Erklärung" des Kanzlers hätte ohne wiederholtes Verlangen abgewartet werden können. Das Excitatorium, durch welches

Digitized by Google

die am Morgen des 17. bereits amtlich erfolgte Aufforderung zum Rücktritt amtlich erneuert wurde, und welches die „Straßburg. Post" fälschlich für das „erste" erklärte, wäre nicht erforderlich gewesen. Daß es dennoch erfolgte, daraus läßt sich schließen, daß die „unerschütterliche Erklärung" des Reichskanzlers im Ministerate nach der Darstellung des darüber „zufällig" berichtenden Kollegen des Ministerpräsidenten noch keine hinreichende Sicherheit für seinen wirklichen Rücktritt geboten hat.

Der Kaiser machte die erste Mitteilung von seiner Absicht, den General von Caprivi zum Reichskanzler zu ernennen, den im Sternensaal versammelten kommandierenden Generalen. Der Kaiser hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, die auf die Versammelten den tiefsten Eindruck machte. Er verlieh seiner Meinungsverschiedenheit mit dem allzu selbständigen Fürsten Bismarck, und der Unmöglichkeit, sich mit ihm zu einigen, in einer Weise Ausdruck, die es vollständig ausschloß, daß der Kanzler jemals noch dem Kaiser mit Rat und That beistehen könne. Der Kaiser gebrauchte den Ausdruck „intraitable."

Fürst Bismarck erschien an demselben Tage zwischen 1 und 2 Uhr, begleitet von seinen großen Hunden, während der Frühstückspause in den Nebenräumen des Kongreßsaales, ließ sich die ihm noch nicht bekannten Delegierten vorstellen, unterhielt sich fast mit jedem Einzelnen in der leutseligsten Weise, u. a. mit Jules Simon und wandte sich dann an den italienischen Senator Gerolamo Boccardo. Bei Letzterem erkundigte er sich nach dem Befinden Crispis und bat diesen, seinem besten Freunde die herzlichsten Grüße zu bestellen, woran der Reichskanzler noch die Bemerkung knüpfte: „Auch in Zukunft bleiben die Wege Italiens und Deutschlands dieselben."

Das offiziöse Blatt behandelte in einem Leitartikel vom Tage darauf das Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Dienste als eine vollendete Thatsache. Es hänge nicht mit der Arbeiterfrage zusammen, deren Behandlung sich ganz im Sinne des Fürsten Bismarck entwickelt habe und entwickele, die Meinungsverschiedenheiten hätten sich vielmehr vorwiegend auf

Digitized by Google

ſtaatsrechtlichem Gebiete bewegt und die Grenzen der verfaſſungsmäßigen miniſteriellen Verantwortlichkeit, die Beziehungen des Miniſterpräſidenten zu ſeinen Kollegen und die bisher dafür geltenden Unterlagen zum Gegenſtand gehabt. Fürſt Bismarck ſelbſt ſei es geweſen, der den Zuſammentritt der jetzt hier tagenden Konferenz beim Kaiſer beantragt habe. Der Verzicht auf das Handelsminiſterium, deſſen Geſchäfte durch die Strikebewegungen ꝛc. ſich mächtig erweiterten, ſei auf Bismarcks eigene Anregung erfolgt. Ebenſo ſei auch die Anhörung des Staatsrats auf Antrag des Kanzlers beſchloſſen worden. Eine feindliche Stimmung des letzteren gegen den Staatsrat habe nicht beſtanden.

Die franzöſiſche Delegation der internationalen Konferenz dinierte an demſelben Tage (19. März) bei Bismarck. Der Fürſt war ruhig, machte ſeine Pläne und arrangierte ſich mit gutem Humor ſein Leben als Rentier. „Ich habe Vermögen," ſagte er, „ich beſitze 20 000 Hectare Wald, es iſt Zeit, daß ich mich derſelben annehme." (Jules Simon.) Die franzöſiſchen Gäſte waren entzückt „de la bonne mine que le prince faisait au mauvais jeu".

Am 20. März nachmittags erhielt Fürſt Bismarck den folgenden, von Herrn v. Caprivi gegengezeichneten Erlaß:

An den Fürſten Bismarck.

Ihrem Auftrage entſprechend, will Ich Sie von der Stellung als Reichskanzler, als Präſident Meines Staatsminiſteriums und als Miniſter der Auswärtigen Angelegenheiten unter Bewilligung der geſetzlichen Penſion hierdurch in Gnaden entbinden. Zum Reichskanzler und Präſidenten des Staatsminiſteriums habe Ich den kommandierenden General des 10. Armeekorps, General der Infanterie v. Caprivi ernannt und mit der Leitung des Miniſteriums der Auswärtigen Angelegenheiten einſtweilen den Staatsminiſter von Bismarck-Schönhauſen beauftragt.

Dieſer Allerhöchſten Ordre folgten zwei Handſchreiben, von denen das eine durch den Chef des Civilkabinetts von Lucanus, das andere durch den Chef des Militärkabinetts von Hahnke überreicht wurde. Das erſte lautete:

Digitized by Google

Mein lieber Fürst!

Mit tiefer Bewegung habe Ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Aemtern, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben, zurückzutreten. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktrittes jetzt genötigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so thue Ich dies zwar mit betrübtem Herzen, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuchs dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten.

Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrags zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem Ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus Ihren Aemtern als Reichskanzler, Präsident Meines Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Thatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden.

Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in Meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berater zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem Deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und kräftigen Friedenspolitik, die ich auch künftig aus voller Ueberzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu ver-

Digitized by Google

sichern. Als ein Zeichen dieses Dankes verleihe Ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde Ich Ihnen Mein lebensgroßes Bildnis zugehen lassen.

Gott segne Sie, Mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treuerfüllter Pflicht verklärten Alters.

In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener, dankbarer Kaiser und König

Berlin, den 20. März 1890. Wilhelm II. R.

An den Fürsten Bismarck.

Das zweite Handschreiben lautet:

Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden sehen, in der Sie so lange Jahre hindurch für Mein Haus, wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der unauslöschlichen Verdienste zu gedenken, die Sie sich um Meine Armee erworben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt, in schweren Zeiten die für nötig erkannte Reorganisation unserer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben die Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee mit Gottes Hülfe von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldenmütigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen Ihre Schuldigkeit als Soldat gethan. Und seitdem, bis auf diesen Tag, sind Sie mit nie rastender Sorgfalt und Aufopferung bereit gewesen, einzutreten, um unserem Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohlthat des Friedens zu schaffen. Ich weiß Mich eins mit Meiner Armee, wenn Ich den Wunsch hege, den Mann, der so Großes geleistet, auch fernerhin in der höchsten Rangstellung ihr erhalten zu sehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Obersten der Kavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls und hoffe

Digitized by Google

zu Gott, daß Sie Mir noch viele Jahre in dieser Ehrenstellung erhalten bleiben mögen.

Berlin, den 30. März 1890. Wilhelm R.

An den General der Kavallerie, Fürsten von Bismarck, à la suite des Kürassier-Regiments von Seydlitz (Magdeburgischen Nr. 7 und des 2. Garde-Landwehr-Regiments).

Hieran schlossen sich die folgenden amtlichen Meldungen:

Se. Majestät der Kaiser haben Allergnädigst geruht, den Reichskanzler Fürsten von Bismarck auf seinen Antrag von dem Amte als Reichskanzler zu entbinden und den kommandierenden General des 10. Armeekorps, General der Infanterie v. Caprivi, zum Reichskanzler zu ernennen.

Se. Majestät der Kaiser haben geruht, den Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Fürsten von Bismarck, auf seinen Antrag von den Aemtern als Präsident des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu entbinden und den kommandierenden General des 10. Armeekorps, General der Infanterie von Caprivi zum Präsidenten des Staatsministeriums zu ernennen, sowie den Staatsminister, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen von Bismarck-Schönhausen mit der Leitung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten einstweilen zu beauftragen.

An demselben Tage war Graf Münster, deutscher Botschafter in Paris, bei Bismarck. Er berichtete später darüber — nach den Angaben des Herrn Blowitz —:

„Am Mittwoch, den 19. März letzten Jahres traf ich in Berlin ein, und mein erster Besuch am anderen Morgen galt dem Fürsten Bismarck. Von dem, was vorgefallen, war mir nichts bekannt. Nach dem Austausch der gegenseitigen Begrüßungen erzählte mir der Fürst, daß er seine Entlassung eingereicht habe. Seine Stimme klang ruhig und ein Lächeln umspielte seine Lippen, als er sich dazu beglückwünschte, wieder das ihm lieb und werte Landleben aufnehmen, wieder seine Wälder und

Digitized by Google

Ebenen besuchen und während der wenigen ihm noch vergönnten Jahre seines Lebens wieder sein eigner Herr sein zu können, ohne beständig von Aerger und Unruhe verfolgt zu werden. Die Nachricht rief große Ueberraschung bei mir hervor, und ich versuchte einige Einwände zu erheben, wenngleich ich dies auch bald als nutzlos aufgab, da die Sprache, das Gesicht und der Ton der Stimme einen mächtigen Eindruck auf mich machten und mich, wenn ich hinzufügen darf, mit Bewunderung für ihn erfüllten. Ich entdeckte in ihm eine wunderbare Lebensweisheit, die Seelenruhe eines Mannes, welcher seine Ehrenstellung und seine Macht unbewegt mit männlicher Entschlossenheit niederlegt und sich mit dem Bewußtsein, sein Leben wohl ausgefüllt zu haben, auf den Pfad begiebt, welcher ihn zu einer wohl und edel verdienten Ruhe führt. Ich fragte mich, wie die Stellung eines solchen Mannes ersetzt werden könne, und verstand nicht, wie der junge Kaiser angesichts der Haltung, welche der Fürst bis zum letzten Augenblick beobachtet haben mußte, es über sich gebracht hatte, von einem Manne zu scheiden, dessen Selbstbeherrschung in einem so kritischen Moment nur allzu deutlich bewies, welche ausgezeichneten Dienste er noch seinem Herrn hätte leisten können. Ja, ich gestehe, je mehr die Haltung des Fürsten meine Bewunderung erweckte, je weniger verstand ich, wie der Kaiser ihn fallen lassen konnte, je weniger sah ich, wie er überhaupt zu ersetzen war."

Graf Münster teilt sodann allerlei Erinnerungen an Wilhelm I. mit, durch die er sich den Entschluß des Kaisers, Bismarck zu entlassen, zu erklären sucht. Er fährt dann fort: „Ich erhob mich und sagte dem Kanzler, daß ich zu den Parlamentsverhandlungen gehen wolle. Der Fürst erwiderte: „Warten Sie einen Moment. Ich will meine Uniform anziehen und Sie begleiten." Er verließ das Zimmer. Wenige Minuten darauf hörte ich, wie der Fürst und die Fürstin in sehr lebhafter Weise und in sehr lautem Ton mit einander sprachen. Die Unterredung dauerte etwa eine Viertelstunde, nach welcher

Digitized by Google

der Fürst wieder das Zimmer betrat. Er hatte seinen Anzug nicht geändert und hielt in seiner Hand ein großes, offenes Schreiben. Er war blaß geworden und sein Gesicht trug einen erregten Ausdruck. Der Fürst näherte sich mit den Worten: „Ich kann Sie nicht begleiten. Ich habe in diesem Augenblick einen Brief von jenem jungen Manne erhalten, in welchem er mir mitteilt, daß er mir den Titel eines Herzogs von Lauenburg verliehen habe. Das beweist deutlich, daß mein Entlassungsgesuch angenommen und meine Schmach vollkommen ist. Ich nehme diese spöttische Entlassung nicht an. Er wird bald sehen, daß ein Bismarck nicht auf solche Weise entlassen wird." Er ging dann in dem Zimmer in großer Empörung auf und nieder, stieß Drohungen aus, klagte jedermann an; seine Gegner sowohl wie die Intriganten, welche wider ihn gearbeitet hätten. Ich sah, um mich kurz zu fassen, einen Mann vor mir, welcher laut über seinen Sturz eiferte. Anscheinend hatte die Unterhaltung mit der Fürstin ihn hochgradig erregt. Von jeher hatten diese und ihr Sohn ihn zu jähen Entschlüssen veranlaßt und ihn zu den überstürzten und extremen Maßregeln, welche man ihm zum Vorwurf macht, ermutigt. Jetzt verstand ich, daß der Fürst, als er mich empfangen und mit so philosophischer Gemütsruhe und Würde von seinem Rücktritt gesprochen hatte, nicht an denselben glaubte, sondern sich der Ansicht hingab, der Kaiser würde ihn bitten, seinen Posten zu behalten und sein Entlassungsgesuch nicht als endgültig zu betrachten. Ich gestehe, daß jetzt Ueberraschung und Betrübnis in mir wach wurden. Ich nahm Abschied von einem Manne, welcher sich im Verlaufe eines einzigen Besuches in meinen Augen so sonderbar geändert hatte."

Diese Mitteilungen des Herrn Blowitz wurden von der Bismarckpresse als Unwahrheiten seiner eigenen freien Erfindung aus allerlei Klatsch zusammengetragen, bezeichnet, und folgende Bemerkungen daran geknüpft: „Was den Thatbestand anbelangt, so ist aus der Geschichte der Kanzlerkrisis zur Genüge bekannt, daß Fürst Bismarck sein Abschiedsgesuch erst auf wiederholten, kaiserlichen Befehl eingereicht hat, weil er nicht glaubte, die Verantwortlichkeit für solchen Schritt im damaligen Augenblick

Digitized by Google

übernehmen zu können. Daraus ergiebt sich aber doch zur Genüge, daß Fürst Bismarck über die schließliche Annahme seines Entlassungsgesuches nicht im geringsten in Zweifel sein konnte und daher auch gar keine Ursache hatte, sich darüber zu entrüsten. Daß die Stimmung des Fürsten sich erst durch den lauenburgischen Herzogstitel gemildert habe, kann nur jemand glauben oder behaupten, der die Sinnes- und Denkweise des Fürsten über solche Dinge nicht kennt, ganz abgesehen davon, daß Fürst Bismarck sich bei früheren Anlässen dieser Art stets gegen den Herzogstitel ausgesprochen hatte. Was endlich die behauptete Anwesenheit der Fürstin im „Nebenzimmer" anbelangt, so ist diese für Jeden eine Erfindung, der mit den räumlichen Verhältnissen des Kanzlerhauses, wie Fürst Bismarck es bewohnte, irgend bekannt ist. Die Unterredung mit dem Grafen Münster fand in dem im Erdgeschoß belegenen Arbeitszimmer statt und da giebt es oder gab es gar kein „Nebenzimmer", in welchem die Fürstin sich hätte aufhalten und eine Unterredung mit lauter Stimme führen können. Im Gegenteil waren die im ersten Stock belegenen Wohnräume der Fürstin von dem Arbeitszimmer des Fürsten, zur oft beklagten Unbequemlichkeit des Letzteren, in unerwünschter Weise entfernt und getrennt."

Diese Abfertigung der Mitteilungen des Herrn Blowitz resp. seines Gewährsmannes Graf Münster ist nicht in allen ihren Teilen begründet. Denn es widerspricht ihr das Faktum, daß Fürst Bismarck bis zum letzten Augenblick geglaubt hat, der Kaiser werde ihn zur Zurücknahme seines Demissionsgesuches — wenn man seine Denkschrift vom 20. März so nennen darf — bestimmen. Es soll einen tiefen, ihn fast zu Thränen rührenden Eindruck auf ihn gemacht haben, als er nun durch die ihm überbrachten beiden kaiserlichen Handschreiben vor die Thatsache seiner Entlassung gestellt ward. Jedenfalls ist Graf Münster bei dem Fürsten Bismarck Zeuge eines jähen Stimmungswechsels gewesen.

In den letzten Tagen des Rücktritts Bismarcks wurde das Thema von der ministeriellen Verantwortlichkeit vielfach erörtert. Die Auffassungen gingen weit auseinander. Die

Digitized by Google

Blätter stimmten darin überein, daß die Entschließung des Fürsten Bismarck, zurückzutreten, nicht freiwillig erfolgt sei, und daß somit nicht ihn die Verantwortlichkeit für sein Ausscheiden aus dem Dienst treffen könne. In Anknüpfung hieran hieß es in den „Hamb. Nachr.“:

„Ueber die Frage, wer die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für den Abgang des Kanzlers durch seine Kontrasignatur auf sich genommen hat, haben wir uns jeder Aeußerung enthalten. Die betreffenden Aktenstücke, nach dem Sinne der Verfassung kaiserliche Anordnungen, werden ja ohne Zweifel die zu ihrer Gültigkeit erforderliche Gegenzeichnung enthalten. Daß der Nachfolger eines ausgeschiedenen Ministers nicht unmittelbar die Verantwortlichkeit für dessen Entlassung trägt, ist offenbar, und Blätter, die diese Seite der Sache in den Vordergrund stellen, weichen der von uns angeregten Frage aus, ob ein neuer Minister für die Uebernahme eines Ministeriums und dafür, ob er dem Lande und der Dynastie damit einen Dienst erweist, der Volksvertretung gegenüber eine parlamentarische und moralische Verantwortung für seinen Entschluß, die Geschäfte des Landes zu übernehmen, trägt. Wir glauben, daß in dieser Frage die Grenze berührt wird, welche die absolute Regierungsform von der verfassungsmäßigen trennt.“

Einen Belag dafür fand das genannte Blatt in den Ausführungen solcher Blätter, welche erklärten, die Aeußerung der „Hamb. Nachr.“ gipfele darin, die parlamentarischen Körperschaften des Reiches und Preußens zur Erkundigung über die Ursachen aufzufordern, die zu der Personalveränderung an der Spitze der deutsch-preußischen Staatsverwaltung geführt haben. Nach jener Deduktion sei für seinen Rücktritt ein Minister verantwortlich, wenn er ihn selbst herbeigeführt hat: sei dies nicht der Fall, dann trage sein Nachfolger die Verantwortlichkeit. Selbstverständlich sei damit die formell politische gemeint, die zwar nicht ausschließlich, aber doch sehr wesentlich die Volksvertretung angeht. Das persönliche Monarchentum sei hierbei ganz außer Acht gelassen. Wenn aber der Kaiser

Digitized by Google

den Reichskanzler und der König den Ministerpräsidenten ernennt und entläßt, dann könne sich in dieser Beziehung die Verantwortlichkeit des Nachfolgers nur auf die Richtigkeit der betreffenden Ausfertigung erstrecken. In jeder monarchischen Verfassung übe der Träger der monarchischen Prärogative dieses Ernennungs- und Entlassungsrecht formell und unbeschränkt und politisch unverantwortlich: „Der König ist unverantwortlich und unverletzlich.“ Die moralische Verantwortlichkeit sei damit natürlich nicht berührt.

Digitized by Google

XIV.

Der Abschied von Berlin.

Am 21. März ging im Abgeordnetenhause vom Vicepräsidenten des Staatsministeriums folgendes Schreiben ein, welches der Schriftführer Abg. Im Walle verlas:

> Ew. Excellenz beehre ich mich ergebenst zu benachrichtigen, daß des Königs Majestät geruht haben, mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 20. d. Mts. den Fürsten von Bismarck seinem Antrage entsprechend von der Stellung als Präsident des Königlichen Staatsministeriums und als Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu entbinden, den kommandierenden General des 10. Armeekorps, General der Infanterie von Caprivi, zum Präsidenten des Staatsministeriums zu ernennen und mit der Leitung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten einstweilen den Staatsminister, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Grafen Bismarck-Schönhausen, zu beauftragen. Ew. Excellenz ersuche ich ergebenst, dem Hause der Abgeordneten Kenntnis geben zu wollen.
>
> Der Vicepräsident des Staatsministeriums
> von Bötticher.

Ein gleichlautendes Schreiben wurde im Herrenhause verlesen.

Die Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses verlasen das Schreiben ohne eine Bemerkung.

Am 22. März waren Fürst und Fürstin Bismarck bei Kaiserin Friedrich. An dem darauffolgenden Mittagessen bei

Digitized by Google

Fürst und Fürstin Bismarck nahmen General von Caprivi, die Minister, die Staatssekretäre der Reichsämter, der Unterstaatssekretär Homeyer und Professor Schweninger teil.

An demselben Tage telegraphierte der Kaiser an den Großherzog nach Weimar:

„Besten Dank für Ihren freundlichen Brief. Ich habe in der That bittere Erfahrungen und sehr schwere Stunden durchgemacht. Mir ist so weh ums Herz, als hätte ich Meinen Großvater noch einmal verloren. Es ist mir aber von Gott einmal bestimmt; also habe ich es zu tragen, wenn Ich auch darüber zu Grunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte und nun Volldampf voran!"

Als später ein vielgenanntes Mitglied der konservativen Partei den Alt-Reichskanzler auf diese Depesche hinwies und daran die Bemerkung knüpfte, diese Depesche sei doch die denkbar ehrenvollste Anerkennung für Se. Durchlaucht, da versetzte der Fürst in aufwallendem Zorn: „Wie? Das nennen Sie ehrenvoll? Man hat mich ja davon gejagt wie einen Hund!"

Gegenüber der sensationellen Zeitungsnotiz, wonach Fürst Bismarck einen Juwelier hätte zu sich kommen lassen, um die Brillanten seiner Ordens-Dekorationen zu verkaufen, wird berichtet, der Hauptgrund, weshalb der Fürst den Wert seiner Auszeichnungen festgestellt haben wollte, war der, daß ihm in Friedrichsruh kein absolut feuer- und diebessicherer Raum zur Verfügung stehe, und er sich doch nicht gelegentlich von irgend einer Bande ausplündern lassen möchte. Uebrigens beläuft sich der Wert der Orden des Fürsten auf weit über 100 000 Mark; dies kommt daher, weil ihm von fast allen Souveränen die betreffenden höchsten Auszeichnungen regelmäßig „in Brillanten" verliehen worden sind, und während sonst alle Auszeichnungen nach dem Tode des Besitzers zurückzugeben sind — in Preußen besteht hierfür sogar ein sehr ausführliches Re„lement — verbleiben diejenigen „in Brillanten" den Erben des also Ausgezeichneten. Von den Orden im Besitz des Fürsten gehen nach seinem Tode, wie er selbst bei der hier fraglichen Gelegenheit äußerte, nur die Kette zum

Digitized by Google

Schwarzen Adlerorden und das goldene Vließ zurück, alle übrigen bleiben bei der Familie. Außerdem zeigte der Fürst dem betreffenden Juwelier bei der Audienz seinen Ehrenbecher, Schilde u. s. w., die er — dem Rate des Juweliers folgend — aller Wahrscheinlichkeit nach ebenso wie die Orden bei der hiesigen Reichsbank ins Depositum geben wird. Daß im Laufe der Unterhaltung die Aeußerung fiel: „Er (der Fürst) werde — auf die Kette des Schwarzen Adlerordens zeigend — diesen nicht mehr anlegen," ist richtig; nicht minder interessant aber auch die fernere: „In Berlin werden Sie mich nicht mehr sehen." — Endlich ist noch von allgemeinem Interesse, daß der Fürst äußerte: „Wenn ich überhaupt einmal genötigt sein sollte, mich offiziell sehen zu lassen, werde ich den Frack tragen und darauf das Johanniter- oder das Eiserne Kreuz." In die Uniform werde er wohl nicht mehr „hineinkrauchen", fügte der Fürst scherzend hinzu.

Am 24. verabschiedete sich der Bundesrat in einer im wärmsten sympathischen Tone gehaltenen Adresse von seinem bisherigen Vorsitzenden, dem Fürsten Bismarck. Der Reichskanzler und Ministerpräsident von Caprivi bezog an demselben Tage die im Seitenflügel des Reichskanzlerpalais gelegenen Arbeitsräume.

Der Großherzog von Baden nahm Abschied vom Fürsten Bismarck.

Am 26. desselben Monats nahm der Fürst Abschied vom Kaiser. Es war zwischen 10 und 11 Uhr Morgens. Die Berliner Morgenblätter jenes Tages hatten das Ereignis verkündet. Halb Berlin versammelte sich auf dem Wege, den der entlassene Staatsmann nehmen mußte. In dichten Massen strömte es den Linden zu und nach dem Schlosse. Bis zur Wilhelmstraße hin vom Lustgarten aus waren die Bürgersteige wie der breite Mittelgang von Tausenden von Menschen besetzt, die der Rückkehr des Kanzlers vom Schlosse harrten. Und immer neue Schaaren rückten heran. Die Passage begann schwierig zu werden; nur langsam war es möglich, vorwärts zu kommen. Aller Blicke waren nach dem Schlosse gerichtet. Eine tiefe Erregung ging durch die Reihen. War es nicht vielleicht das

Digitized by Google

letzte Mal, daß die Berliner ihren eisernen Kanzler sahen, der Preußen groß gemacht und Deutschland geeint hat, ihn, den gewaltigsten aller der Paladine des ersten Deutschen Kaisers aus Hohenzollernschem Hause! So sollte er noch einmal erfahren, wie fest er dem Volk ans Herz gewachsen ist; der letzte Gruß sollte brausend ihm verkünden, daß sein Gedächtnis nimmermehr erblassen würde, auch wenn er in weiter Ferne von uns weilt. Das waren Gedanken, die die Massen bewegten. Die Augen bohrten sich in die Ferne, ob denn das bekannte Gefährt noch nicht zu sehen sei. Da donnert's und brandet's vom Lustgarten heran. Die Hüte, die Mützen fliegen in die Luft. Die Damen wehen mit den Tüchern. Gewaltig brausen die Hochrufe die breite Avenue der Linden dahin. Vergebens versuchen die Schutzmannsketten die andrängende Menge zurückzuhalten. Im Nu sind sie auseinander gerissen. Auf den Wagen stürmen die Menschen zu. Zwischen der Kommandantur und der Ruhmeshalle, die die Zeugen aus jenen an Ehren und Siegen reichen Jahren birgt, die Bismarck heraufgeführt, fluteten die Scharen so dicht an den Wagen heran, daß derselbe fast halten mußte. Nun brach ein Jubelsturm los, so mächtig, so elementar, wie wir ihn selten gehört. Eine tief innere Freude spiegelte sich in den Zügen des Fürsten Bismarck wieder, der den Wagen halten ließ und ausstieg, wie es schien, um dem Kutscher eine Anweisung zu geben. Zugleich dankte er nach allen Seiten für die Ovationen, die ihm dargebracht wurden. Noch stand er in straffer Haltung, der edle Recke, der heute die Uniform des Halberstädter Kürassier-Regiments, der Seydlitz-Kürassiere, trug. Jetzt setzte sich der Wagen wieder in Bewegung, aber er kam nicht weit; das Publikum umdrängte ihn von neuem derart, daß eines der Pferde unruhig wurde und über den Strang schlug. Abermals mußte der Wagen halten. Und wieder hallten dem Fürsten die Grüße der Berliner in nächster Nähe zu. Er öffnete das Wagenfenster, neigte sich heraus und dankte wieder und wieder mit freundlichem Lächeln für die Huldigungen. Dann war das Gespann in Ordnung gebracht und der Fürst konnte weiter fahren. Aber nur im Schritt. So ging es die

Digitized by Google

Straße „Unter den Linden“ entlang nach dem Niederländischen Palais, wo der Kanzler kurze Zeit verblieb. Von da ging es ins Schloß.

Der Aufenthalt dort währte eine Stunde. Zunächst erschien beim Eintritt die Kaiserin mit den Prinzen. Sie nahm herzlichen Abschied von dem Entlassenen. — Wunderbarer Kontrast! Unsere Kaiserin war in der Furcht vor Bismarck auferzogen. Als Kind hörte sie in ihrem Elternhause oft den Namen „Bismarck“ aussprechen. Der Zusammenhang, in dem er genannt wurde, ließ in der Phantasie der kleinen Prinzessin ein Gebilde entstehen, das für den großen Staatsmann nicht sehr schmeichelhaft war. Alles, was es für ein kindliches Gemüt nur Schreckhaftes geben kann, faßte sich bei der vier- oder fünfjährigen Prinzessin Auguste Victoria in einem Wort zusammen. Ihre Bonne aus der französischen Schweiz kannte, wenn ihre Elevin etwa einmal zu ausgelassen wurde, kein wirksameres Drohmittel, als den Zuruf: „Bismarck kommt!“ Sofort war der kleine Zögling wieder „artig“. Die Prinzessin hätte sich am liebsten in die tiefste Ecke vor dem „Wau Wau“ versteckt.

Im Jahre 1880 begrüßten wir die älteste Tochter des Herzogs Friedrich von Augustenburg an den Stufen eines höheren und mächtigeren Thrones, als der war, den ihr Vater verlor, an denen des Deutschen Kaiserthrones. Wir feierten ein Fest der Versöhnung. Zum ersten Mal seit langer Zeit für den eisernen Kanzler, der seit Jahren jedes Hoffest mied, war die Verlobung der Tochter des Herzogs Friedrich mit dem Erben der Deutschen Kaiserkrone eine Gelegenheit, sich wieder an ungewohnter Stelle zu zeigen. Er brachte persönlich der künftigen Kaiserin aus dem Hause Holstein-Sonderburg seine Huldigung dar und unterwarf sich gern der lange gescheuten Etiquette, um dem versöhnlichen Abschlusse des Dramas, das vor Jahren sich tragisch schürzte, beizuwohnen. „Bismarck kommt“ war schon lange kein Schreckenswort mehr. „Bismarck geht“ war — für die Kaiserin — ein Schreckenswort geworden, nämlich in den Märztagen des Jahres 1890. Sie gedachte am 26. März jenes Jahres nicht mehr der Katastrophe

Digitized by Google

von 1866, sie dachte nur an all das Gute, daß sie von Bismarck empfangen, und an all das Große, das er dem Vaterlande geleistet. Sie drückte dem treuen Diener fest die Hand und rief ihm ein „Leben Sie wohl" zu, in das die Prinzen einstimmten. —

Erst nach dieser Scene kam der Kaiser. Ueber den Inhalt der Unterredung des Monarchen mit dem Entlassenen hat nie ein Sterbenswörtchen verlautet. Bald nach 12 Uhr traf der Ex-Kanzler in seinem Palais in der Wilhelmstraße wieder ein. Die Polizei mußte ihm hier erst Platz schaffen, damit er in den Vorhof einfahren konnte, so gewaltig war der Andrang der Massen. Unaufhörlich fuhren Wagen vor, welchen Damen und Herren entstiegen, die bei dem Fürsten sich verabschieden wollten, der schon bei seiner Fahrt nach dem Schlosse mit jubelnden Zurufen begrüßt worden war. Zwei Tage darauf machte Fürst Bismarck noch anderswo einen Abschiedsbesuch. Schon ging der Tag zur Neige, da hielt am Seitenportal des Charlottenburger Schlosses, dicht neben der Schloßwache, ein leichtes Cabriolet und bevor die zahlreichen Spaziergänger, die in der Umgebung weilten, noch ihrem Erstaunen darüber Ausdruck geben konnten, wer denn wohl zu so vorgerückter Stunde noch dem Schloß einen Besuch abstatten möchte, entstieg Fürst Bismarck in der Uniform der Seydlitz-Kürassiere dem Wagen und dankte lebhaft für die ehrerbietigen Grüße, die ihm alsbald von allen Seiten dargebracht wurden. Vom Hofgärtner erbat er sich drei Rosen. Diese in der Hand haltend, schritt er langsam durch die einsamen Gänge des Parkes dem Mausoleum zu. Dann stieg der große Kanzler hinab zur Gruft des großen Kaisers Wilhelm I. und der Kaiserin Augusta. Mehr als zehn Minuten lang verweilte er dort und legte die Rosen an den Särgen der hohen Todten nieder.

„Wenn Bismarck wirklich Memoiren schreiben will, so braucht er nur das aufzuschreiben, was ihm in jenen zehn Minuten durch Herz und Kopf gegangen ist, die er, bevor er Berlin verließ, am Sarge seines Kaiserlichen Freundes in ernster Einkehr verbracht hat." (M. Bewer.)

Wer möchte sich unterfangen die Gedanken zu erraten,

Digitized by Google

die ihm in dieser feierlichen Viertelstunde durch die Seele gingen. Und doch, wie nahe lagen sie! Kaum noch zwei Jahre hat Fürst Bismarck die Kanzlerwürde nach dem Tode des ersten Kaisers bekleidet, — er hat noch flüchtiger dem Kaiser Friedrich gedient, — mit Kaiser Wilhelm I. wirkte er als Minister 26 Jahre, er war ihm schon als Prinzen ein treuer Berater, er hat über 40 Jahre Beziehungen zu ihm gepflegt. Er hat mit ihm zusammen gekämpft, dasselbe Ziel verfolgt, dieselben Wagnisse übernommen, dieselben Ehren geteilt. Er stand mit ihm in einem Seelenbunde, der alle Gegensätze schnell ausglich und mit dem das Pflichtgefühl und der Gehorsam, der ihn in den Dienst des Kaisers Friedrich III. und Wilhelms II. eintreten ließ, nicht wohl in eine Linie zu stellen war. Bei der Länge der Jahre, die ihn an Wilhelm I. immer enger knüpften, bei der Höhe seines Alters, in dem er von seiner Seite gerissen wurde, mußte er in seinem späteren Dienst wohl den Wechsel um so lebhafter empfinden, der unter den Nachfolgern für ihn eintrat. Seine Gedanken mochten stets haften bleiben bei jener Zeit, die den größten Teil seines Lebens ausfüllte und der Lösung seiner großen Aufgabe im Bunde mit einem älteren Monarchen gewidmet war. Im Mausoleum zu Charlottenburg sind zehn Minuten lang genug gewesen, um sich in jene Zeit noch einmal ganz zurückzuversenken und der Erinnerung an ein Verhältnis eine Thräne zu widmen, das in der Weltgeschichte kaum in gleicher Innigkeit zwischen zwei Staatsmännern, zwischen einem Fürsten und seinem Diener bestanden und das den Wechsel der Dinge in einem über ein Vierteljahrhundert hinausgehenden Zeitraum unerschütterlich überstanden und in so großartigen Erfolgen sich bewährt hat.

Am 29. März, Nachmittags, wenige Minuten nach 5 Uhr, verließ Fürst Bismarck das Reichskanzler-Palais in der Wilhelmstraße und damit Berlin dauernd. Heller, warmer Sonnenschein durchflutete die Straßen, ein maienhaft schöner Frühlingstag begünstigte die Ansammlung der vielen Tausende, welche dem scheidenden Staatsmann ein Lebewohl zurufen wollten. Die Menge konzentrierte sich von 4 Uhr ab in den Straßen,

Digitized by Google

durch welche der Weg nach dem Bahnhofe führt, in der Wilhelmstraße, Unter den Linden, am Brandenburger Thor, auf dem Königsplatz, bis zum Lehrter Bahnhof. Unter den Linden waren der südliche Bürgersteig, die Fahrdämme und die Mittelpromenade von dichtgedrängten Menschenreihen besetzt; Fenster und Balkone waren dicht gefüllt; ein größeres Aufgebot von Schutzleuten hatte alle Mühe, die Fahrwege frei zu halten und den Verkehr zu regeln. Auf dem Pariser Platz waren zu beiden Seiten mehrfache Reihen von Equipagen und Droschken aufgefahren, deren Insassen sämtlich darauf harrten, dem Fürsten Bismarck ihren Scheidegruß zuzurufen. Ein dunkles, dichtes Menschengewühl erfüllte die Wilhelmstraße von den Linden bis zum Wilhelmsplatz. Hier bemerkte man viele Damen in schwarzer Kleidung mit Blumenbouquets und Kränzen in den Händen. Zahlreiche Schutzleute zu Fuß und zu Pferde hatten den Bürgersteig und die Straße vor dem Reichskanzlerpalais frei gehalten, gleichwohl gelang es mit Blumenspenden beladenen Damen und Herren, die Schutzmannskette zu durchbrechen und vor dem Gitterthor des Palais Aufstellung zu nehmen. Schweigend und in tiefer Bewegung harrten die Tausende des Moments der Abfahrt.

Fünf Minuten nach 5 Uhr kam Bewegung in die Menschenmenge. Der erste der auf dem Hofe des Palais haltenden Wagen war vor dem Portal vorgefahren, und Fürst Bismarck in seiner Kürassieruniform mit den Abzeichen seiner neuen Würde trat heraus, hinter ihm Graf Herbert Bismarck in Civilkleidung. Der Fürst hatte noch einen letzten Abschied von seinen nächsten Gehülfen genommen. Er warf auf die ihm so vertrauten Räume vor dem Einsteigen noch einen langen Blick. Schon aber hatten die brausenden Hurrahs und Hochrufe eingesetzt, Tücher wurden geschwenkt und ein wahrer Regen von Blumen und Kränzen flog in den offenen Wagen hinein, als der einfache Wagen zum Ehrenhof hinausfuhr. Eine unbeschreibliche Begeisterung war in die Menschenmassen beim Anblick des scheidenden Kanzlers gekommen, die Menge warf sich dem Wagen entgegen, stürzte zu beiden Seiten vor

Digitized by Google

und brachte die Pferde zum Stehen. Einen Augenblick schien es, als ob man die Pferde ausschirren wollte. Fürst Bismarck dankte, nach allen Seiten grüßend, ein freundliches Lächeln war über seine ernsten Züge geflogen. Langsam nur konnte der Wagen vorwärts kommen, wie widerwillig nur machten die Menschenmassen vor dem Wagen Platz. Die begeisterten Hochrufe, das Tücherschwenken, die Abschiedsrufe, die Blumenspenden wiederholten sich Unter den Linden bis zum Brandenburger Thor hinaus. Ein nachdrängender, unendlicher Menschenstrom wälzte sich immer anschwellender, und alles mit sich ziehend, dicht hinter dem Wagen des Fürsten einher, so daß die anderen Wagen bald weit von dem des Fürsten getrennt waren. In dem zweiten Wagen saßen die Fürstin Bismarck mit dem Grafen und der Gräfin Wilhelm Bismarck, im dritten Wagen Professor Schweninger, im vierten Wagen, was viel bemerkt wurde — Reichskanzler von Caprivi mit seinem militärischen Begleiter, Hauptmann Ebmeyer.

Auf dem vom hellen Sonnenlicht umfluteten Lehrter Bahnhof, von dem aus die Abreise nach Friedrichsruh mit dem Expreßzuge um 5 Uhr 40 Minuten erfolgte, herrschte bereits in den ersten Nachmittagsstunden ein außergewöhnliches Leben. Die Wartesäle waren bereits um 3 Uhr überfüllt; alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten, neben den Damen der Aristokratie, die meistens in tiefste Trauer gehüllt waren, hatten sich zahlreiche Frauen aus dem Handwerkerstande und aus den arbeitenden Klassen eingefunden. Noch bunter zusammengesetzt war womöglich das Männerpublikum; Generäle in goldstrotzender Uniform, Offiziere der Gardetruppen und der Linie. Zu ihnen gesellten sich Parlamentarier, bekannte Rechtsanwälte, Aerzte, Studenten, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter, jeder Stand schien vertreten. Vor dem Bahnhof hatten zahlreiche Blumenverkäufer Posto gefaßt; so voll ihre Körbe auch von Blumen waren, ein Augenblick genügte, und sie waren entleert. Alle Frauen trugen Blumensträuße; der Wartesaal schien in einen einzigen Blumenhain verwandelt; die Vorsitzenden und Leiter zahlreicher Vereine hatten gleichfalls Blumenstücke von seltener Pracht und Größe

Digitized by Google

entgegengebracht. Bemerkenswert war besonders ein Stück: Aus florüberzogenen Veilchenkissen hob sich der Erdball, ebenfalls mit schwarzer Gaze überzogen, hervor.

Die vierte Stunde war herangekommen; in den Wandelgängen des Bahnhofs schob sich die Menge; alles drängte nach den Ausgangsthüren, aber dieselben waren verschlossen und an der Billethalle prangte ein Plakat, laut welchem nur denjenigen Personen, die Fahrkarten gelöst hätten, der Eintritt zum Perron gestattet sei. Nun galt es, sich mit Billetten zu versehen, und die Schalter wurden gestürmt. „Ich bin ein Preuße", so schmetterte mit einem Male die Musik, eine Eskadron der Gardekürassiere mit Fahne rückte heran, das gesamte Offizierkorps des stolzen Regiments befand sich bei der Eskadron. In zwei Gliedern nahmen die Mannschaften mit gezogenem Pallasch auf dem Bahnhof Aufstellung. Vor dem Fürstenzimmer stellten sich zwei Gardekürassiere als Ehrenwache auf. Während vor dem Bahnhof das Publikum mittlerweile zu ungezählten Tausenden und Zehntausenden anwuchs, hatte sich auf dem Bahnhofe fast das gesamte diplomatische Korps eingefunden, man sah den französischen Botschafter Herbette mit Familie, den englischen Botschafter Sir Edward Malet, den österreichischen Botschafter Grafen Szechenyi mit Gemahlin, den russischen Botschafter Grafen Schuwalow, den italienischen Botschafter Grafen Launay; die Gesandten fast aller Staaten waren anwesend; wir müßten eine Namenliste des diplomatischen Korps geben, wenn wir alle die Herren erwähnen wollten, die gekommen waren, um dem scheidenden großen Kollegen „Lebewohl" zu sagen. Das gesamte Staatsministerium mit dem Reichskanzler von Caprivi an der Spitze waren ebenfalls zur Verabschiedung anwesend. Hier die Minister von Scholz, von Lucius, Maybach, dort von Bötticher mit dem Kriegsminister Verdy du Vernois und dem Minister des königlichen Hauses von Wedell. Die Generalität Berlins und Potsdams war in seltener Vollzähligkeit erschienen; der kommandierende General der Garden Freiherr von Meerscheidt-Hüllessem ging in eifriger Unterhaltung mit dem Chef des Militär-Kabinetts, General von Hahnke, dem kommandierenden

Digitized by Google

General des Kaiserlichen Hauptquartiers Generalleutnant von Wittich auf und ab; hier war der General von Grolmann; dort Graf Lehndorff.

Mit einem Mal brachen Hochrufe von einer Begeisterung, von einem Sturm aus, der Alle fortriß; wie ein herankommender Donner hörten sich die Hurrarufe an, sie erschütterten die Luft. Kommandorufe ertönten: Achtung! Präsentiert das Gewehr; wie aus Erz gegossen standen die Kürassiere da, es war 20 Minuten nach 5 Uhr. Fürst Bismarck betrat den Perron, alle Häupter entblößten sich; tief gerührt und freundlich lächelnd reichte Fürst Bismarck Allen die Hand und schritt dann langsam die Ehreneskadron ab. Vor dem Coupé seines Salonwagens nahm der Fürst Aufstellung; nun spielten sich Scenen ab, geradezu überwältigend, unbeschreiblich. Von einer Begeisterung, Glut, von einer Wärme, von einem Feuer, von einer Nachhaltigkeit, die wie mit elementarer Wucht hervorbrachen. Hinter den Gardekürassieren, in den Fenstern des Wartesalons, stand in dichter, ununterbrochener Kette die Menge, ein Hurrarufen ohne Ende brach los; wenn die Hochs auf der einen Stelle zu ersterben drohten, dann setzten sie an der anderen gewaltiger wieder ein. Da erhob sich mit einem Male eine laute, schrille Stimme mit dem Ruf: „Auf Wiedersehn!“ und „Auf Wiedersehn!“ fielen Hunderte und Tausende in diesen Ruf ein. „Auf Wiedersehen! Auf Wiedersehen!“ so hallte es durch den weiten Raum. „Der Begründer des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck lebe!“ ließ sich eine Stimme vernehmen, „er lebe hoch!“ Alle, Alle ohne Ausnahme fielen ein. Eine Stimme intonierte die „Wacht am Rhein“, zwei, drei Stimmen fielen ein und schließlich sangen Alle, Alle, daß es wie andächtig durch die weite Halle klang. „Deutschland, Deutschland über Alles“ wurde jetzt angestimmt und mächtig brauste auch dieses Lied über die Menge hin. Fürst Bismarck stand tief gerührt da, von allen Seiten drängten jetzt seine Freunde und seine Bekannten zu ihm heran; ein Händeschütteln, ein Abschiednehmen ohne Ende. Der Kaiser ließ dem Fürsten ein prächtiges Veilchenkissen überreichen, auf dem ein grüner Lorbeerkranz mit goldenen Früchten ruhte; von

Digitized by Google

dem Kranz hing eine Schleife mit schwarz-weiß-rothen Farben herab. In den Ecken des duftigen Kissens prangten Tuffs von Marschall-Niel-Rosen. Auch der Fürstin hatte der Kaiser gedacht. Er übersandte ihr zum Abschied einen prächtigen Blumenkorb mit Flieder und Rosen, dessen Fuß rote Azalien umrankten. Es stand der Fürst noch über 5 Minuten auf dem Perron, umbraust, umstürmt von den Hoch- und Hurrarufen; dann begab er sich in sein Coupé, von allen Seiten flogen Blumen in dasselbe hinein, der ganze Salonwagen glich einem duftenden Hain; da fingen die Rufe: „Auf Wiedersehen" von neuem an, sie wurden stärker, mächtiger. Die Glocke erklang; die Truppen präsentierten, die Musik spielte, ihre Klänge erstarben in den Hoch- und Hurrarufen. Die Wacht am Rhein wurde nachmals gesungen, und langsam fuhr der Zug aus der Halle. Fortwährend winkte der Fürst Abschiedsgrüße zu, die Damen wehten mit den Tüchern. Es war ein überwältigender Moment, man sah rings thränende Gesichter, hörte lautes Schluchzen. „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!" donnerten die Rufe hinter dem nun schnell fortdampfenden Zuge.

Die Demonstration gegen die Entlassung Bismarcks konnte nicht großartiger in Scene gesetzt werden. Desto länger war das Sündenregister, das die Konservativen dem Fürsten bei seinem Abschiede vorhielten. Der Fürst mußte sich daran erinnern lassen, daß unmittelbar nach dem Kriege und Siege von 1866 verhängnisvolle Spuren einer Schwenkung der inneren Politik sich bemerkbar machten. Die Nachsuchung der Indemnität wäre die allererste gewesen, ein Ereignis „von unheilvoller Bedeutung". Und seitdem habe Bismarck die Linie des Liberalismus nie wieder verlassen. „Fürst Bismarck glaubte nicht, daß die bürgerlichen Kreise für eine wahrhaft konservative Ueberzeugung zu gewinnen seien, und rechnete mit ihrem Liberalismus in den politischen, religiösen und wirtschaftlichen Dingen. Daher die Aera Lasker, Bleichröder, Falk, die Ueberschüttung des Volkes mit unverstandenen und unbrauchbaren Freiheiten, die Auslieferung des Erwerbes an die Börse, der Kulturkampf mit seinen für einen konservativen christlichen

Digitized by Google

Staatsmann unbegreiflichen Fehlern, das alles entsprang daraus, daß sich Fürst Bismarck gewiß nicht grundsätzlich, aber thatsächlich dem Liberalismus beugte, dem er innerlich bis auf den heutigen Tag fern steht". Es sei sehr wohl möglich gewesen, in den beiden letzten Jahrzehnten ein politisch und kirchlich konservatives Deutschland zu schaffen. Daß dies nicht geschehen, nicht gewollt, ja sogar hintertrieben und nun für lange unmöglich sei, müsse als der durchdringendste Fehler der Bismarckschen Politik angesehen werden. Darin hätte der Kanzler ganz Recht gehabt, daß er bei seinen politischen Kombinationen das gebildete, besitzende Bürgertum nicht entbehren wollte. In der That war ohne diese Kreise weder auf dem staatlichen, noch auf dem kirchlichen Gebiete vorwärts zu kommen. Aber es wäre nicht schwer gewesen, unter dem Eindruck der großen Erfolge des Königtums einerseits, unter der sozialistischen und ultramontanen Bedrohung des Deutschen Volkes andererseits jenes Bürgertum zu staats- und kirchenerhaltender Gesinnung zu erziehen. Statt dessen wurde es dem oberflächlichen und widerchristlichen Denken eines Lasker in die Arme geworfen. „Daß dieser Jude ein volles Jahrzehnt hindurch den Reichstag und Landtag zu beherrschen und damit das Judentum in seiner ganzen unermeßlichen Gefahr zum mitregierenden Faktor deutschen Lebens machen dürfte, ist die schwerste Anklage gegen die Bismarcksche Epoche."

Diesem Raisonnement ist nur das Eine entgegenzusetzen: Wenn Bismarck nicht alle vorhandenen Kräfte zur Schaffung der Deutschen Reichseinheit zusammengefaßt hätte, so hätten wir diese Einheit nicht. Ein konservatives Preußen im Sinne jener tadelnden Stimme wäre wohl in dem alten deutschen Bunde möglich gewesen, weiter aber auch nichts. Wir sehen davon ab, daß Bismarck den alten Liberalismus auf eine ganz andere Stelle als diejenige, auf der er ihn vorfand, gebracht hat, und daß er ihm weniger hätte entgegenzukommen gebraucht, wenn ihn nicht der ausschlaggebende Teil der konservativen Partei an der Schwelle seines Werkes im Stiche gelassen hätte, und wiederholen nur: mit der konservativen Partei, wie sie zur Zeit des Herrn von Gerlach erschien, war die

Digitized by Google

nationale Aufgabe Bismarcks wesentlich nicht zu erreichen. Diese hat eben Parteiopfer gekostet.

Das einige Deutschland ist ohne und gegen die Konservativen geschaffen, denn diese wollten nichts von einer Auseinandersetzung mit Oesterreich, nichts von einem Bunde mit Italien wissen. Sie wollten Preußen im alten deutschen Bunde erhalten. Die nationale Idee war, bis sie Bismarck in die Hand nahm, eine liberale, keine konservative. Mit der konservativen Partei war weder die Annäherung des Südens, wo die konservative Sache so gut wie Null war, an den Norden, noch die Verschmelzung der annektierten Länder, wo die liberale Partei die herrschende war, mit Preußen zu erreichen. Und eine solche Partei wagte es, dem Einiger Deutschlands zum Abschiede ein Sündenregister vorzuhalten, weil er seinem großen Zwecke alles Andere untergeordnet hat, eine Partei, die, wenn sie an der Herrlichkeit von Kaiser und Reich teilnimmt, dies allein Bismarck, und nur Bismarck verdankt. „Die Entfremdung gegen diesen — daran erinnerte man nach seinem Rücktritt — begann bei den Konservativen schon im Jahre 1866 in Prag, als eine Deputation dem Streben des damaligen Ministerpräsidenten, den innern Konflikt bei der Rückkehr nach Berlin zu schließen, durch den Versuch einer Einwirkung auf den König entgegentrat und bei gewissen Stimmungen des hohen Herrn auch Anklänge fand, obschon die Deputation nicht anzugeben wußte, welche Gestaltung der zukünftigen Entwicklung Deutschlands ihr nach den Ereignissen des Jahres 1866 vorschwebte, wenn bei der Heimkehr des siegreichen Heeres der seit bald sechs Jahren schwebende Konflikt unverändert fortgesponnen werden sollte. Ob die Gegnerschaft gegen die Regierungspolitik, welche in den letzten sechsziger Jahren bei den Konservativen öffentlich zum Ausbruch kam (z. B. in den Kämpfen um den hannöverschen Provinzialfonds und Aehnliches), an die Erinnerung an die Prager Vorgänge und an die Indemnitäts-Wendung in der Thronrede in bewußter Weise anknüpfte, lassen wir dahingestellt, jedenfalls waren die Angriffe gegen den Ministerpräsidenten schon damals lebhafter, als mit freundlichen Beziehungen der konservativen Fraktion

Digitized by Google

und mit deren Unterstützung der Regierungspolitik verträglich war. Nach dem französischen Kriege, beispielsweise bei Gelegenheit des Schulaufsichts-Gesetzes stiegen die Angriffe, welche von konservativer Seite gegen den Ministerpräsidenten gerichtet wurden zu einer Schärfe, die zum vollständigen Abbruche des persönlichen Verkehrs zwischen dem Fürsten Bismarck und seinen früheren Freunden führte. Die Stimmung und die Absichten der konservativen Führer kennzeichneten sich durch ihren Niederschlag in den bekannten Aera-Artikeln der Nathusius-schen „Kreuzzeitung", in der bekannten Demonstration der „Deklaranten" und schließlich am schärfsten in der „Reichsglocke" und dem Verhalten ihrer Freunde und Mitarbeiter. Letztere gehörten fast ausschließlich der konservativen Fraktion an, soweit sie nicht zu Hofkreisen und zu dem damaligen Hausministerium in Beziehung standen; sie bemühten sich während des Präsidiums des Grafen Roon, diesen von seinem Freunde, dem Ministerpräsidenten zu trennen, und letzteren auch unmittelbar bei Sr. Majestät dem Könige als einen „Gegner der Armee" zu verdächtigen. Daß die Lücke, welche die Konservativen zu dieser Zeit zwischen sich und ihrem früheren Mitarbeiter, dem Reichskanzler, ließen, von der liberalen Seite bereitwilligst ausgefüllt wurde, war nicht zu verwundern, und die Folge davon bestand darin, daß liberale Einflüsse in der Gesetzgebung, durch welche das Reich befestigt und ausgebaut wurde, das Uebergewicht hatten. Konservative Einflüsse konnten sich nicht geltend machen, so lange die konservative Partei dem leitenden Staatsmanne ihre Mitwirkung versagte und ihn mit der leidenschaftlichen Schärfe bekämpfte, von welcher die Deklarantenperiode und die „Reichsglocke" Kenntnis ablegten. Das Bedürfnis der maßgebenden Führer der Konservativen, in der Besetzung des Kanzlerpostens einen Wechsel herbeizuführen, ist seit jener Zeit mehr als einmal zu Tage getreten und hat seine Befriedigung im Jahre 1890 gefunden. Die Haltung der konservativen Partei beim Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Dienste bewies, daß ihr der Personenwechsel kein unwillkommener war."

Neben den schweren Anklagen der Konservativen gegen

Digitized by Google

den entlassenen Staatsmann erhoben sich die der Militärs gegen die „marklose Politik" Bismarcks. Wir haben die anonyme Flugschrift schon erwähnt, die unter dem Titel „Videant consules" dem Fürsten Bismarck bei seinem Abschiede von Berlin nachgeschleudert wurde und die schwersten Vorwürfe gegen den zu friedfertigen Staatsmann erhielt, welcher von dem von der säbelrasselnden Kriegspartei geforderten „Präventivkrieg" nichts wissen wollte, ganz im Einklange mit der Thronrede, in welcher Kaiser Wilhelm I. die „christliche Neigung zum Ueberfall anderer Völker" weit von sich wies. Fürst Bismarck hatte schon im Jahre 1875, als ein ähnliches Kriegsgeschrei wie 1887 vernommen wurde, den Gedanken, daß Deutschland über den Feind herfallen müsse, wenn es des Sieges gewiß zu sein glaube, als eine „kolossale Dummheit" bezeichnet. „Es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden; damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen — gewissermaßen Selbstmord aus Besorgnis vor dem Tode, und das inmitten einer ganz behaglichen, ruhigen Stellung, wo kein Mensch gewußt hätte, was eigentlich für ein casus belli, was für ein Grund zum Kriege vorliegen könne." Er erklärte wiederholt, man könne der „Vorsehung nicht in die Karten sehen", und häufig genug habe man einen Krieg, indem man ihn zu verzögern wußte, vollständig verhindert. Man könne niemals absehen, welche Ereignisse eintreten, um den scheinbar unabwendbaren Kampf gänzlich zu verhüten, und man dürfe auch nicht die Kraft einer Nation nur nach der Zahl ihrer Bajonette und Kanonen und der dynamischen Kraft des Pulvers bemessen. Eine ungerecht angegriffene Nation sei dreifach so stark als eine angreifende. Das war im Jahre 1875 und wenn damals diese Auslassungen sich so vollkommen bewähren konnten, daß nach dem Kriegsgeschrei des genannten Jahres Frieden herrschen konnte, wer wollte dem Kaiser und seinem Ratgeber Unrecht geben, daß sie auch im Jahre 1887 einen Krieg vermieden, der ein nationales Unglück gewesen wäre, auch wenn er, was niemand

Digitized by Google

mit Sicherheit voraussagen konnte, einen für Deutschland glücklichen Ausgang genommen hätte.

Ein Verteidiger Bismarcks trat in der Gegenschrift „Cedant arma togae“ auf, welchen Titel die Neue Pr. Zeitg. übersetzte „Platz für den Frack“. Sie warf der Verteidigungsschrift vor, sie wolle mit einigen oberflächlichen Phrasen das erdrückende Gewicht der militärischen Darlegungen des „Videant“ abthun und die schweren Bedenken dieser Schrift gegen die Bismarck'sche Friedenspolitik mit Redensarten wie „flammende Begeisterung“ und andern allgemeinen Floskeln, die jeder deutsche Gymnasiast heute in seinen Aufsätzen anzubringen pflegt, widerlegen. Man werde aber geradezu zur Heiterkeit gereizt, wenn der Verfasser dieses kümmerlichen Opus, weil er nicht im Stande sei, seinen großen Gegner zu überwältigen, denselben einfach ein „Knäblein“ nennt, „das an seinen Höschen rote Generalstabsstreifen geheftet“ habe. Ein Knäblein war nun allerdings der Verfasser des „Videant“ wohl nicht, vielmehr der Vertreter einer zahlreichen Schule von Militärs, die es dem Fürsten Bismarck zum Vorwurf machte, zwei blutige Kriege verhindert zu haben. Die Kreuzzeitung bestätigte durch ihre Sprache das Vorhandensein von kriegerischen Ueberströmungen, das sie sonst eifrig bestritten hatte. Das Blatt, das sich den Anschein gab, als besitze es Einfluß auf die Regierung, stellte nunmehr seinerseits die nackte Behauptung auf, daß solche Ueberströmungen nicht nur vorhanden, sondern berechtigt seien, daß es eine strafbare Vernachlässigung gewesen sei, sich ihnen nicht zu fügen. Weite Kreise waren von der Offenheit frappiert, mit der die Kreuzzeitung sich zu dem in der Broschüre „Videant“ entwickelten ruchlosen Programm bekennt.

Es ist auffallend, wie eine Kriegspartei, die in der angegebenen Weise in der ganzen Zeit, wo Bismarck unsere auswärtigen Angelegenheiten leitete, und noch in den ersten beiden Jahren der Regierung Kaiser Wilhelms II. bei uns sich bemerkbar gemacht hat, seitdem vollständig verstummt ist. Wo hörte man heute noch eine Sprache, wie die der Neuen Preuß. Zeitung gegen den Friedensfanatismus Bismarcks? Kaiser Wilhelm II. hat sie zur Ruhe verwiesen. In der Friedens-

Digitized by Google

politik folgt er dem ersten Reichskanzler, und die Militärs verstehen den Gehorsam. Wie ist die Armee-Reform inkl. Verkürzung der Dienstzeit zu Stande gekommen? Es ist notorisch, daß eine Reihe von militärischen Autoritäten, wenn sie die volle Freiheit hätten, sich auszusprechen, noch heute öffentlich eine andere Form unserer Heeresverstärkung befürworten würden, als sie die Vorlage von 1893 beabsichtigt hat. Nach Abzug der Streber schmilzt das Protektorat der Militärreform, die jenes Jahr geschaffen hat, auf einen kleinen Kreis zusammen, der sich um die Person des Kaisers bewegt. Das aber soll hier nicht ungesagt bleiben, daß an den großartigen Huldigungen, die Fürst Bismarck in der Verbannung seitens der dankbaren Deutschen Nation erfahren hat, sei es in Friedrichsruh oder auf Reisen, die Militärs einen vollen Anteil gehabt haben, oft in so auffallender Weise, daß die Bismarckfeindliche Presse sich darüber beschwerte und die Offiziere öffentlich denunzierte, die den Exreichskanzler auf seiner Durchreise durch Spandau, Kolberg u. s. w. in Uniform demonstrativ begrüßt hatten. In dem langjährigen Streite seit 1890 zwischen Berlin und Friedrichsruh, der nur zeitweilig durch vorübergehende Annäherungen unterbrochen wurde, hat sich die Armee immer entschiedener auf die Seite Bismarcks geneigt, soweit als irgend nur ihre Stellung zur Krone es gestattete. Der Altreichskanzler wurde geradezu wieder der Liebling der Armee, selbst alte Gegner Bismarcks bekannten sich zu ihm. Im Sommer 1892 gab es einen häßlichen Streit zwischen Bismarck und Caprivi bei Gelegenheit seines Besuches in Wien zur Feier der Hochzeit seines Sohnes Herbert. Es kam der berüchtigte „Uriasbrief"! Was geschah? Als der Fürst im August von Schönhausen nach Varzin reiste, wurde er in Spandau und anderen Orten an den Bahnhöfen von Offizieren in Uniform in großer Anzahl begrüßt, worüber die freisinnigen und ultramontanen Blätter in nicht geringe Aufregung gerieten. Sie mußten sich daran erinnern lassen, daß Fürst Bismarck königl. preuß. Generaloberst sei. In Spandau gab es sogar politische Zwiegespräche zwischen Bismarck und den Offizieren. Er äußerte, daß er gegen die Angriffe der Presse abgehärtet

Digitized by Google

sei und er jetzt die streitführenden Artikel mit Vorliebe läse. Auch die der Nordd. Allg. Ztg.? Dieselbe hatte eben den Fürsten Bismarck wegen seiner Aeußerungen gegenüber einem Redakteur der Neuen Freien Presse in Wien in polternder Weise mit Beleidigungen und dunklen Drohungen überschüttet und gesagt, wenn zur Zeit seiner Amtsführung ein hoher Beamter Aehnliches gethan hätte, was jetzt Fürst Bismarck thue, so säße er längst in Spandau. Allerdings eine lächerliche Aeußerung. Man fragte sich unwillkürlich, wie es Fürst Bismarck als Reichskanzler hätte anfangen sollen, einen solchen Sünder nach Spandau zu bringen. Doch nur durch Herbeiführung einer gerichtlichen Untersuchung. Für eine solche war aber in den dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen Aeußerungen nicht die geringste Unterlage zu entdecken. Daher demonstrierten die Offiziere in Spandau, als Fürst Bismarck dort auf seiner Durchreise nach Varzin eine kleine Weile auf dem Bahnhofe Halt machte, gegen die „Nordd. Allg. Ztg." und gegen ihren hohen Patron. Sie waren damit einverstanden, daß, wenn etwa Fürst Bismarck im Amte von einem entlassenen Staatsmanne gleichwertiger Stellung eine Kritik seiner Politik erfahren hätte, wie Caprivi in Wien, Drohungen von der einen oder anderen Seite jeder von Beiden als Ungeheuerlichkeit, wenn nicht als Lächerlichkeit erschienen wären. Die Offiziere von Spandau protestierten gegen die Drohung des Organs des Herrn von Caprivi, den Fürsten Bismarck auf die Festung Spandau zu schicken, wo Männer von Ehre die Uniform des Kaisers trugen. Fürst Bismarck war sichtlich erfreut, die vielen Offiziere zu sehen, erkundigte sich, was für Garnison zur Zeit in Spandau stehe, und was das für eine Kaserne sei, die er jenseit der Bahn sähe. Ein Offizier beantwortete die Fragen des Fürsten. Dann kam ein Hochruf auf den Begründer des Deutschen Reiches, den größten Staatsmann der Welt, ein Ruf, der nur wiederholte, was der Fürst Bismarck in Wien aus dem Munde der jubelnden Menge gehört hatte und ihm in Berlin übel genommen worden war. Es kam noch besser. Zum 26. Januar 1894, einen Tag vor dem Geburtstage des Kaisers, war Fürst Bismarck nach Berlin eingeladen. Die

Digitized by Google

größten Huldigungen der Bevölkerung und des Kaisers wurden ihm zu Teil. Der Kriegsminister Bronsart von Schellendorff bemerkte bei Darbringung seiner Glückwünsche am 27. zu Sr. Majestät, daß er zugleich im Namen der Armee seinen Dank für die Aussöhnung mit dem Fürsten Bismarck aussprach. Der Kaiser sagte darauf erstaunt: „Auch im Namen der Armee?", worauf der General wiederholte, daß er im Namen der Armee sprechen könne und Sr. Majestät in diesem Sinne die Hand küsse.

Der Kaiser mußte wohl erstaunt sein. Im Jahre zuvor waren die Einwände gegen die zweijährige Dienstzeit, die von Friedrichsruh kamen, schwer ins Gewicht gefallen. Gegen die Zahlenwut, wie sie namentlich in den Kundgebungen des Militärpreßbureaus zu Tage trat, stach die Sprache gewaltig ab, die man anderswo mit den Worten führte:

> „Gewiß spielt bei der Entscheidung der Schlachten die Zahl eine große Rolle, aber die Deutsche Armee hat ihren Ruhm niemals darin gesucht, mit ihrer Anzahl die Welt zu verblenden, um nur, zugestutzt auf gewaltige Massen, den schwächeren Feind zu erdrücken. Was sie bisher ausgezeichnet, und zur ersten Armee der Welt gemacht hat, ist der in ihr lebende Geist der Treue, Hingebung, Selbstverleugnung und des Vertrauens gewesen. Seit den Siegeszügen des Großen Friedrich hat mehr als einmal das an Zahl schwächere preußische Heer die überlegenen Mächte geschlagen und zersprengt."

So dachte die Mehrzahl der Militärs. Gegen sie, und namentlich gegen Graf Waldersee richtete sich die Neujahrsrede des Kaisers über die Unzulässigkeit der militärischen Opposition gegen sein Werk. Graf Waldersee blieb die Antwort nicht schuldig in Form einer Unterwerfung. Der kommandierende General des IX. Armeekorps erschien plötzlich als Fürsprecher des Planes, und die Andern secundum ordinem, unfreiwillig und im Innern dem Fürsten Bismarck zustimmend. Im Jahre darauf dankte der Kriegsminister im Namen der Armee für die Versöhnung mit dem Fürsten Bismarck.

Die Militärs haben an dem Bismarck in der Verbannung,

Digitized by Google

an dem energischen Befürworter der dreijährigen Dienstzeit, vollständig wieder gut gemacht, was sie an dem aktiven Staatsmann gesündigt haben. Die civilen Parteipolitiker, die an dem Sturze Bismarcks mitgearbeitet oder ihre Genugthuung darüber ausgedrückt haben, sind innerlich weit weniger mit ihm ausgesöhnt worden.

Welches waren diese Parteien? Wir haben sie oben aufgezählt. Fürst Bismarck war einer sehr bunten Menge von ihm entgegenstehenden politischen Interessen erlegen. Sie wurden einmal bei einer späteren Gelegenheit, nämlich als der Scheiterhaufen-Brief Stöckers bekannt wurde (1895), folgendermaßen zusammengefaßt: Als Kaiser Wilhelm II. zur Regierung kam, im Juni 1888, bestand noch der im Jahre zuvor gewählte „Kartell-Reichstag", in welchem das Zentrum, die freisinnige Partei, die Sozialdemokratie und die mit ihnen stimmenden kleinen Gruppen sich einer Mehrheit aus Nationalliberalen und Konservativen gegenüber befanden. Nach den ersten Monaten des neuen Regiments begannen, wie man erst später in vollem Zusammenhange zu übersehen vermochte, die auf den Sturz des Fürsten Bismarck gerichteten und die der Zerstörung der „Kartell-Mehrheit" vorarbeitenden Bestrebungen, obgleich unter einander teilweise verschieden, einander in die Hände zu arbeiten. Es mag am Hofe Elemente gegeben haben, die den Wunsch des Kaisers „selbst zu regieren", gegen den Fürsten Bismarck mit größerem Erfolg für ihre speziellen Ansichten auszunutzen vermochten, als Herr Stöcker, so beispielsweise phantastische Sozialpolitiker, welche die Aussicht eröffneten, die Sozialdemokratie auf dem mit den Erlassen von Anfang 1890 beschrittenen Wege zu überwinden oder gar zu gewinnen, und andererseits Leute, welche aus lediglich persönlichen Beweggründen mitwirkten. Damals ergaben sich die seltsamsten Gruppierungen.

Die fortschrittlichen Politiker hatten dem Fürsten Bismarck niemals so herzlich zugestimmt, als wenn er im Reichstag das Verlangen nach Beschränkung des freien Arbeitsvertrags zurückwies, jetzt warfen sie sich entschlossen auf die Seite der kaiserlichen Erlasse, weil jedermann darin den Keim

Digitized by Google

des Konfliktes mit dem Kanzler erkannte. Die freisinnige Presse hatte lange jede Erläuterung der „Walderseeversammlung", welche diese unverfänglicher darstellt, als sie zuerst erschienen war, zurückgewiesen und den General, in dessen Wohnung sie stattgefunden, als den kommenden Mann der Reaktion behandelt; kaum aber ließ die offiziöse Presse des Fürsten Bismarck die Annahme entstehen, daß dieser in dem General einen Träger der gegen ihn gerichteten Bestrebungen erblicke, als Graf Waldersee plötzlich vom Freisinn unter seinen Schutz genommen wurde. In den letzten Wochen des „Kartell-Reichstages" ereignete sich eine wundersame Scene:

Aus den Reihen des Freisinns wurde der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf H. Bismarck bei der Etatsberatung interpelliert, was es mit den Andeutungen der offiziösen Presse von einer militärischen Gegnerschaft wider den Kanzler auf sich habe? Noch ehe Graf Bismarck sich zur Antwort erheben konnte, stand der Kriegsminister von Verdy, den vorher niemand bemerkt hatte, „wie aus dem Boden gewachsen", — sagte mit der Miene der Eingeweihten die fortschrittliche Presse — am Bundesratstische, um zu erklären daß so etwas in Preußen ganz Undenkbares sei. Und die Freisinnigen nahmen dies mit Auguren-Lächeln als unwidersprechlich hin, waren auch, trotz sonstiger Neigung von Hintertreppen-Politik zu sprechen, sehr entrüstet, als Andre sich die Erinnerung gestatteten, daß es in Preußen schon einen General v. Manteuffel und einen General v. Gerlach gegeben. Herr Stöcker hat sich in den Jahren 1888 bis 1890 in der That in sehr zahlreicher und mannigfach zusammengesetzter Gesellschaft befunden. Die Klerikalen, die auch dazu gehörten, behandelten ihn jetzt glimpflich; der Freisinn vergaß, daß er damals im Grunde dasselbe erstrebte, wie Herr Stöcker, die Zerstörung der Reichstagsmehrheit und den Sturz des Fürsten Bismarck.

Außerhalb der bezeichneten Kreise wird die Entlassung Bismarcks für alle Zeiten eines der tragischsten Ereignisse der Geschichte bleiben. Auch der Tod Friedrichs III. stellt sich als ein solches dar. Derselbe tritt in Konkurrenz mit den tragisch-

Digitized by Google

sten Vorgängen der ältesten, alten und späteren Zeit, von dem die Sage und die Geschichte berichten. Oder läßt sich eine größere Tragik ausdenken, als sie darin liegt, daß der Sohn Kaiser Wilhelms I., der sich länger als ein volles Menschenalter darauf vorbereitet hatte, das große Herrscher-Erbe seines Vaters so anzutreten und zu behaupten, wie es seinen Idealen entsprach, in dem Augenblicke den Tod vor Augen sehen sollte, in dem ihm zwei Kronen zufielen? Wo liegt aber die tragische Schuld in dem Trauerspiel, das mit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. begann, und das erst in der Nacht das Ende erreichte, in der der schwer leidende Bismarck sein großes Leben aushauchte? Sie liegt in der zu großen Vertrauensseligkeit des großen Meisters der Realpolitik, und in der zu großen Liebe des letzten deutschen Royalisten zu seinem angestammten Herrscher. Das Wort, welches Bismarck bald nach seiner Entlassung einmal aussprach: er habe den jungen Kaiser geliebt, wie einen Sohn, besagt alles. Wie der Vater seinen Kindern, so lange er die Kraft dazu in sich fühlt, möglichst viele Schwierigkeiten des Kampfes um das Dasein, die auch ihnen nicht erspart bleiben können, aus dem Wege zu räumen sucht, so verfuhr Bismarck mit seinem neuen Herrn. Das Wort beneficia non obtrudantur hat sich auch hier als nur zu wahr erwiesen. Hätte Fürst Bismarck an dem Tage, an dem der junge Kaiser den Thron seiner Väter bestieg, seine Entlassung genommen und seinem Nachfolger im Verein mit dem jungen Kaiser es überlassen, die Sachen, die sich hart im Raum stoßen, selbst so zurecht zu rücken, wie es ihrem eignen judicium und ihrem größeren oder geringeren Maße an praktischer Entschlossenheit gelingen wollte, so würde bereits nach einer kurzen Spanne Zeit der dritte Kaiser auf dem Hohenzollernthron der Erste gewesen sein, der das Wort deutsch aussprach, das dem unfehlbaren italienischen Papst in seiner Muttersprache von Herzen kam, wenn er sagte: „Mi manca Bismarck". Bismarck wäre zurückgeholt worden, und es hätten Kaiser und Reich manche bittere Erfahrungen erspart bleiben können, die ihnen überaus teuer zu stehen kommen sollten. Daß Bismarck anders verfuhr, war der beste Beweis dafür,

Digitized by Google

mit welchen ſtarken Faſern ſein Herz an ſeinem Kaiſer hing und in wie hohem Maße leiſtungsfähig er noch war. Der von ihm verwöhnte Kaiſer aber ſah, dank ſeiner ſtark entwickelten Neigung zur Eiferſucht, in dem Verbleiben Bismarcks nur Herrſchbegier. Wir gedenken an einer anderen Stelle darauf zurückzukommen, von welcher Seite dieſes Motiv, das aus der erſten Zeit der Kämpfe Bismarcks mit der Fortſchrittspartei ſtammt, immer weiter dem Monarchen gegenüber angeſchlagen wurde, bis es ſchließlich eine ſolche Macht in den Gedanken, in dem Geſchäftsleben desſelben gewann, daß der Bruch unvermeidlich war.

Nicht lange vorher, ehe der große Staatsmann, deſſen Deviſe immer geweſen iſt, in patriae serviendo consumor, an dem großen Kummer ſtarb, der ihn verzehrte, äußerte er einem ſicheren Freunde gegenüber folgendes: „Der Kaiſer hat immer geglaubt, ich wolle ihm ein Stück von ſeinem Purpur rauben. Da dachte mein alter Herr richtiger von mir; der wußte, daß, wenn ich mich noch ſo ſehr aufrichtete, ich ihm nicht bis an den Säbelgurt reichte.“ Jeder Kommentar würde den Wert dieſes Ausſpruchs nur herabmindern können. —

Der Fürſt war in allen Aemtern, als Handelsminiſter, als Miniſter des Aeußeren, als Miniſterpräſident und als Reichskanzler abgeſetzt. Seine gewaltige, fruchtbare Schöpferkraft, ſeine frohe Arbeitsluſt, ſeine herrliche Thatkraft und ſein ihm als Inſtinkt angeborenes Durchdringen des Deutſchen Volkes in allen ſeinen Bedürfniſſen, ſeine halbhundertjährigen Erfahrungen, ſein Heldenmut und ſein unverſiegbarer Glaube in die Zukunft ſeines Volkes, ſie alle konnten nicht mehr für uns arbeiten, ſie waren auf einen ſteinigen Acker gelegt, auf dem ſie kein Erdreich faſſen und keine Frucht tragen konnten. Aber in einem Amte war er unerſetzbar, im Amt des „getreuen Eckart“ des Deutſchen Volkes, eines keine Furcht ſcheuenden Tadlers und Warners, wenn ſein Kind, das Deutſche Reich, auf falſchem Wege ging. Je mehr wir das Brachliegen ſeiner gewaltigen Geiſtesgaben ewig beklagen werden, deſto mehr war er uns in dieſem letzten Freundesdienſt, den uns der alte

Digitized by Google

Mann noch leisten konnte und von dem er nicht abgesetzt werden konnte, auch unersetzlich. Der gewaltige Geist eines Bismarck hat auch noch in der unfreiwilligen Ruhe Großes gewirkt: durch seine Mahnungen, seine Belehrungen. Noch acht Jahre lang hat er auch der Deutschen Nation Gelegenheit gegeben, ihre Dankbarkeit zu bezeugen, ihre Teilnahme an allem, was ihn in dieser Zeit betroffen, an seinen Familienereignissen, an dem Tode seiner geliebten Gattin, an seinen körperlichen Leiden. Sein Geburtstag ist alljährlich zu einem Nationalfeste geworden, Friedrichsruh ein Wallfahrtsort der Deutschen. Hätte er mitten im Kampfe stehend, dereinst der Zeit den fatalen Tribut gezollt, wäre er, nach seinem bekannten Ausspruch „in den Sielen" gestorben, er hätte die Treue und die Dankbarkeit derer, denen er so viel gegeben, niemals in solcher Innigkeit kennen gelernt, als er es in dem Exil von Friedrichsruh erfahren hat. Er hat das erhebende Bewußtsein aus diesem Leben mit sich nehmen können, daß sein Name ein hehres Besitztum der Nation darstellt.

Digitized by Google

XV.

Caprivi und Bismarck.

Wenn wir in dem bekannten Verse Platens den Namen Schiller durch den des entlassenen Reichskanzlers ersetzen und sagen: „Schwierig ist's mit Würde sich zu fassen, auf einem Stuhle, den Bismarck leer gelassen", so hätte sicherlich niemand lebhafter zugestimmt, als Herr v. Caprivi. Er fand allein in der Vorstellung Genüge, der treue Diener seines Herrn zu sein. Als am 1. Februar 1890 jene Audienz des Herrn v. Caprivi beim Kaiser statt hatte, in welcher bereits die Nachfolge Bismarcks entschieden wurde, sprach sich der Monarch etwa in folgender Weise gegen Herrn v. Caprivi aus: „Ich habe Sie kommen lassen, um Ihnen zu sagen, daß Sie sich für alle Fälle bereit halten müssen." Er fügte einige Bemerkungen hinzu, die den General in dem Glauben erhielten, es handle sich um eine militärische Versetzung. Der General war nicht wenig bestürzt, als endlich Se. Majestät erklärte: „Ueber kurz oder lang wird der Reichskanzlerposten vakant. Ich habe Sie zum Nachfolger Bismarcks designirt. Mein Großvater hat bereits Sie als solchen mir bezeichnet, nämlich für den Fall des Todes Bismarcks. Es scheint aber, daß ich mich früher von ihm trennen muß. Er ist meinem Vorgehen in der Arbeiterfrage so abgeneigt und bequemt sich demselben so schwer an, daß unsere Wege nicht lange mehr werden zusammengehen können." Der General habe erwidert: nur ein kaiserlicher Befehl könne ihn veranlassen, einen Posten einzu-

Digitized by Google

nehmen, für den ihm alle Vorbedingungen fehlten, namentlich ein genügendes Urteil über politische Dinge! Das brauchen Sie nicht, fiel der Herrscher ein, Sie erhalten Ihre Instruktionen."

Von dem ersten Auftreten Caprivi's im Parlamente bringen wir hier das folgende Bild:

„Auf dem Sessel, auf dem so lange der alte Bismarck als herrschgewaltiger Mann thronte, sitzt heute Caprivi. Dieselbe große Ledermappe mit Aktenstücken liegt vor ihm, dasselbe kleine Wasserglas steht daneben, nur die Bleistifte zu seiner Rechten sind kürzer. Es sind nicht mehr die Ulanenlanzen aus Cedernholz und Graphit, die Fürst Bismarck für seine Notizen während einer Debatte brauchte. Der jetzige Reichskanzler macht nicht den Eindruck eines Menschen, der zu besonders feierlichen Schaustellungen geneigt ist. Er sieht verschlossen und einfach aus, richtig wie der vornehme, zugeknöpfte, hohe preußische Offizier und wie ein recht wortkarger Mann. Siebenhundert Menschen sind im Saal und auf den Galerien zusammengepreßt, und siebenhundert Blicke sind auf Caprivi gerichtet, der durch Brillen, Lorgnons und Operngucker auf das genaueste gemustert wird. Jedes Fältchen seines Gesichts, jedes Haar seines dicken Schnurrbarts wird einzeln gezählt und jeder erwägt dabei die Frage: Aehnelt er wirklich dem Fürsten Bismarck?

Ah, bah, er ähnelt ihm nicht! Das ist ein völlig anderer Kopf! Derjenige Bismarcks ist kugelrund und die kahle glatte Hirnschale wölbt sich bei dem Donnerer von Friedrichsruh wie eine gewaltige, beinerne, blank polirte Kuppel, von der die Augenbrauen gleich dicken Gletscher-Eiszapfen herunterhängen. Der Schädel Caprivis zeigt nicht jene starre, kahle Größe von granitner Härte. Er ist etwas vierkantiger, weniger gewölbt, und wo die Felsform des Bismarck'schen ohne die geringste haarige Milderung nackt zu Tage tritt, sprossen bei Caprivi noch fröhliche Büschel grauer Haare, welche, glatt gestrichen, das Haupt soweit bedecken, daß man bei dem neuen Reichskanzler höflicherweise nur von einer etwas hohen Stirn zu reden braucht, wenn man kein bösartiger Mensch ist. Auch

Digitized by Google

die Gesichtszüge Caprivis tragen den Stempel großer Entschlossenheit, aber nicht in dem unbändigen Maße, wie bei Bismarck. Der weiße Schnauzbart ist kleiner, das Auge leuchtet weniger starr und blickt mehr forschend, als durchbohrend; das ganze Antlitz trägt mit einem Wort einen etwas milderen Hauch. Er sieht aus wie ein Mann, der die Leute erst reden läßt, bevor er sie auffrißt. Bismarck frißt sie auf, noch ehe sie reden. Wer jemals den alten Reichskanzler auf seinem Sessel mit der Miene grimmiger Siegeszuversicht sitzen sah, der brauchte gar nicht zu wissen, daß der Mann da Bismarck war, um sofort den Eindruck zu haben: das ist ein gewaltiger kraftgeschwellter Mensch, voll Machtgefühl und Leidenschaften. Er sah aus, wenn man so sagen darf, wie ein Zweihänderschwert aus dem Mittelalter. Bei Caprivi merkt man wohl auch ein gewisses Kraftbewußtsein, doch es tritt weniger stark in die äußere Erscheinung. Es ist eine schmalere Stahlklinge, gleichfalls hart, aber weniger wuchtig.

Und nun erhob sich endlich der General und Reichskanzler von Caprivi, der kurz zuvor mit dem alten Grafen Moltke leise gesprochen hatte, wobei man erstaunt sah, daß er höher von Gestalt als der zwar vom Alter zusammengebückte, aber wahrlich nicht kleine Reichsfeldmarschall ist. Ich sage: Der General v. Caprivi. Auch Bismarck erschien stets in Generalsuniform, und Moltke kommt niemals anders als im Militärrock in den Reichstag. Von Moltke glaubt man, daß er in Uniform zu Bett geht, und daß — wenn er überhaupt einen Schlafrock hat — dieser gewiß aus einem alten Waffenkleid besteht: Aber so oft Bismarck und Moltke in den parlamentarischen Sitzungssaal traten, stets legten sie draußen in der Garderobe das große Reichsschlachtschwert ab. Bismarck kam ohne Säbel, und Moltke erscheint allerdings mit einer Waffe an der Seite, aber es ist ein kaum sichtbarer, leichter Degen. Dagegen stand Caprivi vor dem Reichstag bei seiner ersten Rede, den linken Arm auf den langen Säbel gestützt, den er auch im Sitzungssaal an seiner Seite einherschleppte. Ganz die Figur eines Soldaten, das Sinnbild der vollkommen militärischen Spitze der Reichsregierung.

Digitized by Google

Unwillkürlich sah man danach, ob der Helm nicht auf dem nächsten leeren Stuhl stand.

Kühl und zuversichtlich fallen dem Redner die Worte von den Lippen. Mit ausgesuchter Nüchternheit wendet er sich nur an den Verstand des Zuhörers. Hin und wieder ein rascher Blitz und ein mit vollkommener Höflichkeit vorgetragener Hieb zielt auf den Gegner. Caprivi spricht nicht lange, er entwickelt keine geistreichen, verblüffenden Bilder und keine himmelstürmenden Gedanken. Er bleibt ruhig und sachlich auf dem Erdboden als gewöhnlicher Sterblicher, und in der ganzen Zeit, während er redet, behält seine Stimme denselben gleichmäßigen, ruhigen Klang, ohne jede Nervosität, frei von jeder Unsicherheit, höflich und bestimmt, und anscheinend bereit, anzuschwellen und stärker zu werden, sobald im Reichstage größere Unruhe würde.

Während seiner ganzen Rede stand Caprivi unverändert in derselben geraden Haltung, den einen Fuß etwas vorgeschoben, den Arm auf den Säbelkorb gestützt, in der linken Hand ein Quartblatt mit einigen Notizen haltend und die rechte Hand nur leise bewegend. Das Gesicht färbte sich nicht um einen Schein röter bei dem fortdauernden Sprechen; nur gelegentlich vertiefte sich die breite Falte, welche der Länge nach die Stirn durchschneidet. Das letzte Wort, das er sprach, klang ebenso kühl und klar, wie das erste. Dann setzte er sich rasch nieder, schob den Säbel zwischen die Beine und musterte langsam das Haus mit der kaltblütigen Miene eines Mannes, der seine Meinung gesagt hat, und dem das übrige nun — berlinisch ausgedrückt — ziemlich „schnuppe" ist."

Der Soldat, der gehorsame Soldat, das war der neue Reichskanzler. Als er nach vierjähriger Wirksamkeit aus dem Dienste schied, ging die „Schles. Ztg." mit dem Grafen Caprivi scharf ins Gericht. Sie schilderte ihn als einen Politiker, in dessen Geiste niemals ein selbständiger staatsmännischer Gedanke gereift wäre. „Zum Staatsmann fehlte dem Grafen Caprivi nicht weniger als Alles, nämlich die leitende Idee. Wenn der künftige Chronist die leitenden Gesichtspunkte der Caprivi'schen Politik zusammenfassen wollte — was könnte er

Digitized by Google

sagen? Nichts! Graf Caprivi ist für das Zedlitz'sche Volksschulgesetz als preußischer Ministerpräsident mit Feuer eingetreten, ebenso für die Kolonialpolitik und für die Handelsverträge. Aber war auch nur eine dieser staatsmännischen Aktionen seiner eigenen Initiative entsprungen? War er nicht immer das Organ der Willensmeinung Anderer? Und eben darum, weil er niemals von eigenen Ideen geleitet war, vermochte er die ihm gestellten Aufgaben auch niemals mit unbeugsamer Energie durchzuführen. Daher die überzarte Rücksichtnahme auf die Wünsche der Gegner, daher die stete Bereitschaft zum Nachgeben und Entgegenkommen. Graf Caprivi ist ein Ehrenmann, aber die ihm als einem leitenden Staatsmanne gestellten Aufgaben überragten weit das Maß seiner Fähigkeiten und standen mit der Richtung derselben nicht im Einklange. So hat er die Ehre und die Würde des Vaterlandes geschädigt, wo er die Sicherheit desselben befestigen wollte, wie in den Kolonialverträgen. So hat er Wunden geschlagen, wo er sie heilen sollte, wie in den Handelsverträgen. So hat er den nationalen Gedanken beleidigt und die Zukunft des preußischen Staates gefährdet, wo er die Gegensätze ausgleichen und Streitpunkte aus der Welt schaffen wollte, wie in der Polenfrage! Dazu kam ein Mangel — milde gesagt — an politischem und persönlichem Takte, wie er in den bekannten gegen den Fürsten Bismarck nach Wien gerichteten „Uriasbriefen" zu Tage trat. Als Entschuldigung für manche Thaten und Unterlassungen des Grafen Caprivi mag ja der Umstand in's Gewicht fallen, daß er völlig unbekannt mit den verschlungenen Fäden der Diplomatie war, als er die Erbschaft des genialsten Diplomaten der Welt antrat. Daß er sie aber anzutreten sich entschloß, läßt ohne Zweifel entweder auf eine unverzeihliche Selbstüberschätzung schließen, oder auf eine völlig mechanische Auffassung der Pflichten, die ihm der Gehorsam gegen den Monarchen auferlegte."

An anderer Stelle des nämlichen Artikels hieß es:

„Erst allmählich hat unser Kaiser erkannt, wie sehr von ihm die Fähigkeiten des Grafen Caprivi überschätzt worden

Digitized by Google

sind, und schwer genug mag ihm das Eingeständnis seines Irrtums geworden sein. Aber er ist eine Natur von wahrhaft fürstlicher Offenheit, und am höchsten stehen ihm doch das Glück seines Volkes und die Ehre des Vaterlandes. Deutlich trat in seinen letzten Reden sein Mißfallen mit der schwächlichen Konzessionsbereitschaft des „Neuen Kurses" in innerpolitischen Fragen — speziell in der polnischen — hervor, und dieses Mißfallen mußte schließlich eine persönliche Spitze gegen den leitenden Staatsmann annehmen, dessen Eigenart nicht nur der Reichspolitik, für die allein er in den letzten Jahren verantwortlich war, sondern auch der preußischen den Stempel ohnmächtiger Schwäche aufgedrückt hat. Das immer deutlicher zu Tage tragende Widerstreben des Kaisers gegen die schwächliche Haltung seines selbstgewählten ersten Ratgebers stimmte durchaus zu der von Seiten des Fürsten Bismarck seit dem Beginne der staatsmännischen Laufbahn des Grafen Caprivi gegen dessen Politik gerichteten Opposition."

Im Kopfe der „Schles. Ztg." stellte sich demnach die Sache so dar, daß Graf Caprivi so lange die Ehre und Würde des Vaterlandes geschädigt, Wunden geschlagen, wo er heilen sollte, den nationalen Gedanken beleidigt und die Zukunft des preußischen Staats gefährdet hat, bis endlich — nach Jahren — der Kaiser dahinter gekommen ist und ihm, wie schon einmal einem Minister, erklärt hat: Sie haben mir einen schönen Salat angerichtet, worauf, wie ebenfalls Graf Zedlitz, Graf Caprivi schnell das Weite gesucht und nun am Genfer See weilte. Dabei war das Wunderbare, daß nach der Meinung der „Schles. Ztg." selber Graf Caprivi nie einen eigenen Gedanken gehabt hat, daß weder Kolonial- und Handelspolitik, noch sonst eine staatsmännische Aktion seiner eigenen Initiative entsprungen ist, daß er vielmehr immer nur das Organ der Willensmeinung Anderer gewesen ist. Wen könnte denn die „Schles. Ztg." mit diesen „Anderen" meinen? Doch wohl nur einen Höherstehenden. Denn wer hätte sonst den Grafen Caprivi als Organ seiner Willensmeinung gebrauchen können? Und so erlebten wir denn das in der That unerfreuliche Schauspiel, daß ein vollständig unabhängiges, zwischen nationalliberalen und

Digitized by Google

konservativen Anschauungen stehendes Blatt sich nicht scheute, Vorwürfe auf Vorwürfe zu häufen, von Schädigung der Ehre und Würde des Vaterlandes, von Wundenschlagen, der Beleidigung des nationalen Gedankens u. s. w. zu sprechen, wo handgreiflich Niemand gemeint sein konnte, als — wir wagen das Wort kaum auszusprechen. Wir bedauern aufrichtig, die Thatsache konstatieren zu müssen, daß wir heute dahin gelangt sind, in der Presse — denn die „Schles. Ztg." steht nicht allein — direkte Anrempelungen der Krone zu finden, die jedenfalls als ein schweres Uebel unserer Zeit zu bezeichnen sind. Diejenigen, die in der Kolonialpolitik, in den Verträgen, in der Polenfrage u. s. w. nichts als nationale Sünden sehen, machen in der That den Grafen v. Caprivi vergebens zum Sündenbock. Er ist das Organ der Willensmeinung eines Andern gewesen, und es ist notorisch, daß, was dieses Organ getrieben hat, die ureigenste Politik eines Andern in allen Stücken war. Graf Caprivi hat auch wiederholt es öffentlich erklären dürfen, daß er keine eigene Politik treibe, sondern die Sr. Majestät.

Es ist oft darauf hingewiesen worden, Graf Caprivi sei Soldat. Am 27. November 1891 erklärte er dem Vorwurfe der Amtsmüdigkeit gegenüber, auf seinem Platze zu bleiben, so lange es dem Kaiser gefalle. Er sagte nicht: so lange es sein Gefühl der politischen und staatsrechtlichen Verantwortlichkeit gestatte. Dieser General betrachtete die Reichskanzlerschaft eben auch als ein Kommando, für welches er nur dem obersten Kriegsherrn verantwortlich war.

Die „Schles. Ztg." sagte: in den Kolonialverträgen sei die Ehre und Würde des Vaterlandes geschädigt worden. Graf Caprivi erklärte seinerseits, er sei damit nur dem Befehle des Kaisers nachgekommen. Kann unter solchen Umständen die „Schles. Ztg." ihre Sprache verantworten? Der deutsch-englische Vertrag vom 1. Juli 1890 entsprach genau unserer damaligen Politik England gegenüber. Hatte der politische Kompaß bis dahin nach Rußland gewiesen, Kaiser Wilhelm II. richtete ihn nach Bismarcks Entlassung sofort nach England. Man weiß, welche Glorifikation seine Reisen dahin im liberalen Deutsch-

Digitized by Google

land und England fanden, und welche Wirkung dieselben für die russische Politik hatten.

Die Parole des „Neuen Kurses" war eine einfache: in Allem es anders machen wie Bismarck. Wir brauchen nicht daran zu erinnern, was damals über uns hinwegging, und was das Deutsche Volk, von seinem politischen Führer an vielleicht zu übergroßes Vertrauen gewöhnt, erduldete. Wir wissen es noch und Manches fühlen wir noch in brennender Haut und schmerzendem Innern. Wie die unglaublichsten Parteien regierungsfähig wurden, wie man Sozialdemokraten mit Treibhausglut züchtete, wie man Kolonien losschlug, wie Kleider nach einem Brandschaden, wie man Deutsche vor den Kopf stieß und Polen befriedigte, wie man die Flotte zurückgehen ließ, wie man den Russen die Freundschaft kündigte und England nachlief und sich an Oesterreich kettete, kurz wie man mit einer meisterhaften Schnelligkeit liquidierte, die Bismarck'sche Erbschaftsmasse losschlug, verschenkte und dem genialen sparsamen Erwerber noch Pflastersteine in Gestalt von „Uriasbriefen" nachwarf, das wird ewig unvergeßlich bleiben.

Gleich die erste Rede des neuen Reichskanzlers vom 15. April war eine Absage an Bismarck. Sie atmete trotz aller Verbeugungen vor der Größe des Vorgängers des Herrn von Caprivi einen feindlichen Geist gegen diesen und kündigte trotz aller Versicherungen, der Kurs der neuen Regierung bleibe der alte, einen vollständigen Wechsel desselben an. Sie war deutlich genug, um zu verraten, daß man nicht daran denke, zwischen dem gestürzten und dem heutigen leitenden Staatsmann und der Krone ein Verhältnis aufrecht zu erhalten, in welchem Bismarcks Rat und seine Erfahrung nicht völlig dem Vaterlande verloren gingen. In der Form höflich und vorsichtig, kündigte Herr von Caprivi sein Vorhaben an, es in allem anders machen zu wollen, als sein Vorgänger. Er wollte es auf einen Kampf zwischen ihm und seinem System ankommen lassen, wozu er wohl das erforderliche Maß von Kräften sich zutrauen mußte. Es ist bekannt, daß in den letzten Zeiten der Herrschaft Bismarcks die radikalen und ultramontanen Zeitungen widerhallten

Digitized by Google

von dem Geschrei über das Unwesen der offiziösen Presse, von einer Agitation, die in dem Reptilienfonds eine wirksame Verteidigungswaffe fand. Eugen Richter ging mit deutlichem Bewußtsein von der Ansicht aus, daß es seinem Interesse entspreche, alle Männer, die auf der Seite des Kanzlers kämpften, als abhängig, als erkauft, als Reptile hinzustellen. Bei dem wirkungsvollen Hintergrund, den der Welfenfonds dieser erbärmlichen Taktik bot, konnte er sich ruhig an den Grundsatz halten, es werde schon etwas hängen bleiben. Indem Herr von Caprivi sich beeilte, in der Verurteilung des „Unwesens der offiziösen Presse" sich auf die Seite der Freisinnigen und der Ultramontanen zu stellen, war er des besten Eindruckes bei diesen gewiß. In seinem Eifer, gegen Bismarck überall Stellung zu nehmen, erwog er nicht einmal die Frage, ob er auch ohne jede offiziöse Beihilfe auskommen könne. Wenn er, statt sein Vorhaben laut zu verkünden, lieber erst den praktischen Versuch gemacht hätte, die offiziöse Presse abzuschaffen und auf die Mittel zu verzichten, wodurch die öffentliche Meinung vorbereitet, ihr auf den Zahn gefühlt wird, so hätte er sich den Hohn der Welt erspart, die heute den Apparat der offiziösen Presse wieder in alter und verstärkter Thätigkeit sieht. Nur die Feindschaft wider Bismarck konnte den neuen Reichskanzler zu einer so vorschnellen Verurteilung des Systems Bismarck fortreißen.

Jede neue Regierung stellt sich neue Aufgaben. Hier aber wurde radikal mit einem Vorgänger gebrochen, dessen „Rat und Thatkraft, Treue und Hingebung" der Monarch sich noch in der Zukunft dienstbar zu machen sich vorbehalten hatte. Herr von Caprivi versprach das Gute zu nehmen, wo er es fände. „Die überlieferten Unterschiede zwischen nationalen und reichsfeindlichen Parteien gelten nicht mehr", lautete die Folgerung bei den Freisinnigen und beim Zentrum. Herr von Caprivi sprach von größerer Selbständigkeit der Minister. „Das ist unser Programm", ertönte es unisono in demselben Lager. „Das unbeschränkte Imperium eines einzelnen Beamten hört auf."

Herr von Caprivi wollte zurückgestellte Wünsche aufnehmen und durchführen. „Das alte Regime hat seinen Vorrat von ihnen verausgabt, — erst nach Bismarck hat die Regierung die

Digitized by Google

Kraft wiedergefunden, den großen Bedürfnisfragen im Staatsleben mit einem neuen und eigenen Plane entgegenzutreten".

Herr von Caprivi debutierte also mit der Ankündigung, mit den alten Gegnern Bismarcks regieren zu wollen; denn was da im allgemeinen gesagt war, daß an sich berechtigte Bestrebungen unter dem Regiment des Fürsten Bismarck nicht hätten zur Geltung kommen können, Herr von Caprivi wolle das Gute nehmen, wo er es fände, was derselbe von dem Stehen über den Parteien, von der größeren Selbständigkeit der Minister, von der Abschaffung der offiziösen Presse verlauten ließ, das diente nur zur Verhüllung des Hauptgedankens.

Wenn sich sachliche Gegensätze zwischen dem neuen zu dem alten Kurse erklären ließen, so war die persönliche Feindschaft, die Herr von Caprivi sehr bald gegen den Verbannten in Friedrichsruh durchblicken ließ, schwer verständlich. Eine solche Feindschaft, Mißtrauen und Furcht des neuen Kanzlers vor seinem Vorgänger trat den Interviews gegenüber hervor, die Bismarck in Friedrichsruh einer langen Reihe von Besuchern gewährte, denselben Interviews, in denen der Altreichskanzler niemals anders als mit Hochachtung seines Nachfolgers gedachte, die aber der gesamten Bismarckfeindlichen Presse ein großes Aergernis gaben. Bismarck kam darin auch wiederholt auf seine Entlassung zu sprechen. Der Pariser „Matin" veröffentlichte am 18. Mai den Bericht seines Mitarbeiters Henry des Houx über seinen Besuch beim Fürsten Bismarck. Als jener den Fürsten an die bei seiner Abreise von Berlin ihm dargebrachten Huldigungen und an die 6000 Sympathie-Telegramme erinnerte, erwiderte dieser: „Es war ein hübsches Begräbnis, ein Begräbnis erster Klasse, wie man bei Ihnen in Frankreich sagt, und doch lebe ich noch. Ich bin mit 75 Jahren kaltgestellt worden, und doch fühle ich mich noch so jung, viel zu jung, um nichts zu arbeiten. Ich war an die Politik gewöhnt, jetzt fehlt sie mir." Auf die Bemerkungen des Journalisten, daß sein Rücktritt kein endgültiger sein werde, sagte der Fürst: „O, es ist aus, ganz aus, mehr als Sie glauben, mehr als Sie jemals ahnen können . . . Ich bin vor allem Deutscher und habe Deutschland gegenüber meine Aufgabe und meine Pflicht erfüllt. Ich hätte

Digitized by Google

gern länger in seinem Dienste gearbeitet. Aber jetzt ruhe ich mich aus im geeinten Deutschland, das mit seinen Grenzen zufrieden ist und seine Nachbarn um nichts zu beneiden hat. Ich werde glücklich sterben, da ich dazu beigetragen habe, mein Vaterland zu einigen, es groß und mächtig zu machen. Nie habe ich nach etwas gestrebt, was außerhalb des Deutschen Vaterlandes liegt. Um dasselbe zu schaffen, habe ich den Krieg unternommen, während ich den Frieden wünschte; um das Vaterland unbestritten, vollständig und unberührt zu erhalten, schloß ich die Bündnisse."

Eine andere Unterredung hatte Fürst Bismarck am 22. Mai mit Tristan, einem Mitarbeiter des Pariser Blattes „Petit Journal". Ueber sein Verhältnis zum Kaiser sagte er: „Ein altes Arbeitspferd und ein junger Renner können nur schlecht in ein und dasselbe Geschirr gespannt werden. Der Kaiser will die Völker beglücken; ich glaube kaum, daß die Möglichkeit in dieser Beziehung eine sehr große ist. Er war viel auf Reisen, und ich konnte ihn nicht begleiten; so gewannen andere jüngere Persönlichkeiten sein Vertrauen." Ueber seinen Nachfolger von Caprivi äußerte er sich sehr anerkennend: „Ich schätze ihn mehr wie irgend jemand. Er ist ein tüchtiger General. Schade, daß er sich nun mit Politik befassen muß. Als er den Posten übernahm, sagte er selbst, es sei ihm zu Mute, als ob er einen dunklen Raum betrete. Doch wird in der auswärtigen Politik keine Aenderung stattfinden. Die Geleise sind dort so tief eingefahren, daß die Räder des Wagens dieselben gar nicht verlassen können."

In gleicher Weise sprach der Fürst von seinem Nachfolger in den Unterredungen, welche er am 7. und 8. Juni mit dem Engländer Kingston hatte, der hierüber im Londoner „Daily Telegraph" berichtete: „Caprivi ist ein Mann von hoher Intelligenz und ausgedehntem Wissen, ein vollendeter Gentleman, frei von persönlichem Ehrgeiz, kurz ein Mann ersten Ranges."

Im Juli erschienen auch deutsche Journalisten, am 9. Juli Julius Rittershaus, Herausgeber des „Frankfurter Journals", am 18. Juli Dr. Reichardt, Redakteur der „Dresdener Nachrichten". Ersterer äußerte zunächst seine Verwunderung darüber, daß der Fürst ihm eine Audienz bewilligt habe, während bisher

Digitized by Google

nur ausländiſche Journaliſten empfangen worden ſeien und er doch hätte annehmen müſſen, daß auch deutſche Zeitungen um die Ehre eines Empfanges gebeten hätten. Darauf erwiderte der Fürſt: „Deutſche Zeitungen? Nein, das iſt eben nicht der Fall. Gerade die Zeitungen, welche doch bis zu einem gewiſſen Grade von mir abhängig geweſen ſind, fragen nicht nach mir. Ich bin eine gefallene Größe, man will damit nicht gern zu thun haben. Die Preſſe hat hierzulande keinen Mut, ſie iſt zu feige. Sie ſind der erſte von der deutſchen Preſſe, der den Mut hat, zu mir zu kommen. Die andern fürchten, ſich zu kompromittieren, anzuſtoßen. Geſchäftliche Rückſichten auf Abonnenten u. ſ. w. ſind ſtärker als die Anhänglichkeit an mich. Die „Poſt“, die „Kölniſche Zeitung“, die „Nordd. Allg. Zeitung“, die früher mit mir in lebhafter Verbindung ſtanden, ſie fliehen mich jetzt, als ob die Peſt bei mir ausgebrochen wäre.“ Der Fürſt ſprach dann über die Arbeiter-Erlaſſe, über das deutſch-engliſche Abkommen und über die Arbeiterſchutz-Konferenz. Auf die Frage nach den Gründen ſeines Rücktritts gab er nur die eine Antwort: „Es beſtanden Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen mir und dem Kaiſer, mehr noch zwiſchen mir und meinen Kollegen“. In der Unterredung mit Dr. Reichardt äußerte der Fürſt: „Man nehme immer eine gewiſſe Geſpanntheit zwiſchen dem Kaiſer und ihm an, ja man habe ihn wohl in dem Verdacht, daß er noch Wünſche hege, etwa den, noch einmal in ſein Amt zurückzukehren. Dazu ſei er aber zu alt, und man unterſchätze auch ſein Selbſtgefühl. Er habe nur den Wunſch, in der Kritik der Nachwelt nicht das Opfer falſcher Annahmen zu werden. Deshalb könne er nicht ſchweigen, wenn man ſein Wirken angreife. Zwiſchen dem Kaiſer und ihm liege aber garnichts Feindſeliges vor. Sie ſeien in einer Frage verſchiedener Meinung geweſen, die er (der Fürſt) für zu wichtig gehalten habe, als daß er ſich habe fügen können.“ Am 14. Juni empfing der Fürſt eine Abordnung der vereinigten Mittelparteien Düſſeldorfs, gegen welche er ſich über ſeinen Rücktritt und ſeine jetzige Stellung äußerte: „Daß er auch als Privatmann noch beſonderes Intereſſe an der Politik nehme, ſei natürlich, da er ſich doch 40 Jahre lang ausſchließlich mit derſelben beſchäftigt und ihr alle ſeine ſonſtigen

Digitized by Google

Neigungen und mannigfachen Beziehungen zum Opfer gebracht habe. Nichts liege ihm aber ferner, als auf den Gang der Politik noch einmal einen Einfluß erstreben zu wollen; alles, was die Zeitungen nach dieser Richtung schrieben, sei unrichtig; aber das jedem Privatmann zustehende Recht der freien Willensäußerung lasse er sich nicht nehmen."

Es war in jenen Tagen der Trauer aller national gesinnten Parteien ein tief beschämendes Schauspiel, das die Deutsche Nation in der Mehrzahl ihrer konservativen Kreise bot. „Solch eine Flucht und Felonie, Herr Fürst, ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte." Die nicht, den Ratten gleich, das sinkende Schiff schon verlassen hatten, waren feige genug, den gestürzten Staatsmann gegen seine Verleumder von rechts und links schutzlos zu lassen. Derselbe Mann, der noch vor kurzem der Heros seines Volkes war und von Kaisern und Fürsten ausgezeichnet und geehrt wurde, wie niemand je zuvor, der sollte nun plötzlich wie von der Erdoberfläche verschwunden betrachtet werden, man sollte nicht mehr der Geschichte ihr Recht lassen, sondern verschweigen, wer der wirkliche Schöpfer der Größe und Macht des neuen Kaiserreichs gewesen ist und was ihm das Deutsche Volk, was ganz Europa ihm zu danken habe. Ja, was man vordem an ihm bewundert hatte, wurde in den Kot gezogen. Das Sozialistengesetz, das bis dahin diesen Konservativen nicht rigoros genug sein konnte, wurde ihm als brutale Blut- und Eisenpolitik angerechnet, seine Arbeiterversicherungsgesetzgebung als herzlos gestempelt. Der Kanzler habe kein Verständnis für die „hochherzige, weitschauende" Sozialpolitik des Kaisers. Der „vollständige Zusammenbruch der so hochgepriesenen Kartellmehrheit des Reichstags" durch die jüngsten Wahlen sei auf des Kanzlers Rechnung zu setzen. Als nun gar der Totgeglaubte oder Totgewünschte in seinem Exil noch Lebenszeichen von sich gab und noch ein warmes Herz für die Entwicklung des Reiches, das er gegründet hatte, offenbarte, hatte ein konservatives Blatt den Mut, zu schreiben: „Fürst Bismarck sei ein etwa mit Mazzini auf eine Stufe zu stellender Frondeur geworden, der in Deutschland eine Nebenregierung zu begründen versuche." Ein konservatives Provinzialblatt sagte: „Es scheint fast, als ob der sonst

Digitized by Google

ſo ruhebedürftige und nach ſeinem Tuskulum im Sachſenwalde verlangende Fürſt ſich abſolut nicht genug ausſprechen kann. Wüßte er, wie viele Tauſende und aber Tauſende, die ſonſt treu ihm zur Seite ſtanden und auch jetzt nicht um einen Deut ſeine Erfolge als Kanzler und Miniſter unterſchätzen, im tiefſten Innern verſtimmt, ja geradezu erſchreckt ſind ob dieſes ſeines Bruchs mit all ſeinen früheren Anſchauungen über Vaſallenpflicht und Männertreue.“ Fürſt Bismarck hat ſolche Salbadereien mit dem richtigen Wort bezeichnet, indem er einmal ſagte: „Man hat von mir verlangt, ich ſolle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals iſt mir eine größere Dummheit vorgekommen, als dieſe unerhörte Forderung.“

Man war ſo naiv, an den entlaſſenen Staatsmann das Anſinnen zu ſtellen, daß er in Sack und Aſche Buße thue, und nach der Bergpredigt handle, die da ſagt: „So jemand einen Streich giebt auf Deinen rechten Backen, dem biete den andern auch dar.“ Auf konſervativer Seite griff man auch den von freiſinnig und ultramontaner Seite erfundenen Mythus auf, als hätte Fürſt Bismarck bei den ſtattgehabten Interviews Aeußerungen gethan, welche mit monarchiſcher Geſinnung überhaupt nicht mehr vereinbar ſeien. Die „Neue Preuß. Ztg.“ acceptierte den Artikel der „Konſervativen Korreſpondenz“ mit den Worten: „Wir haben auf die peinliche Berührung des monarchiſchen Gefühls ſchon gelegentlich der Geffcken-Affaire, deren Behandlung unſerer Meinung nach in hohem Grade dazu angethan war, der dauernden Sache des Königtums Schaden zuzufügen, offen hingewieſen. Wir fanden damals kein Verſtändnis in der Partei, jetzt dürfte das mehr der Fall ſein.“ Im Monat Juli erhielt ſodann die „Neue Preuß. Ztg.“ von „beachtenswerter Seite“ eine Zuſchrift, in welcher die Aeußerungen des Fürſten Bismarck im Geſpräch mit dem Herausgeber des „Frankfurter Journals“ einer überaus ſcharfen Kritik unterzogen wurden. In dieſer, für die Stimmung konſervativer Kreiſe bezeichnenden Zuſchrift wurde ausgeführt, daß ein längeres Schweigen zu den Aeßerungen des Fürſten Bismarck ein Verrat an der Looſung der Konſervativen, „Mit Gott, für König und Vaterland“ ſei. Dann wurde berichtet, Bismarck unterziehe die Ideen des Monarchen und ſeiner

Digitized by Google

nächsten Ratgeber einer abfälligen Kritik, einer Kritik, die das monarchische Gefühl verletze und die wichtigsten Staatsinteressen gefährde.

Die „beachtenswerte Seite", deren Ausführungen die „Kreuz-Ztg." gab, als „einem Zeichen der Stimmung, wie sie im Lande allmählig Platz griffe", meinte schließlich, es sei kaum anders möglich, als entweder mit tiefer Trauer oder mit gerechtem Unwillen die veröffentlichten Mitteilungen zur Kenntnis zu nehmen. Entschieden Protest aber müsse gegen das Hineinziehen der allerhöchsten Personen in die politische Debatte erhoben werden. Wenn Fürst Bismarck sich eine „gefallene Größe" genannt habe, so sei er auf dem besten Wege, wenn er nicht bald einhalte, in anderem Sinne eine gefallene Größe zu werden.

Solche Ausfälle fanden Zustimmung bis in die höchsten Stellen hinauf. Schon am 20. Mai richtete Caprivi eine Zirkularnote an die deutschen und preußischen Gesandten, worin dem Fürsten Bismarck der Vorwurf gemacht wurde, daß er über die auswärtige Politik zu französischen und russischen Journalisten mit unverkennbarer Feindschaft gegen Deutschland sich geäußert habe. Die Note lautete:

„Wenn die Regierung Sr. Majestät in vollster Anerkennung der unsterblichen Verdienste dieses großen Staatsmannes hierzu unbedenklich schweigen konnte, so lange jene Aeußerungen sich auf persönliche Verhältnisse und innere Politik beschränkten, muß sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung auch ferner zu rechtfertigen sei, ob sie nicht im Auslande schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte. Se. Maj. der Kaiser sind indeß der Meinnng, daß entweder von selbst eine ruhigere Stimmung eintreten oder aber der thatsächlichste Wert des von der Presse Wiedergegebenen mit der Zeit auch im Auslande immer richtiger werde gewürdigt werden. Es sei nicht zu befürchten, daß aus der Verbreitung subjektiver, mehr oder weniger richtig aufgefaßter, hie und da zweifellos absichtlich entstellter und zum Teil zu Personen von anerkannter Feindschaft gegen Deutsch-

Digitized by Google

land gethaner Aeußerungen ein dauernder Schaden entstehen könnte. Se. Maj. unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt und wollen seitens Allerhöchstihrer Regierung alles vermieden sehen, was dazu beitragen könnte, der Deutschen Nation das Bild ihres größten Staatsmannes zu trüben."

Der Kanzler gebe sich schließlich der Hoffnung hin, es werde seitens der betreffenden auswärtigen Regierungen den Aeußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck ein aktueller Wert nicht beigelegt werden.

Zur Zeit, als der Erlaß vom 23. Mai 1890 an die auswärtigen Missionen versandt wurde, lag von politischen Aeußerungen des entlassenen Reichskanzlers nichts vor, als die friedliebenden Unterhaltungen mit dem Russen Levenow („Nowoje Wremja"), durch die Fürst Bismarck den Russen von der Friedlichkeit und Freundschaft Deutschlands zu überzeugen und den russischen Publizisten zu veranlassen suchte, falsche Vorstellungen seiner Landsleute in dieser Hinsicht zu beseitigen, was auch geschehen ist. Wir glauben, daß damit der Fürst der Reichspolitik einen Dienst erwiesen hat. Der ziemlich freie Bericht des Franzosen Henri des Houx im „Matin" über seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck lag vielleicht ebenfalls schon vor, als der Erlaß vom 23. Mai 1890 erging, aber auch in Bezug auf ihn gilt das Gesagte. Der 1892 im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Erlaß an die auswärtigen Vertreter beweist, daß kaum zwei Monate nach der Entlassung des ersten Kanzlers das Bedürfnis bestand, den Staatsmann, der fast 30 Jahre hindurch die Politik erfolgreich geleitet hatte, zu diskreditieren. Da die Träger des deutschen Ansehens im Auslande schwerlich einer Belehrung darüber bedurft haben werden, wie sie in ihrem amtlichen Verkehr den Fürsten Bismarck zu behandeln hätten, kann der Zweck des Zirkulars nur der gewesen sein, den der Regierung mißliebigen früheren Reichskanzler auch im Auslande kreditlos zu machen. Für die darin liegende wunderliche Insinuation, daß Fürst Bismarck in den zwei Monaten seit seiner Entlassung ein ganz anderer Mensch geworden sei, als er im Amte war, hatte man keine Empfindung, und daß man sich dabei sagen mußte,

Digitized by Google

eine solche Kritik der Person des eben erst aus dem Amt geschiedenen ersten Kanzlers treffe notwendig auch dessen frühere Arbeit, richte sich gegen die ganze Regierung Kaiser Wilhelms I., erhöhte die Seltsamkeit des Vorganges. Es bleibt nichts übrig, als in dem Erlaß vom 23. Mai 1890 den Beweis dafür zu erblicken, wie stark der Einfluß persönlicher Stimmungen und Verstimmungen die Politik des „Neuen Kurses" beherrschte.

In der nun folgenden Zeit sah sich Fürst Bismarck einem Bewachungssystem in Friedrichsruh ausgesetzt, das darauf schließen ließ, als fühle sich der neue Reichskanzler in seiner Stellung von Seiten des Fürsten bedroht oder gefährdet. Hatte dieser Argwohn ihn schon im Mai 1890 zu dem erwähnten Zirkular veranlaßt, so führte er ihn zu verschiedenen unprovozierten persönlichen Spitzen gegen den früheren Reichskanzler im Parlament, namentlich aber bei jedem Anscheine kaiserlicher Versöhnlichkeit zu Schritten, die notwendig von der anderen Seite Abwehr forderten.

Am 18. Juni 1890 hat das preußische Herrenhaus eine Sitzung gehabt, die zu den merkwürdigsten in seiner Geschichte zählt. In dieser hielt Graf Hohenthal bei der Beratung des Etats eine Rede, in der vom monarchischen wie vom konstitutionellen Standtpunkt aus jedes Wort zutreffend erschien. Er sprach gegenüber dem Reformeifer der Regierung, dem die Landgemeinde-Ordnung, der Entwurf eines Unterrichtsgesetzes u. s. w. entsprungen waren, von der namentlich dem Minister des Innern obliegenden Aufgabe, über die Stabilität der preußischen Politik zu wachen. Er warnte vor dem Scheinkonstitutionalismus, der dadurch begründet würde, daß der Name des Monarchen als Druckmittel vom Ministertisch oder sonstwie in die Debatte gezogen würde. Er beklagte sich ferner in folgender Weise:

> „Wir stehen seit einiger Zeit vor einem Novum in unserem Staatsleben; eine ganz neue Erscheinung hat sich seit einiger Zeit eingeschlichen, eine Erscheinung, welche lebhaft die preußische Justizverwaltung tangiert. Ich meine nämlich seitens der Presse das Hineinziehen der Allerhöchsten Person in die öffentliche Diskussion, welche vielfach geschieht in unehrerbietiger, majestätsbeleidigender und in einer Weise, welche sogar manchmal hochverräterische Andeutungen ent-

Digitized by Google

hält, ohne daß irgendwie eine Kognition genommen wurde seitens der Justizverwaltung und der Staatsanwälte. Bei der Neuheit dieser Erscheinung, die sich aber nicht bestreiten läßt, will ich aber doch einige wenige Beispiele und Beweise herausgreifen. Es war im Anfange dieses Jahres, als bereits die „National-Zeitung" die „Vossische Zeitung", also hier das große Fortschrittsorgan, bezeichnete als dasjenige Blatt, welches es als durchaus konstitutionell bezeichnete, die Krone in die Tagespolitik hineinzuziehen. Ferner erschien dann — es war wohl im März — in der „Kölnischen Zeitung" unmittelbar unter einer Allerhöchsten Kundgebung ein Leitartikel, der überschrieben war: „Druckerschwärze und Papier", der meines Erachtens geradezu Majestätsbeleidigungen enthielt und auf den seitens der Justiz nicht reagiert worden ist. Noch mehr war das aber der Fall bei einem anderen Artikel, der in den „Neuesten Münchener Nachrichten" gestanden hat, auf den ich aufmerksam gemacht wurde, bei dem allerdings, wie ich gehört habe, davon gesprochen worden ist, ob er der Staatsanwaltschaft übergeben werden sollte oder nicht; er hat nachher auch Eingang gefunden in ein großes konservatives Organ.

Meine Herren, das sind doch ganz bedenkliche Symptome, und die Bevölkerung und auch im Lande die führenden und gebildeten Kreise der Nation, welche diese Artikel lesen, werden doch natürlich davon induziert, und es scheint mir, als wenn es doch hohe Zeit wäre, diesem Treiben ein Ende zu machen."

Was geschah auf diese Rede des Grafen Hohenthal vom preußischen Herrenhause? Zunächst machte sich der Ministerpräsident unter dem lauten Beifall des hohen Hauses darüber lustig. Er fertigte des Herrn Grafen Skrupel in Bezug auf Scheinkonstitutionalismus, über Mißbrauch der Berufung auf die Krone in Parlament und Presse, über Stabilität der Gesetzgebung mit allerlei Späßen ab. Das geschah im preußischen Herrenhause am 18. Juni 1891. Herr v. Caprivi sagte:

„Ich verzichte darauf, den staatsrechtlichen Erörterungen des Herrn Grafen v. Hohenthal zu folgen, ebenso wie ich darauf verzichte, mich auf eine nähere Erörterung über die freundlichen Ratschläge, die er der Staatsregierung über die Art ihrer Amtsführung gegeben hat, einzulassen. (Sehr gut. Bravo!). Ich habe die Ueberzeugung, daß er mit

Digitized by Google

dem, was er hier gesagt hat, doch ziemlich vereinzelt in diesem Hause steht (sehr richtig!), und will mich darauf beschränken, einige wenige Irrtümer, die er in Bezug auf thatsächliche Verhältnisse vorgebracht hat, klar zu legen. Er sagt: es wären bei Beginn der jetzigen Session Zwangsmittel unter Berufung auf den königlichen Namen angewandt worden, und schien anzudeuten, daß dieser Zwang von der Staatsregierung ausgegangen wäre. Ich kann diese Erklärung abgeben, daß weder ich, noch einer meiner Kollegen aus dem Staatsministerium jemals, so lange diese Sitzung dauert, solche Zwangsmittel ernstlich erwogen, noch viel weniger je darüber gesprochen, oder gar den Versuch gemacht haben, sie zur Anwendung zu bringen. Der Herr Graf hat daraus, daß der Herr Minister Herrfurth einmal gesagt haben soll, er stehe oder falle mit diesem Gesetze, den Schluß gezogen, der Minister habe Politik auf eigene Faust gemacht und angeführt, ein Minister dürfe das nicht. Ich kann anführen, daß der Herr Minister Herrfurth während der ganzen Session keine Politik auf eigene Faust gemacht hat, sondern daß die Vorlegung des Gesetzes, welches er eingebracht hat, im Ganzen durch das Staatsministerium geschehen ist, daß das Staatsministerium die Verantwortlichkeit dafür auf sich genommen hat und daß bei jeder ernsteren, wichtigeren auftauchenden neuen Frage allemal wieder das Staatsministerium zusammengetreten ist und sich schlüssig gemacht hat. Ich kann den Herrn Grafen Hohenthal dann noch weiter beruhigen, daß, wenn es aus diesem Anlasse zu einem Falle des Ministers des Innern gekommen wäre, die Konsequenz gewesen wäre, daß der Fall noch auf weitere Mitglieder des Staatministeriums sich erstreckt hätte.

Der Herr Graf Hohenthal hat dann gesagt, es wäre eine der ersten Pflichten eines Ministers des Innern, über die Stabilität der Politik im Ganzen zu wachen. Er wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich die Ausübung dieser Pflicht für mich in Anspruch nehme. (Heiterkeit. Bravo!) Der Herr Graf hat endlich der Justizverwaltung den Vorwurf gemacht, daß sie entweder nicht mit der nötigen Energie oder Einsicht gegen diejenigen Preßausschreitungen vorgehe, über die er sich beklagte. Ich gebe dem Herrn Grafen vollkommen zu, daß die Presse täglich eine Menge Dinge zu Tage fördert, die viel besser ungedruckt blieben. Ich beziehe das nicht allein auf die Presse, die er zitiert hat, sondern auch auf einen Teil derjenigen Presse, die von

Digitized by Google

weiterher inspiriert wird, von einer Gegend, zu der er vielleicht nähere Beziehungen hat, als ich sie habe. (Heiterkeit. Sehr gut!) Die Justizverwaltung thut durchaus ihre Schuldigkeit und führt die bestehenden Gesetze aus. Wir bedauern oft sehr, daß diese bestehenden Gesetze nicht genügen, einzuschreiten, und ich möchte dem Herrn Grafen Hohenthal anheimstellen, sich mit einer Novelle zum Preßgesetz zu beschäftigen, (Heiterkeit) wenn er glaubt, daß auf diesem Wege eine Aenderung der Zustände herbeizuführen ist." (Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Herr Freiherr von Manteuffel-Krossen hat das Wort.

Freiherr von Manteuffel-Krossen: „Meine Herren, ich habe nur eine ganz kurze Erklärung namens meiner politischen Freunde abzugeben, nämlich eine Erklärung dahin, daß Herr Graf Hohenthal in seinem eigenen Namen, und nicht im Namen der konservativen Partei dieses Hauses gesprochen hat." (Bravo!)

Präsident: Herr Graf von der Schulenburg-Beetzendorf hat das Wort.

Graf von der Schulenburg-Beetzendorf:

„Meine Herren, ich glaube, ich habe noch niemals in der Generaldiskussion zum Etat das Wort ergriffen und zwar deshalb nicht, weil sich bestimmte Anträge an eine hier zum Etat gehaltene Rede nicht knüpfen lassen und weil ich mir bewußt bin, die Materie nicht vollkommen zu beherrschen. Im vorliegenden Falle nötigen mich die Aeußerungen des Herrn Grafen von Hohenthal, einige Worte zu sagen. Herr Graf von Hohenthal hat einen so großen Wechsel auf die Urbanität des Hauses gezogen, daß ich fürchte, ihm mitteilen zu müssen, daß derselbe ein anderes Mal nicht würde honoriert werden. (Bravo!) Herr Graf Hohenthal scheint mir Unabhängigkeit mit Ueberhebung zu verwechseln, denn sonst würde er nicht dazu gelangen können, eine solche Kritik an einer ganzen Reihe von Staatsministern vorzunehmen. Er hat davon gesprochen, daß man die Ehrfurcht gegen die Allerhöchste Person, gegen Se. Majestät den König, nicht außer Acht lassen dürfe — er sollte sich doch vor allem daran erinnern, daß die Ehrfurcht vor dem Thron auch sich dahin erstreckt, daß man den höchsten Dienern, welche Se. Majestät aus eigener Entschließung auf diesen hohen Posten gestellt hat, mit der nötigen Ehrfurcht entgegenkommt.

Digitized by Google

Im übrigen aber muß ich ein solches Verfahren um so mehr verurteilen, als wir von den anderen oppositionellen Parteien ein derartiges Thun und derartige Angriffe gewohnt sind, stets so stark zurückzuweisen, und ich kann, so lange Herr Graf Hohenthal ein Glied unserer Partei ist, dies nicht ungesagt lassen und ich will es hiermit gethan haben." (Lebhaftes Bravo.)

Graf Hohenthal mag sich in Bezug auf einige thatsächliche Vorgänge geirrt haben. Wenn der Glaube in weiten Kreisen hat entstehen können, daß der Minister des Innern auf eigene Faust Politik getrieben habe, so führen wir dafür die „Post" an, welche zu der Debatte vom 18. Juni bemerkte, es sei die Erklärung des Ministerpräsidenten von weittragender Bedeutung, daß er es für eine besondere Aufgabe ansehe, die Einheit und Stetigkeit der politischen Richtung der Regierung zu wahren. Es sei dies in der That bei der kollegialen Organisation des preußischen Staatsministeriums und der selbständigen Verantwortlichkeit der einzelnen Minister für ihr Ressort eine der Hauptaufgaben des Ministerpräsidenten. Es wäre nach der Antrittsrede des Herrn von Caprivi im Abgeordnetenhause mehrfach die Auffassung hervorgetreten, als ob er sich mit einer mehr formalen Leitung des Staatsministeriums begnüge und den einzelnen Ressortchefs eine mit der politischen Einheitlichkeit der Staatsregierung nicht wohl vereinbare Bewegungsfreiheit lassen wolle. Hier wurde also die Annahme, daß Herr v. Caprivi sich mit der formalen Leitung des Staatsministeriums begnüge, als eine allgemeine bezeichnet, und Graf Hohenthal vollauf wegen seines Irrtums entschuldigt. Die „Post" sagte ausdrücklich, daß bis in die letzten Tage im weiten Kreisen Anschauungen, wie sie Graf Hohenthal aussprach, verbreitet waren.

Graf Hohenthal hat aber ein größeres Vergehen begangen. Er hat im preußischen Herrenhause es gewagt, von Stabilität der Gesetzgebung zu sprechen, und das hat ihm vom Ministertische eine ironische Replik zugezogen. Die schlimmste Abfertigung aber brachte ihm das Eintreten für den Schutz der Krone gegen das persönliche Hineinzerren seitens der Presse in die Debatte ein. Denn Graf Hohenthal, der gut royalistisch den Justizminister auf die Gefahr solches Preßtreibens aufmerksam machte,

Digitized by Google

stellte der Ministerpräsident die Beschäftigung mit einer Novelle zum Preßgesetz gegen die behaupteten Ausschreitungen, welche der Staatsanwalt nicht fassen könne, anheim, wies dann seinerseits darauf hin, daß in der Presse andere Dinge vorkämen, die besser unterblieben, in einem Teile derjenigen Presse, die von weiterher inspiriert wird, von einer Gegend, zu der Graf Hohenthal vielleicht nähere Beziehungen habe, als der Ministerpräsident. Wie Graf Hohenthal diese Bemerkung aufgefaßt, ergab sich aus seiner Erwiderung: „Wenn er den Mut der Dankbarkeit und Verehrung auch äußerlich bekunde, so könne ihm dies nur zur Ehre gereichen."

Allerdings hatte Graf Hohenthal nähere Beziehungen zu Friedrichsruh als der Ministerpräsident. Die Gemahlin des Grafen von Hohenthal war eine Freundin der Fürstin Bismarck und besuchte dieselbe zuweilen. Einmal hatte sie sogar sich von ihrem Herrn Gemahl begleiten lassen, was natürlich die Kundschafter des Herrn von Caprivi aus der Umgebung von Friedrichsruh nach Berlin meldeten. Nun stand Graf von Hohenthal schon längst bei Herrn von Caprivi im schwarzen Buche. Derselbe hatte sich im Herrenhause bereits am 7. Mai 1890 bemerkbar gemacht. Als das Hohe Haus in die Beratung des Etats eintrat, bemerkte der Referent von Pfuel: „Da ich die Ehre habe, als erster das Wort zu erhalten, nach den eben gehörten Worten des Herrn Reichskanzlers und Ministerpräsidenten, so kann ich nur gewiß in Aller Namen dem Gefühl Ausdruck geben, daß er unsere Stimmung, unseren patriotischen Sinn, unsere Liebe zu Kaiser und Reich richtig erkannt hat, und daß diese Worte wieder ein Antrieb sein werden, daß wir in derselben Richtung und demselben Patriotismus, wie bisher, weiter arbeiten und ihn unterstützen werden." Redner schilderte hierauf die preußische Finanzlage als eine besonders günstige, was der vom Fürsten Bismarck inaugurierten Wirtschaftspolitik zu verdanken sei, und fuhr dann fort:

„Fürst Bismarck ist aus seinem Amte geschieden; wir danken ihm für alles, was er in seinem mühevollen Leben für unser geliebtes Preußen in aufopfernder Arbeit,

Digitized by Google

treuer Vaterlandsliebe für Kaiser und Reich, gethan hat. Wer könnte sich, trotz widersprechender Ansichten, trotz der erregten Parteileidenschaften, der Ueberzeugung verschließen, daß wir die jetzige Machtstellung Deutschlands und in demselben Preußens, des größten und wichtigsten Reiches in demselben, zunächst dem hochseligen, unvergeßlichen Kaiser Wilhelm I. verdanken, dann aber in hervorragendster Weise seinem ersten langjährigen Kanzler und Minister. Worte, so knapp bemessen, wie sie hier sein müssen, können nicht die Tragweite seiner Thaten schildern, die Thaten reden für sich selbst. (Beifall.) Fand nicht in den letzten Tagen des Hierseins des Fürsten Bismarck die volkstümliche Kundgebung der Dankbarkeit und Bewunderung statt, und da sollten wir schweigen, wir, die wir die Ueberzeugung und den Vorzug haben, ihn hier zu den Unseren zu rechnen? (Beifall.) Nein, meine Herren, lassen Sie mich hier in Ihrer aller Sinn es aussprechen, daß hier die Bewunderung und Dankbarkeit unter den Lebenden nur mit unserem Scheiden enden, in diesem hohen Hause nie aufhören wird. (Beifall.) Möchte es uns vergönnt sein, hier sein Bild in irgend einer Weise zu haben, uns ein Vorbild von Patriotismus, Treue und Arbeitsamkeit, das würde uns aufmuntern, in gleicher Weise in seinem Sinne fortzuarbeiten. Und doch, meine Herren, wenn die ermüdete Hand das Steuerruder nach fast dreißigjähriger treuer Arbeit hat niederlegen müssen, so ist das Staatsschiff, dessen sicherer Kurs von unserem jungen erhabenen Kaiser geleitet wird, doch wieder in eine jüngere, aber ebenso kräftige Hand gelegt worden. Vertrauen wir, daß die Zukunft unseres geliebten Preußens eine gesegnete und ruhmreiche unter dieser Führung bleiben wird."

Graf Hohenthal sprach über diese Anerkennung des großen Staatsmannes seine Freude und Genugthuung aus. Dadurch habe das Herrenhaus einen Vorsprung vor dem Abgeordnetenhause gewonnen. Die Worte des Referenten hätten seinem Herzen wohlgethan, und er glaube im Sinne aller zu sprechen, wenn er das hier konstatiere und die Hoffnung ausspreche, daß hier Bismarcks Bild angebracht werde. Sein Vorbild in Patriotismus und Arbeitsamkeit werde das Haus aufmuntern, in gleichem Sinne fortzufahren. Eine neue Aera habe jetzt begonnen, daran sei kein Zweifel, und da

Digitized by Google

müsse auch das Herrenhaus seine Kräfte anspannen, indem es auch seinerseits eine freimütige Kritik an die Ereignisse lege.

Es war das dieselbe Sitzung, in der Herr von Caprivi sich zum ersten Male dem Herrenhause vorstellte. Das Hohe Haus empfing ihn auf seine Ansprache mit einer Huldigung für den Fürsten Bismarck, nach welcher Herr von Caprivi sich sofort wieder entfernte. Der Graf Hohenthal hatte schon damals des Kanzlers Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, und gerade derselbe wurde ihm einige Tage darauf als anwesend in Friedrichsruh bei Bismarck gemeldet. Daher die Anspielung vom 18. Juni im Herrenhause, in jener famosen Sitzung, wo Herr von Caprivi für sich und seine Kollegen den Anspruch auf „Ehrfurcht" durch den Mund des Grafen Schulenburg proklamieren ließ. Herr Richter und seine Partei hatten von ihrem Standpunkt aus Recht, als sie die Ausfälle des Grafen Hohenthal gegen die Preßfreiheit als denunziatorisch, als reaktionswütig, bekämpften oder sich darüber lustig machten, wenn sie auch dabei ihren alten Grundsatz „der König gehört nicht in die Debatte" Preis gaben. Die Konservativen des Herrenhauses aber konnten das enfant terrible ihrer Partei des Hyperroyalismus, d. h. einer zu großen Skrupulosität in Bezug auf den Schutz der Krone gegen Preßtreibereien, bezichtigen. Aber diesen Schutz ironisch zu behandeln, wie sie es thaten, das war eine Verleugnung und Preisgabe der konservativen Sache, wie sie im Herrenhause noch nicht dagewesen ist.

Durch die vom Herrenhause beklatschte Erklärung des Grafen Schulenburg ist ein ganz neuer Begriff in unser Verfassungsleben eingeführt worden. Die Minister haben als die ausgewählten Werkzeuge des Königs denselben Anspruch auf Ehrfurcht, wie der Monarch, sie sind gleich ihm unverletzlich, und ein Angriff auf sie ist ein Angriff auf die Krone. „Ehrfurcht" wird in der Ethik definiert als der höchste Grad der Achtung, verbunden mit dem Gefühle der eigenen Kleinheit und Unwichtigkeit. Durch die neue konstitutionelle Doktrin des Grafen Schulenburg-Beetzendorf, die, wie die sofort im Herrenhause erfolgenden Zustimmungen und die feierlichen Los-

Digitized by Google

sagungen vom Grafen von Hohenthal bewiesen, in den modernen Kanon des Staatsrechts aufgenommen worden, ist den Herren Parlamentariern ihre künftige Rolle in Preußen und Deutschland ein für allemal vorgezeichnet, sie haben sich im Gefühle ihrer „Kleinheit" und „Unwichtigkeit" den Ministern gegenüber jeder Kritik zu begeben, wie sie der Graf von Hohenthal, in alten Anschauungen befangen, sich erlauben zu dürfen glaubte. Wir haben großen Personenwechsel in der neuen Aera erfahren, aber noch größere Begriffswechsel.

Eine interessante Episode vollzog sich bei dem Schlusse der Landtagssession im Weißen Saale. Vor Beginn der Feierlichkeit ersuchte der Staatsminister von Bötticher das Mitglied des Herrenhauses, Grafen Schulenburg-Beetzendorf, der vor Jahren als Major aus der Armee ausgeschieden ist, sich so zu plazieren, daß der König bei Verlassen des Weißen Saales Gelegenheit habe, ihn anzureden. Graf Schulenburg kam dieser Aufforderung nach und wurde thatsächlich, als die Feierlichkeit beendet war, und der König sich anschickte, den Weißen Saal zu verlassen, von Sr. Majestät angesprochen. Der Monarch beglückwünschte ihn zu seiner Rede im Herrenhause und sagte, der Graf habe „wie ein echter pommerscher Edelmann gesprochen"; gleichzeitig eröffnete er dem Grafen Schulenburg, daß er ihn zum Oberstleutnant ernannt habe.

Was der huldvollen Auszeichnung, welche dem Grafen Schulenburg zu Theil geworden, eine besondere Bedeutung verleiht, sind die Umstände, unter denen sie erfolgt ist. Für parlamentarische Aktionen sind bisher wohl noch nie militärische Auszeichnungen verliehen worden. Die Rede des Grafen Schulenburg, die, wie der Kaiser betonte, klärend gewirkt habe, war gegen den Grafen Hohenthal gerichtet. Sie hatte diesen daran erinnert, daß die Ehrerbietung vor dem Monarchen sich auch darin äußern müsse, daß man den von ihm bestellten höchsten Dienern mit der gehörigen Achtung entgegenkomme. Graf Hohenthal schien in der That auf die Erfüllung dieser Pflicht nicht so viel Gewicht zu legen, wie auf die Erfüllung der Pflicht der Dankbarkeit gegen den früheren leitenden Staatsmann.

Digitized by Google

Die vom Fürsten Bismarck anfangs gesuchten guten Beziehungen zum neuen Reichskanzler sind nicht von Friedrichsruh aus unhaltbar gemacht worden. Wie Graf Caprivi öffentlich in parlamentarischen Versammlungen auf Friedrichsruh in ganz freundlichem Sinne anspielte, so verlas er bei anderer Gelegenheit Marginalien seines Vorgängers, die ohne gleichzeitige Bekanntgabe der Aktenstücke, auf die sie sich bezogen, zu falschen Schlüssen veranlassen konnten.

Die „Hamb. Nachr." erhielten im April 1890, also sehr bald nach dem Kanzlerwechsel, den Auftrag, die Behauptung der freisinnigen Presse, „Fürst Bismarck lasse den neuen Reichskanzler durch die „Hamburger Nachrichten" Schwierigkeiten bereiten", als unwahr zurückzuweisen, und sie fügten damals wörtlich hinzu: „Dem gegenüber konstatieren wir, daß uns Fürst Bismarck vielmehr den Wunsch ausgedrückt hat, Herr von Caprivi, den er wegen seiner persönlichen Eigenschaften hoch schätze, möge seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Lage entsprechend mit Rücksicht behandelt werden. Er, der Fürst, sei mit Herrn von Caprivi befreundet und wünsche es zu bleiben." Eine Korrektur dieser Auffassung und Stimmung des Fürsten Bismarck trat erst ein, als die ganze offiziöse Presse des Herrn von Caprivi konsequent das Bemühen zeigte, alle ihr entstehenden Unbequemlichkeiten auf die Zeit des früheren Reichskanzlers abzuladen und die Führung der Politik unter Kaiser Wilhelm I. als möglichst ungeschickt und erfolglos darzustellen, um ihr gegenüber die des neuen Kurses in ein günstiges Licht zu setzen. Dies geschah, obwohl bei Beginn eben dieses neuen Kurses amtlich, und sogar von höchster Stelle aus, erklärt worden war, daß der neue Kurs nur die Fortsetzung des alten sein würde, also der Politik, an der der erste Reichskanzler länger als ein Menschenalter mit Erfolg gearbeitet hatte. Wenn diese Behauptung der Fortsetzung ehrlich gemeint war, hätte man doch erwarten sollen, daß die offiziöse Presse des neuen Kurses gegen Verunglimpfungen des Fürsten Bismarck, der die Grundlagen der gesamten Politik geschaffen hat, verteidigend auftreten werde und daß sie das Gefühl einer Zusammengehörigkeit mit dem Leiter der

Digitized by Google

Politik haben werde, als deren Fortsetzung sie die eigene angesehen haben wollte. „Wenn wir", sagten die „Hamb. Nachr." „aus Sympathie für den ersten Kanzler dessen Verteidigung gegen die offiziösen Angriffe, denen er unter seinem Nachfolger ausgesetzt war, übernommen haben, so ist uns dabei stets die Aufgabe zugewiesen worden, in der Defensive zu bleiben, und Angriffe abzuwehren, die unter dem zweiten Kanzler in dessen offiziöser Presse und den ihr affiliierten Organen auf die Leistungen des ersten Kanzlers veröffentlicht wurden. Das neue Kanzlertum übernahm eben sehr rasch anstatt der Fortsetzung des alten Kurses die entgegengesetzten Auffassungen der Feinde desselben, die diesen alten Kurs seit Jahrzehnten auf das Heftigste und zum Teil mit Erfolg bekämpft hatten, seit ein Teil der Nationalliberalen und der gesamte Freisinn von der Regierung abgeschwenkt und bei vielen prinzipiell wichtigen Abstimmungen mit dem Zentrum zusammen eine Majorität gegen den ersten Reichskanzler gebildet hatten. Wir haben neuerdings in feindlichen Artikeln oft das Wort zitiert gesehen: „Wir laufen Niemandem nach." Von der Caprivischen Richtung konnte man eher das Gegenteil sagen: „Wir laufen jedermann nach und suchen die Gegner nicht zu bekämpfen, sondern durch Konzessionen zu gewinnen."

Wenn man die einzelnen Konzessionen durchgeht, die unter Caprivi auch den unversöhnlichsten Gegnern des Deutschen Reiches gemacht worden sind, so wird man diesen Vorwurf berechtigt finden.

Digitized by Google

XVI.

Berlin und Friedrichsruh.

Als Fürst Bismarck am 20. März 1890 entlassen wurde, war das Abgeordnetenhaus zusammen. Der Präsident von Köller teilte die Thatsache kurz und trocken mit, ohne daß ein Wort des Abschiedes, der Anerkennung zu Ehren des Mannes erklang, der 28 Jahre lang an der Spitze der preußischen Regierung gestanden und so Großes geleistet hatte. Zehn Tage darauf wurde Bismarck 75 Jahre alt. Ein Jubel ging durch Land und Reich. Ueber 3000 Telegramme und Schreiben liefen in Friedrichsruh ein. Aus allen Ländern Europas und darüber hinaus kamen Kundgebungen der Verehrung. Von vielen Bundesfürsten trafen Glückwünsche ein, der Hausminister von Wedell brachte persönlich die Wünsche des Kaisers dar, General von Leszczynski die des 9. Armeekorps. Das Geschenk des Kaisers bestand in seinem lebensgroßen Bilde und einer wertvollen Pfeife. Der Fürst erließ ein öffentliches Dankschreiben. Mit freudiger Befriedigung vernahm Deutschland, daß Kaiser Wilhelm seinem alten Kanzler zu Weihnachten ein Album von Aufnahmen aus den dem letzteren so vertrauten Zimmern des Palais Kaiser Wilhelms I., namentlich Darstellungen aus dem Vortrags-, Arbeits- und Bibliothekzimmer des alten Kaisers, welche ja alle noch in dem alten Zustand erhalten sind, habe übersenden lassen und daß er den Dank des Fürsten mit einem huldvollen telegraphischen Glückwunsch zum neuen Jahre beantwortet habe.

Digitized by Google

Im folgenden Jahre gab es in Friedrichsruh Tausende von Telegrammen und Briefen, hunderte von Geschenken, darunter ein mehrere Centner schweres Tafelservice, ein Faß Wein mit prächtigem Pokal aus Neustadt in der Pfalz. Ein Sonderzug nach dem andern langte mit immer neuen Gästen in Friedrichsruh an, sie stellten sich mit ihren Musikchören in der Nähe des Schlosses auf. Es erschien auch die Musikkapelle des Lauenburgischen Bataillons aus Ratzeburg. Beim Festessen brachte der Fürst den Trinkspruch auf den Kaiser aus, — der zum ersten Male keinen Glückwunsch hatte laut werden lassen. Die „Münchener Allg. Ztg." schrieb damals: „Man hat uns glaubhaft versichert, der Kaiser habe dem Fürsten Bismarck zu seinem letzten Geburtstage einen Glückwunsch senden wollen; dieser Akt, der von der ganzen Nation hoch aufgenommen worden wäre, sei jedoch auf einen Rat unterblieben, welchem der Kaiser folgen zu müssen geglaubt habe. — Ein solcher Ratschlag wäre auf das Tiefste zu bedauern, weil er sich im Widerspruch zu dem Denken und Empfinden der Nation, und somit zu dem Interesse der Krone befände. Wir glauben im Gegenteil, daß es die Aufgabe der höchsten verantwortlichen Ratgeber der Krone sein sollte, dem Kaiser einen solchen Schritt auf jede Weise zu erleichtern und dem Enkel Kaiser Wilhelms I. damit den Glanz einer wahrhaften Popularität zu verleihen." Dasselbe Blatt fügte hinzu: „Zum ersten Male seit 1863 hat Fürst Bismarck seinen Geburtstag ohne den warmen Glückwunsch seines Souveräns begangen. Die lapidaren Worte, mit welchen Kaiser Wilhelm I. dem Fürsten zum 70. Geburtstag den unauslöschlichen Dank des preußischen Königshauses und des Deutschen Volkes darbrachte, Worte, welche in dem Trinkspruch des Kronprinzen Wilhelm am 1. April 1888 und noch in dem Abschiedserlaß vom 20. März v. J. wiederklangen, bedürfen allerdings keiner alljährlichen Wiederholung. Der Tageschronik erübrigt die Pflicht, die Thatsache zu verzeichnen, die Würdigung verbleibt der Geschichte."

Der Kaiser schwieg auch noch 1892 und 1893. Aber im Jahre 1891 nahm bereits das Verlangen der Deutschen Nation

Digitized by Google

nach einer Aussöhnung des Kaisers mit dem Verbannten in Friedrichsruh einen leidenschaftlicheren Charakter an. Wer es damals miterlebte, daß Herr Windthorst, der bis an sein Ende der überzeugteste Gegner der durch die Ereignisse von 1866 und 1870 geschaffenen Ordnung in Deutschland geblieben ist, bei seinem Tode fast mit den Ehren eines Nationalhelden umgeben worden, der konnte sich schwer mit dem Gedanken aussöhnen, daß unser Kaiser die Hand, welche das Reich aufgerichtet und in 20 Jahren wetterfest ausgebaut hat, nicht wieder ergreifen sollte. Jedenfalls mußte derjenige, welcher dem Kaiser einen Rat im Sinne der Aussöhnung erteilte und die geeignete Form für die söhnung fände, sich ein großes und dankenswertes Verdienst Ausum Deutschland erwerben. Für den Feldmarschall Moltke wurde bei seinem Abschiede aus dem aktiven Dienste die Form gefunden, ihn dennoch dem letzteren zu erhalten, sowie sein Verbleiben in Berlin und in Fühlung mit den wichtigsten Angelegenheiten seines Ressorts und des Landes zu ermöglichen. Bei dem Fürsten Bismarck ist dieser Versuch nicht gemacht worden. Der erste Beamte des Reiches mußte binnen zwölf Tagen seine Wohnung aufgeben, und damit war für ihn die Möglichkeit des Verbleibens in Berlin ausgeschlossen. Der Kaiser schwieg zum Geburtstag des Altreichskanzlers auch noch 1892 und 1893. Widerstrebt eine Aussöhnung der Würde der Krone? So wurde in der Deutschen Nation überall gefragt. Man war der gegenteiligen Ansicht. Ein Zug zur Größe kann nie der Würde der Krone zuwider laufen, am allerwenigsten der Krone der Hohenzollern, die ohne den Fürsten Bismarck doch schwerlich auf der Höhe stehen würde, auf welcher sie noch heute steht. Was Kaiser Wilhelm I. so oft in rührendster Weise ausgesprochen, seinen und seines Hauses unauslöschlichen Dank, durfte der Enkel um politischer Meinungsverschiedenheiten willen nicht verleugnen. Es mußte die Aufgabe der höchsten verantwortlichen Ratgeber der Krone sein, dem Kaiser einen solchen Schritt auf jede Weise zu erleichtern und dem Enkel Kaiser Wilhelms I. damit den Glanz einer wahrhaften Popularität zu verleihen. Im Jahre 1891 war Kaiser Wilhelm II. in Amsterdam und besuchte das

Digitized by Google

Grab des Admirals Ruyter, entblößten Hauptes trat er zum Grabmal und legte einen großen Lorbeerkranz nieder, indem er zu seiner Umgebung sagte: „Ein Volk, das seine großen Toten so ehrt, ist kein kleines Volk."

In der deutschen Presse wurden die bittersten Glossen zu diesen Worten gemacht. Das Verlangen der Deutschen Nation nach einer Aussöhnung des Kaisers mit dem Verbannten in Friedrichsruh nahm, wie gesagt einen leidenschaftlichen Charakter an. Es wurde insbesondere der Wunsch laut, daß „bei den nicht wegzuleugnenden Gefahren, die Deutschland im Innern und von außen bedrohen," ein Weg gefunden werden möchte, um den vielerprobten Rat des gewaltigen Staatsmannes, der das neue Deutsche Reich geschaffen und es 20 Jahre lang auf der Höhe einer anerkannten Vormacht Europas erhalten hat, der Nation wieder zugute kommen zu lassen. Nun herrschte zwar die Ueberzeugung vor, daß eine Rückberufung des alten Kanzlers in sein Amt nicht nur „unwahrscheinlich", sondern „fast undenkbar" sei. Hiergegen konnte daran erinnert werden, daß in anderen großen Staaten eine Rückkehr zuvor entlassener oder freiwillig zurückgetretener Staatsmänner in ihre frühere Stellung durchaus nichts Ungewöhnliches sei: man denke nur an die beiden Pitts, an Peel, an Palmerston in England, an Guizot, Thiers u. a. in Frankreich! Freilich wird man sagen: „Das geschah unter dem System der sog. parlamentarischen Regierung, und diese haben wir weder in Preußen noch im Reiche."

Aber gerade die Geschichte Preußens zeigt uns in einer Zeit, wo noch der unbestrittenste Absolutismus herrschte, einen Vorgang, welcher beweist, wie recht wohl ein Monarch und sein Minister, nachdem sie wegen eines scharfen Gegensatzes in ihren Anschauungen sich getrennt, dennoch, wenn das Interesse des Vaterlandes es heischt, sich wieder zusammenfinden und gemeinsam zum Heile desselben wirken können. Der Freiherr von Stein, damals preußischer Finanzminister, hatte 1806 wiederholt in Denkschriften an den König auf eine größere Einheitlichkeit der Regierung durch Beseitigung des zwischen König und Ministerium sich eindrängenden sogenannten „ge-

Digitized by Google

heimen Kabinetts" gedrungen. Aber der König hatte dies beharrlich abgelehnt. Als nun zu Anfang des Jahres 1807 Stein das ihm angebotene Ministerium des Auswärtigen so lange nicht annehmen zu können erklärte, bis jene seine Forderung erfüllt sei, da nannte der König ihn in einem Erlasse einen „ungehorsamen, trotzigen Staatsdiener" und legte ihm damit den Rücktritt aus dem königlichen Dienst so nahe, daß Stein unverweilt um seine Entlassung bat, die er denn auch ebenso unverweilt erhielt. Nach dem Frieden von Tilsit machte sich aber in allen Kreisen, bis hinauf zu den höchsten, das Gefühl, daß in dieser Lage des Staates Stein unentbehrlich sei, dermaßen geltend, daß der König, seine Verstimmung gegen Stein vergessend und nur daran denkend, was dem Staate fromme, den in Ungnaden entlassenen Staatsmann durch den Minister von Hardenberg in den wohlwollendsten Ausdrücken zurückberufen ließ. Und Stein? Auch er vergaß die ihm widerfahrene Kränkung und stellte sich dem König ohne jeglichen Vorbehalt gänzlich zur Verfügung. „In einem solchen Augenblicke an seine Persönlichkeit denken, wäre sehr unmoralisch", schrieb er an Hardenberg in Antwort auf dessen Aufforderung. Es giebt wohl wenig Vorgänge in der preußischen Geschichte, welche den dabei Beteiligten so sehr zur Ehre und zum Verdienste gereichten, oder welche so schlagend den altpreußischen Geist der Hingebung an das Wohl des Ganzen bekundeten, wie dieser Akt der Selbstverleugnung auf Seiten des Monarchen sowohl wie des großen Staatsmannes. Die Frucht dieser beiderseitigen hochherzigen Selbstverleugnung hat der preußische Staat geerntet. Man wollte nicht den gegenwärtigen Zustand Preußens und Deutschlands mit dem Preußens nach dem Tilsiter Frieden vergleichen. Allein wenn, wie die „Schlesische Zeitung" sagte, „nicht wegzuleugnende Gefahren Deutschland bedrohen", wäre es da wohl gut, so sagte man, zu warten, bis diese Gefahren wirklich eintreten, statt ihnen vorzubeugen durch Nutzbarmachung des Rates eines Mannes, der in den Deutschland betreffenden Fragen der großen europäischen Politik noch niemals fehlgegangen ist?

Wenn eine solche Sprache ganz besonders im Jahre 1891

Digitized by Google

in der Deutschen Nation laut wurde, so schienen gerade in dieser Zeit sich verschiedene Umstände zu vereinen, um in Berlin die Neigung zur Aussöhnung abzuschwächen. Abgesehen von gewissen Ratgebern des Kaisers, die konsequent entgegenwirkten, waren es die fortgesetzten Interviews des Fürsten Bismarck, die den Monarchen in Irritation erhielten. Er hörte es ungern, wenn der Fürst einer Augsburger Abordnung sagte: „Eine Politik, welche uns die Getreidezölle nimmt, und dafür die Jesuiten giebt, verwerfen wir." Der Altreichskanzler sah sich genötigt, seine Beziehungen zu den „Hamb. Nachr." vor Mißdeutung zu sichern. Er habe, sagte er, nur einige thatsächliche Richtigstellungen darin veröffentlicht; alle anderen Nachrichten seien Redaktionsarbeit, wenn er auch nicht leugne, daß sie vorwiegend seinen Ansichten entsprechen. Es falle ihm nicht ein, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, zumal er am besten wisse, mit welchen offenen und geheimen Schwierigkeiten ohnehin jede Regierung zu kämpfen habe. Er wolle nur verhüten, daß ein zu weit gehender Idealismus ins Schlepptau eines gefährlichen Radikalismus gerate, um dann seine Herrschaft zu proklamieren. Daß die Vertreter der oben genannten Zeitung sich zuweilen in Friedrichsruh einfanden, war Thatsache; daß dieselben in allen politischen Artikeln auf die Ideen Bismarcks eingingen, war begreiflich; daß aber nicht alle politischen Artikel von Bismarck selbst verfaßt, oder auch nur inspiriert waren, braucht kaum erwähnt zu werden.

Ein Zwischenfall verstimmte den Kaiser ganz besonders. Am 19. März 1891 meldete der Reichsanzeiger: „Die durch einen Teil der Presse gehenden Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Staatsministers von Bötticher entbehren jeder Begründung." Woher stammten die Gerüchte? Es war plötzlich ein früherer Vorgang in der Familie des Herrn von Bötticher in der Presse mitgeteilt worden. Mit demselben wurde eine gesetzwidrige Verwendung des Welfenfonds in Verbindung gebracht. Zuerst schroff in Abrede gestellt, dann stark übertrieben, gewann die Sache schließlich ein solches Gesicht, daß sich der Kaiser vom Reichskanzler Herrn von Caprivi darüber Vortrag halten ließ. Nachdem dies geschehen, wurde

Digitized by Google

unter der Erklärung, daß dies eine authentische Darstellung sei, folgendes berichtet: Wie bekannt, war der Schwiegervater des Herrn von Bötticher vor etwa sechs Jahren in finanzielle Verlegenheiten geraten. Dieselben wurden von mehreren Freunden des Herrn von Bötticher durch ein seinem Schwiegervater direkt gemachtes Darlehn von etwa 350 000 Mk. beseitigt. Obgleich an dieser Transaktion nicht unmittelbar beteiligt, hat Herr von Bötticher, wie bestimmt versichert wird, dennoch sofort dem Fürsten Bismarck von der Sachlage Mitteilung gemacht und sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. Der damalige Reichskanzler hat hiervon auf Wunsch des Herrn von Bötticher dem Kaiser Wilhelm I. ebenfalls Mitteilung gemacht, der sich, wie auch Fürst Bismarck in den ehrendsten Ausdrücken für Herrn von Bötticher und sein Verbleiben im Amt ausgesprochen hat und nach einiger Zeit die bezügliche Summe zur Rückzahlung an die Darleiher demselben durch einen höheren Beamten behändigen ließ. Diese Rückzahlung ist sofort erfolgt. Herr von Bötticher hat, wie bestimmt verlautet, diesen Vorgang lediglich als ein großmütiges Geschenk seines kaiserlichen Herrn und als eine Anerkennung seiner amtlichen Thätigkeit betrachtet, und um so mehr so betrachten können, als Kaiser Wilhelm I. in ähnlichen Fällen schon vielfach mit eigenen Mitteln eingetreten war. Der Welfenfonds soll Herrn von Bötticher gegenüber in dieser Sache niemals zur Sprache gekommen und überhaupt desjenigen Fonds, aus welchem das Geschenk entnommen worden, nie mit einem Wort zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Bötticher Erwähnung geschehen sein.

Als im Anfang des Jahres 1891 die Erinnerung an jenen Vorgang zuerst auftauchte, hieß es am Berliner Hofe: „Das ist Tell's Geschoß." Von Friedrichsruh her war allerdings die Erinnerung an den großen Dienst, den einst der Altreichskanzler der Familie des Herrn von Bötticher erwiesen, in die Oeffentlichkeit lanziert worden. Der Kaiser beeilte sich, den Minister seines unerschütterlichen Vertrauens zu versichern. Welchen Stachel die Enthüllung aus Friedrichsruh bei Herrn von Bötticher zurückließ, läßt sich denken. Schlimmer noch

Digitized by Google

war der Eindruck bei der Tochter seines Schwiegervaters. Sie hatte keine Ahnung von den Schulden ihres Vaters, noch von der Art der Tilgung derselben gehabt, auch die Enthüllung im Jahre 1891 blieb ihr zuerst verborgen, da alle Zeitungen, die davon sprachen, sorgfältig vor ihr in jenen Tagen verborgen wurden. Was sie nicht zu lesen bekam, ging ihr bald mündlich von lieben Freudinnen zu. Es gab eine peinliche häusliche Scene. Am nächsten Morgen fuhr der Kaiser bei Herrn von Bötticher vor. Seine Versicherungen brachten Trost und stifteten Frieden.

Aber die „Bosheit" der „Hamb. Nachr." wirkte nicht versöhnlich zwischen Berlin und Friedrichsruh. In demselben Jahre gab es einen seltsamen Klatsch in Berlin. Es wurde gesagt, in Friedrichsruh arbeite man an einem Komplott, um den Kaiser und Caprivi von einander zu trennen. Bald darauf hieß es, der Zweck des Bismarck'schen Feldzuges, die Entwurzelung seines Nachfolgers, sei total mißlungen. Es könne aber sein, daß der Kampf zu gelegener erscheinenden Zeit wieder aufgenommen werde, und es käme alsdann darauf an, ob geschicktere Mittel als das erste Mal gewählt würden. Graf Waldersee, der eben von Berlin nach Altona versetzt worden war, wurde bei der Gelegenheit als Mitwisser und Mitschuldiger Bismarcks genannt. Was bei der Erinnerung an den früheren starken Gegensatz zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Waldersee nicht wohl glaubhaft erschien, eine Interessengemeinschaft dieser beiden Männer, sollte Thatsache sein, oder, um es ganz korrekt auszudrücken, das galt hervorragenden Persönlichkeiten in Berlin als Thatsache. Graf Waldersee erklärte öffentlich, mit der Sache nichts zu thun zu haben. Derselbe hatte am 11. März 1891 von seinem neuen Wohnorte aus dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abgestattet. Für die Konjekturpolitiker war wohl selten ein so ergiebiger Stoff aufgetaucht, wie dieser Vorgang. Was ließ sich im Anschluß daran nicht alles über das Verhältnis des Kaisers zu dem Fürsten Bismarck, über die Zukunft des Grafen Waldersee, über den Sturz des Herrn v. Caprivi ꝛc. kombinieren! Besonders da die einfache Erklärung der Nach-

Digitized by Google

barschaft von Altona und Friedrichsruh vielen im Hinblick auf den Anlaß zum Ausscheiden des Generals von Lesczynski aus dem Dienst unzureichend erscheinen mußte. Dieser war seit dem Januar 1891 zur Disposition gestellt. In der Kabinettsordre an ihn war gesagt, er habe schon im Dezember den Wunsch zu erkennen gegeben, sich in den Ruhestand zurückzuziehen und dann am 31. Januar sein Abschiedsgesuch eingereicht. Daraus erklärte sich, daß der Kaiser schon am 27. Januar dem Grafen Waldersee das Kommando des IX. Korps anbieten konnte, obgleich das definitive Abschiedsgesuch des Generals v. Lesczynski erst vom 31. desselben Monats datiert war. Ueber die Gründe, welche Letzteren bestimmt haben, früher als ursprünglich in Aussicht genommen, den Abschied nachzusuchen, hörte man, daß das infolge eines Schriftwechsels über ein kleines Diner geschehen sei, zu welchem Fürst Bismarck mit der Fürstin und Graf Herbert eingeladen waren, in Erwiderung der von der Familie von Lesczynski in Friedrichsruh genossenen Gastfreundschaft. Dieses am 9. Januar in Altona stattgehabte Familiendiner scheine als eine Demonstration aufgefaßt worden zu sein. Die Erörterungen darüber hätten den General offenbar zur Beschleunigung seines Abschiedsgesuches bestimmt. Dasselbe folgte wenigstens unmittelbar dem betreffenden Schriftwechsel. Von anderer Seite wurde geleugnet, daß an der Thatsache, daß General v. Lesczynski den Generaloberſten und früheren Reichskanzler Fürsten Bismarck als Gast bei sich sah, Anstoß genommen worden, vielmehr dies daran geschehen sei, daß der General in großer Uniform den Fürsten vom Bahnhof abholte. Der kommandirende General ist bekanntlich als Vertreter des Kaisers in der Provinz anzusehen, und die „Demonstration" würde also in der feierlichen Abholung eines „Privatmannes" bestanden haben. Es war auch nicht ein kleines Mahl, sondern eine Soirée, die Herr v. Lesczynski in seiner Eigenschaft als kommandierender General gab. In Cuxhaven soll dann hierüber eine Bemerkung gefallen sein, die diesen veranlaßte, sein Abschiedsgesuch zu beschleunigen.

Digitized by Google

An den Besuch des Grafen Waldersee in Friedrichsruh knüpften sich entgegengesetzte Gerüchte. Die Einen witterten, wie gesagt, eine Intrigue, die Anderen sahen darin einen Versöhnungsversuch zwischen Berlin und Friedrichsruh. Nun das war richtig, daß Waldersee angesichts der Mißwirtschaft Caprivis sich innerlich anders stellte, als ehedem. Er dachte an den eben erwähnten Vorgang in Preußens Geschichte, aber nichts lag ihm ferner, als in diesem Sinne zu agitieren. Er hielt sich überhaupt politisch zurück, obwohl seine großen diplomatischen Anlagen, sein Ehrgeiz und seine Energie ihn entschieden zu einer maßgebenden politischen Rolle befähigen. Wie er es als unmöglich erkannte, den Fürsten Bismarck zurückzuführen, so dachte er auch nicht daran, sich selbst an die Stelle Caprivis zu setzen, etwa mit Graf Herbert Bismarck neben sich, eine Intrigue, die ihm damals zugeschrieben wurde. Der Fürst nahm Gelegenheit, einem Interviewer gegenüber diese Konstellation „Waldersee — Herbert Bismarck" entschieden zu bestreiten. „Es hieß erst" — so sagte er — „mein Sohn wolle Botschafter werden, in London, glaube ich, als ob er sich danach sehnen könnte, von einem Troupier (Caprivi) oder von einem Staatsanwalt (v. Marschall) Instruktionen zu erhalten über englische Verhältnisse, die er doch viel besser, als diese Herren kennt. Und nun heißt es wieder, er wolle mit aller Gewalt Minister werden, und hätte eine fürchterliche Intrigue gesponnen, um ein Kompagniegeschäft Waldersee-Herbert in der Wilhelmstraße zu etablieren. Ich weiß nicht, wie weit der politische Ehrgeiz des Grafen Waldersee geht, ich halte ihn für fähiger und geschickter, wie die jetzigen Herren, die ja auch nicht böswillig sind, aber oft eine subalterne Auffassung, eine Unteroffizier-Auffassung von ihrem Amte haben. Mein Sohn ist kein Stellenjäger; er ist das verwöhnte Kind einer erfolgreichen Politik, und ich wüßte nicht, was ihn heute nach Berlin locken sollte. Man hat sich im März 1890 Mühe genug gegeben, ihn im Amte zu halten; auch an mich trat die Bitte heran, ich möchte in dieser Richtung hin meinen Einfluß anwenden, aber ich habe mit Octavio geantwortet: „Mein Sohn ist mündig."

Digitized by Google

Aus dem antibismarckschen Lager wurde dagegen bemerkt, der Fürst wisse selbst, daß er nicht mehr der Bürde eines Amtes gewachsen sei. Aber er hoffe auf einen Botschafterposten für seinen Sohn, oder ein Ministerium Herbert Bismarck. Wahrscheinlich auf das letztere, wenn das auch heftig bestritten werde. Den Sohn hielte der Vater, sonst ein so vorzüglicher Menschenkenner, trotzdem die Reichslokomotive, die Graf Herbert führte, so oft entgleiste und den Vater schädigte, für durchaus geeignet, an seine frühere Stelle zu treten. In dieser Beurteilung der Qualifikation des Grafen Herbert stimmten nicht viele Politiker mit ihm überein. Noch neuerdings habe eine dem Fürsten Bismarck wohlwollende Persönlichkeit bemerkt: „Meine volle Hochachtung dem Vater, aber der Sohn als sein Nachfolger im Amt würde immer an das Wort eines anderen Kanzlers erinnern, mit wie wenig Weisheit doch die Welt regiert wird." Richtig möge es ja sein, daß der Kaiser den Grafen Herbert im Amte zu behalten wünschte, aber niemals habe er ihm die leitende Stellung zugedacht, ebensowenig dem Grafen Waldersee, der, was mit voller Bestimmtheit gesagt werden könne, auch gar nicht das Reichskanzleramt begehre. Waldersee sei Soldat und wolle Soldat bleiben. Allerdings habe er als Chef des Generalstabes geglaubt, berechtigt zu sein, neben den Berichten, die dem Reichskanzler aus dem Ausland zuflossen, sich auch eigene Berichte liefern zu lassen, wodurch sich eine Kollision zwischen ihm und Caprivi ergab, welche seine Uebersiedlung von Berlin nach Altona zur Folge hatte. Dieses sei zuerst im „Berliner Tageblatt" mitgeteilt und die Veränderung des Wirkungskreises des Grafen Waldersee sei vor kurzem auch in einem Berliner Brief der „Frankfurter Zeitung" als der maßgebende anerkannt worden. Aber nicht politischer Ehrgeiz hätte den Grafen Waldersee geleitet, — solcher wäre ihm früher von dem argwöhnischen Fürsten Bismarck angedichtet, der in ihm einen der „kommenden Männer" sah und ihm deshalb die Lesefrüchte aus Clausewitz in der „Norddeutsch. Allgem. Ztg." auftischte — sondern das militärische Interesse. Waldersee habe in Altona respektvolle Nachbarschaft zu dem Gutsherrn

Digitized by Google

von Friedrichsruh gehalten, nichts mehr. Wenn der Fürst gehofft habe, ihn, als eine Figur in dem Kampf gegen Caprivi benutzen zu können, so habe er sich gründlich getäuscht, und die Verdächtigungen in der Bismarckpresse, daß man in Berlin noch immer an politische Aspirationen Waldersees glaube, wirken bei diesem nicht. Er und der Kaiser hätten sich über die Dinge und Personen längst Klarheit verschafft. Der Kaiser habe niemals an eine Rückberufung Bismarcks gedacht, allenfalls, aber durchaus nicht freudigen Herzens, wollte er, der das, was während der letzten Jahre geschehen ist, verzeihen, aber nicht aus dem Gedächtnis löschen könne, einmal in diesem Jahre die Hand zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen reichen. In offiziösen Kreisen bezweifle man, daß ein solcher Vorgang sich wiederholen werde und nehme die Gerüchte, die in dieser Hinsicht verbreitet werden, nicht ernst. Ein Offiziosus, der es wissen konnte, versicherte, der Eigensinn des Fürsten Bismarck habe das Scheitern des ersten Versuches zur Versöhnung zur Folge gehabt; der feste Sinn des Kaisers, der ganz und gar nicht daran denke, dem Fürsten irgendwie entgegenzukommen, werde einen zweiten Versuch dieser Art wohl nicht zulassen. Nicht der Kaiser habe dem Fürsten wehe gethan, sondern der Fürst habe den Kaiser oft gekränkt vor seiner Entlassung — namentlich bei der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz in Berlin, wo der Fürst der Hoheit der Majestät wiederholt durch boshafte Worte zu nahe trat — und nach der Entlassung. Die Bundesfürsten seien über das Treiben von Bismarck und seinen Leuten vollständig aufgeklärt, der Fürst habe viel von der Sympathie, die sie ihm bewahrt, verloren.

Das war, wie gesagt, eine Stimme aus dem antibismarckschen Lager. Auf anderer Seite hieß es, der Besuch Waldersees von Friedrichsruh hätte dem Zweck gedient, auf den Fürsten Bismarck im Sinne der Versöhnung mit der Regierung und dem Monarchen einzuwirken. In der Unterredung, welche ein Berichterstatter des „New-York-Herold" mit dem Grafen Waldersee hatte, erklärte letzterer alle Gerüchte, die über seinen Besuch in Friedrichsruh cirkulierten, für Lügen. Er habe, sagte er,

Digitized by Google

diesen Besuch gemacht, um dem Fürsten die Glückwünsche des Zaren zu bringen. Das sei alles. „Ich habe mit den angeblichen Intriguen zum Sturze des gegenwärtigen Kanzlers nicht mehr zu thun gehabt, als mit den Streitigkeiten dieses Staatsmannes und des Fürsten Bismarck." „Haben Ew. Excellenz jemals dem Fürsten Bismarck geraten, sich dem Kaiser zu nähern?" „Das ist auch ganz unrichtig," lautete die Antwort, „ich würde es nicht für am Platze gehalten haben, einem Manne, wie dem Fürsten Bismarck, irgend einen Rat in einer so ernsten Frage zu geben." „Ich bitte Sie ein für alle Mal," setzte er kühler werdend hinzu, und von der französischen zur deutschen Sprache übergehend, „nicht die Absurditäten zu glauben, welche böswillige Menschen zu veröffentlichen scheinen. Ich finde volle Befriedigung in meinem Berufe als Soldat und habe keinen größeren Ehrgeiz, als dem Posten Ehre zu machen, welchen mein Souverain mir anvertraut hat. Es ist infam, mich zu beschuldigen, daß ich den Streit zwischen den Kanzlern zu verbittern suche. Ich bin blos ein Zuschauer, aber ich weiß, daß es Leute giebt, welche ein Interesse daran haben, die Dinge im allgemeinen zu verwirren." Wer die Leute wären, wollte der Graf nicht sagen. „Was die sinnlosen Gerüchte anbetrifft," fuhr er fort, „welche hier und da in den Zeitungen auftauchen, so lache ich über dieselben."

Seit fast einem Jahre hatte jeder direkte Verkehr zwischen Kaiser Wilhelm und dem Einsiedler in Friedrichsruh und Varzin aufgehört. Dieser hatte in den ihm zur Verfügung stehenden Blättern an den Maßnahmen der Reichsregierung nicht selten eine recht herbe und scharfe Kritik geübt. Unter diesen Verhältnissen konnte man im Sommer 1891 seine Zweifel nicht zurückdrängen, wenn jetzt von verschiedenen Seiten gemeldet wurde, daß „in höchsten Kreisen eine Versöhnung oder wenigstens eine bedeutende Milderung der Gegensätze zwischen dem Kaiser und dem Fürsten in die Wege geleitet worden sei". Es wurde vermutet, daß die Entstehung dieser Nachricht auf die Begegnung des Fürsten Bismarck mit dem Prinzen Albrecht zurückzuführen sei und auf den Verkehr des ersteren mit dem Grafen Waldersee. Sowohl Prinz Albrecht wie Graf Waldersee befanden sich

Digitized by Google

während der damaligen Manöver im Gefolge des Kaisers, und da sei es allerdings möglich, daß in der Unterhaltung der hohen Herren auch des Fürsten Bismarck Erwähnung gethan worden sei.

Mit dem Prinzen Albrecht, dem größten Gönner des Fürsten Bismarck, traf dieser von Varzin aus zusammen. Am 2. September begrüßte auf dem Bahnhofe in Hammermühle Fürst Bismarck den zur militärischen Inspektion nach Stolp fahrenden Prinzen Albrecht von Preußen. Der Fürst kam in offenem Halbwagen ohne jede Begleitung und Bedienung, außer dem Kutscher, von Varzin nach Bahnhof Hammermühle. Der Fürst sah bleich, aber kräftig aus, nur schien ihm die militärische Haltung, welche der Fürst sich abzuzwingen schien, sichtliche Mühe zu machen. Auch an dem Gange des Fürsten machte sich das vorgerückte Alter bemerkbar. Nur das Auge hatte die Schärfe nicht eingebüßt. Bei Ankunft des Zuges entstieg der Prinz seinem Salonwagen, um den Fürsten zu begrüßen. Auf die Dankworte des ersteren, daß es sehr liebenswürdig vom Fürsten gewesen, hier zu erscheinen, erwiderte Fürst Bismarck: „Es ist nur meine Pflicht, Königliche Hoheit, meinen Durchlauchtigsten Herrenmeister zu begrüßen.“ Auf die Aeußerung Bismarcks: „Gestatten Königliche Hoheit, Ihnen zum heutigen vaterländischen Gedenktage zu gratulieren“, entgegnete der Prinz: „Ihnen doch mehr als mir Durchlaucht“! Fürst Bismarck äußerte, daß er bis Mitte oder Ende Oktober in Varzin verbleiben werde; er möchte gern länger hier verweilen, aber ihm fehle die Nähe der großen Stadt und ihre Annehmlichkeiten, die ihm in Friedrichsruh Hamburg zu bieten in der Lage sei.

In Berlin, welches der Fürst auf der Rückreise nach Friedrichsruh berührte, machte er unangenehme Erfahrungen. Dort verhinderte die Polizei die Huldigungen. Die Bevölkerung murrte. Man beklagte sich über das Schweigen der Presse zu dem Verhalten der Polizei. Ein Beschwerdeführer wandte sich an ein Berliner Blatt mit den Worten: „Ich habe Ihren Bericht über die Durchreise des Fürsten Bismarck am Sonnabend gelesen, aber vermißt habe ich — und mit mir sicherlich noch viele andere,

Digitized by Google

die sich am Sonnabend Abend auf dem Lehrter Bahnhof eingefunden — eine gebührende Kritik der Art und Weise, mit der das Publikum verhindert wurde, seinem größten Staatsmann seinen Willkommengruß zu bieten. In Ihrem Bericht ist zu lesen, daß die Polizei in den letzten Augenblicken die Sperrung nicht mehr habe aufrecht erhalten können. An dem Haupt-Durchgang, an welchem Schreiber dieses stand, gelang es nur einer kleinen Anzahl zuvorderst Stehender, sich durchzudrängen, worauf von der Polizei sofort die vorher geöffnet gewesene Thür geschlossen und die Sperrung bis nach der Abfahrt des Zuges durchgeführt wurde. Es herrschte denn auch allgemeinste Empörung und Aufregung im Publikum, und die verschiedenen Auslegungen, die das Einschreiten der Polizei erfahren, waren für die Stelle, von der die Ordre ausgegangen, nichts weniger als schmeichelhaft. Kein Wunder, daß einige Stimmen sich zu unüberlegt heftiger und für die Betreffenden selbst verhängnisvollen Kritik hinreißen ließen, die eben nur in der herrschenden Aufregung ihre Erklärung findet. Rücksicht auf den Fürsten Bismarck konnte doch wohl nicht der Grund der Maßregeln gewesen sein; es handelte sich doch nicht um einen Volksauflauf, sondern um gebildete Schichten des Volks, denen genügende Urteilsbefähigung zuzusprechen ist, um die Grenzen selbst zu finden, die derartigen Ovationen gesteckt sind, um nicht aufdringlich zu werden. Glaubt man denn auf diese Weise der Begeisterung für den Fürsten Bismarck Einhalt zu gebieten? Das Volk hat doch wohl ein Recht dazu, dem Manne, dem es soviel verdankt, und der so vielen schnöden Undank erfahren, seine Anhänglichkeit zu beweisen! Dem Volke ein solches Recht nehmen, wäre eine Vergewaltigung, gegen die sich alle Patrioten und die Presse voran wie ein Mann erheben müßten."

Gegen Ende des Monats Mai 1892 wurde wieder in Hof- wie in diplomatischen Kreisen ziemlich ernstlich von der Möglichkeit gesprochen, daß es demnächst zu einer Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck kommen werde. Immerhin fehlte es nicht an Stimmen, welche diese Möglichkeit unter Hinweis auf alles das, was seit dem Rücktritt des

Digitized by Google

Fürsten sich ereignet hatte, wenn auch nicht für ausgeschlossen, so doch für sehr unwahrscheinlich erklärten. Jedenfalls aber war es viel bemerkt worden, daß der Kaiser sich in den letzten Tagen wiederholt mit dem Kaiserlichen Gesandten in Haag, Grafen Rantzau, dem Schwiegersohne des Fürsten Bismarck, der aus Anlaß des Besuches der Königinnen der Niederlande zur Zeit in Berlin weilte, lange und angelegentlich unterhalten hatte. Wenn mancherseits auf die scharf kritische Beleuchtung des neuen Kurses in den „Hamb. Nachr." hingewiesen wurde, so war man in den dem Kaiser persönlich nahestehenden Kreisen der Meinung, der Monarch lege, wie auf Preßäußerungen überhaupt, so auch insbesondere auf die in den „Hamb. Nachr." in früherer und späterer Zeit erfolgten Kritiken erheblich geringeres Gewicht, als vielfach vermutet werde. Ueberdies aber sei es noch keineswegs ausgemacht, daß gerade die schärfsten Angriffe der „Hamb. Nachr." gegen die Politik der jetzigen Regierung auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen seien. In eingeweihten Kreisen wollte man wissen, daß eine Begegnung des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck, wenn nicht bereits gelegentlich der Kaiserfahrt nach oder von Kiel aus Anlaß des Besuches des Kaisers von Rußland am 7. Juni, dann zu Beginn der Nordlandsreise des Kaisers im Juli zu gewärtigen sei. Daß die Aussprache ganz unter vier Augen stattfinden würde, galt als selbstverständlich. Uebrigens konnte bei dieser Gelegenheit konstatiert werden, daß die Eröffnung der Aussicht zu einem Ausgleich selbst bis tief in die Sphäre der früheren politschen Gegner des Fürsten sympathisch berührte.

In einem Briefe vom Hofe aus dem Anfange des Monats Juni hieß es etwas abweichend davon: „In hiesigen Kreisen spricht man allen Ernstes von einer nahe bevorstehenden Begegnung des Deutschen Kaisers mit dem Fürsten Bismarck. Gelegentlich seines Jagdaufenthaltes in Prökelwitz soll der Kaiser sich geneigt gezeigt haben, sich mit dem Fürsten Bismarck auszusöhnen, wenn der Fürst erkläre, daß er die Haltung der „Hamburger Nachr." in Bezug ihrer Polemik gegen die Kaiserliche Regierung verleugne. Es wird für möglich gehalten, daß

Digitized by Google

bereits gelegentlich der Kaiserfahrt nach Kiel oder von dort zurück eine Begegnung des Kaisers und des Fürsten Bismarck unter vier Augen stattfinden werde. Einflußreiche Kreise sind bemüht, die Aussöhnung noch im letzten Augenblicke zu verhindern, weil sie sich wenig Ersprießliches davon versprechen. Indessen glaubt man insbesondere in mittelparteilichen Herrenhauskreisen, daß der Kaiser trotzdem fest bleiben und die Aussöhnung mit dem Fürsten Bismarck unter allen Umständen herbeiführen werde, falls nur der Fürst den ersten Schritt thue. Ob Prinz Heinrich bereits eine Sondierung vorgenommen, oder der Prinzregent von Braunschweig, der stets für die Aussöhnung war, in dieser Richtung thätig gewesen ist, scheint einstweilen noch zweifelhaft zu sein. Die Kaiserin gilt nicht als eine Freundin des Planes. Ebenso wenig dürfte der Minister-Präsident Graf Botho zu Eulenburg, der seit seinem Sturze als Minister des Innern im Jahre 1878 durch den Fürsten Bismarck, demselben begreiflicherweise wenig hold ist, dem Plane zuneigen. Graf Caprivi dagegen widerstrebt ihm nicht — noch weniger aber Graf Waldersee. — Eine eingehende Erörterung an die Eventualität einer Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem verabschiedeten großen Staatsmann zu knüpfen, erscheint in diesem Augenblicke müßig. Man braucht nicht so weit auszuschwärmen, an eine Wiederbeteiligung des Fürsten Bismarck an den Staatsgeschäften zu denken und wird die Möglichkeit persönlich freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Oberhaupt des Reiches und dessen Mitbegründer ohne weiteres mit großer Wärme begrüßen."

„Die Kaiserin gilt nicht als eine Freundin des Planes." Allerdings widerstrebte ihr der Gedanke, Graf H. Bismarck könne wieder in die Nähe des Kaisers kommen. Die Frage der Aussöhnung zwischen Berlin und Friedrichsruh, die die Blätter aller Parteien so lebhaft beschäftigte, erfuhr nun auch in den „Hamb. Nachr." eine Besprechung. Das Blatt bemerkte:

„Wir haben uns über die ganzen sogenannten „Aussöhnungs"-Artikel der Blätter in der Hauptsache des Urteils enthalten und beschränken uns auf die Wiederholung unserer Ansicht, daß bei uns zu Lande das Wort „Aussöhnung" für

Digitized by Google

das Verhältnis des Kaisers zu seinem früheren Minister ein ungeschickt gewähltes ist. Wir wissen nicht, ob Fürst Bismarck bei Sr. Majestät in Ungnade ist, aber wenn er es wäre, so wird er eben ruhig abzuwarten haben, ob und wann diese Situation aufhört. Das Verhältnis ist kein zweiseitiges gleichstehender Beteiligter, sondern, so weit es existiert, notwendig ein einseitiges. Die „Liberale Korrespondenz" vom 13. Juni enthält einen außerordentlich heftigen Artikel mit sehr starken Ausdrücken, welcher das Verhältnis auf eine persönliche Gegnerschaft zwischen dem früheren Kanzler und dem Kaiser hinauszuspielen sucht. Wir haben uns unsererseits, und, so viel wir wissen, hat sich auch Fürst Bismarck in seinen Aeußerungen zu Interviewern niemals eine Kritik über den Kaiser, oder eine Polemik gegen Se. Majestät erlaubt. Unser Grundsatz ist immer measures, not men. Wenn wir aber finden, daß die Regierung Sr. Majestät politische Wege geht, die wir nicht billigen, so halten wir es mit der monarchischen Treue für absolut vereinbar, wenn wir unsere abweichende Meinung kundgeben, und, so viel wir können, dazu thun, daß wir in der öffentlichen Meinung und im Parlament Anerkennung für dieselbe gewinnen, sobald und solange wir sie für die richtige halten. Ob unsere „Preßbosheiten", wie die „Liberale Korrespondenz" es nennt, wirkungslos bleiben, ist für uns nicht maßgebend; unser Bedürfnis ist dixisse et salvare animam. Wir wollen uns von jeder Verantwortlichkeit für politische Irrtümer frei halten, auch wenn wir dadurch keinen weiteren Erfolg gewinnen, als den in dem Zeugnis der Geschichte und der Nachwelt liegenden. Dieselben Blätter, die auf der einen Seite den Fürsten Bismarck anklagen, daß er sich widerstrebend gegen die kaiserlichen Intentionen benehme, behaupten auf der anderen, daß er für das, was sie irrtümlich als „Aussöhnung" charakterisieren, schwärme, und alle möglichen Intriguen anspinne, um wieder in Lohn und Brot des Staates zu gelangen. Wir glauben, daß sie den Fürsten Bismarck nach der einen Richtung hin verleumden und nach der anderen unterschätzen."

Digitized by Google

XVII.

Bismarck in Wien.

Es waren für ganz Deutschland bewegte Tage, als im Jahre 1892 die Frage der Versöhnung bald einen Verlauf nahm, der den Plan einer solchen vollständig vereitelte. Der Fürst gedachte einfach mit seiner Gemahlin der Vermählung seines Sohnes in Wien beizuwohnen. Diese Nachricht, daß der Mann so großer Verehrung aus seinem Sachsenwalde hervorkommen wolle, ergriff die Massen. Die Reise nach Wien und durch Süddeutschland wurde zu einem Triumphzug Bismarcks durch Deutschland, wie ihn wohl noch niemand erlebt hat. In grellem Kontrast dazu stand der Erlaß vom 9. Juni 1892, den inzwischen Graf Caprivi an den Botschafter in Wien, Prinz Reuß, gerichtet hatte und der lautete:

„Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien teile ich Euer ꝛc. nach Vortrag bei Sr. Maj. folgendes ergebenst mit: Für die Gerüchte über eine Annäherung des Fürsten Bismarck an Se. Maj. den Kaiser fehlt es vor allem an der unentbehrlichen Voraussetzung eines ersten Schrittes des früheren Reichskanzlers. Die Annäherung würde aber, selbst wenn ein solcher Schritt geschähe, niemals soweit gehen können, daß die öffentliche Meinung das Recht zur Annahme erhielte, Fürst Bismarck hätte wieder auf die Leitung der Geschäfte irgend welchen Einfluß gewonnen. Falls der Fürst oder seine Familie sich Euer Durchlaucht Hause nähern sollte, ersuche ich Sie, sich auf

Digitized by Google

die Erwiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit jedoch auszuweichen. Diese Verhaltungsmaßregeln gelten auch für das Botschaftspersonal. Ich füge hinzu, daß Se. Maj. von der Hochzeit keine Notiz nehmen werden. Euer ꝛc. sind beauftragt, in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise sofort hiervon dem Grafen Kalnoky Mitteilung zu machen."

Es mußte scheinen, als ob dieser Erlaß, der erst später veröffentlicht wurde, bereits in ganz Deutschland während der Reise des Altreichskanzlers bekannt gewesen wäre, und es gälte, en revanche den Fürsten um so glänzender zu feiern. So großartig war der Empfang, den dieser allenthalben fand, in Dresden, durch Böhmen und Mähren, in Wien, wo er am 20. Juni den deutschen Botschafter, Prinzen Reuß, besuchte, und aus der Menge, die ihn stürmisch begrüßte, den Ruf vernahm: „Es lebe der größte Mann des Jahrhunderts!" In München empfing der Fürst einen Vertreter der „Allgemeinen Zeitung". In deren Bericht wurde gesagt: „In Wien glaubte der Fürst in der Bevölkerung zwei Strömungen zu beobachten, eine auf Seiten der Bevölkerung von großem Wohlwollen, und eine namentlich mancher Staatsdiener, die einer anbefohlenen Zurückhaltung ähnlich sah. Er sei mit den Hofkreisen Wiens seit 40 Jahren in vielem Verkehr, sei er doch schon 1852 dort als Abgesandter gewesen. Oesterreich und er hätten in Gutem und Bösen viel mit einander erlebt, aber allezeit sei zwischen ihnen der Verkehr ein wohlwollender gewesen. Ohne unhöflich zu sein, habe er nicht anders als um eine Audienz bei Kaiser Franz Josef nachsuchen können und er habe dies schon von Friedrichsruh aus und zwar auf dem amtlichen Wege durch die deutsche Botschaft gethan. Anfangs sei seinem Gesuche die Stimmung günstig gewesen, aber dann habe diese umgeschlagen, wohl kaum ohne eine starke Pression von Berlin. Er habe nur mündlich die Antwort erhalten, daß die Audienz, um die er als Verehrer des Kaisers Franz Josef und als Militär nachgesucht, nicht gewährt werden könne. In Dresden und München habe er, ohne unhöflich zu sein, nicht um Audienz nachsuchen können, da die Frist seines

Digitized by Google

Aufenthalts anfänglich zu kurz bemessen gewesen sei. Er freue sich jetzt, da ruhiger Zuschauer zu sein, wo er früher Mitarbeiter gewesen, und er freue sich namentlich der ungemeinen Herzlichkeit, mit der er in München empfangen worden sei. Diese Tage würden ihm unvergeßlich bleiben, so lange er noch in Friedrichsruh seine Bäume pflegen könne."

Der Fürst setzte seine Reise von München aus nach Augsburg, Würzburg, Kissingen fort. Hier erließ der Fürst in der „Allgem. Ztg." eine Danksagung vom 27. Juni. Darin hieß es: „Die ehrenvollen Begrüßungen in Dresden, München, Augsburg und auf der Bahnfahrt durch Sachsen und Bayern haben mich von Herzen erfreut, weil sie mir bewiesen, in welchem Umfange ich durch meine Mitarbeit an der Einigung des Vaterlandes die Anerkennung und das Wohlwollen meiner deutschen Mitbürger außerhalb meiner engeren Heimat gewonnen habe. Alle die dazu mitgewirkt haben, mir nach dem Abschlusse meiner arbeit- und sorgenvollen amtlichen Thätigkeit für den Rest meines Lebens diese wohlthuende und tröstliche Befriedigung zu gewähren, bitte ich, durch diese Veröffentlichung meinen warmen Dank freundlich entgegenzunehmen."

Die unvergleichlichen Huldigungen für den Fürsten Bismarck machten in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus wieder den tiefsten Eindruck. Sie drängten eine Zeit lang sämtliche politische Tagesfragen in den Hintergrund, und gaben allen Parteien noch lange reichlichen Anlaß zu Betrachtungen und öffentlichen Erörterungen. Nirgends hatten sie den ausgesprochenen Charakter einer oppositionellen Kundgebung gegen das herrschende System getragen, sie wurden aber allgemein als eine patriotische Aufwallung von so imposanter Größe wie mindestens die zu Zeiten der großen Erhebung des Vaterlandes, als ein Strom, gegen dessen Gewalt nichts sich zu halten vermöge, empfunden und gewürdigt. Wenn der früher an der Elbe wie an der Isar so arg gehaßte Mann jetzt an denselben Stellen unmittelbar aus dem Herzen des Volkes heraus solcherart verehrt wurde, so lag darin der höchste Triumph der deutsch-nationalen Politik, die

Digitized by Google

es verstanden hatte, die große Masse der Partikularisten zu begeisterten Anhängern des Reichsgedankens gemacht zu haben.

Nicht nur in ganz Deutschland, überall in Europa folgte ihm auf seinem Wege von Friedrichsruh über Berlin und Dresden nach Wien und München die herzliche Teilnahme der Freunde, der ängstliche Haß der Feinde. So sorgenvoll war dieser Haß, daß in der unbestimmten Furcht, die Huldigungen der Bevölkerung in Berlin und Dresden, in Wien und München könnten durch irgend eine Verkettung der Ereignisse den ehemaligen Kanzler wieder zur Macht emportragen, schon im Voraus die Schuld daran festgestellt ward: nur die schlechte Politik der gegenwärtigen Regierung, so las man gleichzeitig in altfortschrittlichen und in klerikalen Blättern, habe als Gegenschlag die Ovationen für den Fürsten Bismarck hervorgerufen; nach der Meinung der Einen wären sie unterblieben, wenn Graf Caprivi energisch nach links gesteuert, nach der Ansicht der Anderen, wenn man den Zedlitz'schen Schulgesetzentwurf nicht aufgegeben hätte. Wie der Haß doch blind macht! Ohne Zweifel wären die dem Begründer des Reiches bereiteten Huldigungen nicht weniger laut und herzlich gewesen, wenn seine Nachfolger durch ihre Politik alle Welt befriedigt hätten. Es giebt eben — und es wäre wahrlich nicht ehrenvoll für die Deutsche Nation, verhielte es sich anders — Millionen und Millionen Deutscher, denen die Dankbarkeit für den Mann, welcher den Nationalstaat geschaffen, Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen zu Deutschland zurückgebracht hat, über allen Erwägungen der Tagespolitik steht. Und zu dieser Dankbarkeit gesellte sich in ebenso vielen Herzen die Empfindung, daß wie immer die Gründe des Bruches zwischen dem Kaiser und dem ersten Kanzler beschaffen waren, das Verschwinden des Fürsten Bismarck im Wald von Friedrichsruh eine schreiende Dissonanz zwischen weltgeschichtlichem Verdienst und zeitlichem Schicksal war. Dieses elementare Volksgefühl war für die Ovationen der Bismarck-Woche so sehr der starke Quell, daß das weitverbreitete Mißvergnügen über Handlungen, Unterlassungen und Worte der Träger des neuen

Digitized by Google

Regimentes höchstens als schwaches Rinnsal dazu beitrug. Auch wenn im Reiche und in Preußen mustergiltig regiert würde, könnte das Deutsche Volk Bismarck nicht vergessen.

In jenen Tagen wurden Aeußerungen veröffentlicht, welche der Fürst unlängst zu Herrn Maximilian Harden in Friedrichsruh gethan habe. Darin fanden sich folgende Mitteilungen: Im Reichstage findet Fürst Bismarck „das steife Rückgrat nicht immer in genügender Weise vertreten". Im Rahmen der heutigen Politik sei für ihn kein Platz. „Minister, die die Krone beraten, giebt es nicht mehr; heute berät die Krone die Minister, in bester Absicht natürlich, aber das taugt nun doch nicht mehr für mich. Sollte ich mich hinstellen und Caprivi kritisieren, der doch nur ein Beauftragter ist? Ich bin immer ein guter Monarchist gewesen und möchte nichts sagen, was auch nur dem Böswilligen antimonarchisch schmecken könnte; aber ich bin auch kein Absolutist; ich glaube namentlich nicht, daß es heutzutage gut ist, wenn die Krone bei jeder Gelegenheit in den allen Anwürfen ausgesetzten Vordergrund gestellt wird." In Wien erwiderte Fürst Bismarck auf die Frage, ob er das Bedürfnis habe, die Leitung der Politik wieder zu übernehmen, das sei ganz aussichtslos; er sei nicht in den Reichstag gegangen, nicht weil er körperlich nicht rüstig sei, sondern weil er dann die Regierung visière ouverte angreifen müßte. Er glaube nicht, daß eine äußere Notwendigkeit ihn veranlassen werde, die politische Bühne wieder zu betreten, denn wenn einmal ein falsches Geleise eingeschlagen sei, so sei es nicht seine Sache, neben diesem Geleise herzulaufen. Eine Kritik der heimatlichen Zustände könne man ihm nicht verwehren, er lasse sich dieses Recht für die wenigen Jahre seines Lebens nicht nehmen. Diese Aeußerung that Fürst Bismarck in einem Gespräche, das er mit einem Herausgeber der „N. Freien Presse" hatte. Er hatte den Wunsch, eine Danksagung in dem genannten Blatte zu veröffentlichen, und dieser Umstand verschaffte einem der Herausgeber die Ehre, von dem großen Staatsmanne empfangen zu werden. Der folgende Bericht giebt das Gespräch, welches bei dieser Gelegenheit geführt wurde, mit der möglichsten Treue wieder.

Digitized by Google

„Ich war ein wenig befangen, als Professor Schweninger in das Parterrezimmer des Palais Palffy trat, um mich zum Fürsten Bismarck zu geleiten. Ein Gespräch mit dem Fürsten Bismarck ist ein Ereignis, welches eine Erinnerung für das ganze Leben bildet, und in dem Augenblicke, wo ich dem Manne gegenüberstehen sollte, welcher durch seinen Geist unserer Zeit den politischen Inhalt gegeben hat, bemächtigte sich meiner ein eigentümliches Gefühl, welches nur unvollkommen als Scheu und Verwirrung bezeichnet werden kann, und der Erregung gleicht, die uns auf Berghöhen überfällt. Professor Schweninger führte mich über eine ziemlich schmale Treppe in den ersten Stock, ich folgte schweigend bis zum letzten Stufenabsatze, wo sich rechts der Speisesaal befindet und links eine weiße Thür den Eingang zu den Gemächern, welche Fürst Bismarck hier bewohnt, verschließt. Das alles war so jäh gekommen, daß ich mich kaum gesammelt hatte, als ich schon vor dem Fürsten Bismarck stand. Eine breite, kräftige und doch nicht unedel geschnittene Hand streckte sich mir entgegen und wies mir dann einen Sitz an. Das Gespräch hatte noch keine Minute gedauert, und alle Befangenheit war von mir gewichen. Fürst Bismarck empfing mich in einem mäßig großen Zimmer mit bescheidener, aber bequemer Einrichtung, er hatte sich auf einem Sofa niedergelassen, und ich saß an seiner Seite in einem Fauteuil. Ich hatte ihn schon früher wiederholt auf der Gasse gesehen, aber ich fand, daß alle Vorstellungen, die man sich von ihm macht, falsch sind. Fürst Bismarck ist sehr groß und hat einen mächtigen Körperbau, aber in dem schwarzen Anzuge mit dem weißen Gilet, welchen er trug, erschien er mir durchaus proportioniert, schlank und geradezu elegant. Ich merkte keine Spur von Schwerfälligkeit oder Schwäche, er bewegte sich so frisch und gewandt, daß es fast wie eine Koketterie klingt, wenn er mit einer gewissen Vorliebe auf sein Alter hinweist. Auf dem hochaufgeschossenen Körper sitzt ein Kopf, der im Verhältnisse klein ist, den aber niemand vergessen kann, der ihn je gesehen hat. Energie, Klugheit, Hang zur Lebensfreudigkeit, Humor, Würde und Ernst, das alles läßt sich rasch ablesen und wird durch ein lebhaftes Mienenspiel versinnlicht, das gleichsam einseitig je nach der Wendung des Gespräches bald diesen und bald jenen Charakterzug stärker ins Gesicht prägt. Das Schönste ist aber das offen geschnittene, etwas hervortretende, große

Digitized by Google

glänzende Auge mit seiner stahlblauen Farbe. Dieses Auge muß das wichtigste Werkzeug des Fürsten Bismarck gewesen sein, denn der Besucher fühlt, wie es sich prüfend einbohrt, das Ganze der Persönlichkeit zu ergründen sucht, am Körper von oben bis unten mit dem Blicke niedergleitet und nach dem Aufschlage auch das Urteil kundgiebt. Fürst Bismarck selbst sprach von seinen Augen, indem er lächelnd bemerkte: „Ich lese so oft, daß mir die Thränen über die Wangen liefen und daß ich geweint habe. Dieses Thränen der Augen ist eine Eigentümlichkeit, welche schon mein Vater und, wie ich glaube, auch mein Großvater hatte, und nun schreibt man, was doch nur Schwäche der Augen ist, einer Schwäche der Empfindung zu." In der Nähe des Fürsten Bismarck muß die Befangenheit schwinden. Er ist nicht liebenswürdig im Sinne der Herablassung oder der sichtbaren Lust zu gefallen, er ist einfach, natürlich, menschlich, offen, ohne die Spur einer Affektation. Man hat als Publizist sofort die Vorstellung einer Art von entfernter Berufsgemeinschaft auf dem Boden der Politik, er versetzt den Besucher in eine angenehme, bequeme und im Gleichgewichte ruhende Stimmung, und in die Spannung des Hörers mengt sich das Vergnügen, wenn er vernimmt, wie die feine Stimme mit einem leisen norddeutschen Accente, aber fast frei von wirklichem Dialekt, die Sätze bald fließend, bald stockend, da ein Wort suchend und dort ein gebrauchtes verbessernd, aus dem Munde holt und wie sich alles ohne jeden Zwang zur Pointe zuspitzt, die brillant und überraschend zugleich plötzlich hervorbricht. Dann hat wohl der Fürst selbst zuweilen einen Gefallen daran, er lacht mit dem Munde, den Augen und dem ganzen Gesicht, er schlürft das Wort wie ein Feinschmecker nach und sucht zu erforschen, ob der Hörer auch wirklich bis in die letzte Feinheit mit eingedrungen ist. Dabei hat er die Eigentümlichkeit, daß er vor jeder wichtigen Wendung tief aufatmet und sich räuspert, daß es wie ein dumpfes Rollen klingt, als wollte er die Zeit gewinnen, den Ausdruck für den Gedanken zu formen und die Aufmerksamkeit seines Hörers zu wecken. Ein solches Gespräch ist ein geistiger Genuß, dem sich nichts vergleichen läßt. Doch nun zu dem höchst bedeutsamen Inhalte dieses Gespräches. Zunächst handelte es sich um den Text der Danksagung, dessen Entwurf der Sekretär Dr. Chrysander vorlegte und an dem Fürst Bismarck mit

Digitized by Google

seinem langen, einem kleinen Spazierstocke gleichenden Bleistift einige Verbesserungen vornahm.

„Man kann doch," sagte er, „von einer Teilnahme" auch bei einem freudigen Anlasse sprechen?"

„Gewiß, Durchlaucht!"

Es war mir interessant, als Zeuge dieser Arbeit der Abfassung eines Schriftstückes beiwohnen zu können, wobei Fürst Bismarck mich mehr durch Gebärden als durch Worte ins Gespräch zog. Fürst Bismarck drückte den Wunsch aus, daß diese Danksagung in unserem Blatte veröffentlicht werde. Er habe auch das Bedürfnis, der Wiener Bevölkerung für die sympathische Aufnahme den Dank auszusprechen. Fürst Bismarck fuhr dann fort:

„Ich habe mich in Wien sehr wohl gefühlt. Es freut mich besonders, daß man in Oesterreich mehr Erinnerung hat für jene Thätigkeit, durch welche ich gezwungen war, gegen Oesterreich zu gehen. Ich habe eben als Staatsmann meines Landes gehandelt, die Politik meines Landes geführt, das Interesse meines Landes vertreten, und das war doch natürlich und selbstverständlich. Seither ist ein Umschwung eingetreten, das Bündnis wurde geschlossen, welches dem gemeinsamen Interesse dient."

„Durchlaucht, wir betrachten heute das Vergangene im versöhnlichen Lichte der Geschichte, welche unabänderliche Thatsachen schafft, aber ich gestehe offen, daß sich die Deutschen in Oesterreich besonders hart getroffen fühlen, wenn Euer Durchlaucht . . . . . ."

Der Fürst fiel mir ins Wort: „Wenn ich eine Phrase gebrauche, die für antiösterreichisch gilt. Nun sehen Sie, das ist so. Ich habe gewiß nichts gegen Oesterreich. Man darf mir auch nicht alles in die Schuhe schieben, was die „Hamburger Nachrichten" bringen. Dieses Blatt hat zu einer Zeit, wo sich alle Welt von mir zurückgezogen hat, den Mut gefunden, für mich einzutreten und sich mir anzuschließen. Das wäre ja doch undankbar, wenn ich das nicht anerkennen würde. Aber Zeitungen zu schreiben oder zu redigieren, dazu habe ich weder die Zeit, da mich meine Korrespondenzen sehr stark in Anspruch nehmen, noch die Arbeitsfähigkeit, noch bei meinem hohen Alter die Lust. Ich empfange hie und da einen Herrn aus Hamburg, der sich mit mir über Politik unterhält, das ist aber auch alles. Man darf mir nicht alles in die Schuhe schieben, was in den

Digitized by Google

Zeitungen steht unter der Formel: „Wie das Organ des Fürsten Bismarck sagt“ oder „Wie von der Bismarck-Seite gemeldet wird“ und was dergleichen mehr ist. Das gilt auch von der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ und von der „Westdeutschen Zeitung“. Mein Standpunkt war, daß ich den Handelsvertrag mit Oesterreich als unseren landwirtschaftlichen Interessen widersprechend gefunden habe. Dies gilt noch viel mehr von dem Vertrage mit der Schweiz, welcher übrigens auch für Sie, für Oesterreich nicht besonders günstig ist, und außerdem von dem italienischen Vertrage, für welchen unser Weinbau die größten Opfer zu bringen hat. Beim österreichischen Vertrage beanstandete ich eben die landwirtschaftlichen Konzessionen und die Zugeständnisse für einige Industrie-Produkte. Aber einen Vorwurf kann ich Ihren Staatsmännern durchaus nicht machen, wenn sie mit Geschicklichkeit die Schwäche und Unzulänglichkeit unserer Unterhändler auszunutzen suchten. Da bin ich doch zu lange in der Politik, um dies nicht selbstverständlich zu finden. Ich habe es dem Grafen Kalnoky, den ich besuchte und nicht traf, und mit dem ich hierauf bei seinem Gegenbesuche längere Zeit gesprochen hatte, ausdrücklich gesagt, daß ich es für ganz natürlich finde, wenn Oesterreich die Schwäche und Unzulänglichkeit unserer Unterhändler zu seinem Vorteile benutzt hat. Das ist doch die Pflicht Ihrer Staatsmänner und Ihrer Regierung. Ich hätte es nicht anders gemacht, und auch die Schweiz hat darin Recht. Und wenn ich dagegen unseren Standpunkt verteidigte, so kann man daraus nicht schließen, daß ich eine gegen Oesterreich gerichtete Gesinnung hätte. Dieses Resultat ist dadurch eingetreten, daß bei uns Männer in den Vordergrund gekommen sind, welche ich früher im Dunklen hielt, weil eben alles geändert und gewendet werden mußte.“

Das Gespräch nahm nun von selbst eine rein politische Wendung und Fürst Bismarck sagte:

„Mein Standpunkt war, daß wir nach dem Jahre 1871 alles erreicht hatten, was wir zur Selbständigkeit und zu einer anständigen nationalen Existenz brauchten. Deutschland kann unmöglich die Vermehrung seines Gebiets anstreben, nach keiner Richtung, sei es nun an der französischen, holländischen, belgischen oder russischen Grenze. Was sollen wir denn auch wünschen? Wir sind gesättigt, und der Zustand Deutschlands erinnert mich an eine Aeußerung des Grafen Andrassy, welcher sagte: „Das

Digitized by Google

Schiff Ungarns ist so voll, daß ein Pfund mehr, sei es nun Dreck oder Gold, es zum Scheitern bringen könnte." Wir haben ohnehin nichtdeutsche Elemente genug, und ein Krieg ist keine Kleinigkeit. Ich habe selbst Kriege mitgemacht. Der böhmische, der war weniger bedeutend, aber der französische, der war viel mehr. Ich schrecke vor einem notwendigen Kriege nicht zurück und selbst nicht vor einem anständigen Untergang. Aber was soll ein Krieg, der kein Ziel hat und der, wenn uns Gott den Erfolg giebt, gar keinen Gewinn bringt? Sollen wir einen Raubzug nach Rußland unternehmen, um dort Geld zu holen? Das wäre schwer," sagte der Fürst lachend. „Oder soll Rußland Aehnliches in Deutschland thun? Auch Rußland kann keinen Wunsch haben, sein Gebiet auf unsere Kosten zu vermehren, denn es wird mit den Deutschen in den baltischen Provinzen ohnehin schwer fertig. Deshalb war mein Gedanke bei der Schaffung des österreichischen Bündnisses gerade im österreichischen Interesse, und damit wir die österreichische Politik wirksamer unterstützen und fördern könnten, den Zusammenhang mit Rußland nicht zu verlieren und uns immer die Möglichkeit zu erhalten, mit der russischen Politik in Fühlung zu bleiben. Das liegt ja im österreichischen Interesse, denn was will Oesterreich? Oesterreich will den Frieden und ich denke, Oesterreich hat „Bosnier" wohl genug. Nicht wahr, wiederholte der Fürst, „Sie haben genug Bosnier und wünschen sich keine Vermehrung?"

„Und hat sich dieser Zustand seit der Demission Eurer Durchlaucht geändert?"

Der Fürst antwortete mit einer raschen Wendung des Kopfes sehr energisch: „Ja! Ja!"

„Wodurch?"

„Dadurch, daß wir keinen Einfluß mehr auf die russische Politik besitzen, daß wir nicht mehr in die Lage kommen, Rußland zu raten. Was kann denn ein Staatsmann thun? Er muß die Kriegsgefahr kommen sehen und sie verhüten. Es ist wie bei der Steeple-Chase. Man muß wissen, wie das Terrain ist, auf dem man sich bewegt, ob man auf Sumpf- oder auf festen Boden kommt. Man muß die Erfahrung haben, ob man die Kraft hat, ein Hindernis zu nehmen, und ob der Graben nicht zu breit ist, um über ihn hinwegzusetzen. Nicht wahr, Sie verstehen mein Gleichnis!"

„Gewiß, Durchlaucht, aber durch welche Thatsachen

Digitized by Google

sind die Veränderungen in den Beziehungen zu Rußland nach der Demission Eurer Durchlaucht eingetreten?"

Fürst Bismarck antwortete: „Diese Thatsachen sind das Schwinden des persönlichen Vertrauens und somit des persönlichen Einflusses auf den Kaiser von Rußland. Ich hatte durch das Vertrauen, welches man mir schenkte, Einfluß auf den russischen Botschafter in Berlin. In der letzten Unterredung, die ich mit dem Kaiser von Rußland vor meiner Demission hatte, sagte er mir, nachdem ich ihm meine politischen Anschauungen dargelegt hatte: „Ja, Ihnen glaube ich, und in Sie setze ich Vertrauen, aber sind Sie auch sicher, daß Sie im Amte bleiben?" Ich sah den Kaiser von Rußland erstaunt an und sagte ihm: „Gewiß Majestät, ich bin dessen ganz sicher, ich werde mein Leben lang Minister bleiben"; denn ich hatte keine Ahnung davon, daß eine Aenderung bevorstehe, während der Zar selbst, wie die Frage zeigt, von der Wandlung, die sich vollziehen sollte, bereits unterrichtet sein mochte. Diese persönliche Autorität und das Vertrauen fehlen bisher meinem Nachfolger. Und daraus, daß ein solcher Faktor fehlt, welcher auf die russische Politik Einfluß zu nehmen vermag, erklärt sich die Veränderung, welche seit meiner Demission in der politischen Situation Europas eingetreten ist."

„Und halten Eure Durchlaucht diese Veränderung für eine Verschlimmerung?"

Fürst Bismarck sagte mit großer Entschiedenheit: „Ja! Der Draht ist abgerissen, welcher uns mit Rußland verbunden hat. Ich betrachte als das Hauptziel der Politik die Erhaltung des Friedens. Und wohin würde es kommen, wenn wir nach einem glücklichen Kriege mit Rußland zwei Nachbarn hätten, die uns mit ihren Revanchegedanken immer bedrohen würden, einer von Westen und einer von Osten? Der Krieg mit Frankreich mag unausweichlich sein. Es handelt sich immer darum, daß der Mann sich dort finde, welcher das Pulver in das Wasser — der Fürst wies dabei auf sein Glas — schüttet, damit es aufschäumt. Das ist eine Frage, der wir im Laufe der Jahre kaum ausweichen werden. Anders ist es jedoch mit Rußland. Deutschland hat nicht das geringste Interesse daran, einen Krieg mit Rußland zu führen, und umgekehrt. Zwischen uns liegt nicht der geringste Gegensatz der Interessen. Wir haben von einander nichts zu wünschen und von einander nichts zu gewinnen.

Digitized by Google

Auch Oesterreich ist ein friedfertiger Staat und gerade Oesterreich könnten wir dienen, wenn der Draht, der uns mit Rußland verband, nicht abgerissen wäre."

„Durchlaucht, hat sich die Lage auch durch politische Thatsachen verschlimmert?"

„Wie gesagt, in erster Reihe durch die Schwächung des deutschen Einflusses auf die russische Politik. Der deutsche Botschafter in Petersburg hat jetzt viel weniger Einfluß als früher. Dazu treten noch andere Umstände, insbesondere die Wandlung in der polnischen Politik Preußens. Man hat einen Polen zum Erzbischof gemacht und ihm eine Stelle gegeben, welche im Interesse der deutschen Politik einem deutschen Katholiken gebührt hätte. Gewiß hat dieser polnische Bischof in Elbing eine staatstreue Rede gehalten, und er hat bezüglich der Deutschen Nation besser gesprochen, als ein Pole es sonst thut, aber doch den Gegensatz zu Rußland ziemlich deutlich hervorschimmern lassen. Die Politik gegenüber den Polen in Posen hat das Vertrauen, welches unsere Regierung früher in Rußland genoß, geschwächt und unseren Einfluß ebenfalls herabgemindert."

„Und ist, angesichts dieser Bedenken, welche Eure Durchlaucht gegen die jetzige deutsche Politik hegen, nicht bei Ihnen das Bedürfnis vorhanden, wieder die Leitung zu übernehmen?"

„Das ist ganz aussichtslos. Ich bin in diesem Jahre nicht in den Reichstag gegangen, nicht weil ich mich körperlich nicht rüstig fühle, im Gegenteil. Ich war beinahe ein Jahr vor meiner Demission nicht in Berlin gewesen, habe mich sehr wohl gefühlt, was ich immer daran erkenne, wie es mir mit dem Reiten geht. Ich wäre sehr gut imstande gewesen, kraft meiner schon früher gewonnenen Autorität im gleichen Geleise den Wagen fortzuziehen. Die Politik ist keine Wissenschaft, wohl aber eine Kunst, zu deren Ausübung Erfahrung gehört. Aber jetzt — wer weiß, ob ich in Rußland das alte Vertrauen, welches ich früher genossen, wieder fände, und wer weiß, ob in Oesterreich? Das letztere glaube ich wohl. Ich bin aber nicht in den Reichstag gegangen, weil ich, wenn ich dort erscheinen würde, die Regierung en visière ouverte angreifen müßte, gewissermaßen als Chef der Opposition. Das würde mich in zahlreiche persönliche Gegensätze bringen. Allerdings habe ich gar keine persönlichen Verpflichtungen mehr gegen die jetzigen

Digitized by Google

Persönlichkeiten und gegen meinen Nachfolger. Alle Brücken sind abgebrochen. Man hat davon gesprochen, mich zum Präsidenten des Staatsrates zu machen. Warum nicht lieber zum General-Adjutanten, da ich doch die Uniform trage. Dann könnte ich die Minister gegen den Kaiser oder den Kaiser gegen die Minister stützen, und die Kamarilla wäre fertig. Auf solche Dinge gehe ich nicht ein" — und hier lachte der Fürst herzlich und sagte — „dazu fehlt mir doch die christliche Demut."

„Und haben Eure Durchlaucht den Plan, in den Reichstag zu gehen, aufgegeben?"

„Gewiß nicht, das hängt von den Umständen ab."

„Und könnte nicht eine äußere Notwendigkeit Sie dazu veranlassen, die politische Bühne wieder zu betreten?"

„Ich glaube nicht, das ist vorüber. Der Fehler der jetzigen Politik besteht darin, daß eben der Draht, welcher uns mit Rußland verknüpfte, abgerissen wurde. Und ob er wieder anzuknüpfen ist, vermag ich nicht zu sagen. Wenn einmal ein falsches Geleise eingeschlagen ist, dann ist die Lage schwierig. Fortwährend mich auf Nebengeleisen zu bewegen und immer auszuweichen, ist überhaupt nicht meine Sache. Das ist wohl für immer vorüber. Freilich eine Kritik des heimatlichen Zustandes kann man einem so alten Politiker nicht verwehren. Dieses Recht kann ich mir für die wenigen Jahre meines Lebens nicht nehmen lassen, und ich habe nur unsere Regierung, welche unsere handelspolitische Situation nicht genügend gewahrt hat, getadelt, aber nicht die Ihre, welche von dieser Situation mit Recht Gebrauch machte."

Der Fürst kam dann wieder auf Wien zu sprechen und sagte: „Es klingt ein wenig wie Ueberhebung, wenn ich von meiner Popularität in Wien spreche, aber ich finde kein anderes Wort, und diese Popularität hat mich sehr gefreut. Ich war nie ein grundsätzlicher Gegner Oesterreichs, sondern immer nur der Wahrer unserer eigenen Interessen, was man mir als vaterländischem Staatsmann nicht übelnehmen kann. Ich würde am liebsten wie ein einfacher Privatmann durch die Straßen Wiens spazieren gehen, wenn ich nicht", wie der Fürst lächelnd hinzufügte, „fürchten müßte, daß dann die Polizei wieder Arbeit bekommt. Ich lege den größten Wert darauf, daß meine Dankbarkeit für die Aufnahme in Wien der Bevölkerung bekannt wird."

Digitized by Google

Fürst Bismarck erzählte hierauf, er sei gestern in die Ausstellung gegangen, weil seine Gemahlin die Zigeunermusik hören wollte, für welche sie stets eine große Vorliebe gezeigt habe. Durch einen Irrtum sei jedoch das Fürstliche Paar nach „Alt-Wien“ geführt worden, und da die Fürstin Bismarck an Asthma leide und nicht gern zu Fuß gehe, mußte um die Erlaubnis angesucht werden, den Wagen in den Ausstellungspark fahren zu lassen. Der Fürst und die Fürstin hätten mit Vergnügen der Musik gelauscht, er selbst aber habe weniger gut geschlafen, als in den früheren Nächten. Fürst Bismarck hatte mit großer Lebhaftigkeit gesprochen, die Unterredung schien ihn selbst zu interessieren, denn er wurde ungeduldig, wenn ein Diener ins Zimmer trat und eine Störung verursachte. Das Gespräch hatte nahezu drei Viertelstunden gedauert, die Gräfin Hoyos wurde gemeldet, und ich erhob mich unter dem mächtigen Eindruck des Gehörten und einer so bedeutenden und doch so anziehenden Persönlichkeit. Fürst Bismarck bat mich, seine Danksagung noch einmal durchzusehen; er drückte mir zweimal mit Herzlichkeit die Hand und verabschiedete mich. Ich habe in dem ganzen Gespräche kein Ausweichen wahrgenommen. Der Fürst sprach wie ein freier Privatmann, dem seine Vergangenheit den Anspruch giebt, ein Mahner und Rater seines Volks zu sein. Der Aufenthalt in Wien hat einen sonnigen Schimmer über sein ganzes Wesen gebreitet. Er scherzte über die Zumutung, welche der Aufnahmefähigkeit seines Magens gemacht worden sei, und meinte, er habe sich oft über die Souveräne gewundert, welche bei festlichen Gelegenheiten genötigt seien, drei- oder viermal im Tage zu speisen. Fürst Bismarck zeigt nicht die Merkmale der Verbitterung, der heitere Untergrund seines Gemütes bricht stets im Gespräche hervor, welches sich wie mit einem Zaubermantel bis zu den steilsten Gipfeln der Politik erhob. Ich verließ ihn mit dem Eindrucke, als hätte ich der Geschichte selbst ins Angesicht gesehen.“

Dieses Gespräch Bismarcks mit dem genannten Herausgeber der „N. Fr. Presse“ machte großes Aufsehen. Die freisinnigen Blätter Deutschlands drängten sich an die Regierung heran, um sie zum energischen und rücksichtslosen Vorgehen gegen den Fürsten Bismarck zu hetzen. Eugen Richter führte schon die Strafgesetzparagraphen an, welche gegen Bismarck

Digitized by Google

angewendet werden könnten, und rechnete aus, zu wie viel Jahren Zuchthaus er verurtheilt werden könnte. Jedes nationale Empfinden bäumte sich gegen solche Kundgebungen auf. Die konservativen Blätter fanden zwar, daß es unerträglich wäre, der Welt das Schauspiel zu bieten, den Mann auf der Anklagebank sitzen zu sehen, dem Deutschland so Großes verdankt, meinten aber, es wäre die Pflicht seiner Umgebung, in mäßigender Weise auf ihn einzuwirken, damit die Regierung nicht im Interesse der augenblicklichen politischen Lage des Vaterlandes zu Maßregeln provoziert werde, vor denen jeder Deutsche die Augen verhüllen möchte. „Die Umgebung des Fürsten Bismarck sollte bedenken, daß er seit 1890 seinem verletzten Empfinden wegen seiner Entlassung reichlich Ausdruck gegeben hat, ohne daß die Regierung ihm irgend etwas in den Weg gelegt hätte, daß aber Caprivi, wenn diese Kundgebungen des Fürsten dem Vaterlande in seinen internationalen Beziehungen schaden, die Pflicht hat, diese Aeußerungen zu bekämpfen."

In München verwahrte sich Fürst Bismarck gegen die ihm untergeschobene Rachsucht. „Wozu soll ich mich denn rächen, und an wem? Am allerwenigsten an meinem Nachfolger, der mir ja nie etwas zu Leide gethan hat. Rachsüchtig bin ich durchaus nicht. Man sagt zwar „der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande". Aber wenn ich doch hie und da meine Stimme vernehmen lasse, so thue ich das zum Besten des Vaterlandes. Ich will, so weit meine Erfahrung reicht, und meine Autorität noch Geltung hat — und nach dem Lärm und dem Aufheben, das man in der ganzen Welt über jede meiner Aeußerungen macht, scheine ich sie noch zu besitzen — jene Handlungen der jetzigen Regierung, die ich für eine gedeihliche Entwicklung des Landes nicht zuträglich finde, beeinflussen und sie, der Ausdruck ist wohl nicht anmaßend, korrigieren. Dies allein ist meine Absicht." Weiter äußerte sich der Fürst über seine im Deutschen Volke so sehr gewünschte Versöhnung mit dem Kaiser. „Ich bin," erwiderte er, „bei dem Kaiser in Ungnade gefallen und ich weiß heute noch nicht, warum. Von einer Versöhnung kann man doch nicht sprechen.

Digitized by Google

Der Kaiser ist ja nicht," meinte der Fürst lächelnd, „bei mir in Ungnade gefallen. Wenn Se. Majestät die Ungnade aufhebt, wäre das Verhältnis ja das alte. Ich glaube gewiß, daß Intriguen mit untergelaufen sind. Der Kaiser hätte ja gewiß sein eigner Kanzler sein können, das Ausscheiden aus meinem Amte hätte mich nicht geschmerzt, aber tief schmerzt mich die Form, in der es geschehen ist." Daran knüpfte ein rheinisches Blatt die Forderung: „Heraus endlich mit dem Entlassungsgesuche des Fürsten!"

Die Auslassungen des Fürsten Bismarck in Wien führten zu einer Kanzlerfehde, die den Riß zwischen Friedrichsruh und Berlin unheilbar machte. Die „Nordd. Allg. Ztg." warf die Frage auf, ob das Benehmen des Fürsten Bismarck wohl patriotisch sei? Man antwortete mit der Gegenfrage, ob es wohl patriotisch war, das Erscheinen eines Mannes von der Stellung und der Vergangenheit des Fürsten in Wien mit Uriasbriefen zu begleiten, die seinen Empfang bei einem Monarchen unmöglich machten, mit welchem der Fürst seit vierzig Jahren — 1852 war er zuerst als Gesandter bei ihm accreditiert — in amtlichen und persönlichen Beziehungen gestanden hat, die jederzeit, auch bei politischen Dissensen, von der Gnade des Kaisers Franz Josef und von der Verehrung des Fürsten für denselben getragen waren. Man war überzeugt, daß eine Begegnung des Kaisers Franz Josef mit dem früheren Reichskanzler für die von letzterem angebahnten, freundschaftlichen Beziehungen beider Staaten in keiner Weise nachteilig, vielleicht sogar förderlich gewesen wäre. Die Mittel, die benutzt worden waren, um dem Kaiser von Oesterreich den ursprünglich von ihm beabsichtigten Empfang des Fürsten Bismarck zu verleiden, machten den Eindruck einer Geringschätzung und Schädigung der gesellschaftlichen Stellung des Fürsten, die notwendig als persönliche Kränkung wirken mußte. Daß vom Fürsten Bismarck die Audienz beim Kaiser Franz Josef nachgesucht wurde, war eine unabweisbare Konsequenz der vierzigjährigen persönlichen und amtlichen Beziehungen, die zwischen dem österreichischen Kaiser und dem früheren Kanzler vorhanden waren. Es wäre vom letzteren eine Un-

Digitized by Google

höflichkeit gewesen, wenn er es unterlassen hätte, sich in Wien zur Audienz zu melden, und wenn er den Wunsch, empfangen zu werden, nicht zum Ausdruck gebracht hätte. Daß er durch Berliner Einflüsse in die Kategorie von Persönlichkeiten verwiesen wurde, die man nicht empfangen kann, fällt in die Analogie der früheren üblichen Scheltbriefe, mit denen Personen an fremden Orten diskreditiert wurden, und vor Verkehr mit ihnen gewarnt wurde. Unbefangene konnten in dem Vorleben des Fürsten Bismarck nichts finden, was eine so beleidigende Klassifizierung verdient hätte. Sie fanden in dem Interview der „Neuen Freien Presse" nichts Neues und würden in demselben keine Änderung der Lage und keinen Anlaß zu publizistischem Zorne gefunden haben, auch wenn der frühere Kanzler sich durch seine Namensunterschrift mit dem Wortlaute der Wiedergabe seiner mündlichen Aeußerungen einverstanden erklärt hätte. Die Form ließ allerdings die persönliche Rücksichtnahme vermissen, die man bei früheren politischen Aeußerungen des Fürsten gewöhnt war. Vielleicht huldigte auch er dem Grundsatz à corsaire, corsaire et demi, und war entschlossen, höflich nur gegen höfliche Leute zu bleiben. Man hat damals in den Blättern berichtet, daß Fürst Bismarck über die Mittel, durch welche sein Wunsch, eine Audienz beim Kaiser Franz Josef zu erhalten, vereitelt wurde, „heftig aufgebracht" gewesen sei. Man kann das mit der Modifikation zugeben, daß das Wort „heftig" zu streichen ist. Vielleicht trifft auch das Epitheton „aufgebracht" nicht auf eine Stimmung zu, in der man sich der Höflichkeitsrücksichten, denen man früher infolge eigener Erziehung Rechnung getragen hatte, durch das Verhalten anderer entbunden fühlte.

Die kurz zuvor in einem Leipziger Blatt aufgetauchte Nachricht, laut welcher einige Bundesfürsten sich bemühen wollten, die Gegensätze zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck zu überbrücken, eine Nachricht, die in Leipzig nach der Rückkehr Blums von dem Besuch in Varzin in die Presse gelangte, hatte durchaus nicht den Reiz der Neuheit. Die Nachricht war schon, allerdings in einer etwas anderen Version, während der Reise des Fürsten Bismarck nach Wien ins

Digitized by Google

Publikum gedrungen. Man erzählte damals Folgendes: Freiherr von Stumm habe, es sei dahingestellt, auf wessen Veranlassung, im Sinne einer Versöhnung zu wirken sich bemüht. Der Kaiser habe auch schließlich, besonders nach der Vorstellung, daß im Falle des Dahinscheidens des Fürsten eine starke Verstimmung im Volke zurückbleiben würde, wenn nicht vorher eine freundliche Annäherung stattgefunden hätte, seine Zustimmung gegeben, daß eine Vermittelung versucht würde. Fürst Bismarck aber habe nicht, wie ihm nahegelegt und erwartet wurde, um die Vermittelung des Großherzogs von Baden gebeten, weil die Beziehungen zwischen ihm und dem Großherzog seit San Remo und der Geffcken-Affaire nicht mehr ungetrübt waren, der Fürst habe vielmehr die Vermittelung des Prinz-Regenten von Bayern gewünscht. Dieser habe auch Sympathie für die Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses zwischen dem Kaiser und dem ehemaligen Kanzler gehabt, aber mit Rücksicht auf die außerordentliche Schwierigkeit der Dinge abgelehnt. Man habe nun nicht mehr an einen anderen Bundesfürsten herantreten können, und so sei nichts aus der Sache geworden.

So erzählte man sich in Kreisen, welche direkt oder indirekt Informationen aus Friedrichsruh erhalten haben wollten. Bei Einem oder dem Anderen lauteten die Einzelheiten etwas anders, im Ganzen bildete Vorstehendes den Kern der Erzählung, von der wohl auch ein Berliner Blatt läuten hörte, das vor der letzten Rundreise des Fürsten Andeutungen über die Möglichkeit einer Versöhnung brachte. Man habe von der Erzählung, die ja erforderlichenfalls von den „Hamb. Nachr." richtig gestellt werden könne, nur insofern Kenntnis genommen, als sie erkennen lasse, daß Fürst Bismarck einer Versöhnung gar nicht so abgeneigt wäre, wie vielfach angenommen werde. Erst als der Versuch scheiterte, und die Vorgänge anläßlich der Hochzeit des Grafen Bismarck in Wien sich abspielten, da gab der Fürst die schroffen Erklärungen in der österreichischen Hauptstadt ab, während er noch in Berlin Schweigen als seine Pflicht bezeichnet hatte. In dem Lichte dieser Erzählung werde, hieß es, sein Verhalten in Berlin und Wien etwas ver-

Digitized by Google

ständlicher als früher. Seit Wien schleudere er seine Blitze gegen seinen Nachfolger, den er vorher, wenigstens der Oeffentlichkeit gegenüber, ohne jede Feindseligkeit behandelt hatte. Die Erlasse Caprivis nach Wien habe er wiederholt in Privatgesprächen berührt, und dabei sehr scharfe Worte gebraucht, die sich hier nicht wiedergeben lassen. Es genüge mitzuteilen, daß er einem Gast gegenüber die Handlungsweise Caprivis eine „Roheit" nannte. Und doch würden auch diejenigen, welche von diesem Schreiben peinlich berührt worden sind, ganz anders empfinden, wenn sie wüßten, was alles geschehen ist, bevor Graf Caprivi sich dazu entschloß. Die amtliche „Leipziger Zeitung" habe einmal in diesem Jahre eine Andeutung in dieser Richtung gemacht, indem sie sich etwa in dem Sinne ausließ, daß die Bismarckschen Landsknechte das Verhalten der Regierung doch ganz anders beurteilen würden, wenn sie die Machenschaften des Fürsten Bismarck kennen würden. Es sei in der That kaum glaublich, was der Fürst unternommen habe, um den Beweis seiner Unentbehrlichkeit zu bringen. Offen und im Geheimen, in der Presse und in Privatkreisen in Berlin und an vielen anderen Stellen, auch im Auslande seien Ränke gesponnen worden. Sollten dieselben einmal aufgedeckt werden — es sei freilich schwierig, ihre Fäden zu verfolgen — so werde man erst würdigen, wie unerschöpflich die Geduld der Regierung sei.

All' dies Gerede sollte natürlich nur dazu dienen, das Verhalten Caprivis in Bezug auf den Aufenthalt Bismarcks in Wien und die Sprache der „Nordd. Allg. Ztg." zu rechtfertigen. In Berlin hat man an sehr hoher Stelle es schmerzlich empfunden, welche Fehler dem Fürsten Bismarck gegenüber gemacht worden sind.

Die Reise des Altreichskanzlers im Sommer 1892 hatte wiederum Eingriffe der Behörden in die Ovationen der Bevölkerung zu verzeichnen. So wurde von Berlin aus auch auf die weimarsche Regierung ein Druck ausgeübt, bei Gelegenheit der Rückreise des Fürsten Bismarck größere Demonstrationen nach Möglichkeit zu verhüten. In Weimar wurde der preußische Gesandte von Derenthal mit dieser Mission beauftragt. Das Großherzogliche Staatsministerium zeigte sich

Digitized by Google

dieſem Anſinnen gegenüber etwas achſelzuckend und beſchränkte ſich darauf, in einer Verfügung an den Prorektor der Univerſität Jena zu betonen, daß die Begrüßung des Fürſten Bismarck durch die Angehörigen der Hochſchule naturgemäß nur einen privaten Charakter haben dürfe. Im übrigen erklärte die Regierung ſehr zutreffend, daß bei dem thüringiſchen Volks-Charakter jede ſtaatliche Maßnahme zur Einſchränkung der geplanten Feier die entgegengeſetzte Wirkung haben würde. Auch ſeien die in Betracht kommenden beiden Bahnhöfe in Jena Eigentum der Aktiengeſellſchaften, deren Organe aus naheliegenden Gründen wenig geneigt ſein dürften, eine Abſperrung eintreten zu laſſen.

Dergleichen Verbote und diplomatiſche Preſſionen wie ſie in Weimar geübt wurden, waren allerdings geeignet, das Gegenteil von der beabſichtigten Wirkung zu erzielen. Dieſe Maßregeln gehörten eben zu den Kriterien, nach denen die öffentliche Meinung das Verſtändnis beurteilte, welches die Urheber jener Maßregeln für die Aufgabe ihres Berufes haben, die Veröffentlichungen im „Reichs-Anzeiger“, die diplomatiſchen Erlaſſe, welche den Gegenſtand derſelben bildeten, die direkte Einwirkung auf die Regierung in Weimar, die Bahnhofspolitik in Halle, Magdeburg und anderen Stationen machten in der öffentlichen Meinung den Eindruck, als ob dieſe Maßregeln nicht ausſchließlich durch politiſche Erwägungen unſerer Politiker beſtimmt würden.

Digitized by Google

XVIII.

Bismarck in Berlin.

Lenken wir unsere Gedanken auf die ersten drei Jahre der Verbannung Bismarcks zurück. Da lebten wir mit dem Kaiser der innigen Hoffnung, daß noch viele Jahre der treue und erprobte Rat des ersten Kanzlers ihm erhalten bleibe, da sahen wir nach wenigen Monden den alten Helden hinwegziehen von der Stätte jahrelangen, segensvollen Wirkens. Da tönte in unseren Ohren das Wort von dem Verluste des zweiten Vaters, und wiederum hörten wir, daß unter zahllosen Wünschen zum Geburtstage einer, der wertvollste, fehlte. In Trauer vergingen die folgenden Jahre, im Auslande schrieb ein Fremder von der „Bismarcktragödie", die Bahnen, die der erste Kanzler wandelte, wurden verlassen, und an einen fremden Hof erging das Ersuchen Caprivis, sich fern zu halten von der gesellschaftlichen Berührung mit dem Manne, den man scheiden müsse von dem Bismarck von einst. Und halbamtlich wurde versichert, daß die Nachfolger das Werk schützen müßten vor dem Manne, dessen Schöpfung sie erhalten sollten, dessen Erinnerungen bereits sich verwirrten.

Was war die Wirkung solcher Aechtung? Sie zeigte sich recht drastisch am 1. April 1893. Es gab eine glänzende Geburtstagsfeier, an der ganz Deutschland jubelnd teilnahm. Selbst Graf Caprivi, der bisher die Verhinderung jeder Annäherung zwischen Kaiser und Bismarck als eine Art Pflicht und Verdienst für sich in Anspruch nahm, durfte sich jetzt nicht

Digitized by Google

mehr der Einsicht verschließen, daß in Bezug auf das unermeßliche politische Kapital, welches Fürst Bismarck auch in seiner ländlichen Zurückgezogenheit noch darstellte, Fehler über Fehler, und zwar Fehler der allerschwersten Art, gemacht worden waren. Einen Einfluß auf die Gemüter der Nation, der immer noch mindestens zehn Mal größer war, als der der damaligen Regierung, proscribieren und auf den Index setzen wollen — war ein Unternehmen, an welchem auch eine befähigtere Regierung, als die der Nachfolger des Fürsten Bismarck, hätte scheitern müssen. Es war, selbst vom Standpunkte nüchternster, geschäftlicher Erwägung aus, ein unkluges, von geringer, politischer Befähigung zeugendes Beginnen. Die Ovation der Schleswig-Holsteiner, die Einladung des Oberbürgermeisters von Köln im Namen der Stadt, sie redeten die Sprache von Dresden, Kissingen und Jena, sie klangen den Gedanken des Dresdner Begrüßungsliedes wieder: „Wie könnt' ich Dein vergessen, ich weiß, was Du mir bist."

Im Kontrast mit der Geburtstagsfeier vom 1. April 1893 stand das vier Wochen später erfolgende Verhalten des Berliner Hofes in der Angelegenheit der Einweihung des Denkmals des ersten Kaisers in Görlitz. Vergebens schrieb Prinz Albrecht, der Regent von Braunschweig, seinen hochgesinnten, mahnenden Brief, und sein Wort verhallte: „Wenn Bismarck stirbt, ohne daß Du Dich mit ihm ausgesöhnt hast, was wird die Mitwelt und die Nachwelt dazu sagen?"

Der erwähnte Brief des Prinzen Albrecht wurde erst später bekannt, und zwar durch den sozialdemokratischen „Vorwärts", der wiederholt in der Lage war, geheime Aktenstücke zu veröffentlichen. Der Brief war der Kaiserlichen Post in Berlin gestohlen und vom 12. Mai datiert. Er lautete:

„Euer Excellenz sind sehr beschäftigt, und ich fühle die Unbescheidenheit meines Schrittes, Ihnen in diesen Tagen zu schreiben. Die Sache, die ich erwähnen möchte, ist doch aber von solcher Wichtigkeit, daß ich sie nicht verschieben kann, bis ich vielleicht die Ehre habe, Sie hier zu sehen, und duldet auch keinen Aufschub.

Einen Entschluß, ob überhaupt und wie sie zu behandeln, will ich aber nicht fassen, ohne Euer Excellenz

Digitized by Google

davon in Kenntnis gesetzt zu haben und mir Ihren Rat erbeten zu haben. — Kammerherr von Witzleben, Klosterpropst zu Roßleben, bat mich gestern, es zu unternehmen, dahin zu wirken, daß bei der Enthüllung des Monumentes des Kaisers, meines Herrn Onkels in Görlitz — dem, wenn ich recht verstanden im Getreibe der Gratulation bei mir, die Standbilder Bismarcks und Moltkes zur Seite gestellt werden — der Fürst Bismarck eingeladen werden könne. Es sei der Versuch gemacht, die Erlaubnis zu erlangen den Fürsten zu laden, dieselbe abgelehnt worden, jedoch in einer Weise, daß der Zweifel blieb, ob dies von Sr. Majestät gewollt, oder nur von anderer Seite ausgehe. Witzleben meinte eine publike Aussöhnung Sr. Majestät mit dem Fürsten würde, nach Auflösung des Reichstages u. s. w. von eminentem wohlthätigen Einfluß auf unsere inneren Verhältnisse sein müssen. Ich erwiderte, daß ich im Moment und offiziell ein „Nein" seinem Ersuchen entgegensetzen müsse, daß ich mir aber die Sache nochmals überlegen wolle. — Selbst nun von der Bedeutung eines solchen Schrittes — Begegnung von Kaiser und Fürst — durchdrungen, möchte ich doch den Gedanken nicht fallen lassen, ohne ihn Euer Excellenz vertraulich mitgeteilt zu haben. Im Herzen kann ich es nicht von der Hand weisen, was ich offiziell zunächst thun zu müssen glaubte, um keine unnützen Hoffnungen zu erwecken. — So teile ich diesen Gedanken von Witzleben Euer Excellenz mit, für den Fall Sie irgend Gebrauch von mir für dessen Ausführung glauben machen zu können, — oder auch ohne mich, der ich verbleibe Euer Excellenz aufrichtig dankbarer Albrecht, Pr. v. Pr.

An wen das Schreiben des Prinzen Albrecht gerichtet war, sagte der „Vorwärts" nicht. In Wirklichkeit war der Inhalt recht harmlos. Prinz Albrecht erhoffte von einer Aussöhnung zwischen dem Kaiser und Bismarck einen wohlthätigen Einfluß auf die Stimmung des Deutschen Volkes, einen Einfluß, der in jener Zeit der Wahlbewegung besonders nützlich gewesen wäre, und wollte daher seinerseits die Hand dazu bieten, daß in dieser Richtung etwas geschehe. Es machte dem Herzen des Prinzen alle Ehre, daß er, auch unter für ihn schwierigen Verhältnissen, an Bismarck festhielt, und etwas beitragen wollte, leidige Zerwürfnisse auszugleichen, daß der Prinz damit dem Deutschen Volke etwas Gutes, Be-

Digitized by Google

ruhigendes bieten wollte, war wiederum nichts weniger als unehrenhaft. Der „Vorwärts“ hatte also mit diesem Fund, der eine hochgestellte Person bloßstellen und aus der Aussöhnung zwischen dem Kaiser und Bismarck ein Agitationsmittel gegen regierungsfreundliche Wähler machen sollte, einen gänzlichen Mißgriff gethan. Die Waffen, die er zu seinem Zweck gebrauchte, indem er „zugewehte“ Aktenstücke veröffentlichte, kehrten sich gegen ihn selbst.

Der vorliegende Brief erhielt sein Interesse dadurch, daß er endlich einmal die Bemühungen und die Wiederanknüpfung des zerrissenen Drahtes zwischen Berlin und Friedrichsruh außer Zweifel stellte, und zugleich auf die Persönlichkeiten ein Licht fallen ließ, die an dieser Arbeit beteiligt waren.

Es gab aber auch andere Vermutungen über den Zwischenfall an Stellen, wo man zu solchen wohl Anhaltspunkte besaß. Es wurde bezweifelt, daß der Brief, resp. die Abschrift, durch Diebstahl an den „Vorwärts“ gelangt sei; vielmehr die Annahme geäußert, daß dieses Blatt — natürlich ohne es zu wissen — den Text eines Briefes von einer Persönlichkeit übersandt erhalten, die auf regelmäßige Weise Kenntniß davon hatte. Der Zweck der Veröffentlichung würde hiernach gewesen sein, durch Bekanntmachung der Thatsache, daß ein Versöhnungsversuch erfolglos unternommen worden, verstimmend auf manche nationalgesinnte Kreise zu wirken und dadurch auf die Wahlbewegung ungünstig einzuwirken.

In allen Kreisen, welchen die Persönlichkeit des Prinzen bekannt war, galt der Brief als echt; als mutmaßlichen Adressaten hörte man den Reichskanzler, Grafen Caprivi, den Grafen Waldersee und den General von Winterfeld nennen. Die letztere Adresse war die richtige. General von Winterfeld hatte dem Prinzen bis zu der eben befolgten Berufung an das Gardekorps als Chef des Stabes der I. Armee-Inspektion persönlich nahe gestanden. Auch ist im Eingang des Briefes von einer demnächstigen Anwesenheit des Adressaten in Blankenburg die Rede, was ja wohl für den Grafen Caprivi nicht zutreffen würde. Außerdem wußte Prinz Albrecht sicherlich ganz genau, daß Graf Caprivi ein persönlicher Gegner jeder Annäherung

Digitized by Google

des Kaisers an den Fürsten Bismarck war und aus dieser Abneigung gegen niemand ein Hehl machte. Wurde doch erzählt, daß er vor Jahresfrist sogar sein Verbleiben im Amt einem damals schwebenden Annäherungsversuche gegenüber eingesetzt habe. Vielleicht wurde Graf Caprivi in diesem seinem Verhalten wesentlich durch das Auswärtige Amt beeinflußt, welches von sachkundigen Leuten als die Seele des Widerstandes gegen jede Annäherung bezeichnet wurde und in diesem Sinne wohl auch an der allerhöchsten Stelle thätig war. Die Einladungsfrage hatte in Görlitz thatsächlich gespielt. Man hätte den Fürsten um so unbesorgter einladen können, als der alte Kanzler gar nicht daran dachte, Friedrichsruh zu Dekorationszwecken zu verlassen und sich die für seine hohen Jahre doppelt unbequeme Reise nach Görlitz aufzuerlegen. Hatte der Kaiser das Bedürfnis, den Fürsten noch einmal im Leben zu sehen, so boten die häufigen Reisen Sr. Majestät nach Kiel wohl ausreichende Gelegenheit dazu. Andererseits freilich hatte die "Vossische Zeitung" Recht mit dem Ausspruch, daß der Mangel an bürgerlichem Mut, den Fürsten zur Enthüllung eines Denkmals einzuladen, welches auch sein Denkmal ist, eine blutige Ironie auf alle Denkmäler enthielt. Man verneigte sich vor dem bronzenen Standbilde, während man nicht wagte, den Lebenden zu ehren! Daß Prinz Albrecht dem Fürsten sympathievolle Gesinnungen bewahrte, ist bekannt. Er war das einzige Mitglied des Königshauses und des Deutschen Fürstenhauses überhaupt, das seit dem Rücktritt des alten Kanzlers mit ihm eine Begegnung gehabt hatte, die im August 1891 auf der Station Hammermühle in Pommern, gelegentlich einer Inspektionsreise des Prinzen, erfolgte. „Im Herzen kann ich es nicht von der Hand weisen," schrieb der Prinz. Hierin war die große Mehrheit des Deutschen Volkes und seiner Fürsten mit ihm einig und die durch die Reichstags-Auflösung ohnehin aufgeworfene Frage konnte nach diesem Briefe nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Freilich irrte der „Vorwärts" darin, wenn er annahm, die Rückberufung des Fürsten Bismarck gehöre zu den Mitteln, welche der Kaiser in seiner Rede auf dem Tempelhofer Felde zur Durchbringung der

Digitized by Google

Militärvorlage in das Auge gefaßt habe, und wenn das sozialdemokratische Blatt seine Genossen aufforderte, durch ein Millionenvotum die Möglichkeit der Rückkehr des Fürsten zu beseitigen, so glauben wir, daß das „Millionenvotum" wahrscheinlich das dazu am wenigsten geeignete Mittel gewesen wäre, zumal der „Vorwärts" mit seiner Angst verriet, daß Fürst Bismarck der einzige Gegner war, welchen die Sozialdemokratie noch fürchtete. Wenn übrigens das Blatt behauptete, daß Fürst Bismarck sich schon im Frühjahr 1890 nach einem General für die Straßenschlacht umgesehen habe, so war das wiederum eine plumpe Fälschung. Nicht Fürst Bismarck war es, der damals eine „Straßenschlacht" ins Auge faßte, wohl aber riet er für den Fall, daß es zu einer solchen kommen sollte, die oberste Staatsleitung in Preußen, das Ministerpräsidium, in die Hand eines tüchtigen Generals zu legen, damit sich, angesichts der damaligen Besetzung der Ministerien des Innern, des Krieges und der Justiz, nicht etwa die Vorgänge vom 19. März 1848 wiederholten. Es war geradezu komisch, daß, während Fürst Bismarck selbst seine Rückkehr ins Amt für vollständig ausgeschlossen ansah, seine Feinde noch immer damit rechneten und sie fürchteten. Auch im vorliegenden Falle durfte man mit Herzog Alba sagen: „Noch wissen wir nicht, wer den Pöbel waffnet", denn es war doch ein in hohem Grade auffälliger Umstand, daß ein am 9. Mai vom Prinzen Albrecht in Blankenburg geschriebener Brief bereits am 12. Mai in den Händen der Redaktion des sozialdemokratischen Blattes war. Und zwar schien es, als sei die Indiskretion in Blankenburg vor der Absendung begangen worden, sonst würde der „Vorwärts" den Adressaten genannt haben.

Im Monat Juli war das Auftreten des Neu-Reichskanzlers im Reichstage gegenüber dem Sohne seines Vorgängers, der gegen die Militärvorlage das Wort genommen hatte, eine für den Vaterlandsfreund betrübende Erscheinung. Der ganze Unterschied zwischen der Gegenwart und der Zeit des großen Kaisers erschien auf einmal wieder in greller Beleuchtung. Graf Herbert Bismarck konnte gar nicht anders, als die Auffassung der Regierung vertreten, welcher er selbst einst angehört

Digitized by Google

hatte, eine Auffassung, welche streng auf dem Boden einer zu verbessernden dreijährigen Dienstzeit stand und bis ins Frühjahr 1891 auch an allerhöchster Stelle festgehalten wurde. Indem der Sohn Bismarcks dem Grafen Caprivi zum ersten Male gegenüber trat, entrollte er damit das Banner des alten Kurses gegenüber dem neuen, und das Gefühl des Redners, die Schwelle eines für unser parlamentarisches wie für unser politisches Leben vielleicht bedeutungsvollen Abschnittes zu überschreiten, machte es vollkommen begreiflich, wenn dieser Schritt sich unter einer gewissen inneren Erregung vollzog. Es waren die Ereignisse dreier Jahre, welche den Redner zur Kritik drängten, einer Kritik, die der gesamten Aktion des neuen Kurses galt. Die Erinnerung an gewisse Vorgänge des Jahres zuvor war zudem bei diesem ersten persönlichen Rencontre wenig dazu angethan, die innere Erregung zu mildern. Die Geduld übrigens, mit der Graf Bismarck den unqualifizierbaren Unterbrechungen von links begegnete, machte einen guten Eindruck, vor allem die Thatsache, daß ein neuer frischer Luftzug durch das Haus wehte. Es war nach den letzten drei Jahren des verhaltenen Atmens und der Leisetreterei ein Labsal, wieder einmal eine unabhängige, von Angst und Streberei freie Rede zu hören in dieser Zeit des Servilismus. Graf Bismarck hatte es nicht leicht, bei den lärmenden Zwischenrufen innerhalb des engen Rahmens der Spezialdiskussion der zweiten Lesung seine militärpolitischen Bedenken gegen das Caprivi-Goßler'sche Experiment der zweijährigen Dienstzeit zu formulieren. Er erreichte es trotzdem in einer Weise, daß die Mehrzahl seiner früheren Bekannten aus den konservativen Fraktionen ihm gleich nach Schluß seiner Rede mit Wärme gratulierten. Später gingen dem Redner noch zahlreiche telegraphische Begrüßungen aus dem Lande zu. Was bei der Rede des Grafen Caprivi unangenehm berührte, war die Gehässigkeit, mit der er die Redewendungen des Grafen Bismarck zu entstellen und anzufechten versuchte. Die Stellung des drei Jahre zuvor aus dem militärischen Frontdienst in den auswärtigen versetzten Grafen Caprivi gab ihm kein Recht, auf dem ihm absolut fremden Gebiete der euro-

Digitized by Google

päischen Politik dem im Zentrum derselben geschulten Grafen Bismarck den hohen Ton überlegener Erfahrung anzuschlagen.

Der Zwischenfall Graf Bismarck-Caprivi war ein neues Symptom der Stimmung von hüben und drüben. Mitten hinein in die Tage patriotischer Trauer fiel das Telegramm von Güns und das Angebot eines kaiserlichen Schlosses als Erholungsstätte für den schwer Erkrankten. Der Kaiser war, nach den Manövern in Schwaben, einer Einladung des Kaisers Franz Josef zur Teilnahme an den großen Manövern im westlichen Teile Ungarns gefolgt, und hatte mit dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige von Sachsen, dem Prinzen Leopold von Bayern und dem Herzog von Connaught sein Standquartier in Güns südlich von Oedenburg, in der Eisenburger Gespanschaft genommen. Dieses abseits von den großen Verkehrsstraßen liegende Städtchen ist gegenwärtig nur durch seine Tuchfabriken bekannt, früher aber war es eine ehrwürdige Freistadt, in welcher am Ende des 13. Jahrhunderts Rudolf von Habsburg eine Zusammenkunft mit dem Könige Ladislaus von Ungarn hatte, und welche im Jahre 1532 durch heldenmütige Abwehr das große Türkenheer Sultan Solimans zum Rückzug nötigte. Am 17. September Nachmittags wurde Kaiser Wilhelm vom Kaiser Franz Josef, sieben Erzherzögen, den ungarischen Ministern, vielen Magnaten und der Geistlichkeit festlich empfangen, worauf alle jene Fürstlichkeiten vom 18. bis 21. September den vom 4. Armeekorps und der ungarischen Landwehr, zusammen von 130 000 Mann, gegen einander ausgeführten Manövern beiwohnten. Bei dem dieselben einleitenden Kampfe der Reitermassen führte der Deutsche Kaiser sein Husarenregiment Nr. 7 zum Angriff. Bei Gelegenheit eines anderen Manövers besuchte er den früheren Botschafter in Berlin, den Grafen Szechenyi auf seinem Gute.

Am 20. September überraschte das Berliner halbamtliche Telegraphenbureau durch die Nachricht, der Kaiser, der erst nachträglich von der schweren Erkrankung des Fürsten Bismarck Kenntnis erhalten, habe ihm von Güns aus telegraphisch seine Teilnahme ausgesprochen und ihm, mit Rücksicht auf die ungünstigen klimatischen Verhältnisse in Friedrichsruh, Wohnung

Digitized by Google

in einem der kaiserlichen Schlösser angeboten; der Fürst habe noch an demselben Tage in ausführlichem Telegramm seinen lebhaften Dank ausgesprochen, jedoch auf Annahme des Anerbietens verzichtet, auf den Rat seines Arztes, des Professors Schweninger, welcher sich gegen Aenderung des gewohnten Aufenthaltes ausgesprochen habe. Die Nachricht rief in ganz Deutschland und im Auslande großes Aufsehen hervor, zunächst, indem sie bestätigte, daß der große Staatsmann schwer erkrankt gewesen, sodann aber als die erste Wiederannäherung des Kaisers an den Fürsten. Die zwischen Güns und Kissingen ausgetauschten Depeschen lauteten:

Güns, den 19. September.

An Fürst Bismarck, Kissingen.

Ich habe zu Meinem Bedauern jetzt erst erfahren, daß Eure Durchlaucht eine nicht unerhebliche Erkrankung durchgemacht haben. Da Mir zugleich, Gott sei Dank, Nachrichten über die stetig fortschreitende Besserung zugegangen sind, spreche ich Meine wärmste Freude hierüber aus. In dem Wunsch, Ihre Genesung zu einer recht vollständigen zu gestalten, bitte ich Euere Durchlaucht, bei der klimatisch wenig günstigen Lage von Varzin und Friedrichsruh für die Winterzeiten in einem Meiner in Mittel-Deutschland gelegenen Schlösser Ihr Quartier aufzuschlagen. Ich werde nach Rücksprache mit Meinem Hofmarschall das geeignete Schloß Eurer Durchlaucht namhaft machen. Wilhelm.

Kissingen, den 19. September.

An Se. Majestät den Deutschen Kaiser, Güns.

Eurer Majestät danke ich in tiefster Ehrfurcht für Allerhöchstdero huldreichen Ausdruck der Teilnahme an meiner Erkrankung und neuerlich eingetretener Besserung und nicht minder für die Absicht gnädiger Fürsorge für die Förderung meiner Genesung durch Gewährung eines klimatisch günstigen Wohnsitzes. Meine ehrfurchtsvolle Dankbarkeit für diese huldreiche Intention wird durch die Ueberzeugung nicht abgeschwächt, daß ich meine Herstellung,

Digitized by Google

wenn sie mir nach Gottes Willen überhaupt in Aussicht steht, am wahrscheinlichsten in der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zubehör an Einrichtung und Umgebung zu finden glaube. Da mein Leiden nervöser Natur ist, so glaube ich mit meinem Arzte, daß das ruhige Winterleben in den gewohnten Umgebungen und Beschäftigungen das Förderlichste für meine Genesung sein würde, und daß ein Uebergang in ganz neue, mir bisher fremde Umgebungen und Verkehrskreise, wie es die Folge einer Verwirklichung der huldreichen Absicht Eurer Majestät sein würde, in meinem hohen Alter im Interesse der Beseitigung der vorhandenen Störungen meines Nervensystems zu vermeiden sein würde. Professor Schweninger behält sich vor, diese seine und meine Ueberzeugung in schriftlichem Bericht sachlich zu begründen.

v. Bismarck.

Der Text der beiden ausgetauschten Depeschen rief nach dem Jubel der ersten Tage bald eine gewisse Ernüchterung und Abkühlung hervor. Man fand in der Fassung des kaiserlichen Telegramms noch etwas von der Erinnerung an die Kämpfe der Vergangenheit; es fehle, sagte man, die impulsive Wärme, die sonst persönliche Mitteilungen des Herrschers auszuzeichnen pflege. Man stellte die Depesche an den ersten Kanzler jenem Briefe gegenüber, in dem Kaiser Friedrich dem Grafen Moltke als seinem alten Freunde die Beteiligung an dem Leichenbegängnis des Kaisers Wilhelm I. untersagte, damit die rauhe Witterung nicht die Gesundheit des greisen Feldmarschalls schädige. Der Monarch rede den Fürsten Bismarck, der beiläufig nicht als Herzog von Lauenburg bezeichnet wird, wiederholt in aller Form mit dem Prädikat Durchlaucht an, was die Freunde des Schloßherrn vom Sachsenwalde in diesem Falle gewiß gern vermißt hätten. Immerhin sei der Ton, den der Kaiser anschlage, alles eher als der der Gleichgültigkeit; eher zeige er eine gewisse Unsicherheit über die Aufnahme, die das Anerbieten der Krone bei dem Fürsten Bismarck finden dürfte. Die Antwort aber, die von Kissingen erging, hätte nicht ehrerbietiger und eisiger ausfallen können.

Digitized by Google

als der Meister der Diplomatie sie gegeben. Fürst Bismarck wisse in seinen Briefen wie in seinen Reden, in amtlichen wie in privaten Schriftstücken die Stimmung meisterhaft abzutönen; er verstehe sich auf die Kunst, zwischen den Zeilen lesen zu lassen. Seine Kissinger Depesche sei in trockenem Kanzleistil gehalten. Der Kaiser „bittet" wenigstens den Fürsten Bismarck, sein Quartier in einem mitteldeutschen Schlosse aufzuschlagen; Fürst Bismarck bittet nicht einmal, auf dieses Angebot verzichten zu dürfen; er glaubt mit seinem Arzte, daß ihm die gewohnte Umgebung und Beschäftigung am besten bekommen werde. Daß Fürst Bismarck bei der Erwähnung der gewohnten Beschäftigung an seine Preßthätigkeit und seine Reden bei dem Empfang von Gästen gedacht habe, sei sicherlich ebenso unwahrscheinlich, wie daß er bei den Bedenken gegen die „fremden Umgebungen und Verkehrsweise" eine Beschränkung seiner Freiheit durch die Hofgesellschaft befürchtet habe. Aber wenn er einmal von der „tiefsten Ehrfurcht" und dann von der „ehrfurchtsvollen Dankbarkeit", von dem „huldreichen Ausdrucke der Teilnahme", von der „huldreichen Absicht" und der „huldreichen Intention" redet, so könne man sich schwer der Empfindung entziehen, daß weniger mehr gewesen wäre.

Nach der Haltung, die die offiziöse Presse des Fürsten Bismarck dem Depeschenwechsel gegenüber einnahm, glaubte die „Vossische Ztg." von der Veröffentlichung des Wortlautes der Kundgebungen eine Förderung der Herstellung „normaler Beziehungen" nicht mehr erwarten zu dürfen. So wurde die Stimmung der Nation bald wieder hoffnungslos, und das um so mehr, als sich vom Norden her erneuter Widerspruch erhob gegen die Militärreform und gegen den russischen Handelsvertrag. Doch atmete abermals das Deutsche Volk wieder auf, als zu Beginn des vierten Jahres der Amtslosigkeit, der Monarch seinen Flügeladjutanten, Grafen Kuno v. Moltke, nach Friedrichsruh sandte, um nebst einer Flasche alten Steinbergers ein Schreiben zu überbringen, in dem der Kaiser den Fürsten zur Genesung nach überstandener Influenza beglückwünschte und ihn, unter besonderem Hinweis auf sein mit dem Geburtstag zusammen-

Digitized by Google

fallendes 25jähriges Militärjubiläum zu einem Besuche nach Berlin einlud. Der Graf machte mit dem Fürsten eine Spazierfahrt und begab sich nach dem Diner auf die Rückreise, um dem Kaiser ein dankerfülltes Antwortschreiben des Fürsten zu überbringen, in dem er die Möglichkeit seines baldigen Erscheinens in Berlin, worüber der ärztliche Berater zu befinden habe, zusagte. Darauf folgte ein zweites Schreiben des Kaisers, in dem er, für die Zusage dankend, nochmals den Wunsch aussprach, den Fürsten, wenn thunlich, an seinem Geburtstage in Berlin zu sehen. Zugleich bot der Kaiser dem Fürsten die bequemst gelegenen Gemächer im Erdgeschoß des Königlichen Schlosses an. Die Nachricht von dem neuen entgegenkommenden Schritte des Kaisers rief alsbald in ganz Deutschland die größte Freude hervor und befreite von dem Druck des unnatürlichen Verhältnisses, wonach zahlreiche Patrioten infolge der Parteikämpfe längere Zeit hindurch wegen ihrer Verehrung des Fürsten ebenfalls gewissermaßen im Lichte einer Opposition gegen den Kaiser erschienen waren.

Die Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Berlin wurde auf den Tag vor dem Geburtstage des Kaisers festgesetzt. Da sollte, so zu sagen, die Vorfeier des Festes stattfinden. Fürst Bismarck wollte die Teilnahme an den Festlichkeiten des folgenden Tages aus Gründen der Gesundheit vermeiden und der Kaiser war damit zufrieden. Welch großer Tag brach mit dem Morgen des 26. Januar 1894 an! Unvergeßlich für Berlin! Die Hauptstadt hat kaum einen aufgeregteren Tag erlebt. Er bildet den höchsten Gipfelpunkt in der Geschichte der Beziehungen zwischen Berlin und Friedrichsruh. Reine Jubeltöne klangen hinüber zum Geburtsfest des Kaisers am folgenden Tage. Kein schöneres Geburtstagsgeschenk hätte der Kaiser sich geben können, hieß es von vielen Seiten. Dem Kaiser Dank, der einer so edlen Wallung gefolgt, sagte die „Köln. Ztg." Die „Nat.-Ztg." sah in der Ausgleichung des schrillen Mißtons ein glückverheißendes Anzeichen und in dem Vorgange den Beweis, daß eine volkstümliche Monarchie mehr als jede andere Staatseinrichtung befähigt sei, ohne schwere Krisen den Ausweg aus politischer Wirrsal zu eröffnen. Niemals, sagt

Digitized by Google

der „Schwäb. Merkur", hat das Volk diesseits und jenseits des Mains dem Kaiser mit größerer Freude, mit tieferer Innigkeit seine Glückwünsche dargebracht.

Unter lebhaften Hurrahrufen und Segenswünschen war der fürstliche Zug aus Friedrichsruh abgefahren. Er kam 12 Uhr 58 Minuten in Berlin an. Zwei Minuten vor der Ankunft erschien in der Halle Prinz Heinrich mit seiner Begleitung, der fürstliche Wagen hielt an der Stelle, wo der Königliche Prinz den Fürsten erwartete. Seine Durchlaucht stand aufrecht im Wagen und verließ denselben alsbald elastischen Schrittes. Tiefes Schweigen herrschte in dem weiten Raum, als der Prinz auf Se. Durchlaucht zutrat, herzliche Worte des Willkommens sprechend. Die hohen Herren schüttelten sich lebhaft die Hand, und der Prinz stellte seine Begleitung vor. Mit dem Fürsten Bismarck, welcher die historische Kürassier-Uniform trug, hatte auch Graf Herbert Bismarck den Wagen verlassen. Nachdem Se. Durchlaucht mit den ihm vorgestellten Herren einige Worte gewechselt hatte, begab sich derselbe leichten Schrittes über den mit Teppichen bedeckten Boden dahingehend, nach den Fürstenzimmern. Jetzt erst kam Leben und Bewegung in die kleine Schar, welche im letzten Augenblick der Einfahrt des Zuges sich Zutritt verschafft hatte und welche aus Post- und Eisenbahnbeamten, einigen Militär- und vielleicht 50 Civilpersonen bestand. Lebhafte, begeisterte Hochrufe ertönten und alsbald fanden sie aus der Kopf an Kopf in den Wartesälen harrenden Menge lebhaftesten Wiederhall. Hoch aufgerichtet, die ihn umgebenden Herren meist um Haupteslänge überragend, schritt Fürst Bismarck dahin und erstieg die Stufen, die zu den Fürstensälen führen, wo ein Aufenthalt nicht genommen wurde. Unbeschreiblich war der Moment, in welchem Se. Durchlaucht, aus den Fürstenzimmern kommend, außerhalb des Bahnhofes erschien. Da etwa acht bis zehn Stufen zu dieses Appartements führen, so war die Gestalt des Fürsten für die auf dem großen weiten Platze stehenden Menschenscharen weithin sichtbar. Mit die Luft erschütternden Hoch- und Hurrahrufen begrüßte das Volk seinen Nationalhelden, die Damen schwenkten die Tücher, die Herren die Hüte,

Digitized by Google

es gab sich eine Begeisterung kund, wie wir sie seit den Tagen der großen Siegesbotschaften hier kaum gekannt haben, ausgenommen an jenem Dezembertag 1878, als Kaiser Wilhelm I. nach dem Nobiling'schen Attentate wieder genesen, wieder in die Reichshauptstadt einzog. Unter stürmischen Kundgebungen ging der Zug durch das Brandenburger Thor die Linden entlang bis zum Schloß. Hier empfing der Kaiser, umgeben vom gesamten Hauptquartier und sämtlichen Kabinettchefs, den Fürsten Bismarck. Die Begrüßung war äußerst herzlich. Der Fürst war sichtlich gerührt. Auf dem Platz vor dem Schloß wurden andauernd begeisterte Kundgebungen laut. Tausende stimmten „Heil Dir im Siegerkranz", „Die Wacht am Rhein", „Deutschland über Alles" an. Der Kaiser, die Kaiserin und Fürst Bismarck zeigten sich wiederholt dankend grüßend am Fenster. Auch die drei ältesten Prinzen waren anwesend. Um 1¾ Uhr fand ein Frühstück bei den Majestäten von nur drei Gedecken für den Kaiser, die Kaiserin und den Fürsten statt. Der Kaiser trug die Uniform der schlesischen Kürassiere. Die Magdeburgischen Kürassiere, von denen eine Regimentsdeputation eingetroffen war, stellten vor der Wohnung des Fürsten Posten. Nach dem Frühstück erfolgte die Ueberreichung der Kabinettsordre, durch die Fürst Bismarck zum Chef der Seydlitz-Kürassiere ernannt wurde, darauf Vorstellung der Deputation des Regiments durch den Kommandeur Oberstleutnant Graf von Klinckowström. Gegen 3 Uhr gaben der Reichskanzler, hierauf alle Staatssekretäre ihre Karten beim Fürsten ab. Graf Lehndorff, Ministerpräsident Graf Eulenburg, Minister v. Maybach, Fürst Pleß und Graf Henckel zu Donnersmarck machten dem Fürsten ihre Aufwartung. Bei der Kaiserin Friedrich verweilte dieser 15 Minuten. Als Bismarck erfuhr, daß der König von Sachsen die Absicht habe, ihn zu besuchen, wollte er sich zu Sr. Majestät begeben, aber König Albert kam ihm zuvor, da er es dem Fürsten bequemer machen wollte. Sonst blieb Bismarck in ganz engem Kreise bis zum Abendbrot in seinen Gemächern. Dieses fand zu 12 Gedecken statt. In der Mitte der einen Längsseite der Tafel saß der Kaiser, nach rechts folgten Prinz Heinrich und

Digitized by Google

Flügeladjutant Graf v. Moltke, nach links Fürst Bismarck und Graf Klinckowström, die andere Längsseite nahmen Flügeladjutant Oberst v. Moltke, Graf Herbert Bismarck, Oberhof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg, die Adjutanten des Prinzen Heinrich, von Seckendorff und von Colomb ein, an den Schmalseiten saßen Graf Wilhelm Bismarck und Premierleutnant von Riesewand. Bei Tische ging es gänzlich inoffiziell zu. Der Kaiser war außerordentlich gnädig zum Fürsten Bismarck.

Die Motive des Wandels beim Monarchen waren schwer zu erkennen; denn gerade in jenen Tagen stand Fürst Bismarck in scharfer Opposition zu der Politik seines Nachfolgers, der es jetzt für zeitgemäß hielt, gleich dem Domherrn von Naumburg an seiner Thür seine Karte abzugeben.

Fürst Bismarck war als ein Triumphator in Berlin eingezogen, und reiche Ehren häuften sich auf seinen Scheitel. Konnte die Aufnahme, die er bei der Bevölkerung Berlins fand, an den Tag erinnern, wo er vier Jahre vorher Abschied nahm, so trat dieses Mal in der Presse der Hauptstadt ein gewaltiger Unterschied gegen den 28. März 1890 hervor. Die Konservativen, die an diesem Tage dem Entlassenen so übel mitgespielt hatten, führten jetzt die entgegengesetzte Sprache. Sie feierten den Exkanzler als einen der Ihrigen. Die „Kreuzzeitung" that es in einem bemerkenswerten Artikel, der mit den Worten anhub:

„Der 26. Januar 1894 wird nicht nur für die Geschichte unserer inneren Entwicklung von dauernder Bedeutung sein, er bezeichnet zugleich den Markstein in unserer auswärtigen Politik, und ganz Deutschland blickt mit Dank zum Könige und Kaiser hinauf, der den vielleicht nicht leichten Entschluß gefaßt hat, über einen Wall feindseliger und entgegenwirkender Elemente hinweg, deren lähmender Einfluß und deren Macht durch Stellung, Gewohnheit und Routine fast unerschütterlich begründet zu sein schien, die Hand dem Manne hinüberzureichen, der nun einmal im Bewußtsein der Nation dasteht als der treueste Diener seines Herrn und als die Verkörperung des nationalen Gedankens in Deutschland. Wir haben keinen Beruf und kein Bedürfnis, unseren Lesern noch einmal das tragische Moment vorzuführen, das darin lag,

Digitized by Google

daß gerade diese Figur plötzlich wie in einer Versenkung verschwinden konnte; auch wäre jedes Urteil über Veranlassung und Verlauf dessen, was wir seit dem März 1890 erlebt haben, verfrüht. Wenige Menschen kennen den wahren Zusammenhang, und diese wenigen schweigen. In die Menge gedrungen ist die fable convenue, und welcher ernste Mann wollte auf diese hin sein Urteil abgeben? Das eine aber ist sicher; seit, wie wir es gesehen haben, der alte Kanzler in voller Aussöhnung neben seinem König und Kaiser gestanden hat, ist dem Deutschen Volke ein Alp von der Seele genommen, und die drückend pessimistische Stimmung, die sich zumal seit Jahresfrist stetig gesteigert hat, beginnt wieder einer ruhigen Zuversicht Platz zu machen. Kaiser Wilhelm hätte dem Preußischen Staat und dem Deutschen Reich kein größeres Geschenk machen können, als durch dieses Versöhnungsfest geschehen ist, und wir zweifeln nicht daran, daß segensreiche Früchte nach innen und nach außen diesem Friedensbaume zu danken sein werden.

Es ist nur ein Urteil darüber in der Welt, daß unser Ansehen nach außen hin sehr wesentlich abgenommen hat. Man spürte es zumeist an dem Widerhall, der uns von den Stimmungen der Deutschen im Auslande herübertönte. Alle unsere Gegner kommen sich mächtiger vor, unsere Verbündeten selbständiger und berufener, die Führung in einer politischen Kombination zu übernehmen, deren Ursprung von Deutschland ausgegangen war und deren Leitung unbestritten in den Händen Deutschlands ruhte, so lange die Politik des Reiches bestimmt wurde durch das Zusammenwirken des Fürsten Bismarck mit seinem Kaiser."

Der Besuch Bismarcks in Berlin wurde vom Kaiser im Monat Februar in Friedrichsruh erwidert, wobei dem Generaloberst die neue Feldausrüstung vorgeführt wurde. Der Kaiser hatte zwei Mann vom Alexander-Regiment mitgebracht, einen in der alten feldmäßigen Ausrüstung, den andern in der erneuten. Nach dem Empfang am Bahnhof war der hohe Gast selbst behilflich, dem Fürsten den Mantel um die Schultern zu legen; später, nach dem Diner, fand die Vorstellung der beiden Soldaten statt. Auch überließ der Kaiser dem Fürsten seine eigenhändigen Zeichnungen der wichtigeren deutschen und aus-

Digitized by Google

ländischen Schlachtschiffe. Abends nahm der Gast von dem ihn zum Bahnhof begleitenden Wirt mit Händeschütteln und fröhlich gerufenem „Auf Wiedersehen" Abschied. Die Versöhnung war eine vollständige. Dann kam wieder der erste April. Der Kaiser weilte in Abbazia und versäumte nicht, nach einer Pause von drei Jahren, seinen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag des Fürsten darzubringen und ihm zugleich mitzuteilen, daß Flügeladjutant Graf Moltke einen Küraß überbringen werde. „Der feste Stahl", so fügte der Kaiser hinzu, „der dazu bestimmt ist, sich um Ihre Brust zu legen, mag als Symbol deutschen Dankes gelten, der sich in fester Treue um Sie schließt und dem auch ich einen beredten Ausdruck meinerseits verleihen möchte."

Das Jahr, in dem der Monarch und der Exkanzler seit 1890 sich zum ersten Male wiedersahen, war das letzte der Kanzlerschaft Caprivis. „Le roi me reverra" soll Bismarck bei seiner Entlassung gesagt haben. Er hat den Ausspruch nicht gethan, aber derselbe ist verwirklicht worden in physischem und in anderem Sinne. Der König hat den Entlassenen persönlich wiedergesehen im Jahre 1894 und damals auch angefangen, geistig wieder zum Fürsten Bismarck zurückzukehren. Von konservativer Seite wurden in dieser Beziehung auf den Fürsten Hohenlohe große Hoffnungen gesetzt. Wer allerdings von der Thronrede, mit der der Reichstag am 5. Dezember 1894 eröffnet wurde, Aufklärung erwartet hatte, ob nach dem Kanzler- und Ministerwechsel in der Reichs- und Staatspolitik eine neue Richtung eingeschlagen werde, dem bereitete sie gründliche Enttäuschung. Dieselbe Thronrede konnte auch Graf Caprivi vertreten. Alles in allem hatte man den Eindruck, daß sich in der Regierungspolitik nichts Wesentliches ändern werde, und daß der eingetretene Wechsel in den hohen Aemtern mehr auf persönlichen als auf politischen Gründen beruhte. Dies stimmte auch überein mit der allgemein verbreiteten Annahme, daß der Kaiser persönlich der Politik ihren Gang vorschreibt, und daß es also materiell keinen erheblichen Unterschied macht, wer Reichskanzler und wer preußischer Premierminister ist. Die

Digitized by Google

Programmrede, mit der der neue Reichskanzler die Beratung des Etats eröffnete, war geeignet, bessere Hoffnungen zu erwecken, obwohl Fürst Hohenlohe einen Systemwechsel ableugnete. Es wurde gesagt, man merke, der Mann ist ein erfahrener, praktischer Politiker. Man erwartete, daß nach den vier Jahren des Niedergangs wieder ein Kanzler mit fester Hand das Steuer des Staatsschiffes lenke und sich nicht zum bloßen Vollstrecker eines fremden Willens mache. Was hatte der Aera Bismarck die innere Kraft gegeben? Was war es, das noch die Nation nach dem Sachsenwalde schauen ließ? Das Verlangen nach einer festen Hand inmitten aller dieser Schwankungen und ziellosen Wege der letzten Jahre. Als es sich sodann in den Weihnachtstagen bestätigte, daß der neue Kanzler einen Antrittsbesuch in Friedrichsruh machen werde, feierte die „N. Pr. Ztg." dies Ereignis als ein für ihre Sache hochbedeutsames. Auch andere Blätter erkannten die Bedeutung der Zusammenkunft. Wenn die „Kreuzzeitung" von einer lebhaften Aussprache zwischen beiden Staatsmännern zu berichten wußte, wobei alle Tagesfragen, insbesondere natürlich die politischen, berührt worden seien, so lag in den Mitteilungen der „Post" nicht so sehr ein direkter Widerspruch als eine Einschränkung und Abschwächung vor. Auch was das freikonservative Organ zu melden wußte, rückte die Zusammenkunft in eine Beleuchtung, die sie von einer farblosen Ceremonie weit entfernte, ohne freilich die zu weitgehenden Beängstigungen einzelner linksliberaler Organe zu rechtfertigen. „Die Wiedergewinnung der Herzen für den Kaiser" war eine merkwürdige Wendung des sonst so loyalen Blattes, und sie enthielt neben einem Zugeständnis, von dem man Akt nahm, auch eine Bestätigung der aus verschiedenen Anzeichen geschöpften Ansicht, daß es dem Kaiser darum zu thun war, nicht eine Entfremdung zwischen sich und dem Deutschen Volke eintreten oder breiteren Raum gewinnen zu lassen. Nicht minder merkwürdig war die folgende Wendung von „der Möglichkeit, die Erfahrung und den Patriotismus Bismarcks gegebenen Falls nutzbar zu machen". Auch das wurde allgemein willkommen geheißen, wenn, sagte

Digitized by Google

man, die erprobte Weisheit des Alt-Reichskanzlers niemals im Sinne gewisser Strömungen geltend gemacht werden würde, die seinen Nachfolger zu verhängnisvollen und in ihren Folgen unübersehbaren Schritten treiben möchten.

Die Beziehungen des Fürsten Hohenlohe zu Bismarck haben seit jenem Besuche die politische Welt viel beschäftigt. Wir kommen im nächsten Kapitel darauf zurück.

Digitized by Google

XIX.

Der Kaiser in Friedrichsruh.

Das Jahr 1895, das Jahr der fünfundzwanzigjährigen Gedenktage, schien die Innigkeit der Beziehungen zwischen Berlin und Friedrichsruh vollenden zu sollen. Am Neujahrstage schon telegraphierte der Kaiser an Bismarck: „Ich hoffe, daß Sie sich im Laufe des Jahres von dem schweren Schlage (Tod der Fürstin Bismarck) erholen werden, der Sie unlängst betroffen hat, und daß Sie sich guter Gesundheit und Stimmung erfreuen werden." Im Monat Februar bestimmte der Kaiser für die Gedächtnistafel, die an dem Bismarckturm bei Göttingen angebracht werden sollte, die Inschrift: „Dem großen Kanzler! Kaiser Wilhelm II. 1895." Im März ernannte der Kaiser den Grafen Wilhelm Bismarck zum Oberpräsidenten von Ostpreußen. Am 23. desselben Monats sandte er das Telegramm nach Friedrichsruh: „Euer Durchlaucht spreche ich den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Entschluß des Reichstags aus." An jenem Tage hatte das Zentrum den durchaus neutralen und unparteiischen Vorschlag des Präsidenten v. Levetzow, sich zum achtzigsten Geburtstage Bismarcks an der Ehrung desselben zu beteiligen, abgelehnt. Am ersten April leerten die Herren v. Buol und Spahn bei Hofe ihr Glas auf das Wohl des Fürsten Bismarck, und die ultramontane Presse erklärte, das Zentrum habe gegen eine Bismarck-Ehrung in angemessener Form nichts einzuwenden. Die Nachricht, das neue Präsidium des Reichstages sei zum Bismarck-Essen eingeladen, suchte die

Digitized by Google

Zentrumspresse noch am 31. März als Aprilscherz lächerlich zu machen. Dann machte sie die Entdeckung, Herr Reinhardt Schmidt habe keinen Mut, er sei ausgerissen, weil er befürchte, vom Kaiser hart angelassen zu werden, die Zentrumsherren aber hätten Tapferkeit mit Vorsicht verbunden, sie hätten mutig der Gefahr getrotzt, nachdem sie sich vorher fürsorglich vergewissert hätten, daß die Sache nicht gar zu schlimm ablaufen würde. Und damals geberdete sich die Zentrumspresse, als hätte sie gar keine Empfindung für die Komik der Situation, daß dieselben Herren, die im Reichstage mit Mannesmut die einfache Bismarck-Ehrung ablehnten, bei Hofe begeistert in das Hoch auf Bismarck einstimmten.

Die Festtage, die in Friedrichsruh folgten, sollten dem Zentrum und seinem Anhang eine gewisse Genugthuung verschaffen. Am 26. März hielt Kaiser Wilhelm II. eine Parade mit klingendem Spiel vor dem Fürsten ab. Die Pauken wurden geschlagen, die Hörner geblasen wie vor einem gekrönten Haupte. Nach der Ueberreichung eines Ehrenpallasches sagte der Kaiser in einer Ansprache an den Fürsten: „Sie sehen jenes Regiment, welches die Ehre hat, Eure Durchlaucht als Chef zu nennen, jenes Feldzeichen, ein Denkmal kurbrandenburgischen Ruhms vom Großen Kurfürsten her. Eure Durchlaucht wollen im Geiste hinter dieser Schar den Heerbann aller germanischen Stämme sehen, die den heutigen Tag mitfeiern. Im Anblick dieser Schar komme ich, Euer Durchlaucht eine Gabe zu überreichen. Ich konnte kein besseres Geschenk finden als ein Schwert, die vornehmste Waffe des Germanen, als Symbol jenes Instrumentes, welches Eure Durchlaucht im Dienste Meines hochseligen Herrn Großvaters haben schmieden helfen, und Sie haben es geschärft zu seiner Aufgabe in Blut und Eisen. Es war das jenes Mittel, welches nie versagt in der Hand von Königen und Fürsten, wenn es Not thut auch gegen den inneren Feind, wie es sich auch gegen den äußeren Feind bewährt hat. Sie sehen in den eingravierten Zeichen die Wappen von Elsaß und Lothringen, ein Symbol der That des Schwertes, die vor 25 Jahren geschah."

Bei der Tafel hielt Se. Majestät der Kaiser eine Ansprache an den Fürsten Bismarck, die ebenfalls nur den alten Offizier

Digitized by Google

feierte. Fürst Bismarck hat gern die Uniform getragen. Aber daß er in den Augen der Zeitgenossen als Generaloberst der Kavallerie eine besondere, ausschließliche Ehrung beanspruchte, das würde man füglich nicht behaupten können. Der Ruhm des Fürsten Bismarck liegt auf anderem, als militärischem Gebiet. Deshalb wurde die Vermutung allgemein, daß die rein militärische Feier nur ein Teil der Aufmerksamkeiten sei, die der Kaiser dem Fürsten Bismarck zugedacht habe, und daß der Verherrlichung des Generaloberſten noch die besondere Würdigung des Staatsmannes folgen, daß sich zu dem Ehrenpallasch noch ein Symbol gesellen werde, das der politischen Vergangenheit des Fürsten Bismarck angepaßt sei. Die Teilnahme des Kaisers an der nationalen Geburtstagsfeier und seine Verehrung für den fünf Jahre zuvor von ihm entlassenen Kanzler war eigenartig, jedenfalls äußerlich sehr glänzend, mit ungewöhnlichem militärischem Apparat, zum Ausdruck gelangt. Sollte die Absicht vorgelegen haben, von dem Beweise Kaiserlicher Gnade und Verehrung alles fernzuhalten, was auf politische Konsequenzen im Sinne einer Wiederbelebung Bismarck'schen Einflusses auf die Staatsgeschäfte zu deuten gewesen wäre, so hätte das gar nicht geschickter gemacht werden können, als durch die Parade, die dem Generaloberſten galt, durch das Glückwunschtelegramm und durch den lakonischen Trinkspruch beim Festmahle: Se. Durchlaucht, der Herzog von Lauenburg, Fürst Bismarck, Hurrah, Hurrah, Hurrah! Die Kundgebungen des Kaisers schienen wirklich einem der aktiven, politischen Gegenwart entrückten und bereits bei Lebzeiten historisch zu würdigenden Staatsmanne zu gelten.

Trotz der Enttäuschung, die diese Art von Geburtstagsfeier der Deutschen Nation bereitete, drängte sich, nachdem der Monarch noch im Hohenzollernschloß an der Spree ein Festmahl zu Ehren des ersten Kanzlers veranstaltet hatte, manchem deutschen Patrioten die Frage auf, ob die gewaltigen begeisterten Kundgebungen, deren Zeuge das einsame Herrenhaus zu Friedrichsruh in letzter Zeit gewesen war, auch eine unmittelbare Rückwirkung auf die Gestaltung der Geschicke des Vaterlandes haben würden oder nicht. Ohne Folgen, meinte man, könnten diese

Digitized by Google

Festtage des deutschen nationalen Gedankens insofern sicherlich nicht bleiben, als diejenigen Volkskreise, auf welche sich die Politik des Fürsten Bismarck vornehmlich stützte, neue Kraft und neuen Mut geschöpft haben würden zu dem Kampfe, den sie gegen die Mächte zu führen haben, denen des Reiches Macht und Ehre ein leerer Schall ist und die niederzureißen trachten, was die gewaltigen Zeugen einer großen Zeit aufgebaut haben. Aber in der politischen Lebensbethätigung der Nation werde diese Stärkung des nationalen Gedankens nicht wahrnehmbar werden, wenn nicht auch die maßgebenden Kreise, denen die oberste Leitung der Geschicke des Vaterlandes zur Zeit anvertraut sei, sich in ihrer Wirksamkeit wiederum von denjenigen Gesichtspunkten leiten ließen, die für den Fürsten Bismarck maßgebend gewesen sind und deren stetiger Verfolgung das Deutsche Volk seine staatliche Einigung zu danken hat. Gerade in der gegenwärtigen bewegten Zeit sei daher die Frage von besonderer Bedeutung, ob nunmehr endlich die Regierung durch nichts behindert sei, den weisen Rat des Fürsten Bismarck einzuholen, der den preußischen und den Deutschen Staat durch tausend Gefahren stets glücklich hindurch zu leiten gewußt hat.

In der Zeit, wo dieses Thema die deutsche Presse beschäftigte, veröffentlichte der „Reichs-Anzeiger" eine Erklärung gegen die Rede, die Fürst Bismarck an die Abordnung des Bundes der Landwirte (im Juni 1895) gerichtet, und in der er von „Klebern" gesprochen hatte. Ehe noch der „Reichs-Anzeiger" seine Erklärung veröffentlichte, versicherte ein Berliner Blatt, das mit Friedrichsruh Fühlung hatte, Fürst Bismarck habe das Bedürfnis gehabt, mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit auszusprechen, daß ihm für den jetzigen Gang der Politik auch nicht die geringste Verantwortlichkeit obliege. Nichts sei verkehrter, als „rein persönlichen Vorgängen" sachliche Bedeutung beizumessen, insbesondere der außergewöhnlichen militärischen Ehrung, die der Kaiser dem Generaloberſten dargebracht habe. Der Kaiser habe nach dem Rücktritt des Grafen Moltke mit ihm nie mehr über militärische Angelegenheiten und seit dem März 1890 nie mehr mit dem Fürsten Bismarck über politische oder Personenfragen gesprochen. Fürst Bismarck habe Anlaß

Digitized by Google

gehabt, sich gegen die Vermutung irgendwelchen Anteils an den Geschehnissen der jüngsten Zeit zu verwahren, besonders da ihm die politische Lage nach verschiedenen Richtungen nicht unbedenklich erscheine. Diese Auslassungen zeugten von einer ernsten Verstimmung des greisen Staatsmannes. Anscheinend hatte zu ihr ein Umstand beigetragen, über den die „Berl. N. Nachr." folgende Andeutungen machten.

„Es hat eine Anzahl Zeitungen, darunter recht ernste Blätter, die Ernennung Wissmanns auf den Einfluß des Fürsten Bismarck beim Kaiser zurückgeführt, und wie dies in Berlin aufgefaßt wurde, erhellte alsbald aus der Betonung, daß diese Ernennung ausschließlich durch den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe veranlaßt sei. In amtlichen Kreisen verlautet, was wir nicht kontrollieren können, daß derartige Zeitungsausschnitte dem Kaiser vorgelegt worden seien und zu einer Aeußerung von Allerhöchster Stelle Anlaß geboten hätten."

Die Bedeutung der „Annäherung", die unversehens eingeleitet wurde, ohne daß Graf Caprivi sie veranlaßt hatte, wurde vielfach überschätzt, es war nicht daran zu denken, daß Fürst Bismarck bei seinem guten Gedächtnis die Vorgänge, die sich bei seinem Sturz abgespielt hatten, vergessen werde; auch in der Reise des Fürsten Hohenlohe war um so weniger eine Zuziehung des ersten Reichskanzlers zu den entscheidenden Fragen der Politik zu sehen, als Fürst Bismarck sich immer geweigert hat, die „Kamarilla" zu spielen und zu raten, wo er nichts zu thun hatte. Auch durfte man sich nicht dem Wahn hingeben, daß die Entlassung des Grafen Caprivi den Frieden oder das innige Einvernehmen mit Friedrichsruh bedeuten könnte. Wenn Graf Caprivi und Herr von Bötticher angegriffen wurden, so waren sie doch für den Fürsten nicht bedeutend genug, als daß er zuerst ihnen Schach und Matt bieten sollte.

Eine Einladung nach Kiel zu der Nord-Ostsee-Kanaleinweihung erhielt Fürst Bismarck nicht. Ein auf ihn bezüglicher Passus in der Kieler Urkunde hatte bereits festgestanden, wurde aber wieder gestrichen. Am 20. Juni erhielt Herr von Bötticher ein Handschreiben des Kaisers, das seine Verdienste um den Kaiser-Wilhelm-Kanal hervorhob. Die beigefügte Marmor-

Digitized by Google

büste sollte für immer an den kaiserlichen Dank erinnern für die hingebende Treue, mit der er das „epochemachende Werk in allen Phasen seiner Entwicklung gefördert habe", ein Werk, das ohne den Fürsten Bismarck gar nicht zu Stande gekommen wäre. Einstimmig wurde anerkannt, daß die glanzvollen Feste zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals trotz zeitweiliger Ungunst des Wetters und einzelner mehr oder minder von vorn herein als unvermeidlich angesehener Störungen und Unfälle in erhebendster und befriedigendster Weise verliefen. Das Deutsche Volk konnte sich beglückwünschen, daß ein großes, vaterländisches Werk vollendet und seiner Bestimmung übergeben war, wenn auch naturgemäß an demselben noch manches nachzubessern blieb; es hatte Kaiser und Reich wieder einmal in vollster Macht und Herrlichkeit vor der gesamten Kulturwelt auftreten sehen und es durfte trotz des eigenartigen Verhaltens eines Teiles seiner auswärtigen Gäste auch eine günstige Wirkung dieser Tage auf die Erhaltung des Friedens erhoffen.

Einen Schatten aber hatten gerade die am lebhaftesten national empfindenden Teile unseres Volkes mit schmerzlichstem Bedauern über diesen Festen wahrgenommen: unmittelbar vor denselben war es leider aller Welt offenkundig geworden, daß zwischen dem Schöpfer unserer nationalen Einheit, dem doch auch die Ermöglichung des jetzt vollendeten Werkes in erster Linie zu danken war und der dasselbe außerdem persönlich unter Einsetzung seiner ganzen Energie zur Inangriffnahme gebracht hatte und den Lenkern des Reiches nicht nur immer noch nicht das von allen Patrioten ersehnte vertrauensvolle Verhältnis bestand, vielmehr neuer, scharfer Hader entbrannt schien. So mußte es das Deutsche Volk in diesen Festtagen erleben, daß der Verdienste des Fürsten Bismarck auch um den Nord-Ostsee-Kanal bei der ganzen Feier mit keinem dankenden Worte gedacht wurde, vielmehr alle höchste Huld sich auf einen seiner ehemaligen Gehülfen lenkte, der doch auf dem hier in Betracht kommenden, wie auf allen anderen Gebieten lediglich als ausführendes Werkzeug thätig gewesen war.

Wie es so gekommen war und ob es so kommen mußte, durfte man wohl sobald nicht erfahren. Die zweifellos

Digitized by Google

ſcharfen Auslaſſungen des Fürſten über das regierende Büreaukratentum gegenüber dem Ausſchuß des Bundes der Landwirte waren jedenfalls nicht die Urſache, ſondern lediglich ein erſter deutlicher Ausdruck des unfreundlichen Verhältniſſes. Auch die offiziöſe Preßfehde gegenüber ſeinen Bemerkungen zu den Schleswig-Holſteinern, betreffend die Rolle des Vaters der Kaiſerin in der Geſchichte des Nord-Oſtſee-Kanals, konnte nicht als Schlüſſel der Frage betrachtet werden. Ebenſowenig konnten etwa die nach dem Scheitern der Umſturzvorlage über dieſe zu den ſchleſiſchen Damen geſprochenen Worte des Fürſten als Urſache der Verſtimmung gelten, zumal ja dieſe Vorlage von der neuen Regierung ſicherlich nicht mit Begeiſterung aus dem Caprivi'ſchen Nachlaß übernommen worden war. Daß Fürſt Bismarck über die Art und Weiſe der Ausführung der in der oſtaſiatiſchen Frage eingeſchlagenen Politik ſtarke Bedenken gehabt hat, iſt zweifellos; aber auch hierauf ließen ſich die unfreundlichen Beziehungen zwiſchen Berlin und Friedrichsruh wenigſtens nicht mit Sicherheit zurückführen.

Man mußte einſtweilen ſich dabei beſcheiden, die Quelle des betrübenden Zuſtandes allgemein in einem anſcheinend unüberbrückbaren Gegenſatz der Charaktere der in Betracht kommenden Perſönlichkeiten zu ſuchen. Leider wurde dadurch die freudige Zuverſicht, daß es endlich zu einem Dauer verſprechenden Ausgleich gekommen ſei, wiederum ſtark erſchüttert.

Der Kaiſer gedachte wieder des Altreichskanzlers am 18. Auguſt, als der Grundſtein zu dem Nationaldenkmal für Deutſchlands erſten Kaiſer gelegt wurde, ſowie an dem darauf erfolgenden Sedantage. Der Beſuch des Kaiſers in Friedrichsruh im Dezember desſelben Jahres war für weite Kreiſe des Volkes eine Ueberraſchung. Trotz aller Aufmerkſamkeiten, die der Herrſcher ſeit der Ueberſendung der ſymboliſchen Flaſche Steinberger-Kabinetts nach dem Sachſenwalde dem Fürſten Bismarck erwieſen hatte, war die Empfindung allgemein, daß es an innigem Einvernehmen zwiſchen Berlin und Friedrichsruh fehle, obwohl auch Fürſt Hohenlohe nicht verfehlt hatte, dem älteren Diplomaten, unter dem er lange gedient hatte, einen Beſuch zu machen. Bald begannen die

Digitized by Google

Blätter von Friedrichsruh zu betonen, daß der Kaiser mit dem Fürsten Bismarck seit dessen Entlassung noch nie ein Wort über politische Fragen gewechselt, auch nie ihn um Rat befragt habe, und ein lebhafter Feldzug wurde besonders wieder gegen Herrn von Bötticher unternommen, der in der Rede über die Kleber, Streber und Drohnen sattsam gekennzeichnet war. Herr von Bötticher erhielt alsbald die ehrenvollsten Vertrauenskundgebungen des Herrschers. Die Ansicht wurde allgemein geteilt, daß die alte Verstimmung des entlassenen Kanzlers ungeschwächt fortdauere. Gleichwohl besuchte der Kaiser jetzt wieder seinen früheren Ratgeber, unbekümmert um alle Preßtreibereien. Fürst Bismarck erhielt sodann im Januar 1896 durch ein sehr gnädiges Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers und Königs eine Einladung zu den Feierlichkeiten, welche zur Erinnerung an die Neubegründung des Deutschen Reiches am 18. des Mts. im Weißen Saale des Königlichen Schlosses in Berlin stattfinden sollten. Fürst Bismarck, welchem in dem Allerhöchsten Handschreiben auch Wohnung im Königlichen Schlosse angeboten war, ließ sich bei Sr. Majestät entschuldigen, da nach ärztlichem Urteil sein Gesundheitszustand es ihm nicht gestatte, die Reise und die Beteiligung an der historischen Feier in Aussicht zu nehmen. Es hieß damals Bismarck hätte sich nicht als Dekorationsstück verwenden lassen wollen.

Am 1. April desselben Jahres brachte der Kaiser abermals seinen Glückwunsch dar, nebst einem Geschenk, das in einer großen Photographie der Kaiserlichen Familie bestand. Am 1. April 1897 kam kein Gruß aus dem Königshause in Berlin nach Friedrichsruh, wo Fürst Bismarck eben von einer schweren Krankheit zu genesen begann. Am 10. Mai 1896 fand in Gegenwart der Majestäten in Frankfurt a. M. das Friedensfest statt, womit die Feste zur Erinnerung an den Krieg 1870/71 und an die Wiederaufrichtung des Deutschen Kaisertums einen erhebenden und würdigen Abschluß fanden. Die offizielle Feier in Frankfurt a. M. vollzog sich im Anschluß an die Enthüllung des vom Düsseldorfer Bildhauer Buscher geschaffenen Denkmals Kaiser Wilhelm I., auf dem dortigen

Digitized by Google

Opernplatz. Sofort nach der Enthüllungsfeier sandte der Kaiser an den Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh folgendes Telegramm:

„Der Frankfurter Frieden, welcher vor 25 Jahren geschlossen und dessen Erinnerung soeben durch Enthüllung einer Reiterstatue für den in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm den Großen in weihevoller Weise gefeiert wurde, bildet den Abschluß einer gewaltigen Zeit, in welcher Deutschland seine Einigkeit und Größe, sowie die ihm im Rate der Völker gebührende Stellung wieder errang. Welche unvergeßlichen Verdienste Sie, Mein lieber Fürst, sich hierbei erworben, Ihnen heute von neuem in Dankbarkeit und Verehrung auszusprechen, ist Mir Bedürfnis und Pflicht. Neben dem Namen des großen Kaisers Wilhelm wird der Name seines großen Kanzlers in der Geschichte allezeit glänzen, und in Meinem Herzen wird das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit gegen Sie nie ersterben. Wilhelm, I. R."

Hierauf ging folgendes Antwort-Telegramm des Fürsten an den Kaiser ein:

„Eure Majestät haben mich durch die huldvolle und erinnerungsreiche Begrüßung vom heutigen Tage hochgeehrt und beglückt, und ich bitte Allerhöchstdieselben meinen ehrfurchtsvollsten Dank dafür Ew. Majestät zu Füßen legen zu dürfen."

Im November desselben Jahres gab es einen heftigen Streit zwischen der ultramontanen und freisinnigen Presse einerseits und den Bismarckblättern andererseits. Es handelte sich um die Enthüllungen der „Hamb. Nachr." über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag von 1887—1890. Die ultramontanen und die freisinnigen Blätter wetteiferten mit den sozialdemokratischen in einer äußersten Heftigkeit der Angriffe, welche sie gegen den Fürsten Bismarck ob seiner „Landesverräterei" richteten. Wie der Altreichskanzler selbst über die gegen ihn gerichtete Hetze dachte, zeigte eine Mitteilung der „Hamb. Nachr.", nach denen sich der Fürst wie folgt äußerte:

Digitized by Google

„Muß doch dem Deutschen Reiche und der Monarchie gute und wirksame Dienste erwiesen haben, daß die Gegner noch heut, nachdem ich sechs Jahre nicht mehr im Dienste bin, einen so rachsüchtigen Haß gegen mich empfinden."

In der nationalgesinnten Presse fand der Standpunkt, den sie von Anfang an zu den „Enthüllungen" eingenommen, immer mehr Zustimmung, und die Zahl der Huldigungskundgebungen für den Fürsten Bismarck mehrte sich beständig. Die offiziellen Kreise glaubten diesem den Vorwurf der Verletzung von Staatsgeheimnissen nicht ersparen zu können. Man kennt die Erklärung, die amtlich im Reichsanzeiger erfolgte. Auch in der Verhandlung, die im Reichstage über denselben Gegenstand erfolgte, wandte sich die Regierung im allgemeinen gegen die Veröffentlichung des Vertrages, den sie im Jahre 1890 nicht erneuert hatte. Es ist wohl anzunehmen, daß der Monarch auf Seiten des Fürsten Hohenlohe stand, der im Reichstage das Wort nahm. Wie weit aber bei ihm eine Verstimmung gegen den Fürsten Bismarck vorherrschte, läßt sich schwer sagen. Unfreundliches Wetter zwischen Berlin und Friedrichsruh schien ein Vorgang aus dem Januar 1897 zu verraten. Der kaiserliche Hausminister Herr v. Wedell-Piesdorf hatte zur Hochzeitsfeier seiner Tochter mit dem Gardeleutnant Grafen Bismarck-Bohlen auch den Grafen Herbert Bismarck als Vertreter der Bismarck-Schönhausener Linie gebeten. Graf Herbert hatte diese Einladung mit Zustimmung des Fürsten Bismarck angenommen. Der Kaiser hatte sich zur Hochzeit bei seinem Hausminister angesagt. Als Se. Majestät erfuhr, daß Graf Herbert Bismarck unter den Gästen sei, ließ er Herrn v. Wedell mitteilen, er wünsche nicht mit dem Grafen Herbert zusammenzutreffen. Unter großer Bestürzung ward Graf Herbert Bismarck wieder ausgeladen. So teilten bismarckfreundliche Blätter mit. Am 26. Februar hielt der Kaiser wieder beim Diner des Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg eine Rede. Dieselbe enthielt ursprünglich, wie Ohrenzeugen versichern, manche schärferen Ausdrücke, als der spätere offizielle Text im Reichsanzeiger. Was zumal die Aeußerung über die Ratgeber Wilhelms I. betrifft, die nach dem verbesserten Text

Digitized by Google

nur die Gedanken des Kaisers ausgeführt haben und nur die Werkzeuge seines Wollens gewesen sind, so hatte der hohe Redner ursprünglich von den „Handlangern seines großen Ahnen gesprochen". Beide Ausdrücke, der echte und der verbesserte, entsprechen nicht der geschichtlichen Wirklichkeit.

Die Anschauungsweise des Kaisers über den Anteil des Fürsten Bismarck an der Gründung des Reiches wurde auch in der Coblenzer Rede (Ende August) von ihm wiedergegeben. In dieser war die lebhafte Hervorhebung, daß Kaiser Wilhelm I. ein „auserwähltes Werkzeug Gottes" gewesen sei und sich als solches gefühlt habe, durch die neuerlichen Auslassungen des Fürsten Bismarck hervorgerufen. Fürst Bismarck zeigte in seinen Plaudereien, daß er nicht nur Werkzeug oder Handlanger des ersten Kaisers gewesen sei, sondern die Politik vielfach so selbständig geleitet habe, daß sie der Herrscher nicht mehr verstand, ihr nicht mehr folgen konnte. Diese Ausführungen stehen allerdings in schroffem Gegensatze zu der Geschichtsauffassung des heutigen Kaisers, wie er sie häufig gezeigt hat, besonders als er Heinrich von Sybel den Verdun-Preis versagte. Die Schilderung, die Sybel von dem Anteil Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck an den geschichtlichen Ereignissen ihrer Zeit giebt, ist mit der Anschauung des gegenwärtigen Herrschers wie mit seiner Coblenzer Rede unvereinbar, wenngleich dieser aus dem Handlanger vom Februar des Jahres 1897 in der Kieler Rede vom Dezember wieder den „großen Kanzler" Kaiser Wilhelms I. machte. Am 22. März kam die Enthüllungsfeier, zu der die Rede des Kaisers bei dem Mittagsmahl des brandenburgischen Provinziallandtages als Einleitung gedient hatte. Sie entsprach wenig dem nationalen Empfinden des Volkes. Sie stieß schon durch den einseitig militärischen Anstrich zurück. Nicht blos schmerzlich, sondern unwillig wurde es namentlich in weiten Bevölkerungskreisen, selbst in politisch weit nach links stehenden, empfunden, daß in diesen Festtagen von obenher öffentlich nicht mit einer Silbe des Mannes gedacht wurde, der die rechte Hand des ersten Hohenzollernkaisers gewesen ist, des Fürsten Bismarck. Ein Droguenhändler im Norden der Stadt Berlin hatte diesem

Digitized by Google

weit verbreiteten Empfinden einen ebenso drastischen wie treffenden Ausdruck gegeben. Er hatte nämlich in sein Schaufenster eine Riesenbüste des Fürsten Bismarck gestellt und darunter das Sprichwort gesetzt: „Undank ist der Lohn der Welt." Er fand mit dieser Kundgebung vielfache Zustimmung und hatte damit augenscheinlich ins Schwarze getroffen.

Aus dem Kaiserlichen Palais in Berlin kam zum 1. April kein Gruß in Friedrichsruh an. Desto mehr häuften sich die Gratulationen aus ganz Deutschland, und gaben begeisterte Geburstagsartikel in der Presse der Stimmung eines dankbaren Volkes Ausdruck. Bald nach dem 1. April kamen seltsame Enthüllungen über den unterbliebenen Gruß des Kaisers. Der Leckert-Lützow-Prozeß hatte seinen Ursprung in einem „Mißverständnis" des Berichterstatters Herrn Otto de Grahl, und jetzt war ein Irrtum desselben Herrn der Anlaß zu ärgerlichen, dem Vaterlande nichts nutzenden politischen Betrachtungen. Daß zwischen dem Berliner Hofe und Friedrichsruh gespannte Verhältnisse bestanden, war männiglich bekannt. Und so hätte es national empfindende Deutsche zwar geschmerzt, aber nach Lage der Dinge nicht weiter überrascht, wenn der 1. April, der Geburtstag des Einsiedlers im Sachsenwalde, von Berlin aus unbeachtet geblieben wäre. Da aber kam, durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet, die Freudenbotschaft, der Kaiser habe ein in herzlichen Ausdrücken gehaltenes Glückwunschtelegramm an den Fürsten gesandt. Bald jedoch erfolgte der Rückschlag, und er mußte um so empfindlicher und bedrückender wirken, als die Gemüter freudig bewegt waren und man dem Kaiser für sein angebliches Telegramm volle Zustimmung zollte. Ein Glückwunsch war nicht erfolgt, der Herrscher hatte dem treuen Staatsdiener nicht seinen Gruß entboten. Wie war nun die falsche Nachricht in die Oeffentlichkeit gedrungen? Darauf gab ein Schreiben des Wolffschen Bureaus folgende überraschende Antwort:

„Um unbegründeten Kombinationen vorzubeugen, teilen wir mit, daß die von uns am 1. April verbreitete Meldung über ein Glückwunsch-Telegramm Sr. Majestät des Kaisers an den Fürsten Bismarck uns von Herrn

Digitized by Google

Hofrat Otto de Grahl mit dem Bemerken schriftlich übermittelt wurde, er habe die Nachricht nicht für den Hofbericht erhalten, sie sei aber durchaus zutreffend. Auf wiederholte Anfrage hat uns Herr de Grahl noch am Abend des 3. April brieflich die Richtigkeit dieser Nachricht bestätigt. Erst am Sonntag, 4. April, früh erfuhren wir aus mehreren Blättern, daß wir getäuscht waren."

Herr de Grahl, der hier als der Verfasser der fälschlichen Nachricht festgenagelt wurde, ist ein im Hofnachrichtendienst ergrauter Mann. Daß er selbst irgend welchen Grund gehabt, eine Nachricht in die Welt zu setzen, die die Verstimmung zwischen Berlin und Friedrichsruh nur vergrößern konnte, ja, allem Anschein nach lediglich für diesen Zweck bestimmt war, galt für ausgeschlossen. Sicherlich war Herr de Grahl auch nur irregeleitet worden. Und zwar hat entweder bei Hofe zunächst die Absicht bestanden, ein Telegramm zu entsenden, eine Absicht, von der man später zurückkam, ohne daß Herr de Grahl rechtzeitig von dem veränderten Plane unterrichtet worden wäre, oder aber — und das ist die unerfreulichere Möglichkeit — es hatte irgend jemand vom Hofe ein Interesse daran, Intriguen zu spinnen, wobei sich dieser jemand des nichts ahnenden de Grahl bediente. In einer späteren Zeit wurde geschrieben:

„Die Erklärungen über das Mißverstehen des Breslauer Zarentoastes, die im Leckert-Lützow-Prozeß eingehend abgegeben wurden, daß nämlich der Platz des de Grahl sehr ungünstig gewesen sei, daß ferner späterhin die Zeit und Möglichkeit gefehlt habe, das Telegramm der zuständigen Kontrolle vorzulegen, konnte man vielleicht genügend finden. Anders liegt es in dem Falle des Kaisertelegramms an den Fürsten Bismarck. Herr de Grahl befand sich in Berlin und bei seinen Beziehungen zum Hofmarschallamte mußte er, zumal Gerüchte über eine neuerliche Verstimmung zwischen dem Hofe und Friedrichsruh kursierten, Zeit und Gelegenheit finden, sich über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ihm zugegangenen Nachricht Gewißheit zu verschaffen, mochte seine Quelle eine noch so gute sein. Durch Unterlassung dieses Schrittes hat er einen

Digitized by Google

großen Teil der Verantwortung für die durch die weitere Entwicklung der Angelegenheit hervorgerufenen unliebsamen Betrachtungen auf sich geladen. Eine der wichtigsten Fragen ist nun unbestreitbar die: Ist die Nachricht über das Kaisertelegramm an Bismarck Herrn de Grahl in gutem oder in schlechtem Glauben zugestellt? Diese Frage würde aber wahrscheinlich nicht so schwer zu lösen sein, wenn der Urheber derselben bekannt würde. Von Schritten, welche zur Entdeckung des Urhebers führen könnten, hat aber nie etwas verlautet, vielmehr ist man in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß eine Möglichkeit ausgeschlossen ist, den Betreffenden zu erfahren, wenn de Grahl ihn nicht freiwillig nennt; das scheint allerdings ein wenig seltsam! Bei jedem geringfügigen Preßprozeß werden, zumal in der letzten Zeit, die Redakteure, ja, das Druckerpersonal, einer schneidigen Untersuchung unterzogen. Es wäre doch bedauerlich, wenn eine Angelegenheit, welche geeignet ist, Volk und Fürsten gegen einander zu verhetzen, dadurch einfach ihren Abschluß fände, daß sich hinter dem Uebermittler der Nachricht „wegen zu großer Nervosität" das Thor der Nervenanstalt schlösse. Aber noch ein weiterer Grund gebietet ernste Nachforschung. Bekanntlich war in die Welt gesetzt, daß die Nachricht aus Friedrichsruh, also der nächsten Umgebung des Fürsten Bismarck, in die Zeitungen lanziert sei. Da die „Hamburger Nachr." diese Insinuation, jedenfalls auf direkte Veranlassung aus Friedrichsruh, energisch zurückwiesen, wäre man dem alten Recken im Sachsenwalde doch die geringe Genugthuung schuldig, daß man den Anstifter herauszufinden sich bemüht. Der Anhaltspunkt ist gegeben. Auch im Allgemeininteresse heißt es hier: Hic Rhodus! Hic salta!" Damit war die Angelegenheit erledigt. Man hat nichts mehr davon gehört.

Im Sommer des Jahres 1897 vollzogen sich wichtige Veränderungen im Reiche und in Preußen. Wir denken an den Personenwechsel in den höchsten Aemtern. Männer, die bis dahin dem Kaiser ganz besonders nahe gestanden hatten, erlagen einer umgewandelten Stimmung desselben. Als im Monat Mai der Abg. Richter bei der Besprechung des An-

Digitized by Google

trages auf Aufhebung der strafgesetzlichen Bestimmungen über die Majestätsbeleidigungen, an gewissen Vorkommnissen der letzten Zeit eine scharfe Kritik übte, fand er nicht nur im Hause selbst, sondern auch in den Aeußerungen der öffentlichen Meinung in solchen Kreisen Beifall, die mit ihm sehr wenig sympathisieren; denselben Erfolg, ja einen noch viel größeren hatte er, als er bei der Besprechung des Reichstages über die Vereinsnovelle am Schlusse seiner Rede scharfe Kritik an den verfassungsmäßigen Zuständen in der Monarchie übte. Es war ein sehr bedenkliches Zeichen der Zeit, daß lautlose Stille auch bei den Konservativen herrschte, als der Abg. Richter hervorhob, daß das Deutsche Volk sich nicht nach absolutistischen Grundsätzen regieren ließe, und daß die monarchische Gesinnung in dem letzten Jahrzehnt schweren Schaden erlitten hätte.

Gegen die Rede Richters fand der damals am Bundesratstische anwesende Staatssekretär von Bötticher kein Wort der Erwiderung. In demselben Monat wurde der Prozeß geführt, der zur Freisprechung des Kriminalkommissarius von Tausch und zum Urlaube des Freiherrn von Marschall führte. Die Trennung des Kaisers von den beiden Staatssekretären erschien wie ein Zurückweichen vor der öffentlichen Meinung. Jedenfalls schieden zwei alte Gegner Bismarcks aus der Umgebung des Kaisers. Der Nachfolger des Herrn v. Marschall, Herrn v. Bülow, debütierte mit dem Besuche in Friedrichsruh, und zwar in Gesellschaft des Fürsten Hohenlohe. Man sagte, Herr von Bülow hätte die mit Bismarck wiederzugewinnende Fühlung als Bedingung seiner Uebernahme der Nachfolge des Herrn von Marschall gestellt. Auch der Umstand, daß Fürst Hohenlohe direkt vom Kaiser kam, ließ allgemein mit Sicherheit darauf schließen, daß es der Monarch selber war, welcher den Reichskanzler beauftragte, bei den gegenwärtigen innerpolitischen Verwicklungen oder in auswärtigen Angelegenheiten den Rat des Alten einzuholen. Gleichwohl trat in den dem Altreichskanzler näher stehenden Blättern das sichtbare Bemühen hervor, eine Irreführung des Publikums in Bezug auf die Bedeutung des Besuches in Friedrichsruh zu verhindern, indem sie ausdrücklich bemerkten, daß bei demselben nichts ge-

Digitized by Google

schehen sei, was die Unterstellung einer „Mitbeteiligung des Fürsten Bismarck“ in der auswärtigen Politik oder der Politik überhaupt rechtfertigen könnte.

Fürst Bismarck selber äußerte sich im August desselben Jahres, also nach dem Besuche des Reichskanzlers und des neuen Staatssekretärs des Aeußern in Bezug auf die Tagespolitik mit großer Befriedigung darüber, von jeder Verantwortlichkeit frei zu sein. Er sagte: „Es thut mir ja leid, wenn wir irgendwo schlecht abschneiden. Aendern kann ich es ja aber doch nicht, und jedenfalls ist mir der Gedanke, keine Verantwortlichkeit zu tragen, sehr oft angenehm, wenn ich dieses oder jenes lese.“ Im weiteren Verlaufe dieses Gespräches kam der Fürst wiederholt darauf zurück, daß es ihm unmöglich sei, irgendwelche Ratschläge zu geben, selbst wenn sie von ihm erbeten würden, da er deren Ausführung nicht amtlich überwachen könne. „Politik ist weniger Wissenschaft als Kunst, sie läßt sich nicht lehren, man muß dafür begabt sein. Der beste Rat nützt nichts, wenn er nicht in der richtigen Weise und je nach den Umständen ausgeführt wird. Das ist gerade wie beim Reiten. Sie können einem Reiter in der Bahn die besten Hilfen zurufen; wenn er es nicht in sich hat und sie nicht der Natur seines Pferdes gemäß ausführt, wird es ihm nichts nützen, und schließlich wird ihn der Gaul abwerfen.“

Am 25. September depeschirte der Kaiser aus Rominten an den Fürsten Bismarck: „Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Friedrichsruh. Von Herzen wünsche ich Eurer Durchlaucht Glück zum Stapellauf Meines Panzerkreuzers „Fürst Bismarck“ und freue Mich, dadurch für alle Zeiten Eurer Durchlaucht Namen mit Meiner Flotte in engster Beziehung zu wissen. Sie wird um so stolzer sein, als es der erste große Panzerkreuzer ist, welcher bei uns gebaut ist. Ein Modell desselben wird Admiral Tirpitz Eurer Durchlaucht in Meinem Auftrage überreichen. Wilhelm, I. R.“ Fürst Bismarck antwortete an demselben Tage mit nachstehender Drahtung: „Eure Majestät bitte ich allerunterthänigst, für die Auszeichnung, die mir durch die heutige Taufe des Kreuzers Ew. Majestät zu Teil geworden ist, meinen ehrfurchtsvollen

Digitized by Google

Dank in Gnaden entgegenzunehmen. Gleichzeitig danke ich in Ehrfurcht für das soeben eingehende Allerhöchste Telegramm, durch dessen Inhalt die Ehre, die Eure Majestät meinem Namen in Allerhöchstderen Flotte gewährt haben, wesentlich erhöht wird. v. Bismarck."

Die Berliner Gäste, die nach der Schiffstaufe in Friedrichsruh eintrafen, waren von der geistigen Frische des Exreichskanzlers überrascht. Herr v. Miquel erzählte: „Sein Humor wird nicht einmal, oder doch nur selten, durch Schlaflosigkeit in Folge der neuralgischen Gesichtsschmerzen gestört."

Aber die Nachrichten verschlimmerten sich mehr und mehr, so daß Prinz Heinrich, der am 8. Dezember dem Fürsten seinen Abschiedsbesuch machte, zuerst aus Besorgnis, der Besuch könne dem Kranken schaden, den Professor Schweninger zu Rate zog. Dieser gab die Auskunft, daß das Leiden des Fürsten zwar unbequem und schmerzhaft, aber eine wohlbegründete Hoffnung auf völlige Wiederherstellung in absehbarer Zeit vorhanden sei. Alsdann fand eine herzliche Begrüßung des Fürsten im Nebenzimmer statt. Der Fürst litt an Beinschmerzen, so daß er den Prinzen im Rollstuhl sitzend, über den Knieen eine Decke gebreitet, empfangen mußte. Er wehrte die Befürchtung des Prinzen, daß sein Besuch ihm schaden könnte, lebhaft ab und versicherte, zu einer solchen Besorgnis sei durchaus kein Anlaß. Der Fürst zeigte bei der Frühstückstafel eine muntere Laune. Beim Abschied sagte Prinz Heinrich: „Ich darf doch auch die Stirn berühren, die mein Großvater so oft geküßt hat", und küßte den Fürst auf Stirn und Wange. Der Fürst wünschte dem Prinzen eine glückliche Fahrt, guten Erfolg und eine gute Heimkehr. An der Schwelle des Hauses wandte der Prinz sich nochmals zurück und winkte dem Fürsten, der bis an den Eingang des äußersten Salons gekommen war, einen Abschiedsgruß zu.

Dann kam die Kieler Rede des Kaisers, in welcher Fürst Bismarck wieder als der „große Kanzler" gefeiert wurde. Die „Hamb. Nachr." bemerkten dazu:

„Der Rede des Kaisers wird die Zustimmung weiter Kreise des Deutschen Volkes nicht fehlen. Bemerkenswert

Digitized by Google

erscheint, daß er die jetzige maritime Unternehmung als die logische Konsequenz dessen bezeichnete, was Kaiser Wilhelm I. und „sein großer Kanzler" politisch gestiftet hätten. In dieser Ueberzeugung findet der Monarch augenscheinlich eine Erleichterung der persönlichen Verantwortung, die er nach seinen eigenen Worten trägt. Was er über das Aufblühen des deutschen Handels- und Seeverkehrs, über das Verhältnis zwischen Seeverkehr und Flottenmacht, zwischen Seegewalt und Reichsgewalt sagte, wird nicht nur in allen Kreisen, die der Schiffahrt und dem überseeischen Handel nahe stehen, sondern im ganzen Volke als zutreffend gewürdigt werden und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der geplanten Flottenvermehrung verstärken. Die Sprache aber, die der Monarch hinsichtlich des Schutzes aller Deutschen im Auslande führte, dürfte diese Wirkung noch erhöhen."

Kaiser Wilhelm traf bei seinem Besuche am 16. Dezember den Fürsten noch im Rollstuhl, aber sonst guter Dinge. Nach dem Mahl zündete der Kaiser sich eine Cigarre an, während Fürst Bismarck zu seiner langen Pfeife griff. Im folgenden Jahre erhielt Bismarck den letzten Glückwunsch vom Kaiser und von der Nation. Der Monarch beschenkte ihn mit einem prachtvollen Krückstock. Dann machte er ihm seinen letzten Besuch in Friedrichsruh am Totenbett.

Digitized by Google

XX.

Ein Nachruf.

Am 30. Juli 1898, 11 Uhr 10 Minuten Nachts ging durch Deutschland die telegraphische Kunde:

„Fürst Bismarck ist soeben, 11 Uhr, gestorben."

Der Schlag kam nicht unerwartet, wenn auch die Nachrichten in den letzten Tagen zu der Hoffnung berechtigten, die gewaltige Lebensenergie des Altreichskanzlers werde die Krankheit überwinden; am 30. Juli, einem Sonnabend, trat plötzlich eine böse Wendung ein, von Stunde zu Stunde sanken die Kräfte, und ehe noch der Sonntag Morgen anbrach, hatte der alte Herr vollendet. Die Kunde von dem Tode des gewaltigen Staatsmannes, der ein Menschenalter hindurch die Geschicke des Deutschen Volkes gelenkt und die Politik der alten Welt maßgebend beeinflußt hatte, erschütterte ganz Europa. Wo immer auf dem Erdenrund gesittete Menschen wohnen, da blickten sie in jenen Tagen von der Arbeit auf, um des großen Mannes zu gedenken, der uns genommen war. „Eine Eiche ist gebrochen, die stärkste und stolzeste des deutschen Waldes. Eine Hand ist erlahmt, die fest zuzugreifen und den Gegner niederzuzwingen, aber auch warm in des Freundes Hand sich zu legen gewohnt war zu treuem Bunde. Ein Auge hat sich geschlossen, das weit vorausschaute und dem nichts entging, was dem Reiche Heil versprach, noch was ihm Gefahr drohte. Deutschland hat einen großen Führer verloren, keiner ist unter den lebenden Staatsmännern, der ihn

Digitized by Google

ersetzen könnte." Das waren die Empfindungen, die uns alle tief bewegten. An der Bahre des Verewigten verstummte der kleine Streit des Tages, und jeder Deutsche neigte gramvoll sein Haupt vor dem stillen Mann im Sachsenwald, dessen Geist und Lebensfülle einem Jahrhundert die Richtung anwies.

Die eigentlich zum Tode führende Ursache war ein akutes Oedem der Lungen gewesen. Es lag die Annahme nahe, daß infolge der längeren Bettruhe, zu welcher der Fürst in der letzten Zeit gezwungen war, eine bei so hohem Alter stets verhängnißvolle Kongestion der Lunge mit Ausschwitzung von Flüssigkeit in den Lungenbläschen eingetreten war. Die trotz anfänglicher Besserung stetig sich steigernde Altersschwäche vermochte dem überhand nehmenden Lungenödem keinen Widerstand entgegenzusetzen, und so folgte die unvermeidliche Lungen- und Herzlähmung. Mit dem alten Nervenleiden, an dem der Fürst schon seit 15 Jahren gelitten hatte, stand seine letzte Krankheit nicht im Zusammenhang.

Am 29. Juli 1898 traf der Kaiser auf seiner Nordlandreise vor Bergen (Norwegen) ein, wo er zwei Tage blieb. Hier traf ihn die erschütternde Nachricht von Bismarcks Tode. Am Abend des 30. kam die erste besorgniserregende Nachricht über das Befinden des Fürsten Bismarck, am anderen Morgen die Todesnachricht. Die Flagge der „Hohenzollern" wehte auf Halbmast. Die Flaggenparade unterblieb. Se. Majestät befahl die sofortige Rückkehr nach Deutschland. Noch von Bergen aus sandte der Kaiser folgendes Telegramm an Fürst Herbert Bismarck in Friedrichsruh:

„In tiefer Trauer teilnehmend an dem Schmerz, der Sie alle um den teueren, großen Todten erfaßt, beklage Ich den Verlust von Deutschlands großem Sohne, dessen treue Mitarbeit an dem großen Werke der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihm die Freundschaft Meines in Gott ruhenden Großvaters, des Großen Kaisers Majestät fürs Leben erwarb, und den unauslöschlichen Dank des ganzen Deutschen Volkes für alle Zeiten. Ich werde seiner Hülle in Berlin im Dom an der Seite Meiner Vorfahren die letzte Stätte bereiten."

Digitized by Google

Der Kaiser kam an Bord der Kaiseryacht Hohenzollern Abends 9½ Uhr unter dem Salut der gesamten, auf der Rhede von Kiel vereinigt liegenden Geschwader dort an. Sofort nach dem Eintreffen der Yacht begab sich Staatssekretär von Bülow, der eine Stunde vorher an Bord des Flaggschiffs Kurfürst Friedrich Wilhelm gefahren war, mit Geheimrat v. Lucanus an Bord der Hohenzollern. Bald nach zehn Uhr kam auch die Kaiserin, welche tiefe Trauerkleidung trug, von der Barbarossabrücke aus an Bord. Sie kam von Wilhelmshöhe, wo sie damals mit den Kindern weilte. Sie hatte ihre Absicht, zur Teilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten ihres Bruders, des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein nach Coburg zu reisen, aufgegeben und war von Wilhelmshöhe nach Kiel abgereist, um mit dem Kaiser dort zusammenzutreffen und an der Trauerfeierlichkeit in Friedrichsruh theil zu nehmen.

Am 1. August, an Bord der Hohenzollern, verordnete der Kaiser eine zehntägige Hoftrauer und eine achttägige Armee-Trauer, sowie das Flaggen sämtlicher Reichs- und Staats-Dienstgebäude auf Halbmast bis nach dem Tage der Beisetzung des Fürsten Bismarck. Am 2., Abends 6 Uhr, kurz vor Beginn der Leichenfeier traf das Kaiserpaar mit seinem Gefolge in Friedrichsruh ein und wurde von den beiden Söhnen und dem Schwiegersohn des dahingeschiedenen Kanzlers empfangen. Die Begrüßung seitens des Kaiserpaares war ebenso herzlich, wie der Abschied von der Familie Bismarck nach dem Schluß der ernsten Handlung.

Von Friedrichsruh datiert der Erlaß der Kaisers:

„Mit Meinen hohen Verbündeten und mit dem ganzen Deutschen Volke stehe Ich an der Bahre des ersten Kanzlers des Deutschen Reiches, des Fürsten Otto von Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir Zeugen seines herrlichen Wirkens waren, die wir zu ihm als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlosen Kämpfer in Krieg und Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes, dem treuesten Diener seines Kaisers in hoher Bewunderung aufblickten, sind tief erschüttert durch den

Digitized by Google

Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Werkzeug geschaffen, den unsterblichen Gedanken von Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in diesem Augenblicke, alle Thaten, die der große Entschlafene vollbracht, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er errungen, aufzuzählen; sie sind zu gewaltig und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen Tafeln eingraben. Mich aber drängt es, vor der Welt der einmütigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von der die ganze Nation heute erfüllt ist und im Namen der Nation das Gelübde abzulegen, das, was er der große Kanzler unter Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen und wenn es Not thut, mit Gut und Blut zu verteidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr! Ich beauftrage Sie, diesen Meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen."

Erst am 16. März des nächsten Jahres nahm das Mausoleum im Friedrichsruher Park den großen Kanzler auf, der bis dahin im Sterbezimmer des dortigen Schlosses eine provisorische Stätte gefunden hatte. Der Kaiser wohnte der Beisetzung der Leiche bei. Wer möchte sich unterfangen, die Gedanken und Empfindungen zu erraten, die ihm in dieser feierlichen Stunde durch die Seele gingen? Und doch, wie nahe lagen sie! Es mußte ihn mit tiefem Schmerze erfüllen, wenn er daran dachte, wie der größte Staatsmann des Jahrhunderts, der Deutschlands Einheit geschaffen und den Thron der Hohenzollern erhabener als je gemacht hatte, sein Lebenswerk hat beschließen müssen, in der Verbannung, unthätig, trauernd, krank — unser Kaiser mußte sich aber wieder kräftig aufgerichtet fühlen bei dem Gedanken, daß dieser schwer leidende Patriot, der nicht am wenigsten seelische Schmerzen getragen und tiefe Betrübnis über unsere politische Entwicklung empfunden hatte, versöhnt gestorben ist, versöhnt nicht durch einen feierlichen Akt, durch eine ausdrückliche, durch Umarmung und Händedruck besiegelte Erklärung, sondern durch den Umschlag

Digitized by Google

unserer Politik auf allen Gebieten, die seit Bismarcks Entlassung verlassen worden waren. Statt der Klagen und Anklagen aus der Zeit nach 1890 haben wir in den beiden letzten Lebensjahren Bismarcks wieder die Sprache der Genugthuung und guter Hoffnung aus Friedrichsruh vernommen. Am 1. Januar 1897 stellten die „Hamb. Nachr." dem verflossenen Jahre das ungünstigste Zeugnis aus. Sie wiesen auf den Mangel einer energischen, einheitlichen und zielbewußten Regierungspolitik zurück. Auch fehle es an Ministern, die eine eigene Ueberzeugung, so wie den Willen und die Kraft besitzen, die Ziele, die sie sich gesteckt haben, und deren Erreichung sie im Interesse des Reiches für unumgänglich halten, auf dem Wege des Kampfes, einerlei ob gegen Parlament, Hofeinflüsse oder Friktionen im Staatsministerium zu erreichen.

Genau ein Jahr später, am 1. Januar 1898, führte das Blatt die entgegengesetzte Sprache. Es gab dem verflossenen Jahre die Censur „gut". Es betrachtete namentlich den Abgang der Staatssekretäre v. Böttticher und v. Marschall als eines der wichtigsten Ereignisse des Jahres. „Der Systemwechsel", sagten die „Hamb. Nachr.", „der durch die Entlassung des Grafen Caprivi markiert werden sollte, konnte praktisch erst wirksam werden, nachdem die beiden Herren ihrer Aemter enthoben waren. Seitdem weht ein frischerer Wind in den oberen Regionen. Es scheint wieder zu einer aktiven Politik im Innern wie nach Außen kommen zu sollen. Man fürchtet sich nicht mehr wie früher vor der Sozialdemokratie und vor Nasenstübern des Auslandes. Hoffentlich bleibt man auf dem eingeschlagenen Wege". Aber erst der Geburtstag des Kaisers entlockte den „Hamb. Nachr." das volle Zugeständnis, daß es anders geworden sei im verflossenen Jahre. Sie brachten dem Kaiser ihre vollen aufrichtigen und ehrerbietigen Glückwünsche dar, die nicht nur dem Repräsentanten der Deutschen Nation, sondern dem Kaiser persönlich galten. „Die Situation habe sich gegen früher geändert, man brauche den Kaiser an seinem Geburtstage nicht mehr losgelöst von der Politik des Landes las Staatsoberhaupt an sich zu feiern, etwa wie die Engländer ihrer Königin huldigen, sondern als das, was er in Wirklichkeit

Digitized by Google

ist, als thatsächlichen Führer der Nation und Lenker der Geschicke Deutschlands." —

So hat die an Katastrophen aller Art, an Mißklängen und Widersprüchen reiche Tragödie der Jahre 1890—1898 in einem schönen Akkord ihren Abschluß gefunden, einem Akkord, der über den Tod des großen Mannes dem Deutschen Volke Trost und Hoffnung auf die Zukunft gebracht hat. Bismarck selber ist vollen Glaubens gestorben. Er hat ihn die ganze Zeit seiner Verbannung hindurch nicht verloren, aber er ist doch noch darin gestärkt worden. Er hat Glauben und Treue stets gewahrt. Sein streng monarchischer Sinn, seine Vasallentreue ist immer gleich geblieben. Während sein Geburtstag am Berliner Hofe abwechselnd gefeiert und total ignoriert wurde, veranstaltete Bismarck regelmäßig am 27. Januar ein großes Fest. Darin ist in der ganzen Zeit der Verbannung kein Wandel eingetreten. So fand anläßlich des Geburtstages Sr. Majestät im Jahre 1897 in Friedrichsruh ein Diner statt, zu dem die fürstlichen Beamten, der Bahnhofsinspektor und die dortigen dienstfreien Bahn- und Postassistenten Einladungen erhalten hatten. Das Hoch auf Se. Majestät brachte Fürst Bismarck aus. Dieses Hoch ist alle Jahre in Friedrichsruh erklungen, in größerer oder kleinerer Gesellschaft, immer gleich laut und gleich herzlich. In Berlin blieb am 1. April das Echo oft stumm. Fürst Bismarck hat nicht blos äußerlich seine Huldigungen regelmäßig dargebracht. Er ist in seiner Ehrfurcht vor der Majestät immer derselbe geblieben. Sein Grundsatz war: das persönliche Hervortreten des Kaisers kann und darf einer Kritik nicht unterzogen werden. Bismarck ist darin unerschütterlich geblieben, trotz aller bitteren Erfahrungen, die der Kaiser persönlich ihm bereitete. Er hat auch in seinem Vertrauen zum Monarchen kein Schwanken gezeigt und stets an der Hoffnung festgehalten, daß Kaiser Wilhelm II. noch einmal auf den verlassenen Pfad wieder einlenken werde. Er sagte einmal zu Caprivis Zeit: „Nach der Uebung der ersten zwanzig Jahre des Deutschen Reiches war man gewohnt, in bangen Stunden für das Vaterland die letzte Zuflucht bei dem Kaiser zu suchen. Heute scheut man sich, sein Herz denselben

Digitized by Google

Weg wandeln zu lassen, und es ist Thatsache, daß nach den kaiserlichen Kundgebungen die vielen Millionen guter Patrioten, denen nicht der Papst und Windthorst oder Eugen Richter Gegenstand der höchsten Verehrung sind, und die ihrem Kaiser gern den schönsten Platz einräumen möchten, sich verarmt fühlen in dieser Richtung. Dazu hätte es nicht kommen können, wenn dem jungen Monarchen ein Mann zur Seite gestanden hätte, der nur einigermaßen politischen Charakter besaß, um die Wachsamkeit über das Ansehen der Krone nicht aus dem Auge zu lassen. Es ist ein Wertstück unter den nationalen Besitztümern, wie die Einheit des Reiches, und wenn es an Glanz verloren hat, ist Herr von Caprivi dafür verantwortlich."

Fürst Bismarck hat immer nur die Regierung kritisiert und die Krone aus dem Spiele gelassen. Seine auf Wilhelm II. gesetzte Hoffnung ist nicht erschüttert worden. „Priams großer Heldenstamm verdirbt nicht." Wir erinnern an diesen Ausspruch Bismarcks aus dem Jahre 1887 ausdrücklich.

Das enge Band, welches unsern Kaiser schon als Prinzen mit dem Deutschen Staatsmanne verknüpfte, zeigte sich auch in der Teilnahme, die er und seine erlauchte Gemahlin der Feier des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums desselben als Minister von Preußen schenkten.

Der Prinz und die Frau Prinzessin Wilhelm, sowie der Prinz Heinrich trafen am 23. September 1887, Nachmittags in Friedrichsruh ein und wurden auf dem festlich geschmückten Bahnhofe von dem Reichskanzler und seiner Gemahlin, sowie von dem Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck empfangen und auf das Ehrerbietigste und Wärmste begrüßt. Was die Stimmung am 23. September in Friedrichsruh verdarb, waren die Nachrichten über das Befinden des damaligen Kronprinzen, späteren Kaisers Friedrich. Der Umstand, daß derselbe auf seiner Reise von England über Frankfurt nach Toblach Berlin nicht berührt hatte, schmerzte und verdroß. Mackenzie wurde nicht glimpflich besprochen, zumal sein Ritterschlag in Balmoral vom 8. September. Der Pessimismus herrschte in Friedrichsruh am Minister-Jubiläumstage des Fürsten Bismarck vor. Wer möchte wohl sich anmaßen, über die Unterhaltung zwischen

Digitized by Google

dem Reichskanzler und dem Prinzen Wilhelm irgendwie unterrichtet zu sein? Aber es läßt sich einigermaßen auf den Inhalt derselben ein Schluß machen, sowie auf den Eindruck, den Prinz Wilhelm auf den Fürsten Bismarck durch seine Haltung machte, wenn man weiß, daß der Fürst nach dem Abschiede gegen seine Umgebung die Aeußerung that:

„Priams großer Heldenstamm verdirbt nicht."

Als Bismarck diesen Ausspruch that, dachte er zunächst nur an die Fortdauer des Hohenzollernstammes, die durch den zu befürchtenden Tod des Nachfolgers Wilhelms I. nicht erschüttert werden würde. Aber das Wort von Priams großem Heldenstamm hatte auch eine andere Bedeutung. Bismarck erkannte in dem Enkel Wilhelms I. den Erben, der das zu erwartende Vermächtnis treu und fest wahren würde. In demselben Glauben hat Bismarck bis zuletzt gelebt und es noch erlebt, daß des Kaisers Wort in Erfüllung gegangen: „Der Kurs bleibt der alte." — Es ist im Jahre 1897 viel von der Entfremdung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten die Rede gewesen, namentlich in der Zeit der Centenarfeier und des 1. April, und man durfte sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß in sehr weiten Kreisen, und gerade solchen, die am treuesten zu Kaiser und Reich halten, die Thatsache dieser Entfremdung, die als kaiserliche Ungnade den Baumeister des Reiches im Greisenalter traf, tief und schmerzlich empfunden und bitter beklagt wurde. Dieser Schatten, der noch auf das Jahr 1897 fiel, ist damals durch die Kieler Kaiserrede und durch den Besuch in Friedrichsruh nur äußerlich gewichen, thatsächlich war es der Wandel der Politik, der das Dunkel erhellte. Auf allen Gebieten der Politik vollzieht sich seitdem allmählich das Zurücklenken in den alten Kurs, in den vor 1890. Bismarck hat gesiegt, im achten Jahre seiner Verbannung. Die Zukunft ist gesichert. Hat die Geschichte der Jahre nur allzuoft das Wellenspiel von Tief und Hoch gezeigt, und allzuviel des Widerspruchsvollen zwischen den beiden Charakteren aufgedeckt, die sich nicht mehr zusammenzufinden schienen, so haben wir jetzt den Bergesgipfel erreicht, von dem kein Weg ins Thal zurückführt.

Digitized by Google

Wir nehmen Abschied von dem erschütternden Drama, das die letzten acht Jahre des großen Mannes ausgefüllt hat. Das Deutsche Volk wird ihm ewig Dankbarkeit bewahren und mit dem Dichter sprechen, der zur Centenarfeier des Kaisers Wilhelms I. sang:

Er sprach das Wörtchen „Niemals“,
Dess' Fest wir heut begehn,
Das soll wie Flammenzeichen,
In Deutschen Herzen stehn.

Niemals soll Treue wanken,
Dem Reich nicht und dem Thron,
Niemals der Dank erkalten,
Dir, Deutschlands größtem Sohn.

Mich dünkt, der Festesjubel,
Der Glocke tönend Wort,
Die ziehn in Höhen schwellend
Zum Sachsenwalde fort.

Umbrausen aus den Lüften
Des Kanzlers Hochgestalt:
Dort rauscht es aus den Eichen,
Es klingt aus Busch und Wald:
„Niemals!“

Digitized by Google

Druckfehler:

Seite 218 Zeile 9 muß es heißen: unchriſtlich (ſtatt chriſtlich).
„ 219 „ 21 u. 25 muß es heißen: Unterſtrömungen (ſtatt Ueberſtrömungen).
„ 225 „ 10 muß es heißen: Wilhelms (ſtatt Wilhelm).
„ 226 „ 29 „ „ „ an (ſtatt in).
„ 236 „ 37 „ „ „ Ideen (ſtatt ihnen).
„ 242 „ 5 „ „ „ Raum gab (ſtatt gab).
„ 253 „ 11 „ „ „ dem (ſtatt den).
„ 304 „ 37 „ „ „ ſagte (ſtatt ſagt).

Digitized by Google

J. Harrwitz Nachfolger, Berlin SW., Friedrichstr. 16.

Digitized by Google

Digitized by Google

AUG 2 8 1929